



Neue Perspektiven auf die Sparkassen der DDR – Ein Überblick über Quellenbestände und Forschungsfelder

Ergebnisse des Forschungsprojekts „Alles nach Plan? Neue Perspektiven auf die Sparkassengeschichte der DDR“, gefördert durch die Stiftung für die Wissenschaft, Bonn.

Dr. Gunnar Take, Stuttgart

Abstract:

The purpose of this paper is to revive the historical research on the GDR's savings banks. It argues that socialist banks were interesting intermediary organizations which have so far been largely overlooked by financial, economic, and social historians. Hence, sources produced by the socialist banking apparatus have not received enough attention in comparison to their potential. The main part comprises six chapters which give extensive suggestions about topics worthy of future research regarding 1) personnel and organization of savings banks, 2) their role as part of the dictatorial regime, 3) saving and hoarding, 4) lending, 5) international contacts and comparisons, and 6) deviant behavior and self-portrayals.

These ideas include the contributions of savings banks towards socialist state building and crisis management, the temporary existence of anonymous accounts in an apparent contradiction to Socialist propaganda, the use of lending as an instrument to influence consumption patterns and many more. In each case, an outline of the relevant state of research is given and archive collections or published sources are recommended. Part III contains a survey of German archives from the federal to the local level which contain relevant source material, particularly the historical archives of the East German savings banks and of their association.

Keywords: Bank History, History of Financial Institutions, Socialism, Savings Banks, GDR, Archives, Sources

JEL-Classification: E210, G210, N240, P210, P340

IBF Paper Series
Banking and Finance in Historical Perspective
ISSN 2510-537X

Herausgeber / Editorial Board
Prof. Dr. Carsten Burhop
Prof. Dr. Boris Gehlen
Prof. Dr. Joachim Scholtyseck
Prof. Dr. Moritz Schularick

Redaktion / Editorial Office
Hanna Floto-Degener
Geschäftsführerin
IBF - Institut für Bank- und Finanzgeschichte e.V.
Theodor-W.-Adorno-Platz 1
Hauspostfach 13
D-60323 Frankfurt am Main
Germany
Tel.: +49 (0)69 6314167
Fax: +49 (0)69 6311134
E-Mail: floto-degener@ibf-frankfurt.de
Satz: Felix Krieger

© IBF - Institut für Bank- und Finanzgeschichte / Institute for Banking
and Financial History, Frankfurt am Main 2025

Dr. Gunnar Take



Dr. Gunnar Take ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Unternehmensgeschichte der Universität Stuttgart. Seit 2022 forscht er zum Geldwesen im Sozialismus, insbesondere am Beispiel des Bankwesens der SBZ/DDR. Seine vorherigen Projekte befassten sich mit der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften im „Dritten Reich“ sowie mit dem Personal und der Personalpolitik des Bundeskanzleramts in der jungen Bundesrepublik.

Kontakt: gunnar.take@hi.uni-stuttgart.de

Neue Perspektiven auf die Sparkassen der DDR – Ein Überblick über Quellenbestände und Forschungsfelder.

Inhalt

I. Einleitung	5
1. Ziele und Gliederung der Studie	5
2. Die Sparkassen der SBZ/DDR im Überblick.....	7
3. Forschungsstand	15
4. Quellenlage	20
II. Perspektiven der Forschung	22
1. Personal und Organisation	22
1.1 Entnazifizierung, Gegenpolitisierung und Entpolitisierung	22
1.2 Aus- und Weiterbildung sowie politische Schulung	30
1.3 Die Sparkasse als Arbeitsgeberin: sozialhistorische Überlegungen	39
1.4 Systemstabilisierung im Aufbau des Sozialismus und während seiner Krisen	47
1.5 Transformation 1989/90	50
2. Sparkassen und Unrechtsregime	54
2.1 Enteignungen nach „Republikflucht“ (1952-1989).....	55
2.2 Der Geldumtausch vom 13. Oktober 1957	58
2.3 Die „Aktion Licht“ (6./7. Januar 1962).....	66
2.4 Die Stasi-Sparkasse (1974-1990)	68
3. Sparen und Horten	71

3.1 Sparguthaben aus der Zeit vor 1945	72
3.2 Fürs Sparen werben und Kaufkraft stilllegen	75
3.3 Sozial-ökonomische Struktur der Sparer*innen	84
3.4 Bankgeheimnis und anonyme Konten	87
4. Kreditgeschäfte	91
4.1 Unmittelbare Nachkriegszeit (1945 bis ca. 1952)	94
4.2 Wohnungsbau (privat, genossenschaftlich, volkseigen)	97
4.3 Teilzahlung: Element einer sozialistischen Konsumgesellschaft?	103
4.4 Kredite als Instrument zur Bewältigung von Zuwanderung	112
4.5 Besondere Empfänger*innen: Intelligenz und Verfolgte des NS-Regimes	115
4.6 Ehekredite: Sparkassen in der DDR-Familienpolitik	121
4.7 Sonderkredite	126
5. Internationale Kontaktzonen und Vergleiche	128
5.1 Vorreiter oder Sonderling? Vergleiche mit anderen sozialistischen Staaten	128
5.2 Interaktionen mit Sparkassen aus anderen sozialistischen Staaten	131
5.3 Interaktionen mit dem „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“	133
6. Selbstdarstellung und Devianz	136
6.1 Selbstdarstellung und Selbstverständnisse	136
6.2 Deviantes Verhalten von Angestellten und Kund*innen	141
III. Quellen und Literatur	148
1. Bestandsaufnahme der Archive	148
1.1 Archive der Sparkassenverbände	148
1.2 Historische Archive der Sparkassen	150
1.3 Bundesarchiv	159
1.4 Landes- und Staatsarchive	162
1.5 Kommunalarchive	170
1.6 Regionale Wirtschaftsarchive	171
1.7 Sonstige Archive	173
2. Handbücher und Periodika	174
3. Festschriften	175
4. Literatur	181
IV. Verzeichnisse	200
1. Abbildungsverzeichnis	200
2. Tabellenverzeichnis	201
3. Abkürzungsverzeichnis	201

I. Einleitung

1. Ziele und Gliederung der Studie

In den vergangenen 25 Jahren ist kaum zum sozialistischen Bankwesen und noch weniger zu den Sparkassen der SBZ/DDR geforscht worden.¹ In Überblicksdarstellungen zur DDR-Wirtschaftsgeschichte fand meist nur der (chronische) Devisenmangel und der zunehmende Kaufkraftüberhang größere Aufmerksamkeit.² Die meisten Standardwerke berücksichtigen die (innere) Finanzgeschichte der DDR kaum und kommen weitgehend ohne Ausführungen zu Geldwirtschaft und Kreditinstituten aus.³ Dagegen hat jüngst beispielhaft eine an der Schnittstelle von Technik- und Bankengeschichte angesiedelte Studie zur Digitalisierung der Kreditwirtschaft seit den 1950er Jahren gezeigt, dass sich aus den Quellen Beiträge zu einem erweiterten Verständnis der Ökonomie wie auch der Gesellschaft der DDR gewinnen lassen.⁴ Dabei deutet sich an, dass das auch auf die Finanzinstitute übertragene Narrativ eines systembedingten zwangsläufigen Scheiterns aufgebrochen werden und stattdessen eine differenziertere Betrachtung der geld- und kreditwirtschaftlichen Probleme sowie ihrer (Nicht-)Bewältigung im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft erfolgen sollte. Die Sparkassen als Untersuchungsgegenstand sind dabei konsequent zu historisieren, d.h. sie in ihrer Zeit als Bestandteil der im Aufbau und Umbruch begriffenen „real existierenden“ sozialistischen Wirtschaft mit bestimmten Handlungsoptionen sowie Restriktionen ernst zu nehmen und nicht a priori als defizitär zu betrachten.

Fortschritte in der Sammlung und Erschließung staatlichen Archivguts, das Verstreichen von Schutzfristen über 30 Jahre nach Auflösung der DDR sowie eine Professionalisierung der Historischen Archive der Sparkassenverbände und z.T. auch der Sparkassen selbst trugen dazu bei, dass Urteile wie jene

-
- 1 Den Forschungsstand bilden weitgehend immer noch ab: Wysocki, Josef/Hans-Georg Günther: Geschichte der Sparkassen in der DDR 1945 bis 1990, Stuttgart 1996; Hummel, Detlev: Das Kreditwesen in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Hans Pohl (Hgg.): Geschichte der deutschen Kreditwirtschaft seit 1945, Frankfurt a.M. 1998, S. 355–430. In weiten Teilen auf Aufsätzen aus den späten 1990er Jahren beruhend und Banken nicht berücksichtigend: Zatlín, Jonathan: The Currency of Socialism. Money and Political Culture in East Germany. German Historical Institute, Washington/DC 2007. Ausführlicher in Kap. I.3.
 - 2 Steiner, André: Von Plan zu Plan: eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Berlin 2007; Hoffmann, Dierk (Hg.), Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917-1990, Bd. 3: Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis, Berlin 2016.
 - 3 Z.B. Berghoff, Hartmut/Uta Andreas Balbier (Hg.): The East German Economy, 1945-2010. Falling behind or catching up?, Washington 2013. Sleifer, Jaap: Planning Ahead and Falling Behind: The East German Economy in Comparison with West Germany 1936-2002, Berlin 2006; Baar, Lothar/Dietmar Petzina: Deutsch-deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990: Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich, St. Katharinen 1999; André Steiner forschte u.a. zu Preispolitik und Einkommensentwicklung und nahm dies in seine Überblicksdarstellungen auf, z.B. Steiner, Von Plan zu Plan.
 - 4 Schmitt, Martin: Die Digitalisierung der Kreditwirtschaft. Computereinsatz in den Sparkassen und der Bundesrepublik und der DDR 1957–1991, Göttingen 2021.

aus den 1990er Jahren, „für die Forschung [sei] wenig verlässliches empirisches Material über Wirtschaft, Geld und Finanzen der ehemaligen DDR verfügbar“⁵ längst nicht mehr zutreffen. Es war daher die Zielsetzung des von Boris Gehlen angeregten und geleiteten Forschungsprojekts, die mittlerweile zugänglichen Quellen in einem ersten Schritt zu erschließen und Forschungspotentiale aufzuzeigen. Die Studie wurde durch die Stiftung für die Wissenschaft finanziert.

Diese Studie besteht aus drei Teilen: Die Einleitung führt koncis in das Sparkassenwesen der DDR ein, diskutiert den Forschungsstand „im engeren Sinne“, also insbesondere betreffend die Organisationsgeschichte des Sparkassenwesens sowie die Geschichte des DDR-Banken- und Geldwesens, und gibt einen Überblick über relevante Archive und die dort zur Verfügung stehenden Quellenkorpora. Der Hauptteil beschreibt die identifizierten Forschungsperspektiven, in erster Linie inhaltlich und in zweiter Linie chronologisch geordnet. Dabei wird jeweils auf einzelne Quellen eingegangen und auch solche jeweils relevante Forschungsliteratur hinzugezogen, die nicht unmittelbar das Banken- und Geldwesen der DDR berührt. Die Binnengliederung ist meist: Kurzbeschreibung, Forschungsstand, geschichtswissenschaftlich relevante Fragen und Anknüpfungspunkte sowie Quellenlage. Damit alle Unterkapitel jeweils für sich lesbar sind, kommt es vereinzelt zu Redundanzen, etwa bezüglich der fünf Hauptthemenstränge: Sparkassen als alltagsprägende Institutionen, Arbeitsprozesse und Gender, retardierende bzw. beschleunigende Faktoren in Transformationsprozessen, Funktionen im politischen und ökonomischen System, sowie die genuinen Sparkassenfunktionen: Spareinlagensammlung und Kreditvergabe.

Der dritte Teil bietet eine Materialsammlung, die den Einstieg in künftige Forschungen erleichtern soll. Kap. III.1 umfasst eine Bestandsaufnahme der Archive und Erläuterungen von Besonderheiten. Die Ordnung erfolgt grob nach der Relevanz, mit dem Archiv des Ostdeutschen Sparkassenverbands (OSV) an erster Stelle sowie den Historischen Archiven der Sparkassen an zweiter. Es folgen das Sparkassenhistorische Dokumentationszentrum des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e.V. (DSGV), das Bundesarchiv, Landes- und Staatsarchive, Kommunalarchive, Wirtschaftsarchive sowie weitere Archive. Die Abschnitte III.2–3 bieten einen Überblick über relevante Handbücher und Periodika aus dem Sparkassen- und Finanzwesen der DDR, eine Liste der über 100 erschienenen Festschriften zu DDR-Sparkassen sowie ein Verzeichnis aller in dieser Studie genannter Forschungsliteratur und zeitgenössischer Veröffentlichungen.⁶

5 Hummel, Detlev: Geschichte der Bankwirtschaft der DDR von 1945–1989, Potsdam 1997, S. 3.

6 Zusätzlich sei auf die seit 1986 herausgegebene Buchreihe „Sparkassen in der Geschichte“ verwiesen: <https://www.stiftung-wissenschaft.de/xpage/s-wissenschaft.nsf/xpSparkassengeschichteDoku.xsp> [17.9.2024].

Diese Studie möchte Pfade für künftige Forschungen aufzeigen und kann daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.⁷

2. Die Sparkassen der SBZ/DDR im Überblick

Gemäß Befehl Nr. 1 der Sowjetischen Besatzung mussten die Banken und Sparkassen ihre Aktivitäten einstellen, und es wurden alle bis zum 8. Mai 1945 entstandenen Guthaben gesperrt.⁸ Faktisch bereits im Frühjahr, de jure ab August 1945 wurden Sparkassen neu eröffnet, nicht in Rechtsnachfolge der Vorgängerinstitute, aber oft in den alten Geschäftsräumen, mit zunächst teilweise demselben Personal und altem Kundenstamm.⁹ Bis Mai 1946 entstanden zudem in den Ländern und Provinzen der SBZ neue Sparkassenverbände sowie 1951 eine Zentralstelle (siehe Abb. 1).¹⁰ Sie wurden jedoch ebenso wie die Zentralstelle bereits Ende 1952 aufgelöst (Abb. 2).¹¹

7 Fragen oder Anregungen bitte an: Dr. Gunnar Take, Universität Stuttgart, Historisches Institut, Abt. Unternehmensgeschichte, gunnar.take@hi.uni-stuttgart.de. Für Anregungen und Kritik danke ich den Teilnehmer*innen eines digitalen Workshops am 6. März 2023, insbesondere Ralf Ahrens, Dierk Hoffmann und Britta Weschke. Vgl. Gehlen, Boris/Ralph Rappoldt: Sparkassengeschichte der DDR im Stuttgarter Forscherfokus. Dem Sozialismus dienen, in: Wissenschaft für die Praxis. Mitteilungen der Stiftung für die Wissenschaft, H. 7, Juni 2023, S. 21–23.

8 Befehl Nr. 1 des Chefs der Besatzung der Stadt Berlin, April 1945, <https://berlin.museum-digital.de/object/71177> [20.12.2024].

9 Dass die Sparkassen vermutlich an vielen Orten recht durchgängig arbeiteten und von einer „funktionalen Kontinuität“ gesprochen werden kann, wird an den zwischen der Schließung vom 9. Mai 1945 und der Neueröffnung (in Dresden z.B. am 27.8.1945) entstandenen „Zwischenguthaben“ deutlich. Wysocki, Josef: Stadtparkasse Dresden 1821-1996, Stuttgart 1996, S. 163. Zum Teil blieben Sparkassen geöffnet, jedoch vorübergehend ohne die Möglichkeit der Einzahlung. ZZI E.R., 29.3.2012, in: HA OSV (ohne Signatur). Im Gegensatz zu den Sparkassen wurden beispielsweise „die neuen Kreditgenossenschaften zu Rechtsnachfolgern der alten Institute erklärt.“ Hummel, Geschichte der Bankwirtschaft, S. 10.

10 Der Sparkassenverband Mecklenburg entstand erst im Frühjahr 1947. Siehe Protokoll der ersten Verbandsversammlung des Sparkassenverbands Mecklenburg, 11.6.1947, in: HA OSV, D/1974/15.015. Zur Organisationsgeschichte des DDR-Sparkassenwesens: Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 431–475.

11 Die Aufgaben wurden dem Ministerium der Finanzen übertragen und gingen 1972 auf die Staatsbank über. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 445–452. Am 20. März 1990 erfolgte die Gründung eines Sparkassenverbandes der DDR, der am 20. Sept. 1990 in Ostdeutscher Sparkassen- und Giroverband umbenannt wurde.

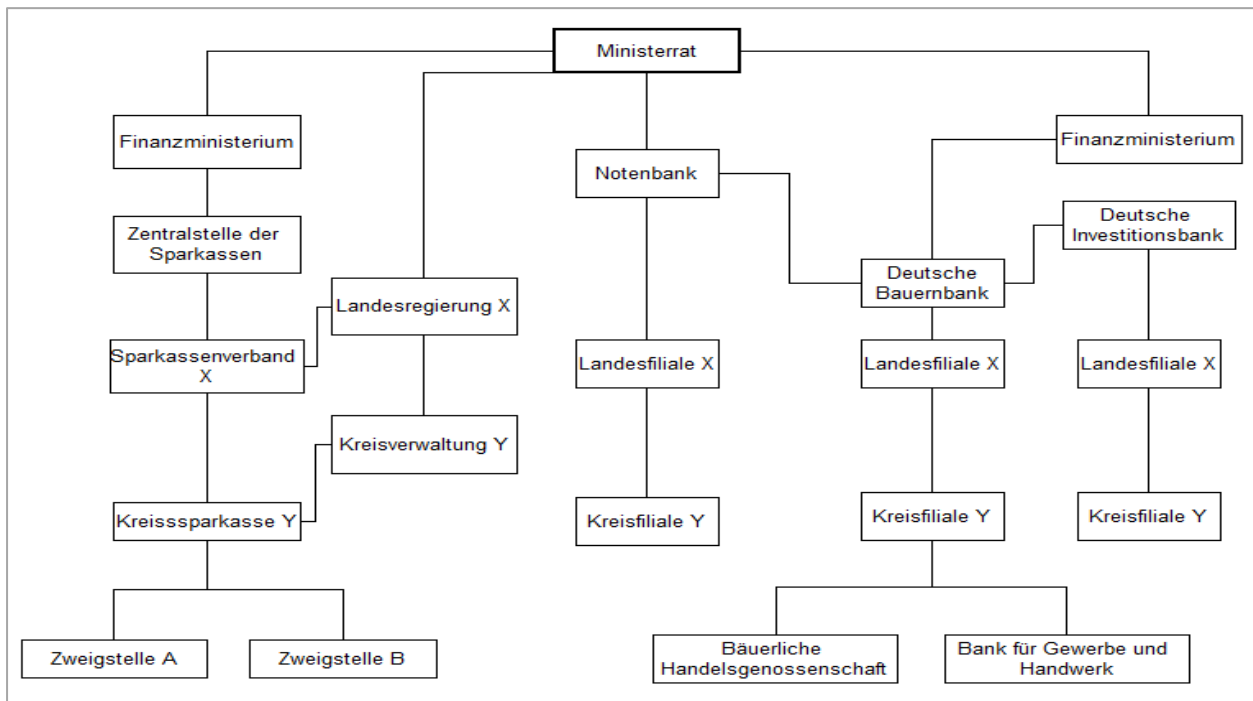


Abbildung 1: Formale Struktur des Bankwesens der DDR (1951/52)¹²

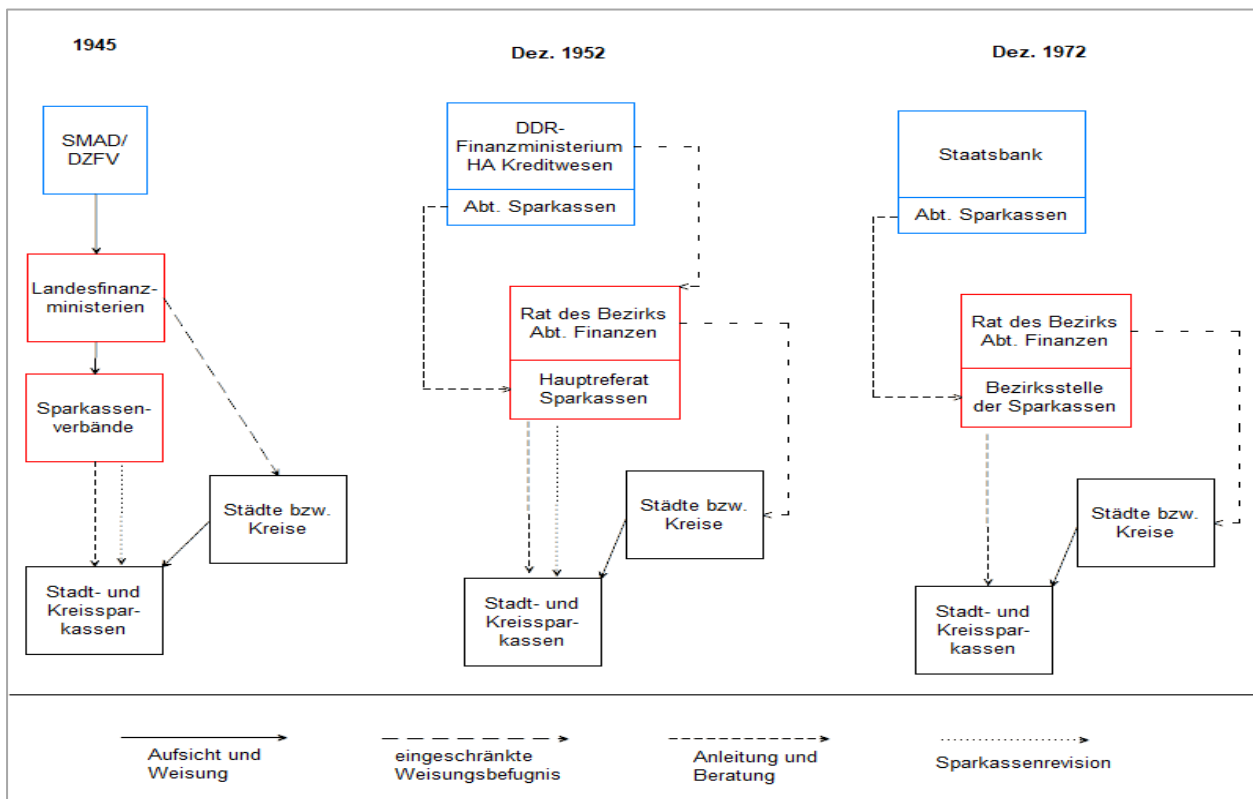


Abbildung 2: Strukturentwicklung der DDR-Sparkassen (1945-1972)¹³

12 Annäherungsweise Darstellung, basierend auf: Deckers, Josef: Die Transformation des Bankensystems in der sowjetischen Besatzungszone/DDR von 1945 bis 1952, Berlin (West) 1974, S. 98.

Die Sparkassen zählten zu den insgesamt acht „Geschäftsbank“-Typen in der DDR.¹⁴ Neben ihnen gab es die Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft (BLN), die Deutsche Außenhandelsbank (DABA), die Deutsche Handelsbank AG (DHB), die Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe,¹⁵ die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften bzw. die Bauernbank,¹⁶ die Postsparkassen und Postscheckämter sowie die Reichsbahnsparkasse als eine Betriebssparkasse.¹⁷ Während in der Bundesrepublik das seit dem 19. Jahrhundert bestehende Drei-Säulen-Modell des Banksystems aus Sparkassen, den Kreditgenossenschaften für mittelständische Kund*innen und den Kreditbanken für wohlhabendere Kund*innen sowie die Industrie im Wesentlichen fortbestand, wurde dies in der DDR aufgebrochen (siehe Abb. 3). Nachdem durch eine Aufteilung der Aufgabenbereiche die Konkurrenz zwischen den Banken zügig minimiert und Kunden „umverteilt“ worden waren, erfolgten später Kooperationen unter dem Schlagwort der „territorialen Rationalisierung“. ¹⁸ Das Bestreben, die jährlichen Planziele für die diversen Aufgabenbereiche (Spareinlagensammlung, Kreditvergabe usw.) zu erfüllen, stellte einen Anreiz für die Zusammenarbeit dar. Die Sparkassendirektor*innen übten dabei „Koordinierungs- und Führungsfunktionen im Bankwesen ihres Territoriums aus.“¹⁹

13 Blau: Zentralebene, rot: Landes- bzw. Bezirksebene, schwarz: Kommunalebene; eigene Zeichnung in Anlehnung an Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 475.

14 Vgl. ebd., S. 25f.

15 Die Anfang 1946 wiedergegründeten Volksbanken wurden in den 1960er und 70er Jahren mittels Fusionen und Umstrukturierungen von über 200 auf 96 Institute reduziert und 1974 in Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe umbenannt. Vgl. Brendel, Marvin: Zweifache Anpassung. Kreditgenossenschaften in der DDR und in den fünf neuen Bundesländern, in: BankInformation (Fachmagazin der Volksbanken Raiffeisenbanken), 2009/5, S. 42–45, hier 42f.

16 Die im Herbst 1945 wieder zugelassenen Raiffeisengenossenschaften wurden 1950 mit den 1946 gegründeten Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe zu den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften fusioniert. Für Zwecke der Kreditvergabe wurde 1950 die Deutsche Bauernbank (ab 1968 Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft) gegründet.

17 Zuletzt gehörte die Reichsbahnsparkasse dem Genossenschaftsverband für Handwerk und Gewerbe an. Ferner gab es mit der Provinzialkirchlichen Spar- und Darlehensgenossenschaft für die Kirchenprovinz Sachsen eGmbH und der Landeskirchlichen Kreditgenossenschaft für Sachsen eGmbH zwei „Kirchenbanken“ sowie mit dem bis 1972 bestehenden Leipziger Bankhaus Meyer & Co. eine Privatbank. Hummel, Kreditwesen, S. 365f., S. 368–370. Hummel, Geschichte der Bankwirtschaft, S. 11f., 16–18. Eine Liste von 89 durch die SMAD im Jahr 1947 geschlossene Kreditinstitute in: Ebd., S. 21–23.

18 So wurden Kunden der Genossenschaftskassen in Sparkassen an „Kooperationsschaltern“ bedient. „Insgesamt wurden so bis 1983 die Aufgaben von 155 Nebenstellen der Genossenschaftskassen durch die am Ort befindlichen Sparkassen übernommen.“ Brendel, Zweifache Anpassung, S. 43.

19 Das bedeutete regelmäßige Beratungen zur Abstimmung aller Maßnahmen zum Sparkassen- und Bankwesen auf regionaler Ebene mit den Abteilungen für Finanzen der Räte der Kreise/Städte, mit den zuständigen Filialen der Deutschen Notenbank bzw. Staatsbank der DDR sowie mit den Genossenschafts- und Landwirtschaftsbanken. Vgl. Hildebrand, Thomas: Sparkasse in Mittelthüringen 1821–2021: 200 Jahre, Erfurt 2021, S. 335.

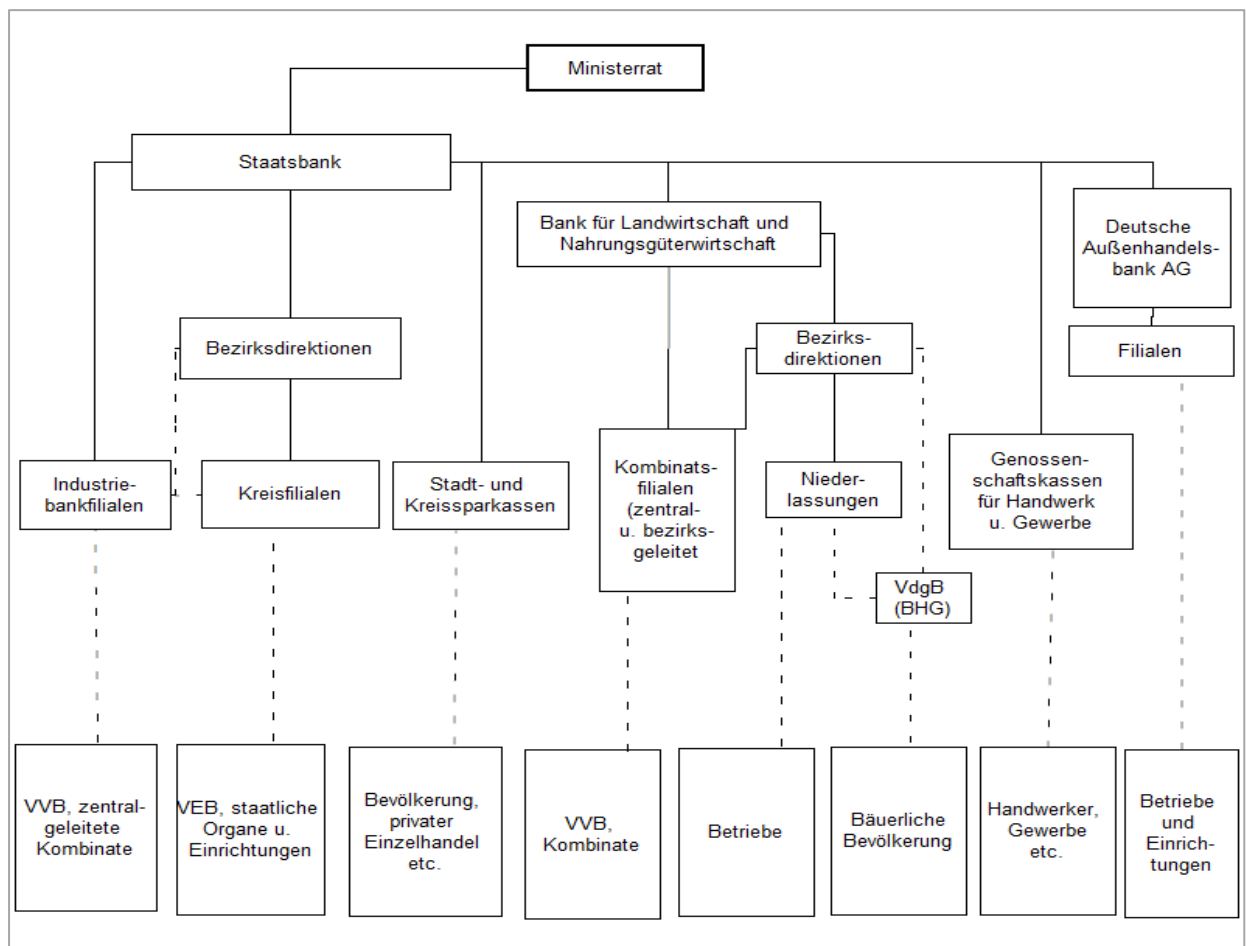


Abbildung 3: Formale Struktur des Bankwesens der DDR (1975-1990)²⁰

Die „Geschäftsbanken“ standen in wechselndem Ausmaß unter dem Einfluss bzw. der Kontrolle staatlicher Institutionen sowie der SED. Während die wechselnden normativen Vorgaben hinsichtlich der Aufsichts- und Weisungsbefugnisse sowie der Anleitung und Beratung recht einfach dargestellt werden können, sind die faktischen Machtverhältnisse und Handlungsspielräume noch zu untersuchen.²¹ Nach der Auflösung der Länder und damit auch der Landesfinanzministerien und der Sparkassenverbände gab ab 1952 zunächst eine Abteilung Sparkassen im Ministerium der Finanzen (MdF) die Leitlinien vor und setzte diese Mithilfe von

²⁰ Ausgewählte Banken. Nach: Mura, Jürgen: Zur Geschichte des Sparkassenwesens in der DDR seit 1945, in: Bankhistorisches Archiv, Zeitschrift zur Bankengeschichte 8/1, Stuttgart 1982, S. 3–27, hier 4.

²¹ Ein langjähriger Sektorenleiter in der Notenbank und in einer Bezirksstelle der Sparkassen sagte hierzu in einem Zeitzeugeninterview: „Wenn's hart auf hart kam, dann war der Rat des Bezirkes zuständig. Personalangelegenheiten hat der Direktor selbst entschieden, Führungskräfte wurden von oben bestimmt.“ ZfI W.K., 8.3.2012, in: HA OSV (ohne Signatur). Bzgl. Sparkassen, hierzu bisher am umfassendsten: Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 431–475 (Kap. 11 Organisation des Sparkassenwesens).

„Hauptreferaten Sparkassen und Banken“ in den Bezirken durch.²² Ab 1968 wurden an ihrer Stelle Bezirksstellen der Sparkassen eingerichtet, welche den jeweiligen Abteilungen Finanzen in den Bezirken unterstanden. 1972 wurde die Abteilung Sparkassen aus dem MdF in die Zentralbank (die 1948 gegründete „Deutsche Notenbank“, 1968 umgebildet zur „Staatsbank“) überführt. Da dies mit einer weiteren Personalreduktion einherging, erhöhte sich der Bedarf an Beratung durch die Sparkassen, die aufgrund ihrer Fachkompetenz somit möglicherweise stärkeren Einfluss auf Normen und Anweisungen nehmen konnten.²³ Aufsichts- und Weisungsbefugnisse standen ferner der Kommunalebene zu, also den Städten und Kreisen. Die Oberbürgermeister*innen bzw. die Landrät*innen saßen jeweils den Sparkassenverwaltungen vor.²⁴ Diese schlugen wiederum die Direktor*innen vor, welche von den Gemeindevertretungen bzw. Kreistagen bestellt (und anfangs von den Länderfinanzministerien bestätigt) wurden. Bis in die frühen 1950er Jahren gab es (partei-)politisch motivierte Auseinandersetzungen über die Personalpolitik.

1946 gab es in der SBZ (ohne Berlin) 310 Sparkassen mit 1740 Zweigstellen.²⁵ Bis 1951 reduzierte sich die Zahl zunächst auf 129 Sparkassen, doch im Zuge der Kreisreform von 1952 stieg sie wieder auf 200 Sparkassen.²⁶ 1989 existierten in der DDR 196 Sparkassen mit 2.751 Zweigstellen und rund 20.000 Beschäftigten.²⁷ Neben diesen „zivilen“ Sparkassen in den 14 Bezirken sowie in Ostberlin war 1974 eine geheime Sparkasse im Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Rahmen eines „16. Bankbezirks der DDR“ entstanden (siehe Kap. II.2.4).²⁸ Nach der Auflösung der MfS-Sparkasse und vielfachen Fusionen seit den 1990er Jahren bestanden 2024 auf dem Gebiet der früheren DDR noch 60 Sparkassen. Davon haben sich 43 dem OSV angeschlossen, 16 dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) und die Berliner Sparkasse dem Sparkassenverband Berlin.

22 Vgl. Ebd., S. 446–450.

23 Vgl. Ebd., S. 450–459. In der Sowjetunion war die Zuständigkeit bereits 1962 von dem Finanzministerium auf die Staatsbank übergegangen. Sajdok, Stanislaw: Die Entwicklung des Bankensystems in der Russischen Föderation: Wirtschaft und Finanzen, Saarbrücken 2007, S. 17.

24 Siehe Mustersatzung für die Sparkassen in der Sowjetischen Besatzungszone 1946, in: Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 541–550.

25 Davon 982 Hauptzweigstellen und 758 Nebenzweigstellen sowie zusätzlich 363 Annahmestellen. Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 157.

26 1951 gab es in der DDR 129 Sparkassen-Hauptstellen (Stadt-, Kreis- und Stadt- und Kreissparkassen), 1946 Zweigstellen und 306 Nebenstellen. Siehe Aufgliederung des Sparkassennetzes und Angaben über den Personalstand per 30. Juni 1951, in: BA, DN 1/854.

27 In Westdeutschland gab es 1990 insgesamt 769 Sparkassen. Vgl. Morales, Wolfram: Grundzüge der Entwicklung der ostdeutschen Sparkassen seit 1990, in: Sächsische Heimatblätter 2019/1, S. 69–75, hier 69.

28 Deutscher Bundestag: Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses „DDR-Vermögen“, 28.5.1998, Ds. 13/10900, Bd. 1, S. 184.

Die Sparkassen waren mithin öffentliche Institutionen, welche die gesamte DDR mit einem dichten Filialnetz abdeckten und dabei den Kund*innen gegenüber uniform auftraten (siehe Abb. 4). Sie verfügten über eine lange, an den meisten Orten bis mindestens in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichende Tradition. Viele Kund*innen und Mitarbeiter*innen nahmen die formelle Schließung und Neueröffnung im Jahr 1945 daher wohl auch gar nicht als Bruch wahr. Der politischen Führung war es jedoch wichtig, einen „grundlegenden Unterschied“ der eigenen Sparkassen zu den Namensvettern in Westdeutschland zu konstruieren.²⁹

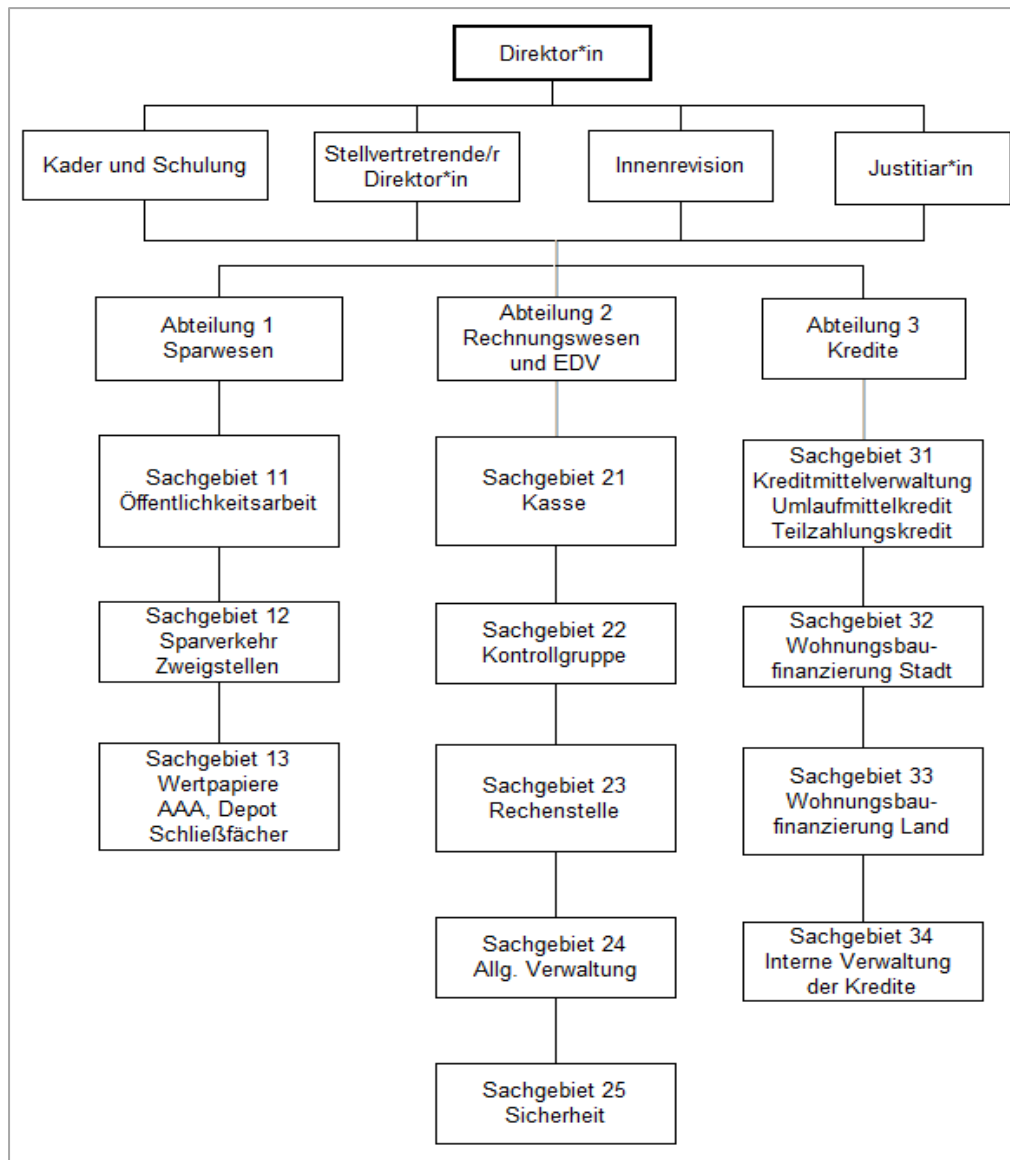


Abbildung 4: Übliche Organisation einer DDR-Sparkasse ab Mitte der 1970er Jahre³⁰

29 Vgl. Autorenkollektiv: Das Finanzsystem der DDR, Ostberlin 1962, S. 556.

30 Mit unwesentlichen Abweichungen entnommen aus: Hummel, Kreditwesen, S. 419.

Zwischen 1945 und 1990 übten die Sparkassen in der SBZ bzw. in der DDR und in Ostberlin Funktionen in vier Bereichen aus: Sparwesen, Kreditwesen, weitere banktypische Aufgaben sowie bankuntypische Aufgaben. Die Sammlung der Spareinlagen der Bevölkerung war die erklärte Hauptaufgabe der Sparkassen. Ihr Anteil an allen Sparguthaben bei den Kreditinstituten der DDR lag recht konstant bei 75–80%.³¹ Das lag nahe an früheren Werten (z.B. 1913 im Durchschnitt des Deutschen Reiches: 84%), aber deutlich über jenen Westdeutschlands (z.B. BRD 1958: 60%).³² Von den so durch die DDR–Sparkassen eingesammelten Guthaben (1976: 63 Mrd. Mark, 1988: 123 Mrd.) wurden ab den frühen 1970er Jahren wiederum mehr als vier Fünftel bei der Zentralbank geparkt.³³ Damit nahmen die Sparkassen eine wichtige systemstabilisierende Pufferfunktion in der Planwirtschaft ein, indem sie die Probleme des Missverhältnisses zwischen Geldüberhang und Warenmangel mildern halfen.³⁴

Gemessen am Bilanzvolumen und verglichen mit den Sparkassen der Bundesrepublik war das Kreditgeschäft der DDR–Sparkassen wenig umfangreich.³⁵ Das von ihnen betreute Kundensegment war auf Handel, Kleingewerbe und Handwerk mit bis zu zehn Beschäftigten beschränkt. Kredite für den privaten, genossenschaftlichen und volkseigenen Wohnungsbau durften sie schwerpunktmäßig in den Jahren 1958 bis 1970 vergeben. Die Anzahl der an Privatpersonen vergebenen Kredite war demgegenüber zwar viel umfangreicher, die ausgereichten Summen machten jedoch nur wenige Prozent der Bilanzsumme aus. Die Kredit–Konditionen waren in der Regel detailliert vorgegeben und Handlungsspielräume daher begrenzt. Außerdem galt es, die pro Quartal ausgegebenen Kreditlimits zu beachten, mit denen die umlaufende Geldmenge begrenzt werden sollte.

Neben dem Spareinlagen– und Kreditgeschäft erfüllten die SBZ/DDR–Sparkassen eine Reihe weiterer „banktypischer“ Aufgaben. Vorrangig ist hier der bargeldlose Zahlungsverkehr zu nennen. Dieser wurde zum einen im einheitlichen Gironetz der DDR abgewickelt und beruhte zum anderen auf dem landesweiten

31 In der BRD vereinigten die Sparkassen dagegen einen deutlich geringeren Anteil der Gesamteinlagen aller Kreditinstitute auf sich, 1975 z.B. 37%. Siehe Internationales Institut der Sparkassen (Hg.): Internationales Sparkassenhandbuch, Genf 1975, S. 102.

32 Vgl. Emmerich, Norbert–Christian: Geschichte der deutschen Sparkassenwerbung: 1750–1995, Stuttgart 1995, S. 136.

33 1979 entsprach z.B. auf der Aktivseite der Jahresbilanz der DDR–Sparkassen die Anlage bei der Staatsbank und bei dem Postscheckamt rd. 86% der Spareinlagen. Vgl. Hummel, Kreditwesen, S. 420.

34 Dass dem schnelleren Wachstum der Geldmenge gegenüber der Warenmenge Grenzen gesetzt werden müssen, weil es sonst „zu unfreiwilligem Sparen mit dem Charakter erzwungenen Verzichts auf individuelle Konsumtion“ führe, wurde in der DDR auch offiziell anerkannt. Frenzel, Paul: Volkswirtschaftliche Probleme des Optimalen Sparens der Bevölkerung im Sozialismus, Leipzig 1966, S. 226.

35 Eine Übersicht über die von 1950 bis 1989 ausgereichten Sparkassenkredite bieten Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 357–367.

Scheckverkehr. Für die Planwirtschaft war ebenfalls die Beteiligung an der Steuerung des Bargeldumlaufs auf der Basis von Bargeldumsatzplänen von Bedeutung.³⁶ Den Sparkassen oblag es, bei einer beträchtlichen Anzahl kontoführungspflichtiger Betrieben zu ermitteln wie viel Bargeld diese halten durften und die Ablieferung überschüssiger Summen zu überwachen. Die Sparkassen verkauften zeitweise auch Obligationen kommunaler Wohnungsbaugesellschaften bzw. nahmen diese angesichts des geringen Absatzes auch selbst ins Portefeuille, berieten und betreuten die Bürger*innen beim Kauf von Anleihen und Hypothekendarlehen, betrieben Pfandleihgeschäfte, verwalteten und verwahrten Wertpapiere im Auftrag der Kund*innen und vermieteten Schließfächer.³⁷ Ferner oblag den Sparkassen die „Verwaltung von Schuldbuchforderungen als treuhänderische Schuldbuchstelle“ der DDR.³⁸ Seit 1976 betrieben sie ein Sortengeschäft, durften also Zahlungsmittel in Auslandswährungen an- und verkaufen.³⁹ Schließlich nahmen die Sparkassen an Sonderaktionen teil wie den Währungsreformen 1948 und 1990 sowie dem Umtausch von Banknoten, insb. 1957 und 1964/65.

Die „bankuntypischen“ Aufgaben waren vielfältig und nahmen im Lauf der Zeit zu.⁴⁰ Sie wurden an die Sparkassen herangetragen, weil sie durch ihre uniforme landesweite Präsenz die nötige Infrastruktur bereitstellen konnten. Beispielsweise verkauften die Sparkassen Beitragsmarken des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB), vertrieben Kfz-Steuer- und Haftpflichtversicherungsmarken und wickelten Losverkäufe für Lotterien ab.⁴¹ Ferner stellten sie sich in den Dienst des Nationalen Aufbauwerks und außerbetrieblicher Sonderleistungen.⁴²

36 Arbeitsintensiv war insbesondere in den 1950er Jahren die Abwicklung der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe, also die stark reduzierte Auszahlung der zum 8. Mai 1945 eingefrorenen „Uralt“-Guthaben. Vgl. ebd., S. 368–377.

37 Vgl. Falk, Beatrice/Friedrich Hauer: Mit 12 Talern fing alles an. Zur Geschichte der Niederschlesischen Sparkasse, Leipzig 2001, S. 265. Bei den Wertpapieren handelte es sich vorwiegend um Schuldverschreibungen der Deutschen Investitionsbank. Vgl. Hummel, Geschichte der Bankwirtschaft, S. 42.

38 Ebd.

39 Dies war „[z]ur Verbesserung der Betreuung der Bevölkerung im Reisezahlungsverkehr“ gedacht. Statut der Sparkassen der DDR vom 23.10.1975, Gbl. I, Nr. 43, 20.11.1975, S. 703–705, §7 (1). Zunächst wurden tschechoslowakische Kronen und polnische Zloty verkauft. „Der Handel mit Zloty wurde ab 1981 eingestellt, weil der sogenannte ‚kleine Grenzverkehr‘ ausgesetzt wurde.“ Wysocki, Stadtparkasse Dresden, S. 188.

40 Ein früherer Sparkassendirektor kommentierte dies später folgendermaßen: „Ich sage immer scherzhafterweise, was keiner machen wollte, von den Anderen, das haben sie der Sparkasse zugeschoben.“ ZZI D.L., 2006, in: HA OSV (ohne Signatur).

41 Zumindest bei den MfS-Sparkassen gehörte auch der Vertrieb von Kraftfahr-Auslandsversicherungsausweisen dazu. Vgl. Wiedmann, Roland: Die Dienstleistungen des MfS 1950-1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch), Berlin 2012, S. 125. Ab 1954 verkauften alle Sparkassen auch Sportbeitragsmarken.

42 Dazu gehörte beispielsweise das Putzen von Ziegeln, die Enteisung von Straßenbahnweichen oder herbstliche Ernteeinsätze in der Landwirtschaft. Letztere wurden zum Teil auch in Patenschaftsverträgen zwischen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Belegschaften von Sparkassen festgeschrieben. Siehe z.B. die Patenschaftsverträge zwischen

Außerdem wirkten die Sparkassen offiziell und inoffiziell bei der Durchführung von (manipulierten) Wahlen und Abstimmungen mit.⁴³ Sie wurden ebenfalls bei gesellschaftlichen bzw. propagandistischen Aktionen kleinerer (z.B. Sportfesten) oder größerer Art wie den 3. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Ostberlin im August 1951 eingebunden.⁴⁴ Wie andere Betriebe bildeten auch manche Sparkassen „Kampfgruppen“, die aber nur klein und vermutlich wenig bedeutend waren.⁴⁵ Des Weiteren wurde von den Sparkassenmitarbeiter*innen die DDR-weit übliche, regimekonforme Selbstmobilisierung in der Neuererbewegung, der Nationalen Front, der Zivilverteidigung, der Kommissionen der örtlichen Räte, in Elternaktiven usw. erwartet. Mit der Übernahme eines derart weitgefächerten Spektrums an neuen bzw. vorher von anderen Organisationen durchgeführten Aufgaben bildeten die Sparkassen Beispiele der für die DDR typischen „Multifunktionalität der Institutionen“.⁴⁶

3. Forschungsstand

Der Forschungsstand im engeren Sinne, also zum Sparkassenwesen in der SBZ/DDR sowie etwas allgemeiner zum Banken-, Kredit- und Geldwesen, wird später in den Perspektiven der Forschung (Kap. II) themenspezifisch vertieft. In der DDR erschienen vor allem seit Mitte der 1950er Jahre programmatische Schriften zum Geld- und Bankensystem der DDR.⁴⁷ Spezielle Publikationen zum Sparkassenwesen waren

der Belegschaft der Stadt- und Kreissparkasse Weimar und der LPG Typ 3 „Scherkondenquelle“ sowie der LPG Typ 1 „Gute Hoffnung“ in Sachsenhausen, 1961, in: ASMTh, Weimar, Nr. 144. Vgl. Wysocki, Stadtparkasse Dresden, S. 207.

43 Zur Volksbefragung zur Remilitarisierung der Bundesrepublik 1951 rief in Weimar die Geschäftsstelle der Stadt- und Kreissparkasse alle Mitarbeiter*innen auf, die Sparkassengebäude mit politischen Transparenten auszustatten. Sie sollten auch am Bankschalter Kund*innen politisch beeinflussen. Vgl. Reuss, Stefan/Gerhard Grandke: 125 Jahre Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, Frankfurt/Main, Erfurt 2018, S. 69.

44 Schriftverkehr betr. die Sparaktion aus Anlass der 3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden in Berlin, in: HA OSV, D/7058/AUG, Bd. 7. Unterstützung der 3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten durch den Sparkassenverband und die Sparkassen, in: BLHA, Rep. 287 Sparkasse 124.

45 Die Kampfgruppe der Sparkasse Berlin Ost, mit 986 Mitarbeiter*innen die mit weitem Abstand größte Sparkasse in der DDR, umfasste beispielsweise im Jahr 1962 nur 20 Kämpfer. Jb der Sparkasse Berlin Ost, 1962, S. 15. Hochgerechnet auf das gesamte Sparkassenwesen käme man (eine Repräsentativität der Ostberliner Sparkasse vorausgesetzt) auf 350 Kampfgruppenmitglieder. Landesweit umfassten die Kampfgruppen etwa 200.000 Angehörige. Vgl. Koop, Volker: Armee oder Freizeitclub? Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR, Bonn 1997.

46 Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553, hier 550. Bauerkämper, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005, S. 62.

47 Z.B. Kronrod, Jakov A.: Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft. Theoretischer Grundriß, Berlin (Ost) 1963 [1. Dt. Aufl. 1955, 1. sowj. Aufl. 1954). Lemnitz, Alfred: Das Geld und die Funktionen des Geldes im Sozialismus und in der der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin (Ost) 1955. Kohlmeier, Gunther: Das Geldsystem der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1956. Geißler, Eberhardt: Die Entwicklung der Deutschen Notenbank zum Hauptinstrument des Finanzsystems für die unmittelbare operative Finanzkontrolle gegenüber den Betrieben der Industrie, des Handels und des

allerdings sehr selten. Wissenschaftliches Interesse bestand im Wesentlichen nur an der Automatisierung.⁴⁸ Da es weder einen Bedarf noch ein Bedürfnis nach Selbstdarstellung oder einer öffentlichen Kommunikation gab, gingen aus dem Sparkassenwesen nur wenige an ein externes Publikum gerichtete Veröffentlichungen hervor.⁴⁹ In Abschnitt III.2 sind für das Thema zentrale Handbücher und Periodika gelistet. Hervorzuheben sind die 39 Hefte von „Die Sparkassenarbeit“, die laufend aktualisierten 60 Bände des „Handbuchs der Sparkassenarbeit“, das von 1949 mit Nachträgen bis 1959 gepflegte „Sparkassen-Archiv“, die von 1949 bis 1963 erschienenen „Blätter der Sparkassenpraxis“ sowie die von 1949 bis 1989 erschienene Zeitschrift „Deutsche Finanzwirtschaft“/„Sozialistische Finanzwirtschaft“.

Anders als in früheren Phasen und anders als in der Bundesrepublik sind in der SBZ/DDR keine Festschriften über einzelne Institute im Buchhandel erschienen (siehe Kap. II.6.1).⁵⁰ In den Archiven befinden sich jedoch einige im Umfang sehr unterschiedliche Chroniken und Festvorträge, die zum Teil als Manuskript gedruckt wurden. Außerhalb der DDR gab es bis 1990 einige Veröffentlichungen zum Bankwesen der DDR, die jedoch die Sparkassen nur am Rande in den Blick nahmen.⁵¹ Im Zuge der Transformation stieg dann vorübergehend das Interesse an der sozialistischen Geld- und Bankengeschichte, was insbesondere in

Verkehrs, Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 1960. Schmidt, Peter: Die Rolle der Banken, des Kredits und des Geldes bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR 1948 bis 1952, Diss. oec. Berlin 1979.

48 Jähn, Siegfried/Kurt Sinnig/Günther Weißbach: Elektronische Datenverarbeitung für die Sparkassen der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1 und 2, Ost-Berlin 1967 und 1969. Axel, Frank: Die Sicherung perspektivischer Anforderungen an die geldwirtschaftlichen Dienstleistungen der Sparkassen der DDR mithilfe von Geldautomaten und die Maßnahmen für die Erzielung einer hohen Effektivität ihres Einsatzes, Ost-Berlin 1987. Hübner, Rosemarie: »Die Anwendung der EDV in den Sparkassen der DDR«, in: IIS (Hg.): Automation und Zahlungsverkehr. Berichte und Stellungnahmen anlässlich der 6. Internationalen Automationstagung. Port-Chester, N. Y., USA, 10.–14. September 1973, Genf 1974, S. 217–221.

49 Z.B. von Rosemarie Hübner in der Zeitschrift Sozialistische Finanzwirtschaft, z.B. „Sparkassen erweitern ihre Kassenstunden“ (1975/8, S. 32f.) oder „Sparkassen nutzen EDV für besseren Kundendienst“ (1975/16, S. 32). In westlichen Publikationen: Dies.: Einkommen und Ersparnisse wachsen stetig in der DDR. Steigende Ersparnisse in der DDR sind das Ergebnis sozialer Stabilität, in: Sparkassen international, H. 1/1975, März 1975, S. 23f. Dies.: Die Struktur des Banksystems und die Sparkassen in der DDR, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 8/1986, S. 347–351.

50 Aus der Zeit vor 1945 sind in der Bibliothek des OSV für die Sparkassen im späteren Gebiet der DDR rund fünfzig Festschriften nachweisbar. Der größte Teil davon sind 75- oder 100-Jahres-Schriften aus den 1930er Jahren. Ich danke Claudia Wöhl und Lukas Kirmse für die Zusammenstellung der im HA OSV befindlichen Festschriften.

51 Z.B. Abeken, Gerhard: Das Geld- und Bankwesen in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, Bonn, 1955. O.V.: Die Banken und Sparkassen in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), in: Sparkasse. Zeitschrift des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes E.V. 1955, H. 13–16, (1.7., 15.7., 1.8., 15.8.), S. 200–202, 217–219, 230–234, 250–253. (Artikelserie). Kunze, Christian: Änderungen in Bankpolitik und Bankwesen als Teil der Wirtschaftsreformen der DDR, Berlin-West 1972. Deckers, Transformation. Mura, Zur Geschichte des Sparkassenwesens. Wessel, Joachim: Haftung der Banken der DDR für ihre Mitarbeiter und für Dritte in den Zivil- und Wirtschaftsrechtsbeziehungen, Köln 1983. Hartwig, Karl-Hans: Monetäre Steuerungsprobleme in sozialistischen Planwirtschaften, Stuttgart 1987. Frenzel, Paul: Die rote Mark: Perestroika für die DDR, Herford 1989.

der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu Forschungsergebnissen führte.⁵² Hervorzuheben sind die empirisch unterfütterten Publikationen der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V., die auch die Transformation des Banken- und Sparkassenwesens betrachteten.⁵³ Ein Schwerpunkt lag auf Genderaspekten.⁵⁴

Stärker organisationsgeschichtlich orientiert waren die seit 1985 regelmäßig stattfindenden (bundesrepublikanischen) Sparkassenhistorischen Symposien, die in Sammelbände mündeten. Die DDR wurde hier aber nur selten berührt.⁵⁵ Für eine vergleichende Betrachtung interessant sind zwei Bände zur europäischen Sparkassengeschichte aus den Jahren 1995 und 1998, in denen auch einige Staaten des ehemaligen Ostblocks betrachtet werden.⁵⁶ Vor allem jedoch erschien 1996 der noch immer als Standardwerk zum Thema geltende 660 Seiten starke Band „Geschichte der Sparkassen in der DDR 1945 bis 1990“ aus der Feder des Wirtschaftshistorikers Josef Wysocki und des ehemaligen OSV-Vizepräsidenten Hans-Georg Günther. Sie waren vom Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband (OSGV, heute OSV) sowie von der Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e. V. (heute Stiftung für die Wissenschaft) Bonn gefördert worden. Während Wysocki im ersten Teil einen Überblick über das DDR-Bankenwesen unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen gab, ging Günther im zweiten Teil stärker ins Detail.⁵⁷ Dafür

52 Bues, Rüdiger: Das Bankensystem der ehemaligen DDR bis 1990: seine Organisation und Wirksamkeit innerhalb des zentralgeplanten Wirtschaftssystems, Berlin 1996. Hummel, Geschichte der Bankwirtschaft. Hummel, Kreditwesen.

53 Hüning, Hasko/Friederike Maier/Hildegard M. Nickel: Berliner Sparkasse: Unternehmen in der Vereinigung: zur Transformation des Dienstleistungssektors 1990 - 1992. Projekt: Dienstleistungsbeschäftigung im Umbruch - betriebliche und individuelle Anpassungsstrategien, Berlin 1993. Struck-Möbbeck, Olaf: Banken, Sparkassen und Versicherungen: Ein eigener Weg der betrieblichen Transformation, in: Hüning, Hasko/Hildegard M. Nickel (Hg.): Großbetrieblicher Dienstleistungssektor in den neuen Bundesländern. Finanzdienstleistungen, Einzelhandel, Krankenpflege, Opladen 1996, S. 87-108. Hüning, Hasko/Hildegard M. Nickel (Hg.): Finanzmetropole Berlin. Strategien betrieblicher Transformation, Opladen 1998. Manske, Alexandra/Hanna Meißner: „Und wer wollte, wer möchte, wer will, hat seine Chance auch gehabt.“ Ehemalige Ostberliner Zweigstellenleiterinnen im betrieblichen Umstrukturierungsprozeß der Landesbank Berlin, in: Hüning, Hasko/Hildegard M. Nickel/Susanne Völker (Hg.): Transformation - Unternehmensreorganisation - Geschlechterforschung, Opladen 1999, S. 155-173.

54 Siehe auch: Rogas, Karsten/Viola Philipp/Friederike Maier: Anpassung an westliche Beschäftigungsstrukturen oder neue Wege der betrieblichen Personalpolitik? - Die Beschäftigungssituation von Frauen bei den Sparkassen im Land Brandenburg, Berlin 1995.

55 Günther, Hans-Georg: Sparkassen in der DDR und Zahlungsverkehr von 1945 bis 1990, in: Mura, Jürgen (Hg.): Der Zahlungsverkehr der Sparkassenorganisation: historische Entwicklung und Zukunftsperspektiven; Sparkassenhistorisches Symposium 1994, Stuttgart 1995, S. 79-91.

56 Mura, Jürgen (Hg.): Europäische Sparkassengeschichte Bd. I, Stuttgart 1995 (zu den ersten zwölf EG-Mitgliedsstaaten). Ders. (Hg.): Europäische Sparkassengeschichte Bd. II, Stuttgart 1998 (darin meist 15-20 S. lange Beiträge u.a. zu: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn).

57 Der „Nestor der deutschen Sparkassengeschichtsschreibung“ Wysocki starb 1996. Reinhart, Michael: Moderne Formen der Sparkassenhistoriographie in Bayern, in: Wilfried Feldenkirchen (Hg.): Standortbestimmung: Sparkassengeschichte, Stuttgart 1999, S. 349-364, hier 354. Günther hatte als früherer Sparkassendirektor und langjähriger Mitarbeiter der Abteilung Sparkassen bei der Staatsbank Kenntnisse der Alltagspraxis.

zogen sie neben Jahres- und Geschäftsberichten sowie Rechtstexten, Vordrucken und weiterer Grauer Literatur auch Archivquellen heran. Das Werk diene auch der Selbstvergewisserung, indem es exogene Brüche und endogene Kontinuitäten betonte: Die Sparkassen seien in der DDR gegängelt worden, aber da sie ihrer historisch gewachsenen Rolle und ihrer „Sparkassenidentität“ einigermaßen treu bleiben konnten, hätten sie den Kund*innen gleichwohl essenzielle Dienste geleistet und in bescheidenem Maße Schwächen des sozialistischen Wirtschaftssystems auffangen können.

Noch stärker erinnerungsgeschichtlich motiviert und auf eine „Würdigung der Leistungen, die in den einzelnen ostdeutschen Sparkassen erbracht wurde“ abzielend, war ein anschließender Band von Günther und dem früheren stellvertretenden DSGV-Geschäftsführer Walter Geiger über die „Neugestaltung des ostdeutschen Sparkassenwesens 1990 bis 1995“.⁵⁸ Obwohl beide Bände sich explizit „auch als Anregung für künftige Untersuchungen“ verstanden, „denen noch ein weites Feld offensteht“, hat die Wissenschaft kaum reagiert und in den vergangenen 25 Jahren wenig entsprechende Forschungsarbeit geleistet.⁵⁹

Ebenfalls eher organisationsgeschichtlich orientiert war die 2006 und 2010 in zwei Bänden erschienene „Regionalgeschichte der Sparkassen-Finanzgruppe“.⁶⁰ Neue Erkenntnisse zum Sparkassenwesen in der SBZ/DDR sind hier ebenso rar wie im 2005 erschienenen Sammelband „Wirtschafts- und Sozialgeschichte der deutschen Sparkassen im 20. Jahrhundert“.⁶¹ Insofern ist die bereits erwähnte vergleichende Studie zur Digitalisierung der Kreditwirtschaft in DDR und BRD aus dem Jahr 2021 ein seltener Glücksfall.⁶² Der Autor Martin Schmitt demonstrierte, wie mit der kombinierten Nutzung von Historischen Archiven der Sparkassen und Sparkassenverbände, von weiteren Bundes-, Landes-,

58 Geiger, Walter/Hans-Georg Günther: Neugestaltung des ostdeutschen Sparkassenwesens 1990 bis 1995, Stuttgart 1998, S. 14. Die Publikation wurde durch die Gesellschaft zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung über das Spar- und Girowesen (heute: Stiftung für die Wissenschaft) gefördert.

59 Wysocki/Günther: Geschichte der Sparkassen, S. 20. Dies könnte zum Teil auch daran liegen, dass beide Bände mit wenigen Quellenbelege auskommen.

60 Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe (Hg.): Regionalgeschichte der Sparkassen-Finanzgruppe. Bd. 1 und Bd. 2. Stuttgart 2006 und 2010 (300 S. und 360 S.). Vgl. die Rezension von Harald Wixforth zu Bd. 1, in: www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-9890 [118.12.2024]. Hans-Georg Günther fasst in „Die Sparkassen im heutigen Gebiet des Ostdeutschen Sparkassenverbandes seit 1945“ (Bd. 1, S. 231–263) seine früheren Veröffentlichungen zusammen. Im Beitrag „Zur Geschichte der Sparkasse in Berlin seit 1945“ geht es v.a. um Westberlin. Das Kapitel „Geschichte der Sparkassen in Hessen und Thüringen“ behandelt Thüringen nur bis 1945 und dann wieder ab Ende 1989.

61 Pohl, Hans/Bernd Rudolph/Günther Schulz: Wirtschafts- und Sozialgeschichte der deutschen Sparkassen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005. Das DDR-Sparkassenwesen wird nur in drei Abschnitten auf 19 Seiten behandelt, die bundesdeutschen Sparkassen auf 160 Seiten.

62 Schmitt, Digitalisierung.

Wirtschafts- und Privatarchive sowie von Zeitzeugeninterviews neue sozial-, wirtschafts- und politikhistorische Erkenntnisse über die DDR bzw. die beiden deutschen Staaten im Vergleich gewonnen werden können.

Festschriften gewannen für die ostdeutschen Sparkassen bald nach der Wiedervereinigung an Bedeutung. Insbesondere von der Mitte der 1990er Jahre bis zur Mitte der 2000er Jahre gab es eine regelrechte Festschriftenschwemme, die wohl nicht nur aus einem Aufholeffekt, sondern angesichts vielfacher Sparkassenfusionen auch aus einem Bedürfnis nach Selbstdarstellung und Selbstvergewisserung herrührte (siehe Kap. II.6). Eine Liste der über 100 seit 1990 erschienenen Festschriften zu Sparkassen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ist im Literaturverzeichnis aufgeführt. Sie sind sehr unterschiedlich in Qualität und Umfang, angesichts der Uniformität des zentral gelenkten DDR-Sparkassenwesens hinsichtlich der Jahre 1949 auch 1989 auch in hohem Maße redundant. Zu den verwendeten Quellen zählen (bisweilen offenbar eklektisch ausgewählte) Akten aus den zumeist nicht erschlossenen Hausarchiven der Sparkassen, Jahres- und Geschäftsberichte, Rechtstexte, Vordrucke und vielfach Interviews mit Zeitzeugen. In einigen Fällen wurden auch Stadt- und Landesarchive miteinbezogen. Vielfach neigen die Festschriften dazu, die Geschichte des DDR-Sparkassenwesens als eine dezidierte Defizitgeschichte darzustellen und den Kontrast zur Bundesrepublik sowie der eigenen zumeist stark prosperierenden Entwicklung nach 1990 zu einem Roten Faden werden zu lassen. Nützlicher sind Festschriften aus der Feder von (Regional-)historiker*innen, welche die Sparkassengeschichte auch im Hinblick auf Besonderheiten wie die regionale Wirtschaftsstruktur, Grenzlage etc. schildern. Die beiden gehaltvollsten Festschriften wurden 2019 über die Sparkassen Berlins sowie 2021 über die Sparkassen in Mittelthüringen publiziert.⁶³

Überblickswerke zur Wirtschaftsgeschichte der DDR streifen das Bankenwesen meist nur und erwähnen Sparkassen häufig gar nicht, geben jedoch über die wirtschaftspolitischen Kontexte der DDR-Sparkassengeschichte Auskunft.⁶⁴ Im Einzelnen stärker heranzuziehen sind Publikationen zur Finanz- und Geldgeschichte der DDR sowie z.T. auch der Banknotenforschung.⁶⁵ Für eine vergleichende Perspektive dürften neben Werken zur Finanz- bzw. Geldgeschichte Westdeutschlands wohl vor allem solche zu anderen

63 Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e. V. (Hg.): Wendezeiten - Sparkassen in historischen Umbrüchen am Beispiel Berlins (Sparkassenhistorischer Workshop 2018), Stuttgart 2019, darin insb.: Thomas Einert: Die Sparkasse der Stadt Berlin (Ost-Berlin) 1948 bis 1989/90, S. 51-70. Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen. Ebenfalls vom Kreisarchivar Thomas Hildebrand: Die Geschichte der Sparkassen im Landkreis Sömmerda: anlässlich des Jubiläums 150 Jahre Sparkasse in Sömmerda, Sömmerda 1999.

64 Vgl. etwa Steiner, Von Plan zu Plan.

65 Z.B. Zatlin, Currency of Socialism. Gries, Rainer: Die Mark der DDR: eine Kommunikationsgeschichte der sozialistischen deutschen Währung, Erfurt 2003. Ermer, Matthias: Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Notenbank, Stuttgart 2000. Leisering, Peter: Falschgeld in der DDR, Berlin 2014. Ders.: Geldgeschichten aus der DDR, Regenstauf 2012.

sozialistischen Staaten sein.⁶⁶ Schließlich ist die für die spezifischen, im Folgenden entfalteten Forschungsperspektiven relevante Forschungsliteratur zu so unterschiedlichen sozial-, wirtschafts- oder politikhistorischen Themen wie Frauenrechten, „Republikflucht“, Stasi, Bitterfelder Konferenz, Wohnungsbau u.v.m. unerlässlich. Sie wurde daher in die Perspektiven (Kap. II) eingearbeitet.

4. Quellenlage

Um historisch-kritische und quellengestützte Forschungen anzustoßen, bietet diese Studie eine problemorientierte Erfassung der qualitativen und quantitativen Quellen sowie eine nach Archiven geordnete Übersicht mit Bestandsbeschreibungen (Kap. III.1). Einer ersten Einschätzung nach ist die Quellenlage als sehr günstig zu beurteilen - wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass für die meisten Fragestellungen in mehreren Archiven recherchiert werden muss.⁶⁷ Hervorzuheben ist das Historische Archiv (HA) des OSV, nicht nur wegen des Umfangs der Bestände (>300 lfm.), sondern auch wegen der vergleichsweise guten Erschließung und der professionellen fachlichen Betreuung. In den jeweiligen Sparkassen gestaltet sich die Situation sehr unterschiedlich. Während in Sachsen bis auf eine Ausnahme jede Sparkasse entweder selbst ein Archiv führt oder ihr Archivgut als Depositum ans OSV gegeben hat, führen etwa in Sachsen-Anhalt nur wenige Sparkassen eigene Archive. Mit dem Historischen Archiv der Erzgebirgssparkasse ist es entsprechend auch eine sächsische Sparkasse, welche die mit großem Abstand umfangreichsten Bestände führt (rund 1.530 lfm, davon zwei Drittel erschlossen).

Die konsultierten Archive enthalten häufig ähnliche Überlieferungen, etwa betreffend Rundschreiben, Vordrucke, Verbands- und Behördenschriftgut, aber auch hinsichtlich ähnlicher Arbeitsabläufe und dokumentierter Konflikte. Eigenheiten ergeben sich insbesondere aus ihrer regionalen Verortung. Dies gilt besonders für Berlin als ehemalige Reichshauptstadt (mit besonderen Altkonten und Krediten), als geteilte Stadt mit zwei 1948 getrennten und 1990 wiedervereinigten Sparkassen sowie als Hauptstadt der DDR und „Großstadtparkasse“.

Aufgrund der überragenden Stellung des Staates im Wirtschaftsleben und in der Lenkung der Sparkassen kommt staatlichen Archiven eine bedeutendere Rolle zu als dies bei den Forschungen zu westdeutschen

66 Jüngst z.B. Ironside, Kristy: *A Full-Value Ruble: The Promise of Prosperity in the Postwar Soviet Union*, Cambridge/MA 2021. Pravilova, Ekaterina: *The Ruble: A Political History*. New York 2023. Ivanova, Anna: *Money, Property and Labor: Notions of Personal Wealth and Social Justice in the Soviet Union after Stalin, 1956-1991*, im Erscheinen. Radi, Szinan: *Contesting Money: Challenging Power and Pursuing the Common Good in Postwar Hungary, 1945-1958*, im Erscheinen.

67 Vgl. Wilsberg, Klaus: *Wenn's um Geschichte geht... Sparkasse - Unternehmensgeschichte in der Sparkassen-Finanzgruppe*, in: *Archiv und Wirtschaft* 34/3, 2001, S. 117-122, hier 119.

Sparkassen gewöhnlich der Fall ist. In erster Linie ist hier das Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BA) zu nennen, wo in den Beständen des MdF (DN 1) und der Staatsbank (DN 10) die aussagekräftigen Akten der - 1952 im MdF eingerichteten und 1972 in die Staatsbank überführten - Abteilung Sparkassen überliefert sind. Auch die Bestände der Vorgängerin der Staatsbank, der Deutschen Notenbank (DN 6), mit ihrer Abteilung Geldumlauf sowie weiterer staatlicher Stellen wie dem Ministerrat, der Staatlichen Plankommission sowie anderer Banken (Deutsche Investitionsbank, Industrie- und Handelsbank) sind interessant; betreffend Entnazifizierungen und die frühe Personalpolitik sind die personenbezogenen Unterlagen von NS-Institutionen (R 9361) unverzichtbar.

In den Landes- bzw. Staatsarchiven kommen diesbezüglich die Entnazifizierungsakten hinzu, darüber hinaus aber auch eine Reihe von weiteren Beständen. In erster Linie sind dies jene der (bis 1952 bestehenden) Sparkassenverbände in den Ländern und der (bis 1952 existierenden) Ministerien für Finanzen bzw. ab 1952 die Abteilungen Finanzen der Räte der Bezirke (in Berlin des Magistrats). Die Bedeutung der regionalen Wirtschaftsarchive ist gering, da staatliche Archive, insbesondere die Landes- bzw. Staatsarchive, in den frühen 1990er Jahren den überwiegenden Teil der Überlieferung der - etwa hinsichtlich Kreditvergabe interessanten - Betriebe der SBZ/DDR für sich reklamierten. In den Kommunalarchiven auf dem Gebiet der früheren DDR sind vorrangig die Bestände der Abteilungen Finanzen der Räte der Städte bzw. der Kreise von Interesse. Die Möglichkeiten der Online-Recherche sind hier zum Teil sehr eingeschränkt und selbst bei bestehenden Rechercheportalen⁶⁸ führt aufgrund der unzureichenden Verzeichnung eine bloße Suche nach „Sparkasse*“ in Kombination mit weiteren Begriffen häufig nicht weit.

Je nach Forschungsthema wären weitere Archive hinzuzuziehen, etwa Medienarchive wie das Deutsche Rundfunkarchiv oder das Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags. Hervorheben möchte ich an dieser Stelle das mittlerweile ins Bundesarchiv überführte Stasi-Unterlagen-Archiv. Die Bestände, deren Findbücher zum Teil veröffentlicht sind, können nicht nur Auskunft über die „Betriebssparkasse“ der Stasi sowie das Verhältnis der „zivilen“ Sparkassen zum Überwachungsstaat, zur Ausspionierung von Sparkassenkund*innen und zu IM-Tätigkeiten von Sparkassenmitarbeiter*innen geben, sondern auch zu Einzelthemen wie dem Diebstahl aus Schließfächern im Rahmen der Aktion „Licht“ am 6./7. Januar 1962 oder dem Geldumtausch vom 13. Oktober 1957. Dies wird im Folgenden jeweils näher ausgeführt.

⁶⁸ Die Stadt- und Kreisarchive in Mecklenburg-Vorpommern sind z.B. zentral über den Service ARIADNE recherchierbar: <https://ariadne-portal.uni-greifswald.de/> [22.3.2023].

II. Perspektiven der Forschung

In diesem Kapitel werden jene Themen angerissen und teils näher ausgeführt, die geeignete Ansatzpunkte für künftige Forschungen bilden können. Die Auswahl wurde vor allem induktiv getroffen, indem die in den Archiven überlieferten Quellenbestände mit dem Forschungsstand abgeglichen und versucht wurde, ungenutzte Potenziale zu erkennen. In einigen Fällen sind auch umgekehrt Lücken im Forschungsstand gesucht bzw. entsprechende Hinweise zur Kenntnis genommen worden, um auf diese in Verbindung mit der Nennung relevanter Archivkorpora hinzuweisen. Dabei wird die Forderung Mary Fulbrooks beherzigt, nach der es betreffend die DDR-Forschung nicht in erster Linie neue Studien zu diesem oder zu jenem Thema brauche, sondern vor allem „relevante Fragestellungen“.⁶⁹

1. Personal und Organisation

1.1 Entnazifizierung, Gegenpolitisierung und Entpolitisierung

Die Personalpolitik der Sparkassen in der SBZ/DDR und der noch bis 1952 bestehenden Sparkassenverbände der Länder hatte mehrere Dimensionen. Die folgende Darlegung von politischen Aspekten wäre in einem Forschungsvorhaben sinnvollerweise mit fachlichen und sozialen Komponenten wie Entprofessionalisierung, Ausbildung, politische Schulung, Geschlechterverhältnisse, Arbeitsorganisation usw. zu verknüpfen (siehe folgende Unterkapitel).

Zur Durchführung, zum Umfang sowie zu den Auswirkungen von Entnazifizierungen gilt mangels empirischer Arbeiten immer noch der Befund von Wysocki und Günther, dieser Bereich sei „vollkommen unerforscht“.⁷⁰ Sie äußerten die Vermutung, die Entfernung von Personen mit NS-Belastungen aus den Sparkassen sei, „ähnlich wie im Westen, keineswegs mit letzter Konsequenz gehandhabt“⁷¹ worden. Entsprechende Einzelfälle könnte man in großer Zahl nennen. So blieb etwa der Kassierer Max Neubert (*1889) von 1915 bis zum Ruhestand im Jahr 1956 in der Sparkasse Zschorlau beschäftigt, obwohl er der NSDAP, dem Opferring und dem NS-Fliegerkorps angehört hatte sowie SS-Fördermitglied gewesen war.⁷² Inwiefern es sich bei solchen Einzelfällen tatsächlich um Ausnahmen handelte oder ob er eher als systemisches Phänomen zu werten ist, wäre genauer zu untersuchen. Der generelle Befund, in der SBZ sei

69 Fulbrook, Mary: Die fehlende Mitte. Die DDR als postnazistischer Staat, in: Ulrich Mähler (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016, S. 89–97, hier 90.

70 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 52. In Festschriften bleibt dieses Thema in der Regel ausgeklammert, so beispielsweise auch in Wysocki, Stadtparkasse Dresden.

71 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 142.

72 Personalakte in: HA Erzgebirgssparkasse, OB 1932.

zumindest bis zum faktischen Abbruch der Entnazifizierung 1948 sowohl in der Durchführung (Vergabe von Fragebögen, der Aufdeckung von Falschangaben usw.) als auch in der Konsequenz (Entlassungen, Berufsverbote etc.) deutlich konsequenter entnazifiziert worden als in den westlichen Besatzungszonen, spräche eher für die erste Perspektive.⁷³ Auch ein DDR-Standardwerk zum Finanzsystem hob, freilich wenig überraschend, den Personalumbau ab 1945 hervor und bezeichnete ihn als „[e]ntscheidend für die erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Finanzorgane“.⁷⁴ Eine Rolle könnte in diesem Zusammenhang spielen, dass die Struktur des Bankensystems in der SBZ bis zu den Währungsreformen 1948 als Provisorium betrachtet und vorbehaltlich weiterer, eventuell gesamtdeutscher, Regelungen noch nicht voll nach sowjetischen Vorstellungen umgestaltet worden war.⁷⁵

Die meisten Sparkassen-Festschriften gehen auf dieses Thema höchstens am Rande ein und nennen vage „generelle Überprüfungen“ ab Sommer 1945 auf die „in verschiedenen Wellen Entlassungen ehemaliger NSDAP-Mitglieder“ folgten.⁷⁶ Zu fragen wäre zunächst, ob die Überprüfung tatsächlich auf frühere Mitgliedschaften und Tätigkeiten in NS-Organisationen und damit auf die „formale“ Belastung fokussiert war oder ob auch in bestimmten Regionen oder Einzelfällen weitere Tätigkeiten im Sinne des NS-Regimes (z.B. physische Gewalttaten, „Arisierungen“) und damit „materielle“ Belastungen in den Blick genommen wurden.⁷⁷ Zumindest in der seinerzeitigen statistischen Erfassung wurde nur auf die NS-Mitgliedschaften Wert gelegt. Zur Entnazifizierung des Sparkassenwesens in Sachsen wurden beispielsweise nur jene Daten aggregiert, die in Abbildung 5 dargestellt sind. Ausgehend von einer hohen Mitgliedsquote in der NSDAP und ihren Gliederungen von 79% in den Sparkassen zu Kriegsende, belegt sie eine rasche Entnazifizierung im Sommer und Herbst 1945, einen starken personellen Umbau und damit den auf lokalen und regionalen Verwaltungsebenen in der DDR üblichen tiefgreifenden Bruch.⁷⁸

73 Vgl. Sperk, Alexander: Entnazifizierung und Personalpolitik in der sowjetischen Besatzungszone Köthen/Anhalt: eine Vergleichsstudie (1945-1948), Döbel 2003, S. 429.

74 Autorenkollektiv, Finanzsystem der DDR, S. 12.

75 Hierzu Deckers, Transformation, S. 124.

76 Falk, Beatrice/Friedrich Hauer: Immer mit der Zeit gegangen. Die Geschichte der Sparkasse Mittleres Erzgebirge, Marienberg 2003, S. 105–109, Zitate 106. Zu den Ausnahmen zählen die statistischen Angaben zur thüringischen Kreissparkasse Worbis, in: Wachtel, Paul: Die obereichsfeldischen Sparkassen im Sozialismus, in: Kreissparkasse Eichsfeld (Hg.): Die Geschichte der Kreissparkasse Eichsfeld, Stuttgart 2002, S. 154.

77 Zu den verschiedenen Gebrauchsvarianten des Begriffs „NS-Belastung“ vgl. Beer, Mathias/Melanie Güttler/Jan Ruhkop: Behördenforschung und NS-Belastung. Vermessung eines Forschungsfeldes, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 68 (2020), 7/8, S. 632–651, hier 636–639.

78 Vgl. Melis, Damian van: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern: Herrschaft und Verwaltung 1945–1948, München 1999, S. 321.

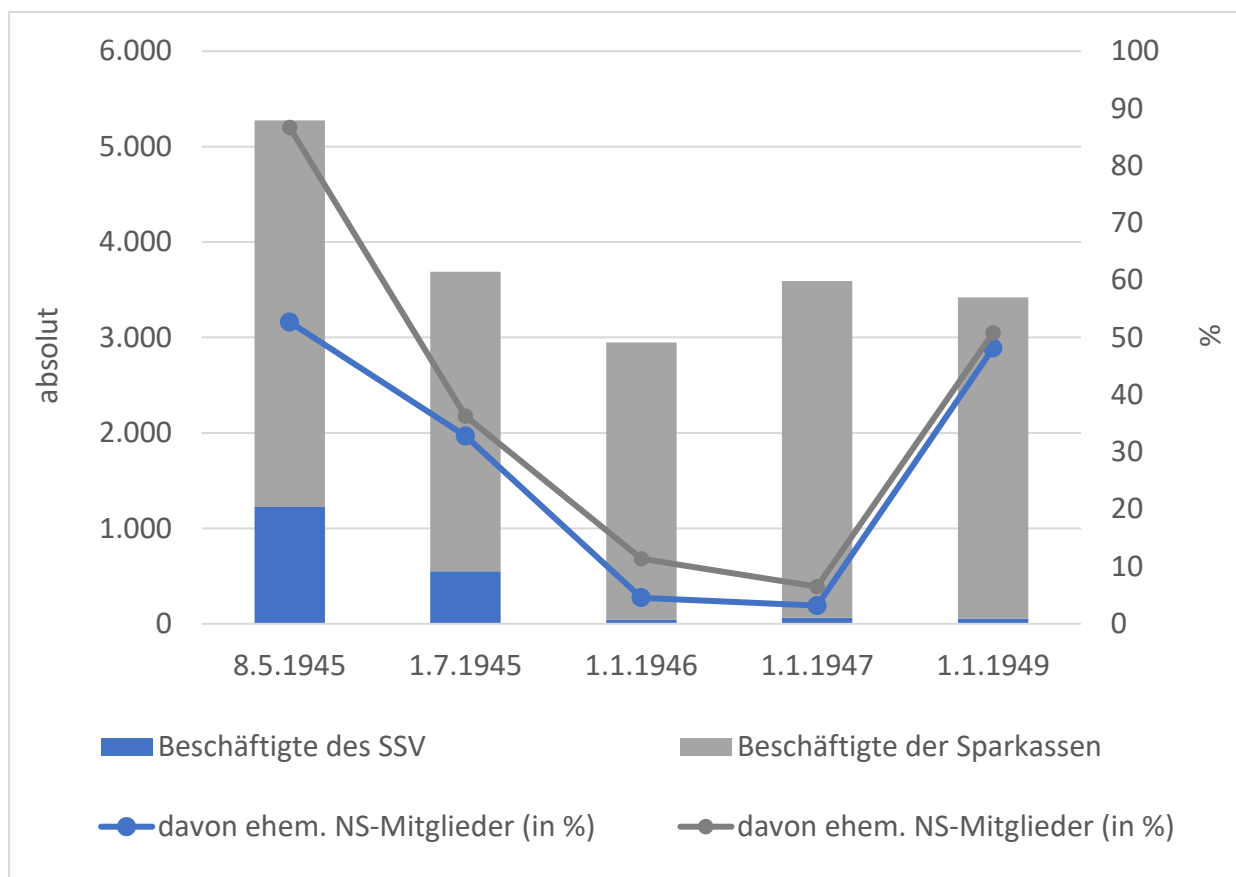


Abbildung 5: Entnazifizierung des Sparkassenwesens in Sachsen (1945-1949)⁷⁹

Schwieriger zu interpretieren sind die Daten zum Stichtag 1. Januar 1949. Mit NS-Belastungs-Quoten von rund 50% scheinen sie eine „Renazifizierung“ oder zumindest eine Aufweichung der anfänglich harten Regelungen zu belegen.⁸⁰ Eine erste qualitative Betrachtung offenbart allerdings, dass es sich bei diesen „NS-Belasteten“ wohl überwiegend um jüngere bzw. jugendamnestierte ehemalige Mitglieder in der Hitlerjugend (HJ), SA oder seltener NSDAP handelte und damit um eine ganz andere Art formaler NS-Belastung als im Frühjahr 1945. Dies berührt unter anderem die Frage, was in SBZ/DDR-Sparkassen als NS-Belastung galt. Unter den Gliederungen der NSDAP hatte eine Mitgliedschaft in der SA oder im NS-Fliegerkorps ja eine ganz andere Qualität als eine Mitgliedschaft in der HJ oder dessen Zweig Bund Deutscher Mädel (BDM). Ferner wäre ein Vergleich anzustellen, beispielsweise mit Thüringen oder Sachsen-Anhalt, wo

⁷⁹ Übersichten des SSV (1946-1949), in: HA OSV, D/9654/AUG, D/1445/12.022, D/6990/BUG, Bd. 3.

⁸⁰ Bereits im August 1948 hatte unter den ca. 3.200 Beschäftigten der sächsischen Sparkassen der Anteil jener, die Mitglied in der NSDAP oder ihren Gliederungen gewesen waren, bei 36% gelegen. Personalstatistiken der 53 Stadt- und Kreissparkassen in Sachsen, 31.8.1948, in: HA OSV, D/6990/BUG, Bd. 3.

die Entnazifizierungen im Allgemeinen weniger konsequent durchgeführt wurden als in Sachsen und Mecklenburg–Vorpommern.⁸¹

Außerdem wäre ein Vergleich mit den Kreditinstituten in den westlichen Besatzungszonen von Interesse, die möglicherweise in beträchtlichem Umfang die von den Entnazifizierungen im Osten Betroffenen aufgenommen haben. Es dürfte hierzu allerdings eigene Forschungsarbeit nötig sein, denn die bestehende Literatur, obgleich in großen Mengen vorhanden, bietet zu diesen Aspekten wenig.⁸² Ferner wäre zu prüfen, ob in der SBZ Entlassungen auch oder gar vorwiegend gegenüber abwesenden Männern ausgesprochen wurden und diese nach einer Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft möglicherweise doch wiedereingestellt wurden.

Eine jüngst erschienene Jubiläumschrift der Sparkasse Mittelthüringen erwähnt Dissonanzen zwischen den Sparkassen mit ihrem eklatanten Arbeitskräftemangel und den übergeordneten politischen Ebenen, die sich um eine möglichst weitgehende politische Säuberung bemühten: „Die Entnazifizierung strammer NSDAP–Mitglieder und Verfechter [;] wurde akzeptiert, weitergehende Maßnahmen stießen nicht immer auf Verständnis - so die Entlassung anerkannter Mitarbeiter, die zwar der NSDAP angehört hatten, aber nicht negativ in Erscheinung getreten waren.“⁸³ Dieser Spur nachgehend, wären zunächst die Motivationen der beteiligten Akteure zu erforschen. Dies waren in erster Linie die Sparkassenleitungen, die später gebildeten SED–Betriebsgruppen, die Sparkassenverbände, die Verwaltungsräte, insb. die vorsitzenden Landräte bzw. Oberbürgermeister, die um Beurteilung ersuchten Angehörigen des Antifaschistisch–demokratischen Blocks, die Personalämter der Innenministerien und die SMAD. Darauf aufbauend könnte eine Analyse ihre Aushandlungsprozesse sowie die Veränderungen ihrer Handlungsspielräume erfolgen.

Ein naheliegender Ansatzpunkt wäre der im Historischen Archiv des OSV sehr reichlich vorhandene Schriftverkehr zur Personalpolitik der Nachkriegszeit in Sachsen sowie archivierte Personalbögen und

81 Vgl. Sperk, Entnazifizierung, S. 430. Melis, Entnazifizierung, S. 323.

82 Entnazifizierungen bzw. Personalpolitik werden nicht behandelt von Schulz, Günther: Die Sparkassen vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Wiedervereinigung, in: Pohl/Rudolph/Schulz, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 249–428. Markus Rudersdorf erwähnt eine komfortable Personalsituation bei den Sparkassen in und um Köln bereits Ende 1945, geht jedoch der Herkunft des neuen Personals, etwa der aus nicht spezifizierter Kriegsgefangenschaft Entlassenen, nicht nach. Rudersdorf: Der Wiederbeginn des Bankgeschäfts nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel der Kölner Institute, Köln 1996, S. 79–81, 93–98. In ihren Studien der Sparkassen in Aachen und Frankfurt/Main betrachten Harald Wixforth, Paul Thomes und Friederike vorwiegend die Entnazifizierung der Leitungsebene und auch dies meist nur knapp. Wixforth, Harald: Bielefeld und seine Sparkassen: 175 Jahre Sparkasse in Bielefeld, Stuttgart 2000, S. 334f. Thomes, Paul: 175 Jahre Sparkasse Aachen: fair, menschlich, nah, Monschau 2010, S. 215. Sattler, Friederike: Die Frankfurter Sparkasse von 1945 bis 1970, in: Friederike Sattler/Reinhard H. Schmidt/Harald Wixforth/Dieter Ziegler (Hg.): 200 Jahre Frankfurter Sparkasse, Stuttgart 2023, S. 153–208. Zu beachten ist jedoch jüngere Forschung zur Reichsbank. Gehlen, Boris/Christian Marx: Das Führungspersonal der Reichsbank und das NS–Regime, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 73/1, 2025, im Erscheinen.

83 Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, S. 270.

Lebensläufe.⁸⁴ Auch in den historischen Archiven der Sparkassen sind hier zum Teil aussagekräftige Akten erhalten, darunter auch Schriftverkehr mit abgelehnten Bewerber*innen.⁸⁵ Im Historischen Archiv der Erzgebirgssparkasse sind rund 1.350 Personalakten und Personalkarten aus dem Zeitraum 1945 bis 1989 erhalten.⁸⁶ Als Protagonist könnte etwa Wilhelm Schaarschmidt (1879-1958) in den Blick gerückt werden, seit 1922 Geschäftsführer des Sächsischen Sparkassenverbands, im November 1945 aufgrund seiner früheren NSDAP-Mitgliedschaft gekündigt und vier Monate später als Sachbearbeiter für Rechtsfragen wiedereingestellt.⁸⁷ Es wäre zu prüfen ob Personen wie Schaarschmidt bzw. Organisationen wie der personell stark dezimierte Sächsische Sparkassenverband unter einem besonderen Rechtfertigungsdruck nach oben standen, der sie nach unten gegenüber den Sparkassen eine härtere Linie fahren ließ und ihrer pragmatischeren Personalpolitik einen Riegel vorschob. Zu berücksichtigen ist hier auch die Forderung Mary Fulbrooks, die DDR stärker auch als „postnazistische Gesellschaft“ zu betrachten und den ehemaligen Nationalsozialisten in DDR-Politik, -Wirtschaft und -Gesellschaft stärkere Aufmerksamkeit zu zollen.⁸⁸

Ferner wäre nach hierarchischen Positionen und Aufgabenbereichen zu differenzieren. Erschienen beispielsweise in den Sparkassen Mitarbeiter*innen in „kapitalistischeren“ Bereichen wie den Kreditabteilungen verdächtiger und wurden deshalb schärfer überprüft?⁸⁹ Je nachdem, ob es gelingt, zu einem Urteil über die Qualität der Sparkassentätigkeiten in der SBZ und in der jungen DDR zu gelangen, und ob man Vergleiche zu äquivalenten Leistungen in der BRD ziehen kann, könnte man auch die seinerzeit im Westen verbissen verteidigte Notwendigkeit der Reintegration NS-belasteter Mitarbeiter*innen in Führungspositionen stärker hinterfragen als bisher.

84 Z.B. betr. Sachsen in HA OSV: Bewerbungsschreiben, Beurteilungen, Zeugnisse, Fragebögen, Wiedereinstellungen, Personalverzeichnis, Tarifvertrag (1945-1949), in: D/4801/BUG; Personalangelegenheiten: Bewerbungsunterlagen, Einstellungsanträge (1946/50), in: D/5005/BUG; Bewerbungen, Personalfragebögen, Kündigungen, Personalübersicht (1943-1952), in: D/1818/12.022; Personeller Neuaufbau der Kreissparkassen (1945-1951), in: D/910/12.020, Bd. 1-3; Personalangelegenheiten und Statistiken (1947/48), in: D/6990/BUG, Bd. 1-3; Personalakten SSV (1945-1952), in: D/9637/AUG-D/9643/AUG und D/9542/AUG. Zu anderen Ländern ist die Quellenlage im OSV weniger reichlich. Betr. Thüringen: Personalbögen und Lebensläufe von Sparkassen des Sparkassenverbands Thüringen, Bd. 1-2, A - N/O-Z (1950-1952), in: D/9669/AUG, D/9670/AUG;

85 Aussagekräftig ist etwa die Akte zur Entnazifizierung der KSK Marienberg (1945-1946), im HA Erzgebirgssparkasse, OB 2444. Siehe z.B. auch KSK Schwarzenberg: Personal und Entnazifizierung (1945-48), in: Ebd., OB 001.

86 Gesamtbestand des HA Erzgebirgssparkasse: 1191 Personalakten und 609 Personalkarten, davon rd. Drei Viertel aus den Jahren 1945-1989. Auskunft Horst Möckel, 7.3.2023.

87 Vgl. „Wilhelm Schaarschmidt“, in: Sächsische Biografie, in: [https://saebi.isgv.de/biografie/Wilhelm_Schaarschmidt_\(1879-1958\)](https://saebi.isgv.de/biografie/Wilhelm_Schaarschmidt_(1879-1958)) [12.9.2024].

88 Vgl. Fulbrook, fehlende Mitte, S. 93.

89 So wurde etwa im Januar 1947 der Fall eines Kreditabteilungsleiters der Sparkasse Bautzen skandalisiert, der u.a. eine NSDAP-Mitgliedschaft verschwiegen und Lebensmittelmarken veruntreut haben soll. Gemeingefährlicher Nazist entlarvt, in: Lausitzer Rundschau, 25.1.1947.

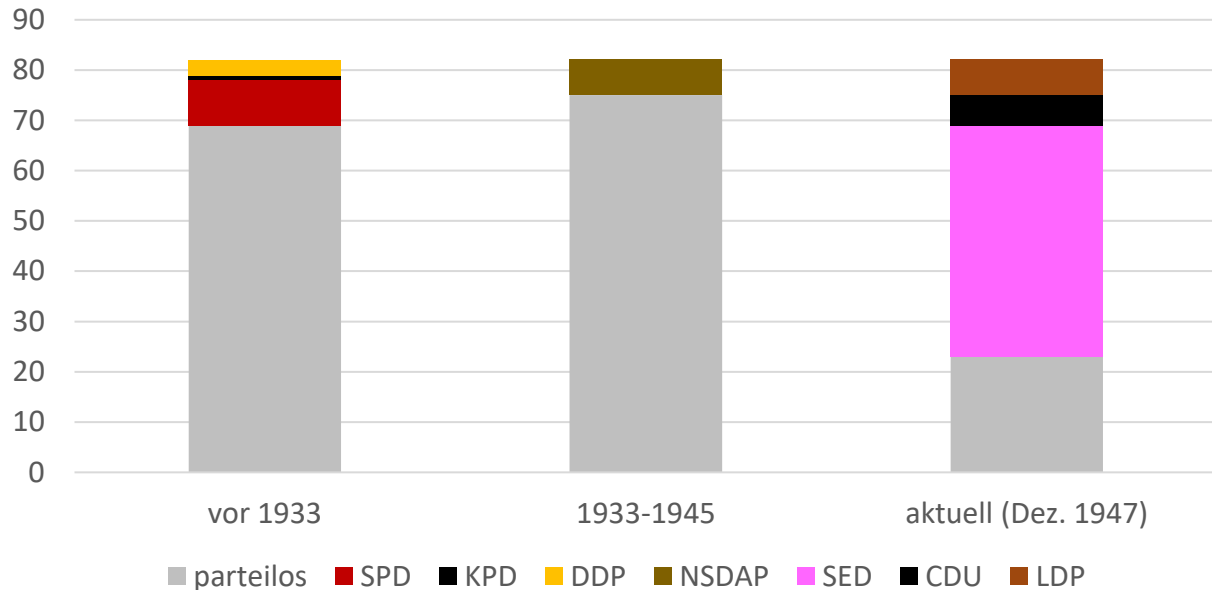


Abbildung 6: Parteizugehörigkeit des Leitungspersonals sächsischer Sparkassen (1947)⁹⁰

Gleichzeitig mit der Entnazifizierung gab es eine intensive, aber vermutlich wohl nur einige Jahre dauernde Phase der „Gegenpolitisierung“. Diese konnte sehr abrupt verlaufen und mit einem Verlust von Fachwissen einhergehen, wie ein Zeitzeuge in seiner Erinnerung zur Sparkasse Finsterwalde um das Jahr 1948 herum beschreibt: „Ja, auf schreckliche Art hat man Menschen beseitigt. So. Aber letzten Endes hat dann die Partei [SED] entschieden. Der [zuvor vom Sparkassenverband Brandenburg abgelehnte] Nichtskönner wird Direktor. Und der andere Direktor [;] der war Anfang 60, ist 1930 schon mal rausgeschmissen worden [;] Und der wurde plötzlich von der Polizei abgeholt.“⁹¹

Betrachtet man exemplarisch die 82 Männer der Führungsriege der sächsischen Sparkassen im Jahr 1947 (Abb. 6), dann sieht man, dass diese zum Großteil der SED sowie in geringem Maße Blockparteien angehörten. Während die mit politischen Funktionen betrauten Verwaltungsvorsitzenden sowie ihre Stellvertreter seit den späten 1940er Jahren fast ausnahmslos Mitglieder in Parteien waren, gab es allerdings - wie wiederum das Beispiel Sachsens belegt - unter den Sparkassendirektoren und ihren Stellvertretern stets etwa ein Viertel bis ein Fünftel Parteilose (siehe Abb. 7).

⁹⁰ Erfasst sind die früheren und zeitgenössischen Parteizugehörigkeiten der 82 im Jahr 1947 in Leitungspositionen der sächsischen Sparkassen tätigen Männer (keine Frau) ab Regierungsratsebene, also alle Direktoren, ihre Stellvertreter sowie einige Abteilungs- und Zweigstellenleiter. HA OSV, D/6990/BUG, Bd. 2; D/910/12.020, Bd. 3.

⁹¹ ZZI W.G., 4.3.2022, in: HA OSV (ohne Signatur).

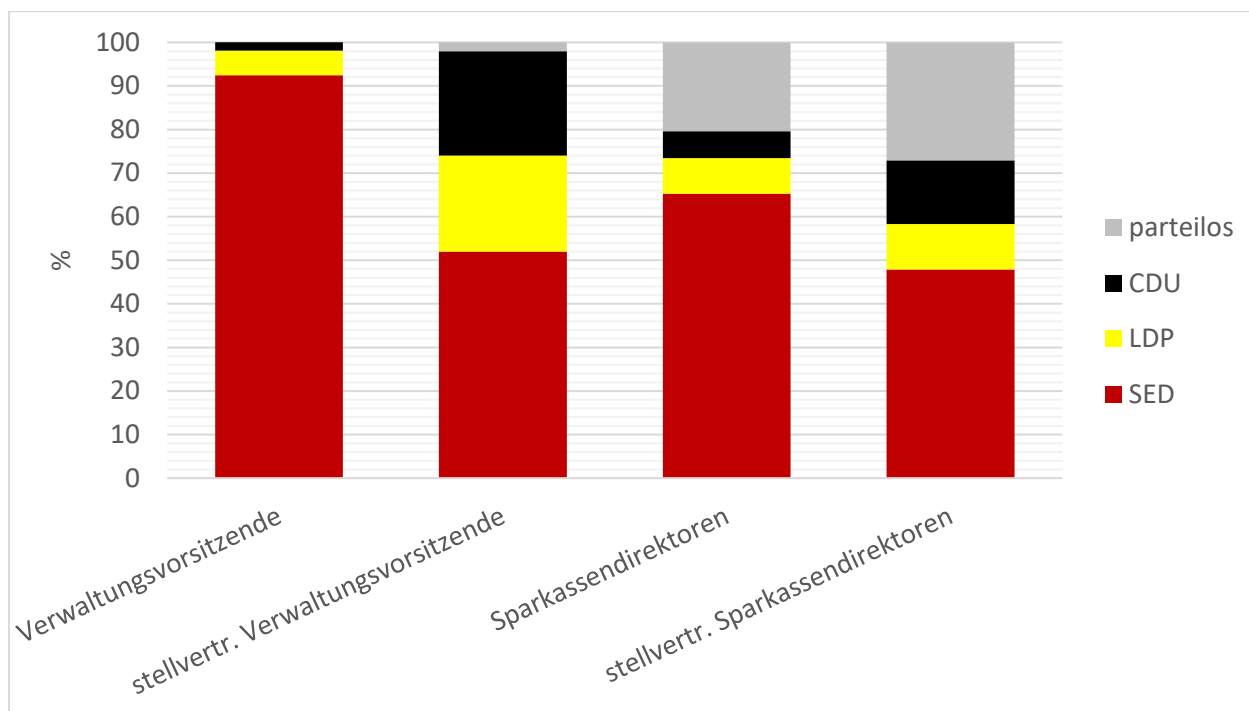


Abbildung 7: Parteizugehörigkeit in Aufsicht und Direktion sächsischer Sparkassen (1948)⁹²

Es ist vermutlich notwendig, genau hinzusehen und etwa zwischen Kreis- und Stadtparkassen zu differenzieren, die hier stark abweichende Werte aufwiesen. Während der Anteil parteiloser Direktoren in den Stadtparkassen bei 32% lag, waren dies bei Kreissparkassen nur 13%. Unter den stellvertretenden Direktoren war es umgekehrt, hier waren in den Stadtparkassen 14% parteilos, in den Kreissparkassen dagegen 37%.⁹³ Schaut man etwa nach Thüringen, lag beispielsweise im Jahr 1951 der Anteil der SED-Mitglieder in der Belegschaft der Stadt- und Kreissparkasse Erfurt bei knapp 40%,⁹⁴ in der Kreissparkasse Worbis im stark katholisch geprägten Eichsfeld dagegen nur bei 13%, während 45% in der Blockpartei CDU waren.⁹⁵

Bisher ging man davon aus, dass dieser Elitenaustausch bzw. diese „Gegenpolitisierung“ in den Sparkassen ihren Höhepunkt in den frühen 1950er Jahren erreichte und (erst) dann eine Entpolitisierung

92 Während die Verwaltungsvorsitzenden (Landräte und (Ober-)Bürgermeister) der insgesamt 53 Sparkassen am 11. November 1948 vollzählig besetzt waren, blieben unter ihren Stellvertretern sowie in den Sparkassendirektionen vereinzelt Posten unbesetzt. Zu dieser Zeit offenbar ausschließlich Männer. HA OSV, D/910/12.020, Bd. 3.

93 Siehe Listen in: HA OSV, D/910/12.020, Bd. 3.

94 Reuss/Grandke: 125 Jahre Sparkassen- und Giroverband, S. 69.

95 Vgl. Wachtel, Paul: Die obereichsfeldischen Sparkassen im Sozialismus, in: Kreissparkasse Eichsfeld, Geschichte, S. 154. Auch in Sachsen variierte der SED-Anteil in der Sparkassen-Belegschaft von unter 10% (Freital, Reichenbach) bis über 50% (z.B. Mittweida, Weißwasser). Statistiken zur beruflichen und politischen Gliederung, in: HA OSV, D/4899/BUG, Bd. 1.

erfolgte.⁹⁶ Ob man, ersten Hinweisen in den Quellen folgend, einen früheren Scheitelpunkt der SED- und Blockpartei-Mitgliedschaften auf den obersten beziehungsweise auf unteren Ebenen bereits in den späten 1940er Jahren rekonstruieren kann,⁹⁷ ist nicht nur von statistischem Interesse. Damit ließen sich zum einen Erkenntnisse über den von oben ausgeübten Druck zum Eintritt in Parteien gewinnen (*push*-Faktor), also über den politischen Stellenwert der Sparkassen im Staatsapparat. Zum anderen könnte man Aussagen über die Erwartungen treffen, welche Parteikader bzw. die politisch aktiven Angehörigen der ostdeutschen „Aufbau-Generation“ an die künftigen Handlungsspielräume der Sparkassen in der im Aufbau begriffenen sozialistischen Wirtschaft hatten (*pull*-Faktor).⁹⁸ Spätestens in den 1980er Jahren - vermutlich deutlich früher - lagen die SED-Mitgliedsquoten im DDR-Sparkassenwesen bei unter 10% und damit deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt.⁹⁹

Mitgliedschaften in Massenorganisationen wie dem FDGB, der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) sind vermutlich vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit interessant, da später wohl weniger Unterschiede zwischen den Sparkassen zu identifizieren sind.¹⁰⁰ Die dort bald erreichten hohen Mitgliedsquoten konnten im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) wohl nicht erzielt werden.¹⁰¹

96 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 230. Zur Verwendung des Elitebegriffs in der DDR-Forschung und zur Strategie, zunächst auch mit „technokratisch orientierten Funktionseliten“ zu arbeiten, bis „ideologisch orientierte Machteliten“ bereitstanden: Zschaler, Frank: Elitewandel als Indiz für Sowjetisierungsprozesse in Ostdeutschland 1949 - 1958, in: Nikolaus Lobkowicz/Leonid Luks/Alexei Rybakov/Andreas Umland (Hg.): Der Abschied vom Sowjetimperium, 2009, S. 167-189, Zitate 168 (übernommen von Michael Lemke).

97 1950 stagnierte der Anteil der Parteimitglieder unter der Gesamtbelegschaft sowie unter den leitenden Angehörigen der sächsischen Sparkassen. Bericht über Personalentwicklung, 28.3.1950, in: HA OSV, D/1445/12.022.

98 Vgl. Lorenz, Sabine: Kommunalen Elitenwandel: Rekrutierung, Zusammensetzung und Qualifikationsprofil des lokalen administrativen Führungspersonals in Ostdeutschland, in: Stefan Hornborstel (Hg.): Sozialistische Eliten - Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen 1999, S. 85-103. Ahbe, Thomas /Rainer Gries, Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte, in: Annegret Schüle/dies. (Hg.), Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006, S. 475-571, hier 502-518.

99 Den Wert von unter 10% nennen ohne Quellenangabe: Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 231. In Dresden waren z.B. im Jahr 1960 8,9% der Mitarbeiter*innen SED-Mitglieder (und 4,2% in Blockparteien), 1983 8,75% und 1988 8,26%. Wysocki, Stadtparkasse Dresden, S. 203. Unter allen erwachsenen DDR-Bürger*innen war in den 1980er Jahren etwa jeder sechste SED-Mitglied. Vgl. Mähler, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR, München, 6. Auflage 2009, S. 139. Einige Sparkassen hatten sehr stabile SED-Mitgliedsquoten, beispielsweise Apolda mit 11% im Jahr 1952 und 10% im Jahr 1986. Vgl. Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, S. 335. Ferner ist fraglich, inwieweit Sparkassenmitarbeiter*innen Interesse an einer SED-Mitgliedschaft und die „Arbeiterpartei“ wiederum an einer Aufnahme dieser Beschäftigten des Dienstleistungssektors hatte.

100 Bereits 1948 lag die Mitgliedschaftsquote im FDGB bei nahezu 100%. Personalstatistiken der 53 Stadt- und Kreissparkassen in Sachsen, 31.8.1948, in: HA OSV, D/6990/BUG, Bd. 3.

101 Auch in der Gesamtbevölkerung konnte der DFD nie die angestrebte Resonanz erreichen. Vgl. Kaminsky, Anna: Frauen in der DDR, Berlin 2016, S. 46-54. Im kleinen Sächsischen Sparkassenverband lagen die Mitgliedsquoten im DSF und FDGB sowie auch im DFD

In der Fläche gab es allerdings Ausnahmen. So trat beispielsweise der Direktor der Kreissparkasse Oschatz (Nordsachsen) aus der SPD nicht in die SED über und kompensierte seine anschließende Parteilosigkeit nicht einmal durch eine DSF-Mitgliedschaft. Entsprechend drang er in seiner Personalpolitik auch nicht auf Mitgliedschaften in Parteien oder in der DSF und dem DFD.¹⁰² In derartigen Fällen wäre die Personalpolitik ein Feld um die insbesondere bis 1952 zu vermutenden und gegebenenfalls wechselnden Allianzen und Konfliktstellungen zwischen Sparkassen, den Verwaltungsvorsitzenden, den (teils nicht SED-geführten) Landesministerien, den SED-Betriebsgruppen in den Sparkassen und in den Verbänden und weiteren Partei- und Staatsorganisationen zu analysieren. Für eine vergleichende Perspektive wären u.a. die aus dem DFG-Projekt „Politische Säuberung unter den wirtschaftlichen Führungskräften der SBZ/DDR (1945-1958)“ hervorgegangenen Publikationen von Marcel Boldorf heranzuziehen.¹⁰³

1.2 Aus- und Weiterbildung sowie politische Schulung

Im Zuge der Transformation nach der „Wende“ sind Aus- und Weiterbildung im Bankenwesen sowie insbesondere im Sparkassenwesen der späten DDR bzw. der neuen Bundesländer ausgiebig betrachtet worden.¹⁰⁴ Teilweise dominierte hier allerdings eine verengte bundesrepublikanisch geprägte Perspektive, aus welcher die DDR-Sparkassenausbildung für die Bedingungen der Marktwirtschaft „als wenig tauglich anzusehen ist und nach der Wende auf Weststandard angepaßt werden mußte“.¹⁰⁵ Da die DDR-Sparkassen allerdings bis zum Ende der DDR vergleichsweise gut funktionierten und ihren Kund*innenstamm nach 1990 erhalten haben, könnte dieser Befund auch problematisiert werden: War die Ausbildung für die spezifischen Anforderungen des Sparkassenwesens der DDR mit den klar definierten Arbeitsschritten möglicherweise ein

und im Nationalem Aufbauprogramm (NAP) in der Belegschaft bzw. den jeweiligen Zielgruppen der Organisationen 1951 bei je 100%. SSV: Gesellschaftliche Leistungen, 1952, in: HA OSV, D/4904/BUG, Bd. 1.

102 Schriftverkehr zwischen SED-Kreisleitung Oschatz und der SED-Betriebsparteiorganisation des SSV betr. Sparkassendirektor Görner und seinen Personalchef (CDU), Nov./Dez. 1951, in: HA OSV, D/4903/BUG, Bd. 4.

103 Gelistet in: <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/35654094/ergebnisse> [12.9.2024] U.a. Boldorf, Marcel: Austausch der wirtschaftlichen Führungskräfte in der SBZ/DDR nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2010/2, S. 47–70.

104 Mura, Jürgen (Hg.): Das Personal- und Bildungswesen der Sparkassenorganisation – historische Entwicklung und Zukunftsperspektiven (Sparkassenhistorisches Symposium 1992), Stuttgart 1993. Hüning/Maier/Nickel, Berliner Sparkasse. Wilkes, Claudia: Die Berufsausbildung zum „Finanzkaufmann - Spezialisierung Geld und Kredit“ in der ehemaligen DDR und ihre Überleitung zum anerkannten Ausbildungsberuf Bankkaufmann, unveröff. Diplomarbeit, Mannheim 1992/1993. Rogas/Philipp/Maier, Anpassung. Manske/Meißner, Und wer wollte. Bues, Bankensystem, S. 173–177.

105 Ellgering, Ingo: Das Personalwesen der Sparkassenorganisation von 1945 bis zur Gegenwart, in: Jürgen Mura (Hg.): Das Personal- und Bildungswesen der Sparkassenorganisation, Stuttgart 1993, S. 67.

positiver Faktor im weitgehend gelungen Transformationsprozess der Sparkassen?¹⁰⁶ Trugen die Lehr- und Arbeitsbedingungen in der DDR - etwa die aus Mangelsituationen resultierenden Zwänge zur Flexibilität - zu einer erhöhten Adaptionsfähigkeit der Mitarbeiter*innen bei? Für einen solchen Perspektivwechsel liefern etwa Berichte von Sparkassendirektoren über der Mitarbeitermotivation in den späten 1980er Jahren erste Anhaltspunkte.¹⁰⁷ Derart ließe sich die Transformationsphase sparkassenspezifisch neu betrachten.

Mit Blick auf die Aus- und Weiterbildung erscheinen ferner die sozialistische Aufbauphase nach 1945 ebenso untersuchenswert wie die Schulung von Mitarbeiter*innen in Zeiten des technologischen Wandels.¹⁰⁸ Für Langzeitbetrachtungen kämen folgende Fragestellungen in Betracht: Wie umfassend war die fachliche Aus- und Weiterbildung im Sparkassenwesen in der SBZ/DDR? Wie veränderte sie sich über die Zeit hinsichtlich der Inhalte, der Organisation oder des Anteils der politischen Schulung? Waren die Mitarbeiter*innen ausreichend geschult, um den Anforderungen der verschiedenen an die Sparkassen gestellten Aufgaben zu erfüllen? In welchem Maße konnte angesichts personeller Unterbesetzung und der Erfüllung drängender Routineaufgaben überhaupt grundlegendes Wissen über die Sparkassentätigkeiten in der „Spezialausbildung“, also in der Praxis, vermittelt werden?¹⁰⁹ Wurde die Ausbildung für den Bankensektor kontinuierlich und schrittweise heruntergefahren oder gab es Gegentrends, etwa mit der Übernahme der gesamten Wohnungsbaufinanzierung oder mit der gestiegenen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Kreditzinses im Zuge des Neuen Ökonomischen Systems in den 1960er Jahren? Wie maßen die Sparkassen die Leistungen ihrer Mitarbeiter*innen und welche Lehren zogen sie aus den Ergebnissen?

Quellen zur Beantwortung dieser Fragen stehen insbesondere im Historischen Archiv des OSV zur Verfügung. Für die ersten Jahre bis 1952 bieten beispielsweise die Akten der Sparkassenverbände über die Bedarfsentwicklung beim Personal, Personalentwicklungspläne und Lehrlingsausbildung.¹¹⁰ Für die Zeit von 1953 bis 1990 liefern die z.T. ebenfalls in diesem Archiv verbliebenen Bestände der Abteilung Sparkassen

106 Wysocki vertrat die Ansicht, Qualifikationsniveau und Fortbildungen seien gut gewesen. Wysocki, Stadtparkasse Dresden, S. 193.

107 HA OSV, D/7223/AUG: Erfahrungsberichte von Sparkassen-Direktoren zu Mitarbeitermotivation, 1988/89.

108 Zur Digitalisierung bereits Schmitt, Digitalisierung, insb. S. 272–285.

109 Im Jahresbericht der Sparkasse Berlin (Ost) aus dem Jahr 1953 hieß es beispielsweise: „Die Entwicklung der Mitarbeiter wurde bisweilen spontan durchgeführt, durch Fachkurse, die innerhalb des Hauses stattfanden. Die systematische Entwicklung begann erst im IV. Quartal 1953, wo rund 70 Kollegen zur Finanzabendschule deligiert (sic) werden konnten. Eine planmäßige Ausbildung unserer Lehrlinge ist gewährleistet durch den Einsatz eines verantwortlichen Kollegen für die fachliche Schulung.“ Sparkasse Berlin (Ost): Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1953, 27.2.1954, S. 2, in: HA Sparkasse Berlin.

110 Z.B. HA OSV, D/6994/BUG, Bd. 2: Personal-Entwicklungspläne aller sächsischen Sparkassen, März 1951; D/6994/BUG, Bd. 4: Bedarfsentwicklung für leitende Positionen in den sächsischen Sparkassen, 1951. D/4735 (SSV), Bd. 1: Lehrlingsausbildung; Bd. 2: Berufswettbewerb der Lehrlinge; Bd. 3: Personalangelegenheiten der Sparkassen (Laufzeiten: 1940er und 1950er Jahre, teilweise bis 1962).

im MdF bzw. in der Staatsbank reiches Material, z.B. Lehrgangs- und Ausbildungspläne, Protokolle von Elternversammlungen, Schriftverkehr zu Lehrstellenplanung oder zu Leistungsvergleichen der Lehrlinge, Broschüren für Aus- und Weiterbildung, Schriftverkehr und Beurteilungen zu Internatslehrgängen für Lehrlinge der Sparkasse und zu Abendschulen für Finanzwirtschaft.¹¹¹ Vereinzelt liegen Mitarbeiterübersichten vor, welche detailliert die erforderliche, die erreichte und die vorgesehene Qualifikation auflisten.¹¹² Veröffentlichte Lehrbücher sind in Fachbibliotheken erhältlich.¹¹³ Gerade hinsichtlich Lern- und Arbeitsatmosphäre oder Abweichungen von den Plänen und Lehrstoffen können Zeitzeug*innen-Interviews eine hilfreiche zusätzliche Quelle sein. In einem Fall liegen im OSV Schulungsunterlagen sowie persönliche Mitschriften aus der Ausbildung einer Zeitzeugin vor.¹¹⁴

Personalakten sind in den historischen Archiven der Sparkassen erhalten - besonders umfangreich in der Erzgebirgssparkasse. Auch die (über die Jahre immer ausführlicher werdenden) Jahres- und Geschäftsberichte informieren über die Qualifizierung der Mitarbeiter*innen und benennen teils Missstände sowie Fehlentwicklungen.¹¹⁵ Der Jahresbericht der Sparkasse Berlin (Ost) für 1953 geht beispielsweise kurz auf die fachliche Schulung der Lehrlinge, Abendkurse für Mitarbeiter*innen, die Finanzabendschule, einen Internatslehrgang und Sonderlehrgänge ein.¹¹⁶ Im Jahresbericht von 1988 geht es dann z.B. deutlich umfassender um die Anwendung von Arbeitskräftewerten, die Kaderarbeit und Kaderentwicklung, den Stand der Qualifizierung der Mitarbeiter*innen, Qualifizierungsmaßnahmen und die Lehrlingsausbildung.¹¹⁷ Auch die Landes- und Staatsarchive verfügen über relevante Unterlagen.¹¹⁸ Zur Einschätzung der Fragen,

111 HA OSV, D/7208: Berufsausbildung mit Abitur (enthält u.a.: Lehrgangs- und Ausbildungspläne, Protokolle von Elternversammlungen, Lehrstellenplanung, Ausbildungsbeirat der Betriebsberufsschule Torgelow, 1977-89); D/7206: Leistungsvergleich der Lehrlinge "Bester im Beruf" (1983-90); D/13244/AUG: Broschüren für Aus- und Weiterbildung in DDR-Sparkassen, 1969-1990; D/7217 Bd. 1: Internatslehrgänge für Lehrlinge der Sparkasse; D/7217 Bd. 2: Abendschulen für Finanzwirtschaft inkl. Beurteilungen, 1953-1962.

112 Zu für die KSK Meißen mit Stand 14.2.1962, in: HA OSV, S/14599/AUG.

113 Sehr gut ausgestattet ist beispielsweise die Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW) - Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft in Kiel. Dort gibt es u. a. unterschiedliche Ausgaben des DDR-Lehrbuchs „Geld und Kredit“ oder auch: Autorenkollektiv unter Leitung von Erwin König: Das sozialistische Finanzwesen der DDR. Fachschulheft, 2. erw. Aufl., Berlin 1980.

114 Auskunft Britta Weschke (OSV), 9.3.2023.

115 Der Jahresbericht der Sparkasse Berlin (Ost) 1956 stellte etwa fest, dass „das Sachgebiet Kader und Schulung“ aktiver in der Ausbildungsarbeit werden müsse und „daß hier ungenügende und unbefriedigende Arbeit geleistet worden ist.“ Fachliches Können fehle vor allem Schalterkräften, Kontenführer*innen und Maschinenbuchhalter*innen. Sparkasse Berlin (Ost): Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1956, S. 7, in: HA Sparkasse Berlin.

116 Sparkasse Berlin (Ost): Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1953, 27.2.1954, S. 2, in: Ebd.

117 Sparkasse Berlin (Ost): Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1988, 20.2.1989, S. 34-39, in: Ebd.

118 Z.B. liegen im Landesarchiv Berlin fünf Akten der „Kaderabteilung“ der Berliner Sparkasse, u.a. C Rep. 748 Nr. 231: Stellenpläne (1949-1966); C Rep. 748 Nr. 48: Stellenplanunterlagen (1966-1975). Im Sächsischen Staatsarchiv befindet sich u.a. die Akte 20234 Kreistag/Kreisrat Leipzig, Nr. 0121: Personeller Neuaufbau der Sparkassen, 1946-1952.

welches Qualifikationsniveau und welchen Schulabschluss das Personal und die Lehrlinge hatten, die den Sparkassen zugewiesen wurden, wie sich dies veränderte und wie dies mit anderen Betrieben kontrastierte, kann Forschungsliteratur über die Arbeitskräftelenkung in der DDR hinzugezogen werden.¹¹⁹

Akten des Ministeriums der Finanzen im Bundesarchiv Berlin könnten zusätzlich für eine kritische Betrachtung der These von Detlev Hummel dienen, „eine verengte planwirtschaftliche Ausbildung sowie die ideologische Vereinnahmung der Bankarbeit durch die SED“ habe absichtlich die „kreditwirtschaftliche Kompetenz der Führungskräfte und Mitarbeiter“ geschwächt und damit ihre „Gestaltungsmöglichkeiten und Freiräume für eine eigenständige Geschäftstätigkeit“ beschnitten.¹²⁰ Es ist hingegen denkbar, dass der extreme *brain drain* in der Kriegsendphase und Nachkriegszeit mit Tod, Kriegsgefangenschaft, Flucht, Vertreibung und Entnazifizierung bedeutete, dass die Sparkassen der SBZ und jungen DDR von Beginn an (zu) wenig kompetentes Personal besaßen.¹²¹ Dafür spräche, dass Geschäftsabläufe vereinfacht und die wieder einsetzende Ausbildung auf vergleichsweise zergliederte Arbeitsbereiche ausgerichtet wurden.¹²² Wenn man Hummels Misserfolgsgeschichte hinterfragt, könnte man die Entprofessionalisierung des Sparkassenwesens als ein Angebot interpretieren, das neuen Schichten den Übertritt in den wachsenden Dienstleistungssektor des „Arbeiter- und Bauernstaats“ DDR ermöglichte. Das geringe Gehaltsniveau ließ die Sparkassen als Arbeitsplatz freilich wenig attraktiv erscheinen.¹²³

Auffällig ist in diesem Zusammenhang die extrem hohe Fluktuation der Sparkassenmitarbeiter*innen. Jährliche Fluktuationsraten von 30% und mehr waren in den 1950er und 1960er Jahren kein Einzelfall.¹²⁴

119 Z.B. Hoffmann, Dierk: Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002.

120 Hummel, Geschichte der Bankwirtschaft, S. 1.

121 Peter Bahl weist darauf hin, dass die Evakuierung von Sparkassen ebenso wenig erforscht sei wie jene von anderen Banken oder Behörden. Bahl: Belastung und Bereicherung: Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945, Berlin 2020, S. 101. Zu den Todesfällen gehörten auch Selbstmorde, etwa jener eines Sparkassenleiters bei Teterow in der „Selbstmordperiode Anfang Mai 1945“. Melis, Entnazifizierung, S. 23.

122 Relevante Akten könnten u.a. folgende sein: BA, DN 1/820b: Vorbereitung des Rahmenstellenplanes für Sparkassen (enthält u.a. Durchführung von Fachseminaren und Beurteilungen der Sparkassen), 1955/56; DN 10/925: Leistungsstimulierende Maßnahmen für die Mitarbeiter in den Banken, Sparkassen und Versicherungen ab 1980; DN 10/605: Aufbau einer Ausbildungsstätte der Banken und Sparkassen für die Berufsausbildung mit Abitur (1973-1977).

123 Die mehrheitliche Einstufung in Gruppe 6 des Gehaltsschemas und die höhere Steuerbelastung von Angestellten gegenüber Arbeiter*innen konnte offenbar bedeuten, dass ein Heizer ein höheres Einkommen erzielte als ein Direktor. Vgl. Wysocki, Stadtparkasse Dresden, S. 192. Reformen erfolgten unter anderem durch die Einführung einer neuen Lohntabelle 1980. Abrechnung des Beschlusses über leistungsstimulierende Maßnahmen für die Mitarbeiter in den Banken und Sparkassen, 31.12.1980, in: BA, DN 10/925.

124 In den Jahren 1959-1964 hatte die Stadt- und Kreissparkasse Görlitz Fluktuationsraten von 19-39%. Von den Mitarbeiter*innen hatten nur 59% eine Ausbildung und nur 28% eine solche als Finanzwirtschaftler*in bzw. Bankkauffrau/mann. Vgl. Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 275.

In den 1970er Jahren konnte die Fluktuation zwar verringert werden, sie war jedoch immer noch beträchtlich. Bei der Sparkasse Berlin waren beispielsweise im Jahr 1974 58% aller Beschäftigten (bis zur Ebene der stellvertretenden Zweigstellenleiter*innen) weniger als fünf Jahre in der Sparkasse tätig (siehe Abb. 8).¹²⁵ Auch der Anteil offener Stellen war beträchtlich,¹²⁶ die Lehrlingsquote mit zuletzt unter 2% sehr gering.¹²⁷ Offenkundig verstärkten sich rudimentäre Ausbildung, ein beschnittenes Tätigkeitsfeld der Sparkassen, ein geringes Ansehen der Tätigkeiten, deutlich unterdurchschnittliche Bezahlung, die Umkodierung von einem „männlichen“ zu einem „weiblichen“ Beruf und eine hohe Zahl an Personalabgängen wechselseitig. Eine ressourcenintensive Ausbildung erschien daher unrentabel.

125 Zu dieser Zeit waren nur 22% der Belegschaft über 45 Jahre alt. Nur 8% hatte die Schule bis zur 12. Klasse besucht. Information über die soziologische Befragung in den Berliner Sparkassen, 10.6.1974, in: HA Sparkasse Berlin, Ordner „Soziologische Befragung 1974“.

126 In Dresden standen 1972 einem Gesamtbestand von 684 Mitarbeiter*innen 62,4 offene Planstellen gegenüber. Zschoche: Die Entwicklung der Stadtparkasse Dresden, 1949–1988, als Ms. gedruckt, S. 53 (unpaginiert), digital im HA OSV.

127 Lehrlingsquote 1989 in DDR: 1,7% (1960-1989: meist um 3%), in der BRD: 4,4%. Ellgering, Ingo: Das Personalwesen der Sparkassenorganisation von 1945 bis zur Gegenwart, in: Mura, Jürgen (Hg.): Das Personal- und Bildungswesen der Sparkassenorganisation, Stuttgart 1993, S. 67. 1949 hatte der SSV nach einer Unterredung mit dem Arbeitsamt Dresden geschlussfolgert: „Die Vermittlung kaufmännischer Lehrlinge ist ganz besonders gedrosselt, dabei stehen außerdem die Sparkassen mit an letzter Stelle.“ An Männern bekäme man maximal körperbehinderte. „Selbst die Vermittlung weiblicher Lehrlinge für die Sparkassen wird sich nicht in jedem Falle ermöglichen lassen.“ SSV: Notiz, Januar 1949, in: HA OSV, D/7074/BUG. 1992 betrug die Lehrlingsquote im Gebiet des OSV 8,3%, mithin eine Verzehnfachung der Lehrlinge binnen drei Jahren. Vgl. Schmidt, Georg Andreas: Der Aufbau des Sparkassenwesens in den neuen Bundesländern, in: Thomas Fretter (Hg.): Ordnungspolitik vor neuen Aufgaben, Baden–Baden 1993, S. 97–116, hier 105.

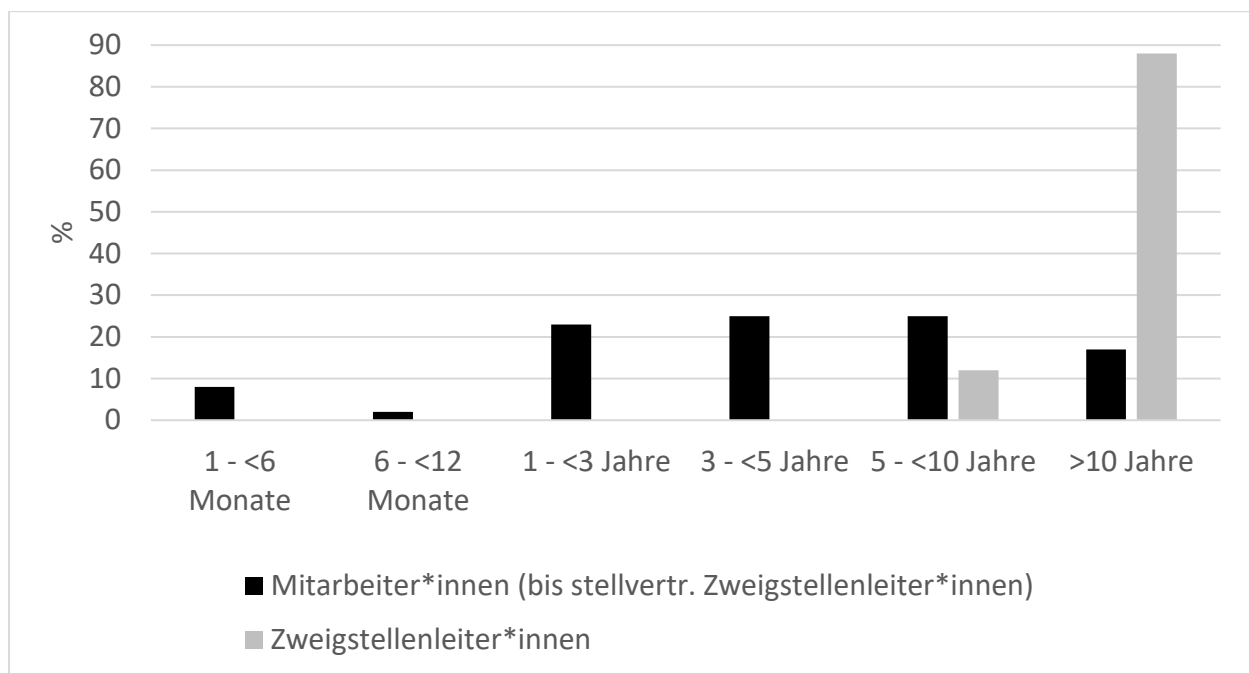


Abbildung 8: Beschäftigungsdauer in den Zweigstellen der Sparkasse Berlin (1974)¹²⁸

Ein weiteres wichtiges Untersuchungsfeld ist die „politische Schulung“ der Sparkassenmitarbeiter*innen beziehungsweise die ideologische Fundierung der Aus- und Weiterbildung. Lehrmaterialien sowie Dokumente über Indoktrinierungsversuche durch die Betriebsparteiorganisationen der SED (BPO) und die Betriebsgewerkschaftsleitungen sind archivalisch zugänglich.¹²⁹ Weitere Quellen können über die Rezeption der weltanschaulichen Lehrinhalte Auskunft geben, z.B. Zeitzeugenberichte, Kündigungsschreiben, die auch

128 Frage: „Wie lange sind Sie schon in einer Zweigstelle der Sparkasse Berlin tätig?“ Angeblich eine repräsentative Umfrage (N = 94). Information über die soziologische Befragung in den Berliner Sparkassen, 10.6.1974, in: HA Sparkasse Berlin, ohne Signatur.

129 Z.B.: HA OSV, D/9835/A 345: Politische Schulungsmaterialien, 1951-1989; HA Erzgebirgssparkasse, OB 5007: Staatspolitische Schulungen 1956/57; OB 4459: Politische Schulungen – KSK Zschopau 1958.

von Geflüchteten überliefert sind,¹³⁰ Einschätzungen der BPO¹³¹ sowie - mit besonderem quellenkritischen Vorbehalt und unter Beachtung des Datenschutzes - Berichte der Stasi.¹³²

Auch die Neuererarbeit bildet ein geeignetes Untersuchungsfeld um die Sparkassen als Organisationen besser verstehen zu lernen. Die Mitarbeiter*innen machten Vorschläge zur Verbesserung von Abläufen, Vordrucken und dergleichen, die zunächst in den Sparkassenverbänden diskutiert wurden. Nach deren Auflösung 1952 wurden ausgewählte Vorschläge in den „Blättern der Sparkassenpraxis“ veröffentlicht. Seit den 1960er Jahren evaluierten dann Vordruckarbeitskreise sowie neue Gremien wie die Rationalisierungskommission und der von 1969 bis 1989 bestehende „Zentrale Neuererrat“ (Leitbüro in der Bezirksstelle Leipzig) entsprechende Eingaben.¹³³ Seit Mitte der 1970er Jahre wurde das Vorschlagswesen weiter formalisiert und neben die „spontanen“ Neuerervorschläge (NV) traten Neuerervereinbarungen mit ausgewählten Mitarbeiter*innen, auf deren Basis diese konkrete Verbesserungsideen erarbeiten sollten. In diesem Kontext könnten auch die Betriebs-Messen der Meister von Morgen (MMM) in den Blick rücken, wengleich die Einbindung der Sparkassen in diesen von 1958 bis 1990 bestehenden Jugendwettbewerb bislang nicht verlässlich einzuschätzen ist.¹³⁴

Anhand der Neuererarbeit lässt sich das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen den Lenkungsinstanzen und der Praxis in der Fläche betrachten. Wie wurden NV aus den Reihen der Mitarbeiter*innen von den vorgesetzten Instanzen aufgenommen? Erscheinen die Bewertungen der jeweiligen Nützlichkeit in langfristiger Perspektive realistisch oder wurden sie für den Einsatz in der Öffentlichkeitsarbeit überschätzt? Gab es „Innovationscluster“, z.B. in den „Großstadtparkassen“ wie

130 Z.B. im HA der Erzgebirgssparkasse vom Zweigstellenleiter in Lauter/Sa. Johannes Nebeling, 1960 (Signatur: OB 1943), von der Mitarbeiterin bei der KSK Aue, Anneliese Espig, 1960 (OB 1944) oder von der am Schalter der KSK Marienberg beschäftigten Edith Böttger 1981 (OB 1706).

131 Z.B. ASMTh Weimar, Nr. 144: Schriftverkehr der BPO der SED, 1959-1966. Diese Akte eröffnet mit einer Mitteilung der BPO an die Abteilung Agitation-Propaganda der SED Kreisleitung Weimar-Stadt vom 27.1.1959 laut der 90% der Sparkassenbelegschaft parteilos seien und staatspolitische Schulung dringend notwendig sei. In Nachfolge der BPO wurden 1967 „Grundorganisationen der SED“ geschaffen, in Dresden beispielsweise die „Grundorganisation der Finanz-, Bank- und Preisorgane“. Vgl. Wysocki, Stadtparkasse Dresden, S. 202.

132 So hieß es 1956 in einem MfS-Bericht: „Der Anteil der Republikfluchten aus negativer Einstellung ist, gemessen an der Gesamtzahl, äußerst gering. So schreibt z. B. eine Angestellte der Sparkasse Gera nach ihrer Republikflucht, dass sie froh sei, nicht mehr an der staatspolitischen Schulung und an anderen Versammlungen teilnehmen zu müssen.“ Info Nr. 245/56, in: BA, MfS, AS 83/59, Bd. 1a, Bl. 175-188, zitiert nach: <https://www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang=1956/report/republikflucht-im-august-1956/> [18.4.2023]

133 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 259-261.

134 Im HA OSV befinden sich hierzu u.a. Quellen der Sparkasse Niederlausitz aus den Jahren 1968-1988. Wysocki/Günther schreiben diesbezüglich vom „Eindruck einer Alibi-Veranstaltung“. Ebd., S. 260.

Dresden oder Berlin, die in einem gesonderten Austausch miteinander standen¹³⁵ und wo Neuerungen wie Geldausgabeautomaten zuerst erprobt wurden? In den historischen Archiven der Sparkassen stehen neben den Jahres- und Geschäftsberichten auch Handakten als Quellen über die Neuererarbeit zur Verfügung.¹³⁶

In Tabelle 1 sind exemplarisch die in den Jahres- und Geschäftsberichten der Sparkasse Berlin (Ost) enthaltenen Daten zum dortigen Neuererwesen gelistet. Die vergleichsweise hohen Werte Mitte der 1970er Jahre resultierten vermutlich aus einer großen Zahl an Vorschlägen zur Arbeitsorganisation, mit welchen die Einführung von EDV bewältigt wurde.¹³⁷

135 Siehe z.B. Leistungsvergleich der Großstadt-Sparkassen Berlin - Dresden - Leipzig (1959-1975), Erfahrungsaustausch, in: LAB, C Rep. 748 Nr. 110-114; Ordner „Zusammenarbeit mit anderen Partnern > Erfahrungsaustausch Großstadtparkassen“ (1977-1990), in: HA Sparkasse Berlin (ohne Signatur).

136 Z.B. HA Erzgebirgssparkasse, OB 3309: Neuerervorschläge zum Thema Vordrucke (1976-1985); S0 0121: Register für Neuerungen - KSK Aue-Schwarzenberg (1977-89); KK 721: Neuererrecht DDR (1977).

137 In Magdeburg machten Vorschläge zur Arbeitsorganisation 1972-1974 über die Hälfte der wachsenden Zahl an Vorschlägen aus (1972: 28/39, bis 30.9.1974: 53/97). Neuererbrigade der Stadtparkasse Magdeburg: Neuerer in Sparkasse arbeiten nach Rationalisierungskonzeption, in: Sozialistische Finanzwirtschaft 1975/5, S. 57.

Tabelle 1: Neuererwesen der Sparkasse Berlin (1974-1989)¹³⁸

Jahr	eingereichte Neuerervorschläge	anerkannte Neuerervorschläge	abgeschl. Neuererverträge	beteiligte Mitarbeiter*innen	nachweislicher Nutzen (Mark)	gezahlte Vergütung (Mark)
1974	113	45	.	130	4.685	.
1975	89	23	2	101	2.623	.
1976	105	37	21	97	.	2.497
1977	92	26	16	62	.	3.515
1978	48	21	22	95	160.000	6.690
1979	52	19	32	183	-	1.040
1980	66	28	.	72	22.424	.
1981	.	.	18	102	.	4.111
1982	80	28	25	236	.	11.065
1983	55	31	.	.	3.445	.
1984	42	14	.	.	1.123	.
1985	53	20	.	55	7.348	1.827
1986	45	21	.	58	490	1.083
1987	65	26	.	126	.	.
1988	61	27	.	72	.	.
1989	57	10	.	71	.	.

Dass in den Folgejahren weniger Neuerervorschläge eingereicht wurden, wirft die Frage auf, ob die Sparkassenmitarbeiter*innen in der späten DDR sich in abnehmendem Maße mobilisieren ließen bzw. selbst mobilisierten. Allerdings scheint die Ostberliner Sparkasse ein Sonderfall gewesen zu sein. Während sich beispielsweise im Jahr 1986 landesweit der sehr hohe Anteil von knapp 40% der Sparkassenmitarbeiter*innen am Neuererwesen beteiligten, waren dies in der Hauptstadt nur 4,4%.¹³⁹

¹³⁸ Bezeichnungen und Zahlen entsprechend den Jahres- und Geschäftsberichten der Sparkasse Berlin (Ost), in: HA Sparkasse Berlin.

¹³⁹ Jahresbericht 1986 der Sparkasse Berlin (Ost), S. 37, in: HA der Sparkasse Berlin; Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 261.

1.3 Die Sparkasse als Arbeitsgeberin: sozialhistorische Überlegungen

Wie andere Betriebe in der DDR waren auch die Sparkassen nicht bloß Orte, an dem 48 bzw. später 43,75 Stunden in der Woche der Erwerbstätigkeit nachgegangen wurde.¹⁴⁰ Entsprechend der „realsozialistischen“ Gesellschaftsordnung griffen sie tief in das Privatleben ein und trugen zur „Verbetrieblichung des sozialen Lebens“ bei.¹⁴¹ Beispielsweise veranstalteten sie „sozialistische Hochzeiten“¹⁴² und „kümmerte sich [;] um die Kinderbetreuung, den Urlaub und die Erholung sowie um die gesundheitliche und soziale Betreuung des Personals.“¹⁴³ Daher sind die Sparkassen und ihre Abteilungen, Brigaden, die SED-Betriebsgruppen und andere Organisationseinheiten als Räume zu verstehen, die noch einer sozialhistorischen Erforschung harren. Hervor sticht zunächst, dass das vor 1945 - und in der Bundesrepublik noch darüber hinaus - stark männlich geprägte Tätigkeitsfeld Sparkasse in der DDR sehr schnell als weiblich umcodiert wurde. Bereits 1960 lag der Frauenanteil bei 80% in der Belegschaft, zehn Jahre später bei 90% und stieg bis 1989 sogar weiter an. (siehe Abb. 9).¹⁴⁴

140 Zunächst galt eine 48-Stunden-Woche an 6 Arbeitstagen, 1966 wurde dies auf 45 Stunden reduziert, 1967 auf 43,75-Stunden als 5-Tage-Woche. Es galten Sonderkonditionen wie monatliche Waschtage für Frauen ab 1952 oder 40-Stunden-Wochen für Mütter mit drei (später ab zwei) Kindern. Vgl. Wachtel, Paul: Die obereichsfeldischen Sparkassen im Sozialismus, in: Kreissparkasse Eichsfeld, Geschichte, S. 155.

141 Schmidt, Rudi: Die Bedeutung der sozialen Beziehungen für die ostdeutsche Produktionsmodernisierung, in: Berliner Journal für Soziologie 5, 1995, S. 455-462, hier 459.

142 „Sozialistische Hochzeiten“ unter Sparkassenmitarbeiter*innen wurden durch einen Standesbeamten in den Sparkassen veranstaltet und durch eine Rede der/s Direktor*in begleitet. Siehe u.a. HA der Sparkasse Berlin oder ZZI E.R., 29.3.2012, in: HA OSV (ohne Signatur).

143 Einert, Die Sparkasse der Stadt Berlin, S. 59f.

144 Dies war in anderen sozialistischen Volkswirtschaften ähnlich: Die sowjetische Sparkassenorganisation, die Sberkassa, hatte 1987 einen Frauenanteil von nahezu 100%. Vgl. Johnson, Juliet: A fistful of rubles: the rise and fall of the Russian banking system, Ithaca 2000, S. 61.

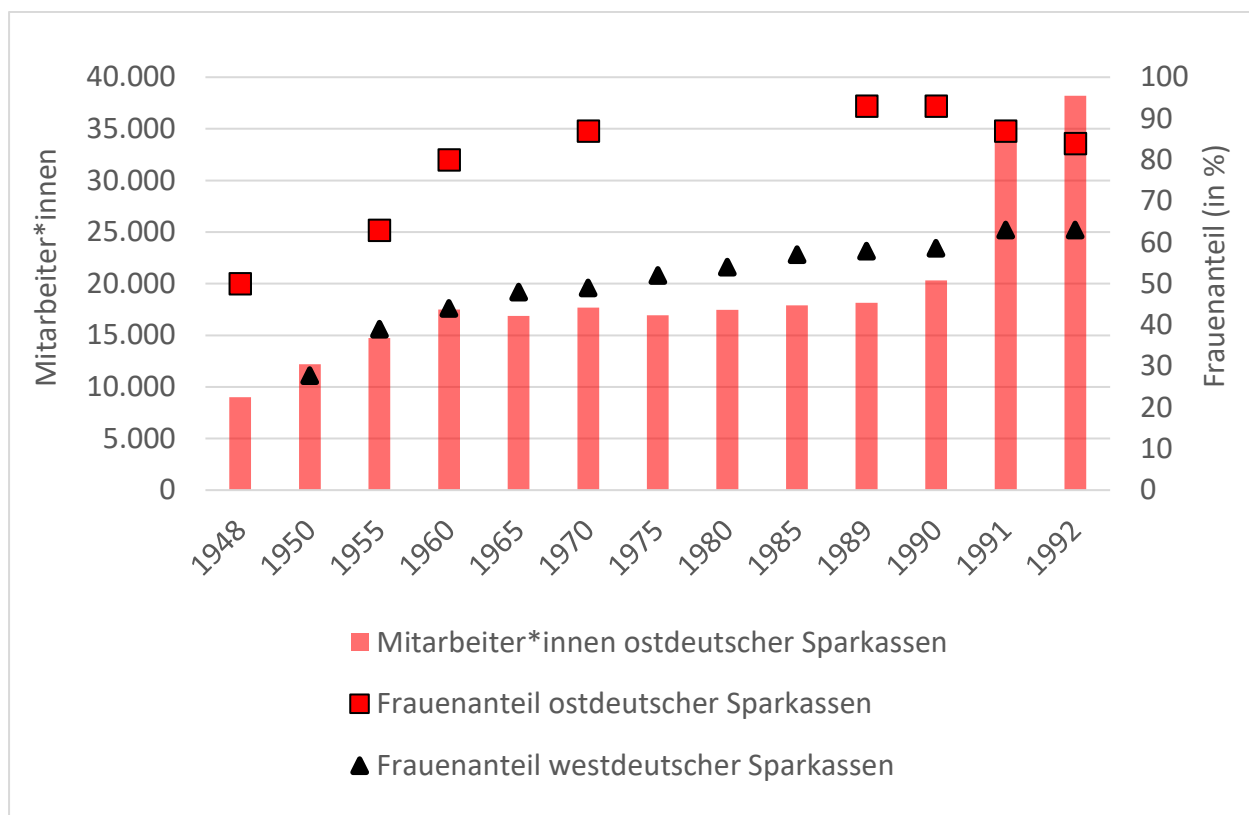


Abbildung 9: Mitarbeiter*innen und Frauenanteil deutscher Sparkassen (1948-1992)¹⁴⁵

Der Wandel zur „weiblichen“ Sparkasse ging in den 1950er Jahren mit einer bemerkenswerten Ungleichverteilung in jüngeren Altersklassen einher. In der Sparkasse Berlin (Ost) war beispielsweise Mitte der 1950er Jahre das Geschlechterverhältnis unter den Erwachsenen mit 345 Frauen zu 367 Männern noch in etwa ausgeglichen. Unter den Jugendlichen standen dagegen 220 Mädchen nur 31 Jungen gegenüber.¹⁴⁶ Es wäre zu fragen, inwiefern diese Entwicklungen eher Folge staatlicher Lenkung (z.B. wurden den Sparkassen kaum männliche Lehrlinge zugewiesen)¹⁴⁷ oder Ausdruck mangelnden Interesses männlicher Arbeitskräfte (angesichts unterdurchschnittlicher Bezahlung, geringer politischer Bedeutung und limitierter Handlungsspielräume) war oder ob andere Gründe überwogen. Hierbei wäre die These zu untersuchen, dass

145 Ostdeutsche Sparkassen sind jene der SBZ, der DDR bzw. der ehem. DDR. Schmitt, Digitalisierung, S. 614–616, 618. Günther, Hans-Georg: Die Sparkassen im heutigen Gebiet des Ostdeutschen Sparkassenverbandes seit 1945, in: Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe (Hg.): Regionalgeschichte der Sparkassen-Finanzgruppe. Bd. 1, Stuttgart 2006, S. 231–263, hier 248.

146 Sparkasse Berlin (Ost): Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1956, S. 7, in: HA Sparkasse Berlin.

147 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 231, 243. Entsprechende relevante Archivalien sind im vorigen Unterkapitel genannt.

die Sparkassen als Arbeitsplatzreserven fungierten, d.h. sie hielten überall im Land Beschäftigungsoptionen mit meist geringen Qualifikationsanforderungen für Mütter und junge Frauen mit geringem formellen Ausbildungsgrad bereit.¹⁴⁸ Die hohen Fluktuationsraten in den 1950er und 1960er Jahren würde diese These stützen.¹⁴⁹ Eine derartige „Puffer“-Funktion der Sparkassen wurde noch nicht untersucht und in ihren Wechselwirkungen auf den Kulturwandel im Arbeitsprozess sowie die Gestaltung des Tätigkeitsgebiets und der Arbeitsorganisation (z.B. Standardisierung und Vereinfachung der Arbeitsabläufe zur Reduktion der Einarbeitungszeit, Digitalisierung¹⁵⁰) des Sparkassenwesens analysiert.

Mit ihrem extrem hohen Frauenanteil trugen die Sparkassen dazu bei, die Erwerbsquoten von Frauen und Männern anzugleichen.¹⁵¹ Eine damit verbundene Besonderheit war eine außerordentlich hohe Zahl an Teilzeitbeschäftigten (1970 z.B. 41% aller Beschäftigten, 1989 32%).¹⁵² Nach den Motiven für diese Art der Beschäftigung wurde unter anderem 1974 exemplarisch in einer soziologischen Befragung von Schalterangestellten der Sparkasse Berlin gefragt (siehe Abb. 10). Neben den Ergebnissen ist auch die zeitgenössische Auswertung von Interesse. Demnach hätten nämlich die oberen vier „nicht notwendigen“ Gründe gegenüber den unteren vier „notwendigen“ Gründen für Teilzeit überwogen.

148 In den Blick zu nehmen wäre in dieser Hinsicht insbesondere die Geburtskohorte der um 1930 herum geborenen „werkfähigen Frau und Mutter“ ohne Berufsausbildung, die in der in der DDR allgemein benachteiligt war. Vgl. Trappe, Heike: Im Osten was Neues?. Auf den Spuren von 40 Jahren staatssozialistischer Gleichstellungspolitik, in: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Die DDR im Rückblick: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007, S. 244–262, S. 254.

149 Fluktuation in Stadt- und Kreissparkasse Görlitz 1959–1964: 19–39%. Vgl. Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 272. Jahresbericht 1957 der Kreissparkasse Sömmerda, in: ASMTh. Heike Trappe schreibt abstrahierend zur Lage von Müttern in den 1970er und 1980er Jahren von über ein „routiniertes Hin- und Herpendeln zwischen Familien- und Berufsarbeit und instabile Beschäftigungsperioden in der Lebensphase mit kleinen Kindern.“ Trappe, Im Osten was Neues, S. 254.

150 Diesbezüglich sei erneut auf Martin Schmitt verwiesen: „Gerade für Frauen bot die Digitalisierung attraktive Aufstiegsmöglichkeiten, andererseits drang die Digitalisierung auch besonders stark in die Arbeitsverhältnisse von Frauen ein.“ Schmitt, Digitalisierung, S. 608.

151 1950 noch: 52,4% bei Frauen und 95,5% bei Männern. 1989: 90,9% bzw. 93,3%. Vgl. Pierenkemper, Toni: Vierzig Jahre vergebliches Mühen - die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, in: André Steiner (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? Berlin 2006, S. 45–66, hier 55.

152 Die Stadtparkasse Dresden verzeichnete 1969 bei einem Soll von 582 Vollbeschäftigungseinheiten 354 Teilzeitbeschäftigte. Erschwerend kam in jenem Jahr eine Fluktuation von 229 Mitarbeiter*innen hinzu. Zschoche: Die Entwicklung der Stadtparkasse Dresden, 1949–1988, als Ms. gedruckt 1988, S. 45 (unpaginiert), liegt im HA OSV digital vor. Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 244. In den brandenburgischen Sparkassen lag die Teilzeitquote 1991 nur noch bei 6,1%, Tendenz weiter fallend. Rogas/Philipp/Maier, Anpassung, S. 76.

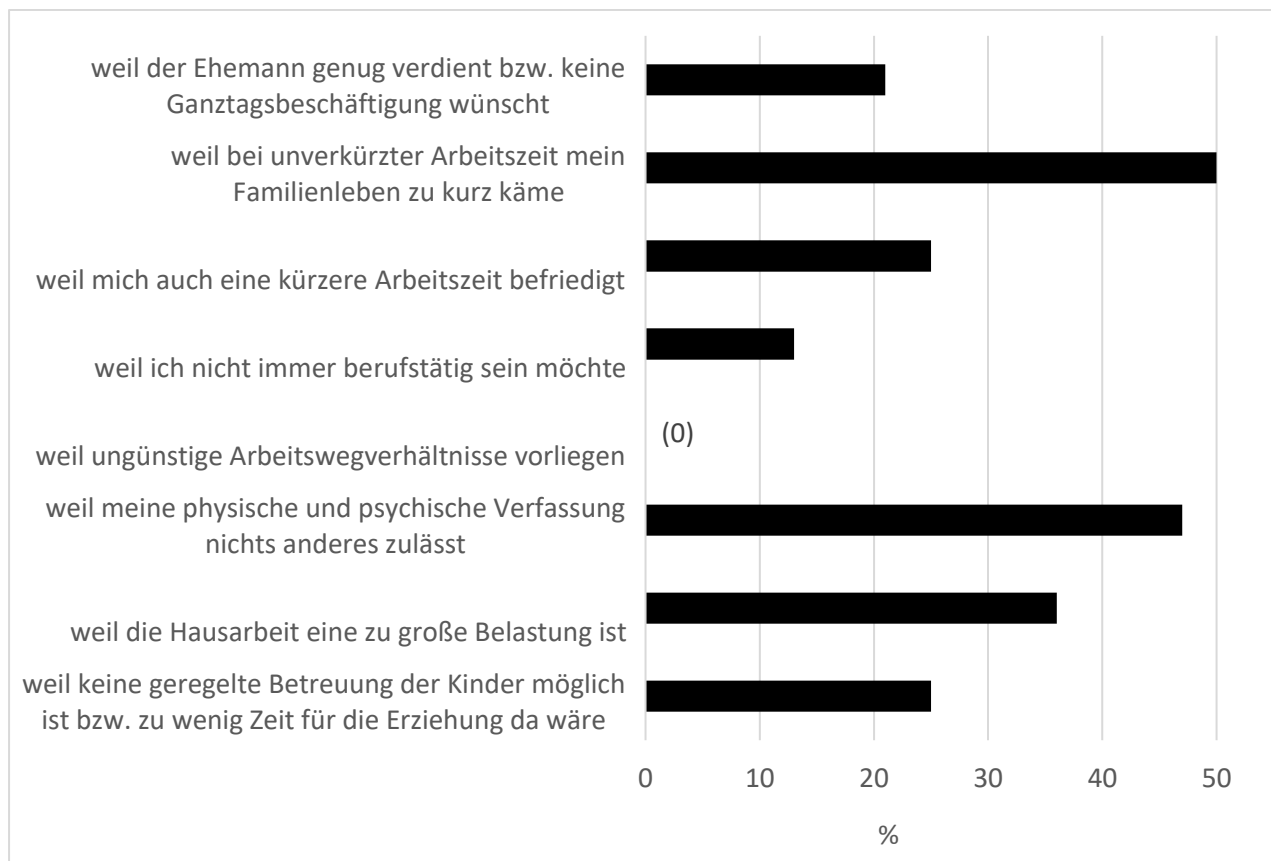


Abbildung 10: Motive für Teilzeitarbeit der Sparkasse Berlin (1974)¹⁵³

Mit der hohen Quote an beschäftigten Müttern waren außerdem beträchtliche Krankenstände verknüpft.¹⁵⁴ In der kleinen Kreissparkasse Niesky (Oberlausitz) soll beispielsweise zwischen 1952 und 1987 nur an insgesamt sechs Tagen keine einzige Mitarbeiter*in gefehlt haben.¹⁵⁵ Die Ausfälle standen auch im Zusammenhang mit den Strukturdefiziten der DDR-Wirtschaft. Insbesondere in den 1980er Jahren waren die Sparkassen von „Fehlzeiten“ der Beschäftigten betroffen, „weil die stillschweigend geduldete Jagd nach den knappen Gütern während der Arbeitszeit immer zeitaufwändiger und frustrierender wurde.“¹⁵⁶ Das nahezu ausschließlich weibliche Schalterpersonal musste angesichts des starken Kund*innenandrangs bis 18

153 N=100, Mehrfachnennungen möglich. Information über die soziologische Befragung in den Berliner Sparkassen, 10.6.1974, in: HA Sparkasse Berlin, Ordner „Soziologische Befragung 1974“.

154 Ab 1972 erfasste die Statistik auch jene Mütter, die aufgrund der Krankheit eines Kindes freigestellt waren. Vorher war dies offenbar mit Urlaub oder einer unbezahlter Freistellung geregelt worden. Ich danke Horst Möckel für diesen Hinweis.

155 Vgl. Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 274.

156 Mählert, Kleine Geschichte, S. 135.

oder 19 Uhr präsent sein, war jedoch zugleich gemäß der klassischen Aufteilung der Geschlechterrollen vorrangig für die Familieneinkäufe zuständig.¹⁵⁷

Über den Arbeitsalltag bzw. die Kultur der Zusammenarbeit, die Betriebs- und Brigadausflüge sowie die organisierte Freizeitgestaltung ist noch wenig bekannt. Eine Genderperspektive liegt hierbei besonders nahe. Ungeachtet der hohen Frauenbeschäftigung deutet wenig auf ein progressives Arbeitsklima oder ein Aufbrechen der Geschlechterstereotype hin. In der Festschrift der Kreissparkasse Nordhausen heißt es beispielsweise: „[I]n den 60er Jahren herrschte ein recht konservatives Betriebsreglement. Es war nicht erwünscht, dass die Frauen in Hosen zur Arbeit erschienen.“¹⁵⁸ Als Quellen wären auch die - vorwiegend an die eigenen Mitarbeiter*innen adressierten - Selbstdarstellungen heranzuziehen, etwa in Festreden und Chroniken (siehe Kap. II.6.1). Hier scheint in den 1980er Jahren die Zusammenarbeit lockerer und die Atmosphäre gelöster dargestellt worden zu sein (siehe auch Abb. 11).

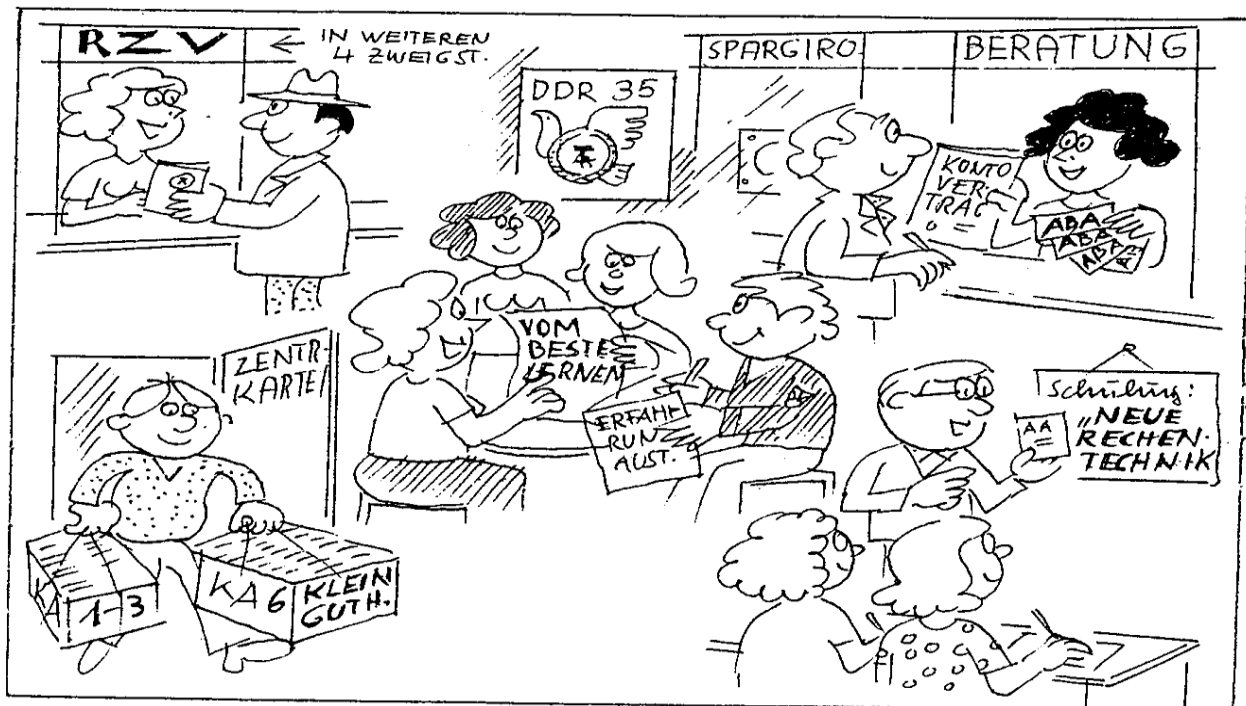


Abbildung 11: Kooperation und Bedienung in einer Sparkasse (Zeichnung, 1984)¹⁵⁹

157 „Da war ja die Arbeitszeit lang - wir hatten bis um 18 Uhr geöffnet - immer aus dem Haus kam man um 19 Uhr und dann waren eben Kinder vielleicht zu Hause zu versorgen [;].“ ZZI A.H., 11.4.2014, S. 8, in: HA OSV (ohne Signatur). In der Freiburger Sparkasse wurden Kühlschränke aufgestellt, damit die Angestellten dort über Tag von ihnen gekauftes Fleisch lagern konnten, da dieses nach ihrem Feierabend ausverkauft war. ZZI E.R., 29.3.2012, in: HA OSV (ohne Signatur).

158 Kuhlbrodt, Peter: 165 Jahre Kreissparkasse Nordhausen: Sparkasse mit Tradition: 1841-2006, Nordhausen 2006, S. 120.

159 Zschoche: Die Entwicklung der Stadtparkasse Dresden, 1949-1988, als Ms. gedruckt 1988, S. 113 (unpaginiert), liegt im HA OSV digital vor. Die Schrift des ehemaligen Zweigstellenleiters Zschoche richtete sich explizit an die jungen Mitarbeiter*innen (S. 3).

Zwischen sozialistischen Kadern und wiedereingestellten NS-Belasteten, zwischen langjährigen Beschäftigten und Gelegenheitsarbeitskräften (darunter auch Kriegsversehrte und Rentner*innen) oder zwischen Kinderlosen und überlasteten Müttern mit der „Nebenbelastung“ von durchschnittlich 37 Stunden wöchentlicher Hausarbeit¹⁶⁰ gab es zum Teil harte Konflikte. So wurde beispielsweise im Jahr 1956 einer schwangeren Mitarbeiterin der Kreissparkasse Aue wegen des Vorwurfs gekündigt, sie habe eine schlechte Arbeitsmoral und wolle ausschließlich weiterbeschäftigt bleiben, um nach der Entbindung höhere Sozialleistungen beziehen zu können.¹⁶¹

Eine wertvolle Quelle ist in diesem Zusammenhang die oben bereits erwähnte - angeblich repräsentative, jedoch nicht anonyme - soziologische Befragung, die 1974 in der Berliner Sparkassen durchgeführt worden ist.¹⁶² Darin wurde nach der Zufriedenheit mit der Arbeitsorganisation und den Arbeitszeiten gefragt, nach der häuslichen, familiären, gesellschaftlichen, parteipolitischen und betrieblichen körperlichen und geistigen Belastung (siehe Abb. 12), nach der Bereitschaft zur Weiterqualifikation oder der Übernahme von Führungspositionen, nach Verbesserungsvorschlägen in Bezug auf Arbeitsorganisation und Kundenzufriedenheit und vielem mehr. Während die Arbeitszufriedenheit grundsätzlich hoch war, schätzte über die Hälfte der Beschäftigten die Arbeitsorganisation als mittelmäßig oder als (sehr) ungünstig sein. Als unterbezahlt sahen sich 46% des Schalterpersonals und bemerkenswerte 65% der Zweigstellenleiter*innen. Sowohl die Ergebnisse der Befragung als auch die seinerzeitige Analyse und Handlungsempfehlungen sind eine wertvolle Quelle, deren Auswertung idealerweise mit Zeitzeug*inneninterviews kombiniert werden sollte.

160 Vgl. Kleinschmidt, Christian: Konsumgesellschaft, Göttingen 2008, S. 176.

161 HA Erzgebirgssparkasse, OB 1932 Personalakte Regina S. Die Betroffene protestierte gegen die Kündigung mit einer Eingabe beim Präsidenten der Republik.

162 Information über die soziologische Befragung in den Berliner Sparkassen (Ost), 10.6.1974, in: HA Sparkasse Berlin, Ordner „Soziologische Befragung 1974“.

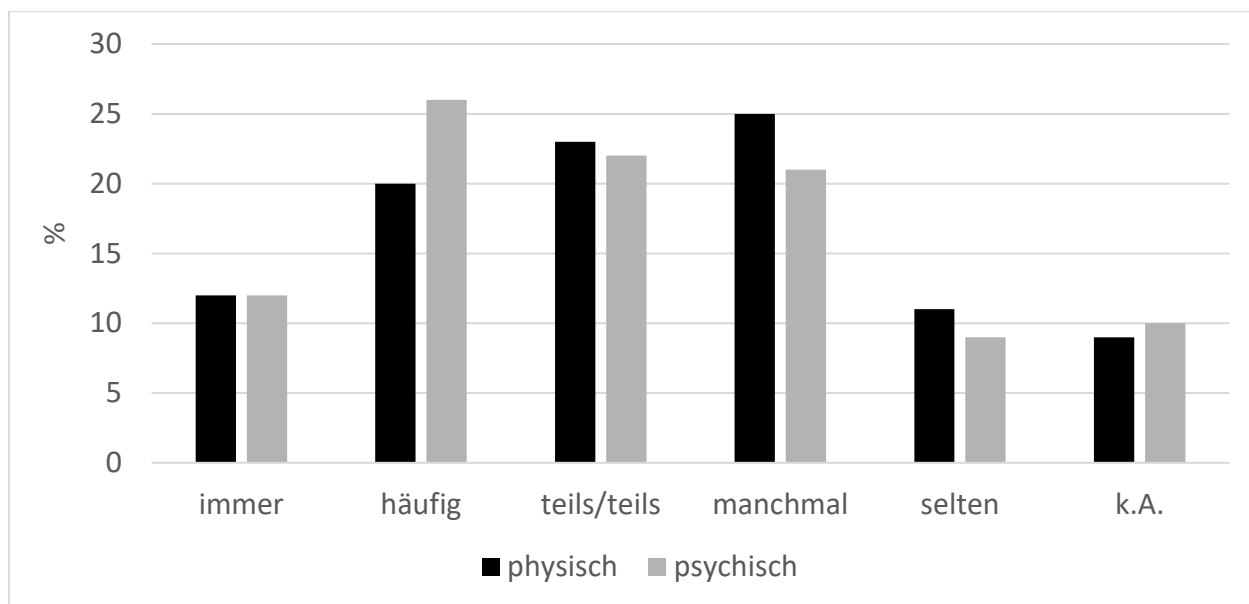


Abbildung 12: Angestrenztheit von Mitarbeiter*innen der Berliner Sparkasse (1974)¹⁶³

Auch Brigadetagebücher werden in der DDR-Forschung als wertvolle Quelle gesehen. Ihre Form war bald auf Hardcover-Hefter im Umfang von 80 bis 100 Seiten standardisiert und auch zum Inhalt gab es zentrale Vorgaben, etwa eine breite Beteiligung der Werktätigen sowie eine Aufnahme von „Kritik und Selbstkritik“ zur Persönlichkeitsentwicklung. Brigaden waren nicht nur Arbeitseinheiten, sondern dienten „als multifunktionale Organisationen im Betrieb auch als sozial-politisches Kontroll- und Erziehungsinstrument, als ‚kommunikatives Zentrum‘“, regulierten Konflikte und vertraten Interessen gegenüber der Betriebsleitung.¹⁶⁴ „Die Bücher vereinen gleichermaßen Zeugnisse des repressiven Systems und Dokumente, die auf das Privatleben der Kollektivmitglieder verweisen. Diese Zusammenstellung macht sie zu einer komplexen und ertragreichen Quelle für Forschungen zur Arbeitskultur in der DDR.“¹⁶⁵ In den Historischen Archiven der Sparkassen sowie im Verbandsarchiv des OSV sind eine große Zahl an Brigadetagbüchern aus vielen Sparkassen und ihren Abteilungen erhalten. Diese liegen oftmals für viele Jahre fortlaufend vor, was ihren Quellenwert nochmals steigert.¹⁶⁶

163 Umfrage: Empfinden Sie die Schalterarbeit als anstrengend? Befragt 100 Mitarbeiter*innen bis zur Ebene der stellvertretenden Zweigstellenleitung. Ebd.

164 Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949–1990, Bonn 2009, S. 224. Zu den weiteren Aufgaben zählten die medizinische Versorgung, die Kinderbetreuung, die Wohnungszuweisung, die Freizeit- und Urlaubsgestaltung.“ Ebd.

165 Lühr, Merve: »Tagebuch schreiben im Kollektiv: Brigadetagebücher in der DDR zwischen Ideologie und Alltagspraxis«, in: Steuer, Janosch/Graf, Rüdiger (Hg.): Selbstreflexionen und Weltdeutungen. Tagebücher in der Geschichte und der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2015, S. 163–185, Zitat S. 185.

166 Siehe z.B. HA OSV, D/14523/AUG, Bd. 1–7: Brigadebücher der Stadtsparkasse zu Strehla, 1968–1987.

Gender ist auch mit Blick auf den Transformationsprozess ab 1990 eine relevante Analysekategorie.¹⁶⁷ Dies gilt vor allem für die Führungsebenen, die entgegen dem allgemeinen enormen Frauenanteil in den Sparkassen zum Zeitpunkt der „Wende“ nur zu etwa 38% weiblich besetzt waren.¹⁶⁸ Im Verlauf der 1990er Jahre blieben Frauen zwar im mittleren Management als Abteilungs- und Geschäftsstellenleiterinnen präsent, jedoch deutlich seltener auf Direktions- und Vorstandspositionen. Kein Einzelfall, sondern eher die Regel war beispielsweise die Sparkassen Mittelthüringens, in deren Vorständen es in den Jahren 1991 bis 2003 insgesamt 24 Männern, aber nur eine Frau gab.¹⁶⁹ In den brandenburgischen Sparkassen waren 1994 nur 8 von 64 Vorstandsmitgliedern weiblich - und dass bei Frauenanteilen zwischen 80% und 100% unter den Zweigstellenleiter*innen und bei den stellvertretenden Abteilungsleiter*innen.¹⁷⁰

Der Rückgang weiblicher Führungskräfte könnte auf eine unterdurchschnittliche Bereitschaft zurückzuführen sein, Zusatzqualifikationen zu erwerben, die durch die Integration in das westdeutsche Bankensystem notwendig wurden. Maßgeblicher könnte jedoch gewesen sein, dass Männer mit einer geschlechtspolitischen Agenda gezielt Frauen aus Führungspositionen verdrängten.¹⁷¹ Entsprechend könnte etwa die Forderung des Direktors der Ostdeutschen Sparkassenakademie nach „Männerförderungsprogrammen“ für die „mittlere Hierarchieführungs- und Leiterebene“ zu verstehen sein.¹⁷² Diese Forderung stach hervor, da ohnehin bereits ein Überangebot an männlichen Führungskräften in Westdeutschland bestand. Die „Wende“ kam nämlich zu einem Zeitpunkt, als in westdeutschen Sparkassen

ASMTh Weimar, Brigadetagebücher der Brigade „Fortschritt“ (Abt. Wohnungsbaufinanzierung und Kredite der Stadt- und Kreissparkasse Weimar), 1966-1969.

167 Auch hier sind die Sparkassen beispielhaft in dem Sinne, dass die weibliche Erwerbsquote sank, wie von der Bundesregierung erwartet, erwünscht und gefördert. Vgl. Kaminsky, Frauen, S. 253-255.

168 1976 wurden 5% aller Sparkassen von Frauen geleitet, 1986 dann 29% und im März 1990 38%. Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 245.

169 Vgl. Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, S. 415f. Unter den 25 Direktor*innen der Sparkassen Rostock, Bad Doberan, Güstrow, Bützow und Teterow (1994 fusioniert zur Ostseesparkasse) waren nur vier Frauen (16%), die sämtlich nur kurz im Amt waren. Vgl. Schulze, Jan Peter: 1825-2000, 175 Jahre Rostocker Sparkasse – 175 Jahre Sparkasse in der Region, ... höchst wohlthätig..., Armuth verhütet, die Vergnügungssucht eingeschränkt und Sittlichkeit mehr befestigt, Rostock 2000, S. 230f. Die Stadt- und Kreissparkasse Schwerin ist bis in die späten 1990er Jahre nie von einer Frau geleitet worden. Vgl. Rehberg-Credé, Christine: Sparbuch statt Sparstrumpf, die Geschichte der Schweriner Sparkasse, Schwerin 1999, S. 258.

170 Rogas/Philipp/Maier, Anpassung, S. 45.

171 So hatte die Landesbank Berlin beispielsweise im Dezember 1990 eine „Versammlung der Ost-Zweigstellenleiterinnen und ihrer Vertreterinnen“ einberufen, „auf der sie ihrer bisherigen Leitungskompetenz enthoben wurden.“ Das rief vielfach enormen Frust hervor, auch weil viele Frauen zu Schulungen und dem Erwerb neuer Qualifikationen bereit gewesen wären. Hüning/Nickel, Finanzmetropole Berlin, S. 91.

172 Diskussionsbeitrag Jürgen Wassermann, in: Mura, Das Personal- und Bildungswesen der Sparkassenorganisation, S. 115. Empirisch und kritisch zur Personalpolitik der Sparkassen in den frühen 1990ern am Beispiel Brandenburgs: Rogas/Philipp/Maier, Anpassung.

über ein „Problem ‘Karrierestau‘“ geklagt wurde. Der Leiter der Deutschen Sparkassenakademie Günter Ashauer hatte noch 1986 festgestellt: „Viele hochqualifizierte Kolleginnen und Kollegen werden keine Spitzenpositionen mehr erreichen können. Gerade auch viele Hochschulabsolventen werden sich mit Positionen zufriedengeben müssen, für die früher ein akademisches Studium nicht notwendig war.“¹⁷³ Durch die Wende eröffnete sich für diesen männlichen Führungskräftenachwuchs ein Gelegenheitsfenster, das er auch nutzte – auf Kosten der weiblichen Sparkassenangestellten.¹⁷⁴ Wie dies erfolgte und welchen Einfluss dies auf die Sparkassen als Arbeitsorte hatte, wäre untersuchenswert. Als Quelle ließen sich z.B. die Stellenausschreibungen in der Deutschen Sparkassenzeitung heranziehen.¹⁷⁵

1.4 Systemstabilisierung im Aufbau des Sozialismus und während seiner Krisen

Als öffentliche, kommunalgebundene Organisationen wirkten die Sparkassen seit ihrer Gründung grundsätzlich stabilisierend für die jeweiligen Staats- und Gesellschaftsordnungen. Dies galt vom Kapitalismus des 19. Jahrhunderts über den Nationalsozialismus bis zur Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik und wohl auch für die sozialistische SED-Diktatur. Diese anti-revolutionäre Ausrichtung hat sehr früh bereits Kritik hervorgerufen. Am bekanntesten ist jene von Karl Marx, der schrieb: „Die Sparkasse ist die goldene Kette, woran die Regierung einen großen Teil der Arbeiterklasse hält. [;] Die Arbeiter liefern so ihren Feinden selbst Waffen in die Hand zur Erhaltung der bestehenden, sie unterjochenden Organisation der Gesellschaft. Das Geld fließt zurück in die Nationalbank, diese verpumpt es den Kapitalisten wieder, und beide teilen sich in den Profit und vermehren so mit dem ihnen zu Lumpenzinsen vom Volk geliehenen Geld [;] ihr Kapital, ihre direkte Herrschermacht gegenüber dem Volk.“¹⁷⁶ Besonders der erste Satz mit der „goldenen Kette“¹⁷⁷ ist seither viel zitiert worden, auch in der DDR. So findet er sich beispielsweise in einem

173 Ashauer, Günther: Personalentwicklung und Personalstruktur in Sparkassen. Rückblick und Ausblick, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 11/1986, S. 498–501, hier 501.

174 Dies war übrigens in der sowjetischen bzw. russischen Sberbank grundsätzlich ähnlich. „As a rule, the spoils of the Soviet Union went to young, well-connected, ambitious men.“ Johnson, A fistful of rubles, S. 61.

175 Nach einer erste Stellenausschreibung für einen Posten als Vorstandsvorsitzender einer Kreissparkasse in der DDR am 17. August 1990 wurden in der Deutschen Sparkassenzeitung bis Ende September 86 Vorstandspositionen (45% aller ostdeutschen Sparkassen) und bis Ende Oktober für 146 Sparkassen (75%) ausgeschrieben. Vgl. Geiger/Günther, Neugestaltung, 179. Zeitgleich waren somit im November 1990 „über 600 Vorstandsmitglieder und stellvertretende Vorstandsmitglieder zu bestellen.“ Ashauer, Günther: Personalpolitische Weichenstellung in den ostdeutschen Sparkassen: Vorstandsbestellung, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, 107/11, November 1990, S. 491–493, hier 491.

176 Karl Marx – Friedrich Engels – Werke, Band 6, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1959, S. 545.

177 Die Metapher der „goldenen Ketten“ für das von der Arbeiterklasse vergrößerte Kapital hatte Marx wohl von John Francis Bray übernommen und verwendete sie auch ohne unmittelbaren Bezug auf die Sparkassen, z.B. Marx: Deutschland. Lohnarbeit und Kapital, in: Neue Rheinische Zeitung. Nr. 267, S. 2, 8.4.1849. Marx; Das Kapital. Bd. 1, Marx-Engels-Gesamtausgabe, Abt. II, Bd. 5, S. 498.

Manuskript der thüringischen Kreissparkasse Sömmerda zum 25-jährigen Jubiläum der „volkseigenen“ Sparkasse aus dem Jahr 1970.¹⁷⁸ Um das Fortbestehen der Sparkassen im Sozialismus – auch gegen marxistische Kritiker*innen¹⁷⁹ – zu rechtfertigen, wurde diesem Zitat in der Regel eines von Lenin aus dem Jahr 1917 beigelegt: „Die Großbanken sind jener Staatsapparat, den wir für die Verwirklichung des Sozialismus brauchen und den wir vom Kapitalismus fertig übernehmen, wobei unsere Aufgabe hier lediglich darin besteht, das zu entfernen, was diesen ausgezeichneten Apparat kapitalistisch verunstaltet [;].“¹⁸⁰ Diese Zitate-Kombination wählte auch die Sparkasse Sömmerda, welche die eigene systemstabilisierende Rolle nicht bestritt, sondern positiv für den angeblich im Aufbau begriffenen Sozialismus umdeutete.

Neben einer Diskursanalyse, etwa von Festreden, –schriften oder anderweitiger Öffentlichkeitsarbeit,¹⁸¹ wäre auch eine praxeologische Untersuchung des stabilisierenden Beitrags der Sparkassen zum Herrschaftssystem der DDR in seinem Aufbau und Fortbestehen von Interesse. Zu denken wäre hier etwa an ihre Rolle bei der Umsetzung der Währungsreform 1948 und der anschließenden Durchsetzung der Mark der DDR als hauptsächliches Zahlungsmittel gegen rivalisierende ausländische Währungen und Ersatzwährungen. In Anlehnung an die systemstabilisierende Rolle des Sparens als Mittel, um die Geldentwertung vor und während des Zweiten Weltkriegs zu verdecken,¹⁸² wäre auch die Sparwerbung und Spareinlagensammlung als Instrument im Management der Geldausweitung in der DDR zu betrachten (siehe Kap. II.3.2).

Ferner könnte auch die Funktion der Sparkassen als Informationslieferanten und –*broker* für die Wirtschafts- und Sozialpolitik untersucht werden. Welche Informationen (etwa zur sozial-ökonomischen Struktur der Sparer*innen, siehe Kap. II.3.3) wurden beispielsweise von der Ministerialbürokratie oder von Parteistellen abgefragt und wie beeinflusste dies die Regierungspraxis? Relevant erscheint, dass der Bevölkerung diese Funktion als Informationslieferanten offenbar verborgen bleiben sollte. So blieben etwa

178 Hier zitiert als „Karl Marx (1849)“, siehe Manuskript der KSK Sömmerda: 25 Jahre volkseigene Sparkassen (1970), in: ASMT, Sömmerda, Nr. 44.

179 So hatte beispielsweise der anti-bolschewistische Kommunist Paul Mattick 1932 den Ausbau des Sparkassenwesens in der Sowjetunion als Teil einer „kapitalistischen Entwicklung“ und mit besagtem Marx-Zitat heftig kritisiert. Paul Mattick: Die kapitalistischen Tendenzen Russlands. Vortrag, gehalten vor der „Freisinnigen Gemeinde“ der Südseite, Chicago, Ill., am 19. Januar 1932, veröffentlicht in: Der Freidenker (New Ulm), 7. und 19.2.1932, zitiert nach: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/mattick/1932/01/kaprus.htm> [13.7.2023].

180 Entsprechend zitiert mit der Quellenangabe „Lenin (1917)“ im Manuskript der KSK Sömmerda: 25 Jahre volkseigene Sparkassen (1970), in: ASMT, Sömmerda, Nr. 44.

181 Heranzuziehen wären auch Protokolle von „Öffentlichkeitskonferenzen“ der Sparkassen, in denen diese die Kooperation mit Organen des Kreises und der Gemeinden sowie mit Volkseigenen Betrieben besprachen. Hierzu exemplarisch: Frenzel, Eberhard: Wie organisiert man eine Öffentlichkeitskonferenz?, in: Sozialistische Finanzwirtschaft 1975/5, S. 58.

182 Vgl. Bähr, Johannes: „Dein Sparen hilft dem Führer.“ Sparen in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Robert Muschalla (Hg.): Sparen. Geschichte einer deutschen Tugend, Berlin 2018, S. 91–108, hier 104.

die Ergebnisse und überhaupt die Existenz der auf Basis der Sparkassendaten erstellten und aggregiert ans Finanzministerium weitergeleiteten Übersichten über Spareinlagen geheim. Selbst wenn vereinzelt Daten veröffentlicht wurden, etwa zu kreditfinanzierten Käufen von jungen Eheleuten (siehe Kap. II.4.6), wurden hierfür nicht die exakten Daten der Sparkassen als Quelle angegeben, sondern weniger präzise Untersuchungen des Instituts für Marktforschung.¹⁸³ Es wäre zu fragen ob die Geheimhaltung dazu diene, den Sparkassenbereich gerade nicht als politisierte regimestabilisierende Organisationen erscheinen zu lassen, sondern traditionsgemäß als bürokratisch, vertrauenswürdig, lokal gebunden und volksnah.

Systemstabilisierende Effekte des Banken- und auch des Sparkassenwesens sind nicht nur in langer Frist, sondern auch für konkreten Krisensituationen zu untersuchen. Eine solche Wirkung nahm beispielsweise die Sparkasse Berlin (Ost) in ihrem Jahresbericht 1953 für sich in Anspruch. Darin schrieb sie, die Mitarbeiter*innen hätten während des Volksaufstands am 17. Juni mit nur einer Ausnahme erfolgreich alle Zweigstellen offengehalten, weil „eine Unterbrechung unseres normalen Geschäftsbetriebes an jenen Tagen zu einem Run auf die Sparkassen mit allen sich daraus ergebenden Folgen hätte führen können.“¹⁸⁴ Ob es eine solche Gefahr wirklich gab oder ob die Sparkassendirektion die eigene regimestabilisierende Rolle betonen wollte, wäre zu hinterfragen. In der Forschung zum Sparkassenwesen anderer sozialistischer Volkswirtschaften werden die abgewendeten Gefahren eines *Bank Runs* diskutiert: „Während der tumultartigen Revolution von 1956 [in Ungarn] wurden die Leute nicht daran gehindert, ihre Einlagen von den Banken abzuziehen. Als Ergebnis davon blieb das Vertrauen in das Bankensystem nach der Revolution erhalten.“¹⁸⁵ In Hinblick auf die DDR wäre hier als weitere Krise vor allem an den Mauerbau vom 13. August 1961 zu denken. Damals beobachtete die Stasi die monetäre Lage: Während es in Berlin um diesen Zeitraum zu verstärkten - jedoch aus Sicht des Regimes nicht zu bedrohlichen - Bargeldabhebungen kam, gab es beispielsweise im Bezirk Magdeburg sogar verstärkte Einzahlungen.¹⁸⁶

Neben den konsolidierenden wären auch mögliche destabilisierende Effekte von Interesse. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise Proteste von Führungspersonal zu berücksichtigen. So trat etwa der

183 Siehe Zeitungsartikel zu den Ehekrediten, abgedruckt in: Kaminsky, Annette: Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001, S. 134.

184 Sparkasse Berlin (Ost): Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1953, 27.2.1954, S. 7, in: HA Sparkasse Berlin.

185 Csorba, Lázló und Ürmös, Lóránt: Ungarn, in: Mura (Hg.), Europäische Sparkassengeschichte II, S. 367–387, hier 382.

186 Siehe Aktion »Rose« - 11 (Reaktionen des Westens, Stimmungslage), Info Nr. 429/61, in: BA, MfS, ZAIG 31066, Bl. 289–303, 16.8.1961, in: <https://www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1961/report/aktion-rose-11-reaktionen-des-westens-stimmungslage/> [14.7.2023]; Sicherheitslage im Bezirk Magdeburg, Info Nr. 593/61, in: BA, MfS, ZAIG 478, Bl. 42–54, in: <https://www.ddr-im-blick.de/jahrgaenge/jahrgang-1961/report/sicherheitslage-im-bezirk-magdeburg> [14.7.2023]. Die verstärkten Einzahlungen resultierten offenbar aus einer Angst vor einem erneuten Geldumtausch wie bereits 1957 (siehe Kap. II.2.2).

Direktor der Kreissparkasse Marienberg/Erzgebirge im Jahr 1948 wegen der Währungsreform zurück. Seine Glaubwürdigkeit sei untergraben und seine Situation unhaltbar geworden, da er stets betont habe, „daß die Ersparnisse des kleinen Mannes bei einer Geldumwertung unangetastet bleiben müßten.“¹⁸⁷ Ein anderes Beispiel ist die Auswechslung der beiden Co-Direktoren der Berliner Sparkasse Ende Mai bzw. Ende Juni 1953 - ein Vorgang, welcher die oben zitierte Behauptung einer eigenen systemstabilisierenden Wirkung bezweifeln lässt. Der fachlich qualifiziertere Direktor (CDU) wurde für politisch nicht mehr tragbar erachtet, der andere (SED) für fachlich überfordert.¹⁸⁸

Neben derartigen Einzelfällen hätten Potentiale für destabilisierende Wirkungen vor allem in kollektiven Protesten liegen können. Diese waren selten, aber es gab sie. Auch hier wäre wieder vor allem an den Volksaufstand zu denken. So hatte beispielsweise die Belegschaft der Sparkasse Halberstadt im Juni 1953 gegen die Verschärfung der „Messzahlen“ protestiert.¹⁸⁹ Ob es weitere Fälle gab und wie diese einzuordnen sind, wäre Gegenstand ausführlicherer Quellenstudien.

1.5 Transformation 1989/90

Im Zuge der boomenden Transformationsforschung ist seit einigen Jahren auch der Eintritt der ehemaligen DDR in die Marktwirtschaft ab 1990 verstärkt ins Zentrum gerückt.¹⁹⁰ Das Sparkassenwesen ist in diesem Zusammenhang allerdings ein Sonderfall, da hier die Entwicklungen in vielerlei Hinsicht entgegengesetzt zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung abliefen. Während viele Betriebe Absatzrückgänge zu verzeichnen hatten, Personal abbauen mussten oder gleich ganz geschlossen wurden, konnten die Sparkassen ihre Beschäftigtenzahlen binnen zwei Jahren fast verdoppeln. Auch im Vergleich mit den Bankensektoren anderer ehemaliger sozialistischer Volkswirtschaften war die Transformation in Ostdeutschland außerordentlich erfolgreich.¹⁹¹ Wie in den Abschnitten II.1.2–3 beschrieben, sind einige, insbesondere die

187 Kurt Reich (KPD/SED) gemäß der Niederschrift über die außerordentliche Verwaltungsratssitzung der Kreissparkasse Marienberg am 5.7.1948, hier zitiert nach Falk/Hauer, Immer mit der Zeit, S. 114.

188 Es handelte sich um Dr. Clemens Diederich (CDU, *1902) und Walter Stehr (SED, *1892). Siehe HA Sparkasse Berlin, C 115, Berliner Sparkasse (Ost) Direktoren (1949-1990).

189 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 233, 262.

190 So entstehen allein am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin gegenwärtig zehn Bände und ein Sammelband zur Geschichte der Treuhandanstalt. Siehe <https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/geschichte-der-treuhandanstalt> [12.9.2024].

191 Vgl. Wagner, Helmut: Reconstruction of the financial system in East Germany: Description and comparison with Eastern Europe', Journal of Banking & Finance 17(5), September 1993, S. 1001–1019.

sozialhistorischen, personalpolitischen und organisationalen Aspekte der Transformation des Sparkassenwesens der DDR bereits in den 1990er Jahren vergleichsweise eingehend untersucht worden.¹⁹²

Mit Bezug auf das Personal ermöglichen das Verstreichen der archivrechtlich bedeutenden 30-Jahrs-Frist sowie die Rekonstruktions- und Rechercheleistungen des Stasi-Unterlagen-Archivs vertiefte Zugänge. Diese können beispielsweise zur Erforschung des Umgangs der ostdeutschen, aber auch der westdeutschen Sparkassen mit Informellen Mitarbeiter*innen (IM) der Stasi genutzt werden. Umfassende Befragungen und Überprüfungen gab es bei vielen Sparkassen, jedoch nicht bei allen. So unterblieben sie beispielsweise in Erfurt.¹⁹³ Auch in der Sparkasse Berlin wurde eine Aufarbeitung der Geschichte und eine Identifikation von „Spitzeln“ unterlassen, ohne dass ein Problembewusstsein für die Interessen von potenziell bespitzelten Mitarbeiter*innen und Kund*innen bestanden zu haben scheint.¹⁹⁴ Um was für ein delikates Thema es sich handelt(e), geht auch aus den verklausulierten Formulierungen von Geiger/Günther hervor: „In einigen Fällen mußten die Betroffenen aus politischen Gründen vorzeitig gehen.“¹⁹⁵ In allen für dieses Gutachten eingesehenen Festschriften und in den meisten wissenschaftlichen Veröffentlichungen wird das Thema des Umgangs mit den IM ignoriert.¹⁹⁶ Es bleibt zu fragen, wie viele IM es im Sparkassenwesen der DDR gegeben hat, was ihre Spionageaufgaben waren und inwiefern sie diese umgesetzt haben. Eine exemplarische Anfrage bezüglich Sparkassendirektor*innen wird seit April 2023 vom Stasi-Unterlagen-Archiv bearbeitet. Bezüglich des Umgangs mit personellen Belastungen wären Protokolle von Dienstbesprechungen und Vorstandssitzungen mit Zeitzeugeninterviews zu kombinieren.

Hinter verschlossenen Türen war das IM-Problem vermutlich auch Gegenstand der bemerkenswert umfassenden Beratung und Kooperation zwischen ostdeutschen Sparkassen und westdeutschen

192 Zu den maßgeblichen Titeln zählen: Mura, Das Personal- und Bildungswesen der Sparkassenorganisation; Hüning/Maier/Nickel, Berliner Sparkasse; Hüning/Nickel, Finanzmetropole Berlin; Rogas/Philipp/Maier, Anpassung an westliche Beschäftigungsstrukturen; Manske/Meißner, „Und wer wollte, wer möchte, wer will, hat seine Chance auch gehabt.“; Geiger/Günther, Neugestaltung. Holtmann, Claus Friedrich/Wolfram Morales: Ostdeutsche Sparkassen im Wandel der Zeit, in: Frank Keuper/Dieter Puchta (Hg.): Deutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall. Rückblick und Ausblick, Wiesbaden 2010, S. 161–178. Haasis, Heinrich: Sparkassen als Motor der inneren Einheit Deutschlands, in: Frank Keuper/Dieter Puchta (Hg.): Deutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall. Rückblick und Ausblick, 2010, S. 141–159. Schmidt, Der Aufbau.

193 Mündliche Auskunft von Hartmut Kruse (ASMTh) am 18.1.2023. In der eigentlich weit überdurchschnittlich guten und umfassenden Festschrift aus dem Jahr 2021 wird dies jedoch nicht erwähnt. Siehe Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen.

194 Interview Hubertus Moser, in: Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe, Wendezeiten, S. 81f.

195 Geiger/Günther, Neugestaltung, S. 185.

196 Dies gilt auch für die vergleichsweise sorgfältig recherchierten und für die neueren Festschriften, z.B. Wysocki, Stadtparkasse Dresden; Falk/Hauer, Immer mit der Zeit; Sparkasse Berlin: Gut für Berlin seit 1818 - unsere Geschichte, Berlin 2018. Schreier, Lothar: Eine Chronik – 100 Jahre Sparkasse Flöha, Flöha 1995.

Partnersparkassen.¹⁹⁷ Kontakte wurden bald nach dem Fall der Mauer geknüpft.¹⁹⁸ Zentraler Bestandteil war ein am 12./13. Februar 1990 verabschiedetes regionales Betreuungskonzept, laut dem jede Sparkasse der DDR einen oder mehrere „Paten“ aus dem Westen erhielt.¹⁹⁹ Diese Zusammenarbeit wird grundsätzlich als großer Erfolg dargestellt.²⁰⁰ Die westdeutschen Sparkassen hätten sich sowohl aus Altruismus wie auch aufgrund gemeinsamer Interessen für die ostdeutschen Institute stark gemacht. Üblicherweise werden hier Imagefragen und Synergieeffekte genannt.²⁰¹ Zudem habe man die Marktführerschaft im Osten nicht westdeutschen Großbanken überlassen wollen, weil dies das dezentrale Bankensystem unter Druck gesetzt und „auf lange Sicht auch negative Rückwirkungen auf die Marktstellung der Sparkassenorganisation in einem vereinigten Deutschland gehabt“ hätte.²⁰² Als negative Ausnahme wäre die Stadt- und Saalkreis-Sparkasse Halle zu nennen, die durch leichtsinnige Kreditvergabe einen Schaden von rund 434 Millionen DM verursachte.²⁰³ Neben dem unmittelbaren pekuniären Schaden rief dies einen Vertrauensverlust hervor.²⁰⁴

197 In Fachzeitschriften wie der „Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes“ oder der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“ wurde zwar in den frühen 1990er Jahren viel über Personal- und Personalpolitik, nicht jedoch über die IM-Problematik diskutiert.

198 Es hatte bereits bilaterale Hilfen eingesetzt, als der Deutsche Sparkassen- und Giroverband Anfang Januar sein Angebot machte, „im Rahmen einer Neuordnung des Banken- und Sparkassenwesens beim Aufbau eines selbständigen, dezentral organisierten Sparkassenwesens, einschließlich der Schaffung eines Sparkassenverbandes, zu helfen.“ DSGV-Präsident Helmut Geiger an alle Direktorinnen und Direktoren der Sparkassen in der DDR, 5.1.1990, abgedruckt in: Schreiter, Eine Chronik, S. 128f.

199 Vgl. Haasis, Sparkassen, S. 147. Vereinzelt waren schon vorher Partnerschaften angebahnt worden, etwa zwischen der Hamburger Sparkasse und der Stadtparkasse Dresden, die bereits am 28. Februar 1990 eine Kooperationsvereinbarung abschlossen. Vgl. Wsocki, Stadtparkasse Dresden, S. 210f. Ein Hilfsangebot wurde vom DSGV auch gegenüber „den Kollegen in Polen, CSSR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Sowjetunion“ formuliert. Es wäre zu fragen ob eine entsprechende Nachfrage bestand und ob dem Taten folgten? Zitat in: Geiger, Helmut: Gemeinsamer europäischer Markt: welche Strategie für die Sparkassen?, in: IIS (Hg.): XVI. Weltkongress der Sparkassen: Rom, 9.-11. Mai 1990, Genf 1990, S. 75-82, hier 82.

200 Siehe insbesondere die Festschriften von Sparkassen oder jene vom fusionierten SGVHT, Reuss/Grandke, 125 Jahre Sparkassen- und Giroverband, S. 94-103.

201 Ein Scheitern der Ostsparkassen hätte auch den westdeutschen Instituten Imageverluste beschwert. Synergieeffekte lagen z.B. in Spezialinstituten und Tochterunternehmen, etwa Investmentfondsberatungsgesellschaften. Vgl. Mann, Gerald H.: Die Transformation des Bankensystems in Ostdeutschland, München 1996, S. 74f.

202 Haasis, Sparkassen, S. 146. Vgl. auch Holtmann/Morales, Ostdeutsche Sparkassen, S. 167f. Kleedehn, Bärbel: Öffentlich-rechtliches Bankwesen im Umbruch - Vom Aschenputtel zu DDR-Zeiten zum kompetenten Wettbewerber am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern, in: Manfred Bodin (Hg.): Banken in gesamtwirtschaftlicher Verantwortung, Stuttgart 1994, S. 276-288, hier 282.

203 Zitat in: Grub, Frank Thomas: „Wende“ und „Einheit“ im Spiegel der deutschsprachigen Literatur. Band 1: Untersuchungen, Berlin 2003, S. 253f. Der Fall wurde auch literarisch in einer Realsatire verarbeitet. Siehe Müller, Peter F./Wolfgang Sabath: Peanuts aus Halle: eine Realsatire zur Vereinigungskriminalität, Berlin 1998.

204 „Mehrere tausend Konten wurden bereits im ersten Ansturm abgeräumt, denn die Gerüchteküche quirlten ihr Süppchen [;]. Kein Mensch glaubt ihm [Sparkassenchef Siegfried Pannicke], wenn er die unbedingte Sicherheit aller Einlagen beteuert – schließlich sei man ja rückversichert!“ Körner, Steve: Der Skandal als Glücksfall, in: Die Tageszeitung, 15.3.1991, S. 27. Ein seinerzeitiger

Es gibt allerdings auch andere Perspektiven, welche eine empirisch fundierte Analyse auf Motive und Abläufe der Kooperation anregen. Hilfe bei der Integration in die Bundesrepublik erfolgte nämlich offenbar vorwiegend bei der Umstellung der Betriebsabläufe, des Spareinlagengeschäfts sowie im Geschäft mit Personalkrediten. Dagegen wurden die lukrativeren Bereiche des neu aufzubauenden Kreditgeschäfts, insbesondere jener der Firmenkunden, von westdeutschen Banken sowie innerhalb des Sparkassensektors von Landesbanken übernommen.²⁰⁵ Ferner wäre es möglich, dass in den Osten entsandte Sparkassenmitarbeiter*innen vor Ort Einfluss im Interesse ihrer Heimatinstitute ausgeübt haben. Letztere erhielten so in den Jahren 1990/91 z.T. die Möglichkeit, sich zinsgünstig mithilfe der Einlagenüberschüsse ihrer ostdeutschen Partnersparkassen zu refinanzieren.²⁰⁶

Zu den relevanten Quellen zählen Schriftverkehr und Protokolle von Besprechungen innerhalb von Ost-Sparkassen und ihrem Verband,²⁰⁷ von West-Sparkassen und ihren Verbänden²⁰⁸ sowie Dokumente zur Interaktion und Kooperationsverträge.²⁰⁹ Um auch die Perspektiven von Mitarbeiter*innen und Kund*innen miteinzubeziehen, können Zeitzeug*innen-Interviews sowie - insbesondere für die Jahre 1989/90 - Eingaben herangezogen werden.²¹⁰ Vereinzelt sind auch Erfahrungsberichte der vorübergehend aus den westdeutschen Partnersparkassen entsandten Mitarbeiter*innen vorhanden.²¹¹

Sparkassenvorstand kommentierte rückblickend: „Da mussten dann alle Sparkassen dafür gerade stehen.“ ZZI A.H., 11.4.2014, S. 16, in: HA OSV (ohne Signatur).

205 Vgl. Büschgen, Hans E.: Währungsunion und Wiedervereinigung, in: Hans Pohl (Hg.): Geschichte der deutschen Kreditwirtschaft seit 1945, Frankfurt a.M. 1998, S. 431–461, hier 461. 1992 verbuchten die ostdeutschen Sparkassen bei den Spareinlagen einen Marktanteil von 76% - also fast dieselbe Höhe wie vor 1990. Im Kreditbereich lag der Anteil bei 32%. Vgl. Schmidt, Der Aufbau des Sparkassenwesens, S. 103.

206 Vgl. Mann, Transformation, S. 75. Die Sparkasse Flöha vertrieb beispielsweise ab 1990 mehrere Jahre lang die Sparkassenbriefe ihrer Partnersparkasse - für diese ein gutes Geschäft, aber auch für Flöha, denn „es hat uns geholfen, damit das Geld nicht abwandert, woanders hin.“ Siehe ZZI A.H., 11.4.2014, S. 10, in: HA OSV (ohne Signatur).

207 Z.B. Protokolle der Dienstbesprechungen des Direktors bei der Stadt- und Kreissparkasse Erfurt, 23.2.1981–18.6.1990, in: ASMTh, Erfurt, Nr. 54. HA OSV, D/7865/BUG: Neugestaltung des ostdeutschen Sparkassenwesens, 1989-1991; D/7910: OSGV: Unterlagen zu Landesgeschäftsstellen (LGS) (1990-1992); D/7413, Bd. 1: Informationsseminare für leitende Mitarbeiter der Sparkasse; D/7870/BUG, Bd. 2: Unterlagen des Sparkassenverbands der DDR aus der Wendezeit (enthält u.a. Unterlagen zu Informationsveranstaltungen für oberste Führungskräfte der DDR-Sparkassen. (Marketingmaßnahmen, Bonner Staatsvertrag), handschriftliche Notizen zum Streikverhalten in einzelnen Sparkassen).

208 Im Sparkassenhistorischen Dokumentationszentrum des DSGV befinden sich zur Transformation und Interaktion mit dem Ostdeutschen Sparkassenwesen ab 1990 „sämtliche Protokolle der DSGV-Gremien und zusätzlich mehrere Akten mit Korrespondenzen, Vermerken etc.“ Auskunft von Thorsten Wehber am 29.3.2023. Die Vorstandsprotokolle des Hessischen Sparkassenverbands aus der Zeit um 1989/90 liegen bei der Verbandsleitung, nicht im Archiv.

209 Z.B. Kooperationsvertrag der Sparkasse Erfurt mit den Partnersparkassen Frankfurt, Kassel und Mainz, 29.4.1990, in: ASMTh, Erfurt, Nr. 48

210 Mit dem Fall der Mauer, den plötzlich neuen Konsum- und Investitionsmöglichkeiten sowie und insbesondere der zu Beginn des Jahres 1990 wahrscheinlicher werdenden Integration in das Währungsgebiet der Mark und in die Marktwirtschaft explodierte das

Als letztes naheliegendes Transformationsthema sei noch der Beitrag der Sparkassen zur Bewältigung der Währungsunion genannt. In diesem Zusammenhang wurden die Sparkassen sogar von Verbandsfunktionären als „Motor der inneren Einheit Deutschlands“ bezeichnet.²¹² Martin Schmitt hat in seiner Studie über die Digitalisierung der deutschen Kreditwirtschaft die These formuliert, „dass die Herausforderungen der schnellen Wiedervereinigung, darunter die Währungsunion, auch dank digitaler Computer und ihrer Software bewältigt werden konnten. Gerade Software wurde dabei zu einem Machtfaktor.“²¹³ Neben den eher technischen Aspekten wäre auch die Rolle der Währungsunion in Erinnerung, Erinnerungskulturen und aktuellen politischen Debatten von Interesse.²¹⁴ Zur Währungsreform und den unmittelbaren Folgewirkungen, etwa den neuen Bedingungen der Kreditvergabe, bietet insbesondere das Historische Archiv des OSV wertvolle Quellen.²¹⁵

2. Sparkassen und Unrechtsregime

In der DDR herrschte ein demokratisch nicht legitimes Unrechtsregime, das systematisch und permanent Menschenrechtsverletzungen beging.²¹⁶ Mangels rechtstaatlicher Institutionen bestanden für die Betroffenen kaum Möglichkeiten, Eingriffe in ihre vorgeblich verfassungsmäßig und gesetzlich geschützten

Kommunikationsbedürfnis der Kund*innen geradezu. Siehe z.B. HA OSV, D/7229/AUG, Bd. 1–2: Eingaben von Sparkassenkunden und Sparkassenmitarbeitern (1989 - März 1990).

211 Siehe z.B. den Bericht von Frau Bernhard (Sparkasse Altötting): Meine Erlebnisse in Flöha, o.D. [ca. 1991], in: Schreiter, Eine Chronik, S. 132f.

212 Haasis, Sparkassen. Heinrich Haasis war Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

213 Schmitt, Digitalisierung, S. 562.

214 Vgl. hierzu Dalinghaus, Ursula M.: Between Memorialization and Monetary Revaluation. The 1990 Currency Union as a Site of Post-Unification Memory Work, in: Mary Lindemann/Jared Poley (Hg.): Money in German-speaking Lands, New York 2017, S. 283–302. Einen guten Überblick über die Währungsunion, die mit ihr in der DDR verbundenen unerfüllbaren Wohlstandserwartungen und den staatlich finanzierten Vermögenstransfers zugunsten ostdeutscher Sparer*innen bietet Rüdiger Pohl: Die Einführung der D-Mark in der DDR. Mythos D-Mark - Ernüchterung - Wiedervereinigung, in: Günther Heydemann/Karl-Heinz Paqué (Hg.): Planwirtschaft-Privatisierung-Marktwirtschaft, Göttingen 2017, S. 229–242. Überblicksartig zum Finanzdienstleistungsnachfrageverhalten in Ostdeutschland: Büschgen, Währungsunion, S. 457–460.

215 Z.B. HA OSV, D/10722: Vorbereitung und Durchführung der Währungsunion, 1986-1991; D/7413, Bd. 2: Währungsunion, 1990-1995; D/9324/AUG Tag der Existenzgründer, Kongresshalle am Alexanderplatz Berlin, 22.09.1990, Sparkassen-Finanzgruppe. Auf die Schwierigkeiten bei der Analyse eines möglichen Beitrags der Sparkassen und anderer regionaler Banken zur wirtschaftlichen Entwicklung hat in jüngerer Zeit Kristin Hoffmann hingewiesen. Hoffmann, Kristin: Regional finance and growth. Empirical evidence on the relationship between financial and economic development on the local level, Diss. Universität Siegen, 2018.

216 Einen guten Überblick über die Debatte zur DDR als Unrechtsstaat gibt Hotmann, Everhard: Die DDR - ein Unrechtsstaat?, in: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47560/die-ddr-ein-unrechtsstaat/>, 11.5.2020 [8.3.2023].

Rechte abzuwehren.²¹⁷ In diesem Kapitel werden drei Aktivitäten bzw. Aktionen identifiziert, bei denen nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht ein Forschungsbedarf besteht, sondern darüber hinaus aus gesellschaftspolitischer Sicht eine Notwendigkeit von Rekonstruktion und Aufarbeitung: Erstens der systematische Raub nach Auswanderung bzw. „Republikflucht“ in den Jahren 1952 bis 1989, zweitens die Beraubung im Rahmen der „Aktion Licht“ im Januar 1962 sowie drittens die entschädigungslosen Enteignungen infolge des Geldumtauschs vom 13. Oktober 1957. Während diese die „zivilen“ Sparkassen betrafen, betrachtet der Abschnitt II.2.4 jene ab Mitte der 1970er Jahre gegründeten MfS-„Betriebssparkassen“, welche Bestandteil des Verfolgungsapparates Stasi waren.

2.1 Enteignungen nach „Republikflucht“ (1952-1989)

Zeitgleich mit dem Ausbau der Grenze zur Bundesrepublik zu einem Sperrgebiet und der zunehmenden Kriminalisierung nicht genehmigter Ausreisen wurde ab 1952 (auch rückwirkend) das Vermögen von „Nichtrückkehrern“ sowie von „Republikflüchtlingen“ konsequent erfasst und entschädigungslos enteignet.²¹⁸ Nach einer Reform im Zuge des „Neuen Kurses“ wurde dieses Vermögen ab Juni 1953 zumeist unter staatliche Verwaltung gestellt und entweder verstaatlicht oder an DDR-Bürger*innen verkauft.²¹⁹ Rückkehrende „Republikflüchtlinge“ konnten nun grundsätzlich enteignete Werte zurückerstattet bekommen. Das Vermögen derjenigen, die mit staatlicher Genehmigung ausgereist waren, wurde nicht enteignet, sondern unter „vorläufige staatliche Verwaltung“ gestellt, was allerdings vielfach ebenfalls in einer Veräußerung resultierte.²²⁰ Die Behandlung des Vermögens wurde nicht auf dem Gesetzesweg, sondern per Verordnungen geregelt und nicht stringent einheitlich behandelt - von einer Transparenz für die Betroffenen ganz zu schweigen.²²¹ Von Enteignungen betroffen waren schätzungsweise bis zu 2,7 Mio. Personen, die bis

217 Vgl. Marxen/Werle/Vormbaum, Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Zu nennen wäre hier auch das systematisch verletzte Bankgeheimnis, siehe II.3.5.

218 Vgl. Wiedenfels, Uta: Das Vermögensgesetz - Restitution im Zeitenwandel: die offenen Vermögensfragen nach der Wiedervereinigung, Berlin 2019, S. 134-138, 200f. Zuvor waren die Vermögen auf landesrechtlicher Grundlage erfasst worden. Drees, Ingrid: Aufarbeitung von SBZ-DDR-Enteignungen im wiedervereinigten Deutschland, Darmstadt 1995, S. 88-90.

219 Ab 1953 konnten Eigentümer Bevollmächtigte einsetzen, ab 1958 waren dies nur noch staatliche Treuhänder. Diese Praxis währte mit Änderungen bis zum 11. November 1989 fort. „Ausländervermögen“ erfuhr meist keine Sonderbehandlung. Vgl. Fricke/Weddig/Märker, Enteignetes Vermögen in der Ex-DDR, S. 19-21. Vgl. Borbe, Ansgar: Die Zahl der Opfer des SED-Regimes, Erfurt 2010, S. 53. „Die Personen, die die Republik ungesetzlich verlassen haben, überließen unserem sozialistischen Staat die Sorge für ihr zurückgelassenes Eigentum.“ GVS - Beschluss des Ministerrats 02-62/1/68, Anl. 2, zitiert nach: Wettstein, Manfred: Die Enteignung von "Republikflüchtigen": am Beispiel der Familie Eißer in Wechmar (bei Gotha) 1958, Erfurt 2001, S. 47.

220 Vgl. Fricke/Weddig/Märker, Enteignetes Vermögen in der Ex-DDR, S. 21.

221 Offenbar wurde auch eine Unterscheidung gemacht ob die Flucht vor oder nach dem 10. Juni 1953 (sic) erfolgte. 1965 strengte Finanzminister Rumpf eine „einheitliche Behandlung der Konten Republikflüchtiger“ per Gesetz an. Vermerk über die

1961 die DDR verließen, und bis zu 600.000 Flüchtlinge und Übersiedler in den Jahren nach dem Mauerbau bis 1989.²²²

Die Flüchtenden ließen meist nicht nur ihre Immobilien und sonstigen physischen Vermögensbestandteile zurück, sondern hoben häufig auch nicht ihr gesamtes Geld von ihren Konten ab, zum Teil aus Zeitmangel, vor allem aber aus Angst, sich dadurch verdächtig zu machen. In Fällen von „Republikflucht“ wurde offenbar zumeist das Referat „Staatliches Eigentum“ in der Abteilung Finanzen des jeweiligen Kreises bzw. der betreffenden Stadt aktiv und kontaktierte die örtliche Sparkasse.²²³ Diese erteilte Auskunft - ohne dass die vorgeschriebene staatsanwaltliche Anordnung vorlag, also mit Bruch des Bankgeheimnisses - und überwies die Guthaben an die örtliche Filiale der Notenbank/Staatsbank, welche ggf. bestehende offene Forderungen gegenüber den geflüchteten Personen nach Möglichkeit beglich und Überschüsse an das Referat „Staatliches Eigentum“ überwies.²²⁴ Unverzinsten Konten, die im Zuge von Enteignungen eingerichtet wurden, bestanden noch 1990 und stellten damit eines der vielen Probleme der „Wendezeit“ dar.²²⁵

Mit ihrem Anteil von etwa 75% (anfangs noch über 80%) an allen Sparguthaben waren die Sparkassen der DDR in den Jahren vor dem Mauerbau mit einem mittleren bis hohen einstelligen Millionenbetrag an den Enteignungen beteiligt, insgesamt während der Existenz der DDR also vermutlich mit einem niedrigen bis mittleren zweistelligen Millionenbetrag. Mangels Forschung sind diese Größenordnungen nur erste Schätzungen. Allein die Sparkasse Berlin (Ost) überwies 1958/59 etwa 250.000 Mark (von rund 1.000 Konten) pro Jahr an das Referat „Staatliches Eigentum“, in den Jahren 1960-1962 insg. 2,1 Mio. Mark (von rund 5.000 Konten).²²⁶ Teilweise erfolgten die Einziehungen von Guthaben unmittelbar, häufig in gesammelten Aktionen nach einigen Monaten, teilweise aber auch erst Jahrzehnte später.²²⁷ Da dies in der

Besprechungen beim Minister der Finanzen, Genossen Rumpf, am 19. und 22. Februar 1965, in: BA, DN 6/3321. Es blieb jedoch bei Regelungen auf dem Ordnungswege. Wiedenfels, Vermögensgesetz, S. 136-138.

222 Vgl. Borbe, Zahl der Opfer, S. 53f. (Bezugnahme auf Georg Brunner bzw. Hubertus Knabe).

223 Vgl. Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, S. 325.

224 Anweisung 30/58 zur „Anordnung Nr. 2 vom 20.8.1958 über die Behandlung des Vermögens von Personen, die die DDR nach dem 10.6.1953 verlassen“, abgedruckt in: Wettstein, Enteignung, S. 31-42.

225 Der Umgang mit diesen Konten ist noch nicht erforscht. Quellen u.a. in: HA OSV, D/7870/BUG, Bd. 2: Unterlagen des Sparkassenverbands der DDR aus der Wendezeit (enthält u.a. Unterlagen zur Führung spezieller Konten bzw. deren Abschaffung (unverzinsliche Konten, die im Zuge von Enteignungen eingerichtet wurden)).

226 Die Sparkasse Berlin (Ost) hatte einen Anteil von 3,1% (1950) bzw. 5,8% (1960) an allen Sparguthaben der DDR-Sparkassen. Entwicklung der Sparkasse der Stadt Berlin in den Jahren 1958 bis 1962, in: HA Sparkasse Berlin, C 139, S. 4. Vgl. Einert, Die Sparkasse der Stadt Berlin, S. 63, 65.

227 So wurde beispielsweise das Kontoguthaben des 1958 aus der DDR geflohenen Wolfgang B. aus Schwarzenberg in Höhe von 470 Mark erst 1982 eingezogen. HA Erzgebirgssparkasse, OB 4507.

Sparkassenforschung und auch in den meisten Festschriften nicht beachtet wurde, liegt hier sowohl ein geschichtswissenschaftlicher Forschungsbedarf wie auch die geschichtspolitische Notwendigkeit einer Aufarbeitung vor.²²⁸

Für eine weitere Erforschung wäre zunächst eine Rekonstruktion der Enteignungspraktiken relevant, sowohl im zeitlichen Verlauf als auch in Bezug auf mögliche regionale Besonderheiten oder Handlungsspielräume einzelner Sparkassen. Auch ein asynchroner Systemvergleich mit ähnlichen Praktiken des NS-Regime käme in Frage.²²⁹

Überlieferte Handakten zur „Republikflucht“ in Sparkassenarchiven - insbesondere im Historischen Archiv der Erzgebirgssparkasse sowie im OSV-Archiv - ermöglichen auch statistische Rückschlüsse über das Verhalten der Flüchtigen.²³⁰ Während die meisten vor ihrer Flucht den Großteil ihrer Guthaben abgehoben zu haben scheinen, ließen andere fünfstellige Beträge zurück. Konten wurden selten aufgelöst, aber häufig runde Summen abgehoben.²³¹ Es bestanden offenbar Ängste, die Ausreiseabsicht durch ein vollständiges Abheben von Guthaben zu enttarnen. Diese Ängste waren jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt und nicht durchgängig so hoch wie teilweise vermutet.²³² Das Vertrauen in das vorgeblich bestehende Bankgeheimnis und in die Verschwiegenheit der Sparkassenmitarbeiter*innen war vermutlich nur schwach ausgeprägt. Zugleich wurde aber wohl das Potenzial des Überwachungsstaats noch nicht allzu hoch eingeschätzt.

228 Waren die enteigneten (Sparkassen-)Konten Teil der Restitution nach 1990? („bis zum Jahr 1995 2,3 Mio. Anträge auf Rückgabe enteigneter Vermögenswerte bei den Vermögensämtern der neuen Bundesländer“) Borbe, Zahl der Opfer, S. 54. Nach dem Vermögensgesetz hatten „Republikflüchtlinge“ Anspruch auf Rückübertragung in Fällen von Enteignungen, während in der DDR verbliebene Enteignete dies nicht hatten. Vgl. Wiedenfels, Vermögensgesetz, S. 200f. Siehe auch Geisler, Herbert: Restitution nach der Wiedervereinigung: vom Unrecht zur Ungerechtigkeit? Regensburg 2000.

229 Anschließend an Regelungen wie etwa die Reichsfluchtsteuer folgten beispielsweise im November 1941 „Handlungsanweisungen bei Ausbürgerungen und Vermögensverfall [;], die darauf abzielte[n], der jüdischen Bevölkerung vor ihrer Deportation auch noch die letzten verbliebenen Vermögensreserven zu entziehen.“ Salden, Janina: Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 2019, S. 221–24, Zitat 223.

230 HA Erzgebirgssparkasse, u.a.: OB 318: Republikflucht Zweigstelle Jöhstadt, OB 4507: Republikflucht KSK Stollberg Zweigstelle Gornsdorf 1958-1961, OB 483: Meldungen – Republikflucht DDR Juni 1961, OB 4163: Republikflucht – KSK Marienberg 1955-1956, OB 361: Republikflucht 1958-1965 KSK Annaberg, Zweigstelle Sehma, und KSK Schwarzenberg 1960-1961. Zum OSV-Archiv: Williams, Elena: „Republikflüchtlinge“ und ihr Vermögen, in: <https://www.sparkassengeschichtsblog.de/republikfluechtlinge-und-ihr-vermoegen/#start> [7.2.2023]. HA OSV, D/7058/AUG, Bd. 7, enthält u.a. Aufstellungen über geflüchtete Sparkassenangestellte im Gebiet des SSV (1950).

231 Die Sparkassenzweigstelle Jöhstadt/Erzgebirge Meldete beispielsweise am 13.3.1959 an den Rat der Stadt, dass nur in vier von 38 Fällen von „Republikflucht“ Guthaben von über 100 Mark vorlägen. HA Erzgebirgssparkasse, OB 318. 10.000 Mark ließ etwa die Familie T. 1956 auf ihren Konten bei der KSK Marienberg zurück. Ebd., OB 4163.

232 Ansgar Borbe schreibt z.B. apodiktisch, Sparkonten seien nicht geleert worden, „[d]enn dies hätte als Indiz für Fluchtabsichten gelten und somit die Pläne entdeckt werden können.“ Borbe, Zahl der Opfer, S. 53.

Damit ist ein dritter Erkenntniskomplex verbunden, nämlich die tatsächlich erfolgten - jedoch mutmaßlich nur im Ansatz umgesetzten - Überlegungen des Stasi-Chefs Erich Mielke in den Jahren vor dem Bau der Berliner Mauer, die Sparkassen zur „Erkundung von Republikfluchtabsichten und der Verhinderung von Republikfluchten“ zu nutzen.²³³ Er ließ prüfen, ob sich aus einer vernetzten Registrierung von Abhebungen von Sparkassenkonten in Verbindung mit Abhebungen bei anderen Geldinstituten sowie mit dem Verkauf von Wertgegenständen ein Frühwarnsystem entwickeln ließe. Wie weit diese Überlegungen gediehen und inwiefern sich die Stasi in den 1950er Jahren schon als „Datenkrake“ begriff, wäre weiter zu erforschen.

Tatsächlich wurden zumindest Mitte der 1950er Jahre größere Geldabhebungen auf den „Republikfluchtkarteien“ der Volkspolizeikreisämter notiert, ebenso wie Sparkassenkredite.²³⁴ Auch für die nachfolgenden Jahrzehnte ist eine Vielzahl an Quellen in den Stasi-Unterlagen überliefert. Vereinzelt finden sich zwar Hinweise darauf, dass die Kooperation nicht reibungsfrei war: „Gegen die zunehmenden Anfragen der Stasi nach Kundendaten protestierte die Staatsbank in den 1980er-Jahren.“²³⁵ Ein ehemaliger Mitarbeiter der Sparkassenabteilung in der Staatsbank äußerte sich allerdings in einem Zeitzeugeninterview dahingehend, dass gerade in den 1980er Jahren die Überwachung von auffälligen Kontenbewegungen zum Zweck der Warnung vor „Republikflucht“ zugenommen und die Sparkassendirektoren den Auskunftersuchen Folge geleistet hätten.²³⁶ Ferner scheint auch hier ein diachroner Vergleich interessant, denn bereits im Nationalsozialismus waren offenbar Listen über größere Abhebungen von Sparkassenkonten geführt worden, unter anderen anlassbezogen um den Kriegsbeginn am 1. September 1939 herum.²³⁷

2.2 Der Geldumtausch vom 13. Oktober 1957

In der SBZ und der DDR wurden insgesamt vier Mal umlaufende Währungseinheiten außer Wert gesetzt und ersetzt (siehe Tabelle 2). Wenige Tage nach der fast mythisch überhöhten westdeutschen Währungsreform

233 Der Minister für Staatssicherheit, Generaloberst Mielke, betr. politisch-operative Maßnahmen und Erfahrungen zur Einschränkung und Verhinderung von Republikfluchten in Ausführung der Anweisung Nr. 1/60 vom 4.5.1960, 7. 7.1960, zitiert nach Melis, Damian van: „Republikflucht“: Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006, S. 218–224 (Dokument 24 a), hier 218.

234 Vgl. Ebd., S. 69f.

235 Schmitt, Digitalisierung, S. 555f.

236 ZZI U.-P.B., 22.10.2012, in: HA OSV (ohne Signatur).

237 Vgl. Swett, Pamela E.: Private Life in the People's Economy: Spending and Saving in Nazi Germany, in: Elizabeth Harvey et al. (Hg.): Private life and privacy in Nazi Germany, Cambridge 2019, S. 135–155, hier 150.

fand in der SBZ eine zweischrittige „vergessene[] Währungsreform“²³⁸ statt. Dabei wurden Ende Juni 1948 die alten Reichsmarkbanknoten mit Kupons überklebt und einen Monat später gegen eine neue Markserie der Deutschen Notenbank ausgetauscht. 1964/1965 wurde das umlaufende Bargeld durch eine technisch verbesserte Serie ersetzt. Anfang Juli 1990 wurde die Mark der DDR durch die Währungsumstellung auf die D-Mark der Bundesrepublik abgelöst. Zusätzlich gab es allerdings einen bislang weitgehend unbeachtet gebliebenen Geldumtausch, der am 13. Oktober 1957 stattfand.

Tabelle 2: Demonetarisierungen in der SBZ/DDR (1945-1990)

	angekündigt	unangekündigt
vollständige Währungsreform	1-6. Juli 1990	24-28. Juni 1948 ²³⁹
nur Austausch von Geldscheinen	1. August 1964 - 30. Dezember 1965 ²⁴⁰	13. Oktober 1957

In der einschlägigen Sparkassenliteratur findet dieses Ereignis höchstens am Rande Erwähnung - und dann bezeichnenderweise beeinflusst vom *Framing* der seinerzeitigen Staatspropaganda.²⁴¹ Der Geldumtausch ist bisher ausschließlich unter geldhistorischen Gesichtspunkten betrachtet und die Rolle der Sparkassen weder bei ihrer Durchführung noch beim Management der Folgen erforscht worden.²⁴² In maßgeblichen Werken zur

238 Zschaler, Frank: Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: VfZ 45/2, April 1997, S. 191-223.

239 Angesichts der unmittelbar vier Tage zuvor erfolgten Währungsreform in den Westzonen war diese Währungsreform in der SBZ nicht überraschend und wurde - sehr kurzfristig - am Vortag angekündigt.

240 Auf eine neunmonatige Übergangszeit, in der die Serien von „1955“/1957 und von 1964 beide gültig waren, folgten weitere sieben Monate, in denen die alten Scheine noch bei Banken eingezahlt werden konnten.

241 Josef Wysocki wiederholt die offizielle DDR-Deutung, die Maßnahme habe sich „vor allem gegen die hohen Ostmarkbestände in Westberliner Händen gerichtet[e]“ (Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 104) bzw. habe „westliche Devisenspekulanten treffen“ sollen (Wysocki, Stadtparkasse Dresden, S. 169). Ähnlich deutet dies Jan Peter Schulze, 1825-2000, 175 Jahre Rostocker Sparkasse, S. 163-165. In der Festschrift der Sparkasse Aue aus dem Jahr 2006 wird der Geldumtausch gar als „Eine Meisterleistung der Logistik“ gefeiert. Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg, 125 Jahre Sparkasse Aue, S. 97.

242 Das Thema wurde bisher nur am Rande oder in kleinen Veröffentlichungen behandelt. Broosch, Karsten: Die Währungsreform 1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands: eine Untersuchung zur Rolle des Geldes beim Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft in der SBZ/DDR, Herdecke 1998, S. 246-248. Dauderstädt, Manfred: Das Geld des Ostens: über die Zahlungsmittel auf dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Querfurt 2007, S. 62-67. Ermer, Reichsmark, S. 188-200. Gries, Die Mark der DDR, S. 25-42. Leisering, Geldgeschichten, S. 84-100. Schaller, Tina: Der Währungsumtausch als Marionettenspiel. Greta Kuckhoff, der Geldumtausch in der DDR und parteiliche Disziplinierung, in: Deutschland Archiv, 19.10.2016, www.bpb.de/235558 [14.4.2023]. Zatlín, The Currency of Socialism, S. 42-46. Schöne,

Wirtschafts-, Sozial- und Politikgeschichte der DDR wird er kaum berücksichtigt.²⁴³ Nach einem ersten Blick in die reichlich zur Verfügung stehenden Quellen sowie einer Erarbeitung erster statistischer Kennzahlen erscheint der Geldumtausch als Ereignis, das unter vielfältigen ökonomischen, sozialen und politischen Gesichtspunkten noch näher beforscht werden sollte.

Der Geldumtausch war für fast alle Bürger*innen der DDR und selbst für die langjährige Präsidentin der Notenbank, Greta Kuckhoff, ein völlig überraschendes Ereignis. In einer Radioansprache erklärte Ministerpräsident Otto Grotewohl an einem Sonntagmorgen um 8 Uhr, dass alle gegenwärtig umlaufenden Banknoten am Abend für ungültig erklärt würden. Er rief daher alle Bürger*innen der DDR dazu auf, ab mittags eine der zahlreichen ad hoc errichteten Umtauschstellen aufzusuchen, einen Betrag von maximal 300 Mark umzutauschen und das restliche Bargeld auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Durch vorübergehende Grenzschießungen wurden außerhalb der DDR befindliche Ausländer*innen, also z.B. Westberliner*innen, vom Umtausch ausgeschlossen und somit enteignet. Aber auch viele DDR-Bürger*innen lieferten nicht ihr gesamtes Bargeld ab, da sie Repressalien befürchteten. Denn es wurde angekündigt, dass die Gelder auf „spekulative Herkunft“ geprüft würden.²⁴⁴

In der Praxis verlief die von nur einer Handvoll Männer im MfS und im Finanzministerium entworfene Aktion offenbar weitgehend nach Plan, auch wenn Probleme auftraten und sich die Abwicklung von Streitfragen und Überprüfungen noch Monate hinzog. Die seit dem Juni-Aufstand 1953 zur Systemstabilisierung der Diktatur erfolgte Ausweitung der umlaufenden Geldmenge durch Lohnerhöhungen,

Michael H.: 50 Jahre D-Mark in Berlin und im Osten Deutschlands, in: Helmut Kahnt/Michael H. Schöne/Karlheinz Walz (Hg): 50 Jahre Deutsche Mark 1948–1998. Die Geschichte der deutschen Nachkriegswährungen in Ost und West, Regenstauf 1998, S. 137–212, hier 179–186. Roggenbuch, Frank: Das Berliner Grenzgängerproblem: Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau, Berlin 2008, S. 270–274. Einschlägig ist die rechtshistorische Studie: Schultze, Harald: Im Kontext verschärfter Angriffe auf die Kirche: Kurt Grünbaum und der Geldumtauschprozess 1957/58, Leipzig 2009. Trotz dieser Forschungen fehlt eine Erwähnung selbst in umfangreichen Überblicksdarstellungen wie: Weber, Petra: Getrennt und doch vereint: deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin 2020.

243 André Steiner (Hg.): Preispolitik und Lebensstandard: Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006. Schevardo, Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“. Erwähnung am Rande in: Schevardo, Vom Wert des Notwendigen, S. 191f. Steiner erwähnt die Aktion am Rande als eine „mit zweifelhaftem Erfolg“, Von Plan zu Plan, S. 120. In Überblicksdarstellungen wie Mähler, Kleine Geschichte, wird zwar die Geldexpansion ab 1953 und die Konsolidierung der Wirtschaft 1958/59 erwähnt, nicht jedoch der Geldumtausch. Oskar Schwarzer geht von einer Reduktion des Geldüberhangs von 33% aus und sieht den DDR-Geldumtausch somit als äquivalente Sozialisierungsetappe zur sowjetischen Reduktion des Geldüberhangs um angeblich 90% im Jahr 1961. Schwarzer: Währungspolitik und die Funktion der Sparkassen in der SBZ, DDR (1945–1989), in: Wilfried Feldenkirchen (Hg.): Standortbestimmung: Sparkassengeschichte, Stuttgart 1999, S. 249–279, hier 259.

244 Solche Überprüfungen auf „redliche Herkunft“ größerer Geldvermögen (ab 5.000 RM) hatte es bereits bei der Währungsreform im Juni 1948 gegeben. Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 61. Für die Umstellung 1957 wurde nachträglich dieselbe Schwelle eingeführt. Vgl. Leisering, Geldgeschichten, S. 94.

Kreditausweitungen etc. wurde schlagartig zurückgefahren und die umlaufende Bargeldmenge pro Kopf binnen eines Tages auf den Stand von 1953 reduziert (siehe Abb. 13). Im Zuge der Enteignung von Ausländer*innen in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark wurden die wirtschaftlichen Verflechtungen der DDR mit der Bundesrepublik und mit Westberlin zurückgefahren. Besonders betroffen waren die Pendler (West-Grenzgänger). Ferner wurde vier Jahre vor dem Bau der Berliner Mauer 1961 eine plötzliche Schließung der deutsch-deutschen Grenze geprobt, nicht nur für Personen, sondern auch für Waren des täglichen Bedarfs. Dass das SED-Regime die meisten seiner Ziele als erreicht ansah, hebt den DDR-Währungsumtausch vermutlich von vergleichbaren Demonetarisierungen ab, wie sie 1991 in der UdSSR, 2009 in Nordkorea oder 2016 in Indien geschahen.²⁴⁵

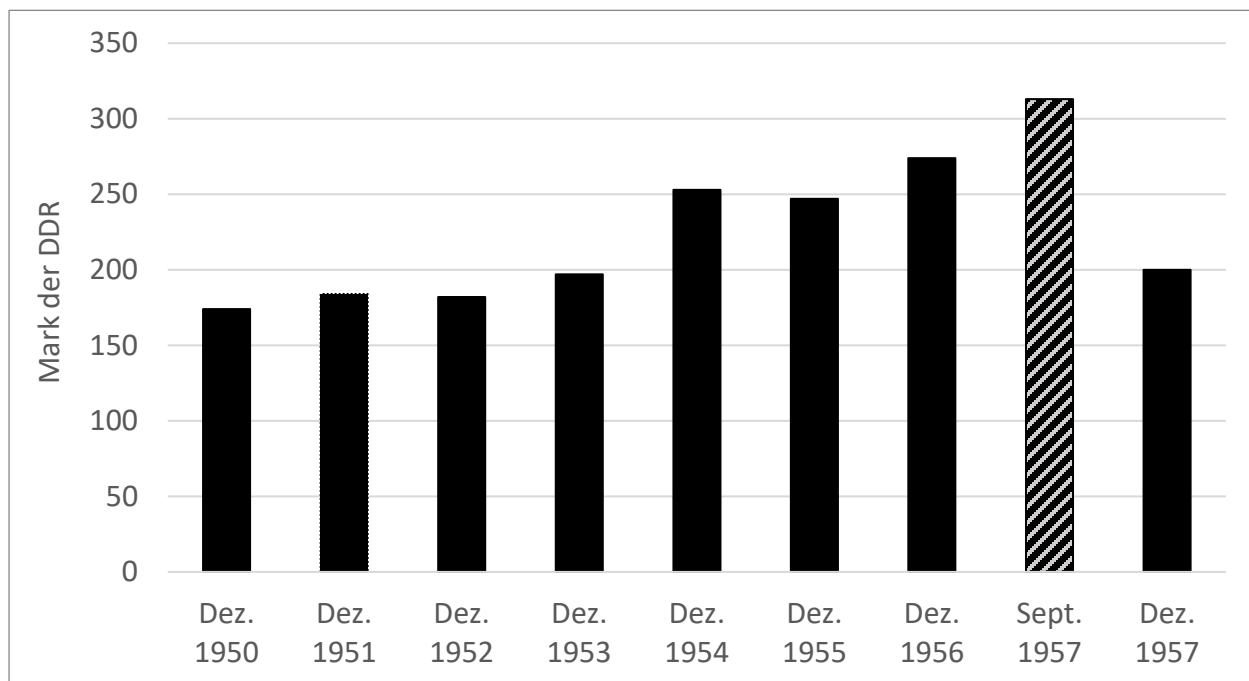


Abbildung 13: Geldmenge pro Kopf in der DDR (1950-1957)²⁴⁶

Zunächst wäre eine Rekonstruktion des Geldumtauschs unter besonderer Berücksichtigung der Sparkassen vorzunehmen. Die rund 16.000 Sparkassenmitarbeiter*innen waren neben den Beschäftigten der Notenbankfilialen am wichtigsten, um die Aktion durchzuführen. Sie stellten vielfach die Leiter*innen der zigtausenden ad hoc gebildeten Umtauschstellen, in denen ca. 200.000 Menschen mitarbeiteten. Während das Ministerium der Finanzen an den Filialen der Notenbank sowie an den Banken für Handwerk und Gewerbe

245 Vgl. Singh, Shrawan Kumar: Understanding Demonetization in India: A Deft Stroke of Economic Policy, New York 2019, inkl. Kap. 6 „Demonetization in Other Countries“, S. 45–54.

246 Die Menge des in der Bevölkerung, in den Betrieben usw. umlaufenden Geldes pro Kopf der Gesamtbevölkerung in der DDR. Frenzel, rote Mark, S. 136. A. Sawanin an Kuckhoff: Stand des Geldumlaufs in der DDR, 14.11.1956 (Übers. aus d. Russ.), in: BA, DN 6/3344.

und den Postanstalten Kritik übte, hieß es in einer ersten Evaluierung: „Der Sparkassenapparat leistete einwandfreie Arbeit.“²⁴⁷ Es wäre zu prüfen, wie umfangreich und wichtig dieser Beitrag am Umtauschtag selbst sowie hinsichtlich der auch in der Folgezeit überdurchschnittlichen Arbeitsbelastung war.²⁴⁸ Darauf aufbauend, wäre der Kommunikationstätigkeit der Sparkassenangestellten nachzugehen, die offenbar beträchtlich war: „Vielfach waren die Sparkassen die Initiatoren dafür, dass durch die Presse der Geldumtausch in geschickter Weise mit der Publikation des Spargedankens verbunden wurde.“²⁴⁹

Auch durch die persönliche Interaktion an den Umtauschkassen sowie wenige Tage später an den Schaltern sollen Sparkassenmitarbeiter*innen dafür gesorgt haben, dass ein hoher Anteil des abgelieferten Geldes nach erfolgtem Umtausch und Freigabe nicht kurz- oder mittelfristig wieder in bar gehortet wurde, sondern langfristig auf Sparkonten verblieb. Der Anteil des Bargelds am gesamten Geldfonds in der DDR sank schlagartig und konnte in der Folge weiter gedrückt werden (siehe Abb. 14).²⁵⁰ Hier wären etwa die Neuabschlüsse von Vertragsspar-Programmen zu untersuchen, um festzustellen, ob die Geldmenge M1 (Finanzmittel, die unmittelbar zu Zahlungszwecken verwendet werden können) zugunsten der Geldmenge M2 (insb. Spareinlagen mit festgelegten Kündigungsfristen) reduziert wurde und damit ein Teil der überschüssigen Kaufkraft vorübergehend stillgelegt wurde (siehe auch Kap. II.3.2).²⁵¹

247 MdF: Bericht über die Durchführung des Umtausches der Banknoten in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin am 13. Oktober 1957, Nov. 1957, in: BA, DY 30/3702, Bl. 36–186, hier Bl. 50.

248 Die Arbeitsbelastung war offenbar erheblich. „Die Beschäftigten der Kreissparkasse Aue waren mehr als 24 Stunden im Einsatz um gemeinsam mit hinzugezogenen Hilfskräften diese Aktion bewältigen zu können. Damit war es aber noch nicht getan, denn auch die nächsten Sonntage gehörten der Sparkasse. In mehreren Sondereinsätzen mussten nun die ausgestellten Umtauschquittungen wieder eingelöst werden.“ Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg (Hg.): 1881–2006. Am Anfang standen ein einzelner Beamter und die Hoffnung. 125 Jahre Sparkasse Aue. Tradition + Innovation = Erfolg, Aue 2006, S. 97.

249 Bericht über die Durchführung des Umtausches der Banknoten in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin am 13. Oktober 1957, Nov. 1957, S. 114, in: BA, DY 30/3702.

250 Der Rückgang in den frühen 1950er Jahren dürfte auch aus den ausgeweiteten Kontoführungspflichten für Betriebe seit dem Gesetz über die Regelung des Zahlungsverkehrs vom 26.4.1950 resultieren.

251 Vgl. Moritz, Karl-Heinz: Geldtheorie und Geldpolitik, München 2012, S. 80.

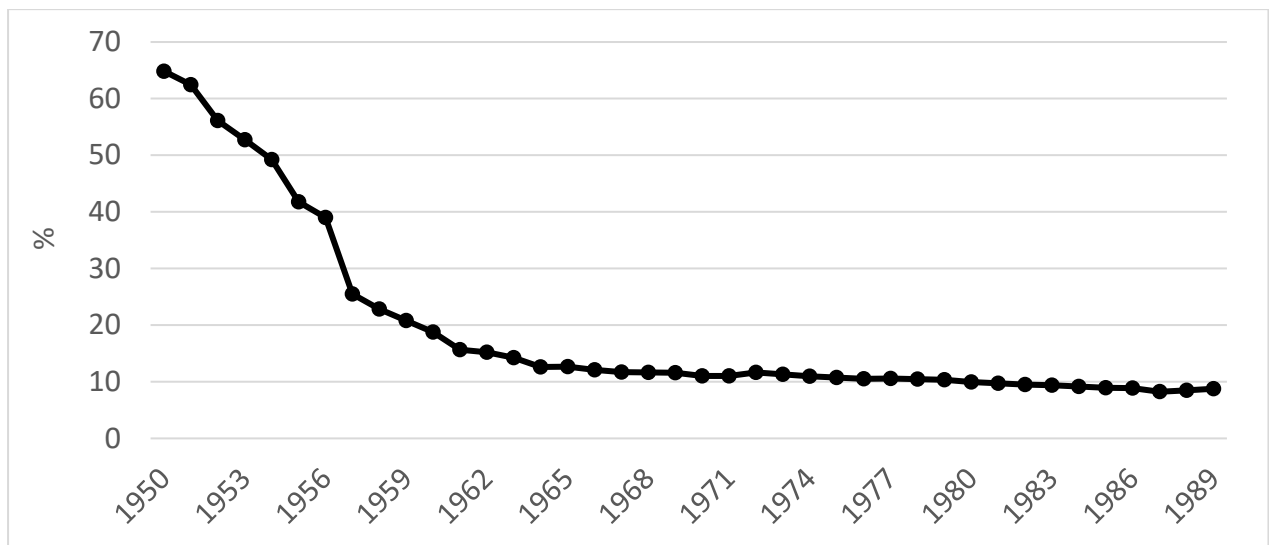


Abbildung 14: Anteil des Bargelds am Geldfonds in der DDR (1950–1989)²⁵²

Entsprechend könnte auf makroökonomischer Ebene die These untersucht werden, dass der Geldumtausch vom 13. Oktober 1957 durch die vorübergehende Linderung des Überliquiditätsproblems von entscheidender Bedeutung für die Abschaffung der Rationierung im Frühjahr 1958 und die vorübergehende Stabilisierung der DDR war.²⁵³ Gemäß dieser Interpretation trug der Währungsschnitt dazu bei, die radikale Lösung der Abriegelung der DDR und Ostberlins um mehrere Jahre nach hinten zu verschieben und wäre demnach ein wichtiges Ereignis in der deutschen Geschichte. Es erscheint bezeichnend, dass der Geldumtausch genau auf halbem Weg zwischen dem Juniaufstand 1953 und dem Mauerbau 1961 stattfand und vermutlich eine bedeutende Etappe der politischen Stabilisierung und ökonomischen Transformation der DDR spielte. Gleichzeitig könnte ein neuer Blick auf die Vorbereitung des Mauerbaus Mitte August 1961 geworfen und gefragt werden, ob die Grenzschießung am 13. Oktober 1957 rückblickend als eine Art Probelauf ausgewertet wurde.

Nicht zuletzt wirkte der Geldumtausch wie eine landesweite Steuerrazzia. Indem die Finanzämter solche abgelieferten Beträge analysierten, die gegen die Bargeldablieferungspflicht verstoßend gehortet worden waren, ergaben sich Verdachtsfälle auf Steuerhinterziehung. Wie aus einer Aufstellung des Finanzministeriums hervorgeht, dürften die erhöhten Steuereinnahmen, die aus der Aufdeckung von Schwarzmarktgeschäften in der Privatwirtschaft resultierten, einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag ausgemacht haben.²⁵⁴ Inwiefern die Entdeckung liquider Mittel dazu genutzt werden konnte, bereits bestehende Steuerrückstände einzutreiben, war innerhalb des Finanzministeriums aber umstritten, weil dies

252 Hummel, Kreditwesen, S. 429; Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 625.

253 Vgl. Broosch, Währungsreform 1948, S. 248.

254 Hochgerechnet aus Angaben in: Steuerliche Auswertung der Geldumtauschaktion, o.D., in: BA, DN 1/781.

dem propagierten Zweck der Aktion widersprach.²⁵⁵ Immerhin ist jedoch rekonstruierbar, dass es vom MdF unterstützte Bemühungen der Abteilungen Finanzen bei den Räten der Kreise gab, über die Eintreibung von Steuern und die Generierung von Mehrsteuern Druck auf private Betriebe auszuüben, damit diese eine staatliche Beteiligung akzeptierten.²⁵⁶ Die im Zuge des Geldumtauschs ausgestellten Einzahlungsquittungen stellten hierfür eine Goldmine an Informationen dar, denn in Kombination mit Kontodaten konnten so Einkünfte aus Schwarzmarktaktivitäten ermittelt werden.

Zeitgenössisch, aber auch im Rückblick, war und ist die statistische Auswertung des Geldumtauschs auch auf Kreisebene von Belang, um „eine exakte Ermittlung der Kaufkraftschichtung“ zu erreichen.²⁵⁷ In Kombination mit den quartalsweise erhobenen Statistiken zur sozial-ökonomische Struktur der Sparer*innen (siehe Kap. II.3.3) ließ sich zum Stichtag 13. Oktober 1957 das gesamte Ostmark-Geldvermögen verorten. Somit hatte die wirtschaftspolitische Führung Zugriff auf Daten, um zu bestimmen, wie die Kaufkraft in der Bevölkerung verteilt war, wie sich die Situation in unterschiedlich strukturierten Kreisen (ländlich geprägt, industriell geprägt etc.) darstellte usw. Dies hatte wirtschaftspolitische Folgen, etwa eine Reform der Besteuerung von Handwerker*innen, die vermögender waren als bis dato angenommen.²⁵⁸ Über solche Aspekte hinaus wäre zu fragen, welche Rückwirkungen die verbesserte Informationslage konkret auf die Sparkassen hatte, etwa veränderte Schwerpunkte in der Spareinlagenwerbung oder der Kreditvergabe.

Mit dem Währungsumtausch konnte das Wirtschaftsgeschehen offenbar besser kontrolliert werden. Um die Kontrolle im Bereich der Geldwirtschaft zu erhöhen, war bereits nach der Währungsreform 1948 eine „Bargeldablieferungspflicht“ eingeführt worden. Diese hatte für die Sparkassen einen erhöhten Arbeitsaufwand und eine Belastung ihres Verhältnisses zu Kleinunternehmen und Betrieben bedeutet. Abhängig von der Beschäftigtenanzahl und ihrem Umsatz durften diese nur einen eng begrenzten Kassenbestand vorhalten und nahmen die Sparkassen als Kontrollinstanzen wahr, weil diese dafür sorgen mussten, dass Überschüsse auf Geschäftskonten eingezahlt wurden.²⁵⁹ Mit den Einzahlungsquittungen vom 13. Oktober 1957 konnten nun alle zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verletzungen der

255 Siehe etwa Henning(?): Bericht über den Instrukteurseinsatz am 13. und 14.11.1957 beim Rat des Kreises Wittenberg, Abt. Finanzen, 14.11.1957, in: BA, DN 1/1847.

256 Diese Betriebsprüfungen wurden zeitgenössischen Beobachtern zufolge insbesondere in den Jahren 1950-1953 sowie 1957/58 „als Instrument benutzt, um Sozialisierungsbestrebungen zu verwirklichen.“ Ernst, Dieter: Die Besteuerung privater Industriebetriebe in Mitteldeutschland, Köln 1967, S. 98.

257 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik an MdF, 18.1.1958, in: BA, DN 1/27740.

258 Inhaber*innen größerer Handwerksbetriebe hatten offenbar selbst oder durch Verwandte fünf- oder sechsstellige Summen auf Konten deponiert. Bericht über die Durchführung des Umtausches der Banknoten, Nov. 1957, in: BA, DY 30/3702, Bl. 36-186, hier 167.

259 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 292.

Bargeldablieferungspflicht identifiziert werden.²⁶⁰ Es wäre zu fragen ob die verbesserten Kontrollmöglichkeiten wiederum zu einer erhöhten Planerfüllung führten. Betrachtet man beispielsweise exemplarisch die Spareinlagenpläne der Sparkasse Ostberlins, so sieht man, dass sich die Planabweichungen nach 1957 nicht verringerten, sondern mittelfristig eher wuchsen (siehe Abb. 15).²⁶¹ Mit derartigen Plänen sollte der Bargeldumlauf in die Planwirtschaft integriert, die Summe reduziert, die Umlaufgeschwindigkeit gesteigert und spontane Bewegungen minimiert werden.²⁶²

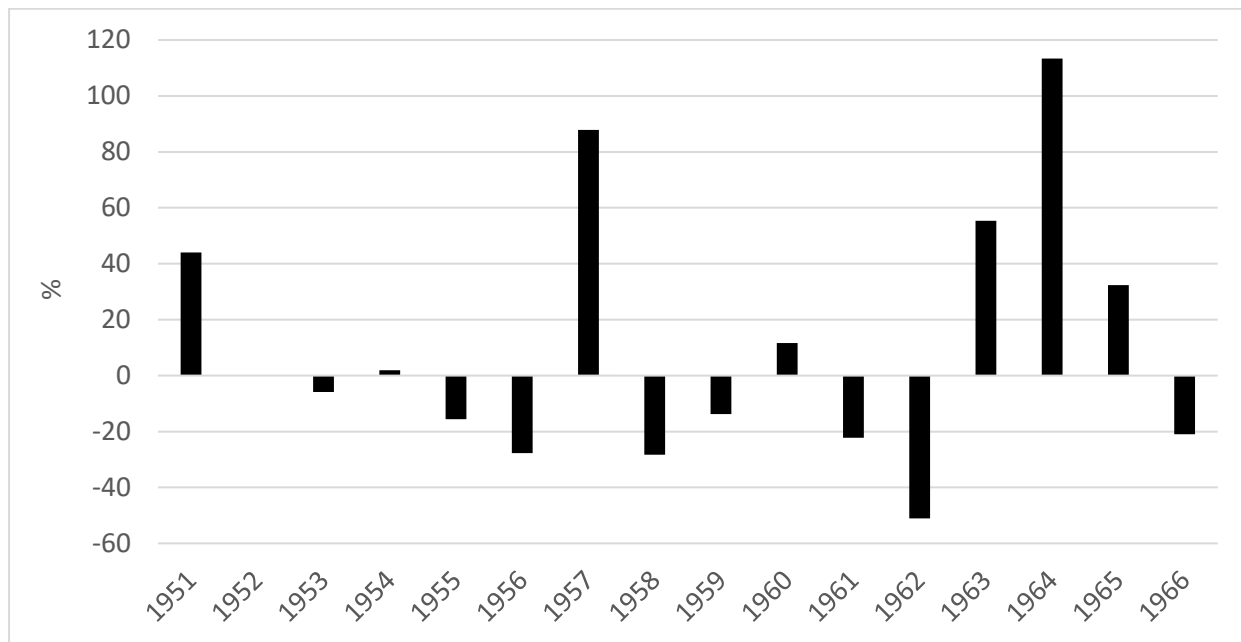


Abbildung 15: Abweichung vom Spareinlagenplan bei der Sparkasse Berlin (1951-1966)²⁶³

260 Vermutlich nutzten fortan auch private Unternehmer*innen weniger ihre privaten Konten, sondern konsequenter ihre Geschäftskonten und wurden somit „gläserner“. Bei mehreren zehntausend „kleinen Warenproduzenten“ hatte der Staat nur wenig Einfluss auf ihre Bargeldzirkulation gehabt, z.B. über Steuern, Materialzuteilungen und in begrenztem Umfang über freiwillige Kontoführung, die allerdings häufig als persönliche Sparkassenkonten und nicht als Geschäftskonten deklariert waren. Dewey, Charles: Die Planung und Regulierung des Bargeldumlaufs in der DDR, Berlin (Ost) 1956, S. 134.

261 Die starke Übererfüllung 1964 erklärt aus dem (angekündigten) Banknotenumtausch ab 1. August 1964 sowie aus der Einführung des Spargiroverkehrs.

262 Frenzel, Paul: Der Bargeldumsatzplan, seine Aufgaben, seine Mängel und deren Überwindung: Welche Grundsätze sind bei der Bargeldumsatzplanung anzuwenden?, in: Deutsche Finanzwirtschaft 10/16, 1956, S. 744-748. Nach 1979 erfolgte eine „Abkehr von der strengen Bargeldplanung, welche ohnehin viel zu aufwendig und teuer war.“ Bues, Bankensystem, S. 179.

263 Geschäfts- bzw. Jahresberichte der Berliner Sparkasse (Ost), in: HA Sparkasse Berlin. Keine Daten für die Jahre bis 1950 sowie 1952. Bei der Kreissparkasse Zschopau betrug die Abweichung 1957 239,5%.

Die Quellenlage ist sehr gut: In den Sparkassenarchiven sowie im Archiv des OSV liegen Akten zur Durchführung des Geldumtauschs ebenso vor wie vielfältige Eingaben von Bürger*innen zu Konflikten während und nach der Aktion.²⁶⁴ Im Bundesarchiv sind im Bestand des Ministeriums der Finanzen (DN 1) und der Deutschen Notenbank (DN 6)²⁶⁵ dutzende Handakten zur Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung, Abrechnungsunterlagen, Zwischen- und Abschlussberichte usw. erhalten.²⁶⁶ Akten aus dem Bestand des MfS (Stasi-Unterlagen-Archiv im BA Berlin), des Mdl (DO 1), des Nationalrats der Nationalen Front (DY 6), der SED (DY 30), des FDGB (DY 34)²⁶⁷ und anderer „Massenorganisationen“ berichten über Dissens und totalitäre Repression während und nach der Aktion.²⁶⁸ In den Landesarchiven finden sich Akten zu mindestens einigen Dutzend Gerichtsprozessen.²⁶⁹ Ferner ist die intensive Berichterstattung in Print- und Rundfunkmedien der DDR (insb. Neues Deutschland, Rundfunk der DDR) sowie in geringerem Maße in der Bundesrepublik und Westberlin (RIAS) von Interesse.²⁷⁰

2.3 Die „Aktion Licht“ (6./7. Januar 1962)

Der Deckname „Aktion Licht“ bezeichnet die größte geheime Raubaktion in der Geschichte der DDR. In einer landesweiten Operation öffneten Mitarbeiter*innen des Ministeriums für Staatssicherheit zu Beginn des Jahres 1962 Tresorräume, Schließfächer, Safes, Panzer- und Stahlschränke, „die lange Zeit nicht mehr eingesehen worden waren, zu denen es keinen Eigentumsnachweis gab oder deren Eigentumsbezüge die

264 Z.B. HA der Wartburg-Sparkasse, SF-NR. 73, Nr. 3: Geldumtausch. HA Erzgebirgssparkasse, OB 113: Geldumtausch 1957 KSK Schwarzenberg; OB 739: Umtauschakte für die Wirtschaft, KSK Stollberg, Zweigstelle Auerbach; HA OSV, D/4830/BUG, Bd. 1-2: (SSV) Geldumtauschaktion; HA OSV, D/9701: Eingaben von Bürger*innen bezüglich des Umtauschs, 1957/58.

265 Betr. Berlin sind die Bestände des Berliner Stadtkontors (LAB, C Rep. 315) von Belang, da diese als Filiale der Deutschen Notenbank wirkte. Insb. LAB, C Rep. 315 Nr. 18, 54, 320, 325/1-2, 458.

266 Ferner können die Bestände des Finanzökonomischen Forschungsinstituts von Interesse sein, z.B. BA, DN 100/68a-c. Zu beachten sind auch Nachlässe, etwa von Greta Kuckhoff (z.B. BA, N 2506/267) und Walter Ulbricht (BA, NY 4182/966: Wirtschaftsplanung in der DDR 1956-1960).

267 Auch hier sind Landesarchive von Interesse, z.B. in Thüringen das Hauptstaatsarchiv Weimar, Bestand 6-95-5412 (FDGB-Kreisvorstand Mühlhausen), Nr. 11356: Informationsberichte, enthält u.a. Stimmung und Meinungen zum Geldumtausch in der DDR (13. Oktober 1957). LAB, C Rep. 105 Nr. 6266: Analysen zum Geldumtausch am 13. Oktober 1957.

268 Z.B. BA, MfS SdM/1359: Aktion "Gewinn"; MfS BV Rst AS/3/76 Bd. 1-5: Geldumtauschaktion in Rostock 1957; DO 1/28117 Geldumtauschaktion 1957 (Statistik über Ergebnisse bei durchgeführten Kontrollen); DY 6/1385: Agitationshinweise; DY 30/3702: Geldumtausch; DY 34/22225: Informationsberichte (Berlin).

269 z.B. im LAB, Bestand C 5.1. Von Interesse sind ferner die Unterlagen der Kreisfilialen der Deutschen Notenbank, etwa der Bezirksdirektion Potsdam, in: BLHA, 488 DN BD Pdm 601: Geldumtausch 1957.

270 Im Deutschen Rundfunkarchiv Babelsberg (DRA) sind knapp drei Stunden relevantes Sendematerial archiviert: DRA, K007043058, K007043059, K007033073, K006894005-K006894008. Beim Deutschlandradio (Abt. Dokumentation und Archive, Berlin) läge Sendematerial. des RIAS zum Geldumtausch, Archivnr. DZ099336. Unterlagen zum Druck der neuen Banknotenserie in der sowjetischen Wertpapierdruckerei Goznak sind im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GA RF, Fond 1580: Finanzministerium) sowie im Goznak-Museum in St. Petersburg zu vermuten.

Stasi nicht interessierten.“²⁷¹ Am ersten Wochenende der Aktion standen fast ausschließlich Finanzinstitute im Fokus der Aktion. Unter den schätzungsweise 3.000 bis 4.000 betroffenen Einrichtungen bildeten die Sparkassen die größte Gruppe.²⁷² Hauptziel der Aktion war der Verkauf der erbeuteten Wertgegenstände gegen Devisen. Nebenziele waren die Suche nach Informationen über NS-Belastungen von Bürger*innen der Bundesrepublik, eine Verbesserung der Spionageabwehr (z.B. „tote Briefkästen“), Bargeldplanung sowie Hinweise auf das Unterlaufen der Wirtschaftslenkung.²⁷³

Die Forschung konzentrierte sich bisher vor allem auf die Entwendung von Kunst und Antiquitäten.²⁷⁴ Von 2017-2019 untersuchten zwei Projekte des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sowie des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste entsprechende Vorgänge.²⁷⁵ Die „Aktion Licht“ wurde bislang weder in der wissenschaftlichen Literatur zur DDR-Sparkassengeschichte, ihrer Finanz- und Geldwirtschaft noch in Festschriften behandelt bzw., soweit ersichtlich, überhaupt erwähnt. In Zeitzeugeninterviews kam das Thema vereinzelt zur Sprache.²⁷⁶

Die Größenordnung der Aktion müsste für die Sparkassen eruiert werden. So ist beispielsweise unklar, ob ungefähr 10.000 oder sogar deutlich mehr Schließfächer unrechtmäßig geöffnet worden sind.²⁷⁷

271 Aktion "Licht". Der Stasi-Raubzug in den Banken der DDR, in: <https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/online-entdecken/themenbeitraege/aktion-licht/> [13.9.2024]. Zu den ursprünglichen Inhaber*innen hatten unterschiedliche Personengruppen gezählt, vielfach Opfer von NS-Verfolgung, aber offenbar auch NS-Profiteure, die verstorben waren oder nicht in die DDR reisen wollten.

272 Unter den 260 Objekten im Bezirk Karl-Marx-Stadt befanden sich beispielsweise 115 Einrichtungen der Sparkassen. Vgl. Bischof, Ulf: Die Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung, Berlin 2003, S. 353. In nachfolgenden Aktionen wurden weitere Institutionen beraubt, insbesondere Museen und Archive.

273 Vgl. Behling, Klaus: Auf den Spuren der alten Meister: Kunsthandel und Kunstraub in der DDR, Berlin 2018, S. 35ff.

274 Ebd., S. 35-42. Bischof, Kunst und Antiquitäten, S. 350-362. Förster, Andreas: Schatzräuber: die Suche der Staatssicherheit nach dem Nazigold, Berlin 2016 [2000], S. 13-33. Hatt, Henry: Die Stasi und die Aktion Licht - Raubzüge im Bezirk Gera, Norderstedt 2013. Dobrinski, Reinhard: Raubzug gegen das eigene Volk, in: Horch und Guck H. 43/3, 2003, S. 55-60.

275 Blum, Ralf/Helge Heidemeyer/Arno Polzin: Auf der Suche nach Kulturgutverlusten. Ein Spezialinventar zu den Stasi-Unterlagen, Berlin +2021. Widera, Die MfS-Aktion ‚Licht‘ 1962.

276 Ich danke Hartmut Kruse (ASMT) für die Auskunft über ein Gespräch mit Erika Kausmann, ehem. Abteilungsleiterin für Zahlungsverkehr in der Sparkassenhauptstelle Brandenburg, am 18.1.2023. In der Freiburger Sparkasse gab es alte Schließfächer der Commerzbank, die von der Stasi aufgebrochen bzw. auf ihr Verlangen von Sparkassenmitarbeiter*innen geöffnet wurden. Entnommen wurde Gold. Der seinerzeitige Sparkassendirektor berichtete, solche Aktionen seien mehrfach erfolgt. ZZI E.R., 29.3.2012, in: HA OSV (ohne Signatur).

277 <https://www.stasi-mediathek.de/themen/ereignis/Aktion%20%26quot%3BLicht%26quot%3B/> [9.12.2024] Da es über 100.000 Schließfächer in der DDR gegeben haben soll (davon 80.000 lange nicht mehr genutzte) und allein im Bezirk Karl-Marx-Stadt knapp 8.800 geöffnet worden waren, könnte dies eine sehr konservative Schätzung sein. Bischof, Kunst und Antiquitäten, S. 353.

Außerdem ist der Ablauf der Aktion in vergleichender Weise zu rekonstruieren. So ist zum Beispiel fraglich, in welchem Ausmaß sich Sparkassenmitarbeiter*innen als IM an der Vorbereitung und Durchführung beteiligten, etwa indem sie die Alarmanlagen ausforschten und ausschalteten. Auch gibt es Hinweise, dass in einigen Sparkassen (z.B. Glauchau, Stollberg) Mitarbeiter*innen Widerstand leisten wollten.²⁷⁸ Es wäre – auch in vergleichender Perspektive mit bekannten Vorgängen in Notenbankfilialen – zu fragen, wie und mit welcher Motivation dies geschah, ob es Erfolge dabei gab und wie sich die nachfolgenden Repressionen gestalteten. Änderten sich in der Folge die sonstige Interaktion mit der Stasi oder konnten – ggf. unter Druck – neue IM in den Sparkassen gewonnen werden? Interessant wäre ebenfalls die anschließende Interaktion der Sparkassen mit Kund*innen. Inwiefern wurde etwa den Anweisungen der Stasi Folge geleistet, das versehentliche Öffnen von noch aktiven Schließfächern zu verschleiern?

Es konnten weder in den Historischen Archiven der besuchten Sparkassen noch im OSV-Archiv Akten zur „Aktion Licht“ gefunden werden. Dies war auch nicht zu erwarten, da die Stasi den beraubten Finanzinstituten jegliche Dokumentation der Vorgänge verbot und die Einhaltung zehn Jahre später auch systematisch überprüfte.²⁷⁹ Im Stasi-Unterlagen-Archiv des Bundesarchivs liegen aussagekräftige Akten vor. Dazu zählen Sicherstellungsprotokolle der Kreisdienststellen des MfS, Weisungen und Berichte von und an die Stasi-Führung, Übergabeprotokolle, Handakten der Bezirksverwaltungen u.v.m.²⁸⁰

2.4 Die Stasi-Sparkasse (1974-1990)

Das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) der DDR war eine außerordentlich große Geheimpolizei, die „eine neue Dimension von totaler Herrschaft“ konstituierte.²⁸¹ Es wird die Ansicht vertreten, die Stasi sei in der Ära Erich Honeckers seit den frühen 1970er Jahren „in eine ‚historisch neue Form von Herrschaftsausübung‘ hineingewachsen, die neben den klassischen Unterdrückungsfunktionen als Geheimpolizei eine bis dato unbekannte ‚umfassende und verdeckte Steuerungs- und Manipulationsfunktion‘ hervorgebracht habe.“²⁸² Von allen Geheimpolizeien des Ostblocks erreichte die Stasi nicht nur die höchste Überwachungsdichte der Bevölkerung, sondern war auch hinsichtlich ihrer institutionellen Eigenständigkeit exzeptionell. Hinter den

278 Vgl. Ebd., S. 352.

279 Vgl. Ebd., S. 354.

280 Einige digitalisierte Akten sind einsehbar auf:

<https://www.stasi-mediathek.de/themen/ereignis/Aktion%20%26quot%3BLicht%26quot%3B/> [9.12.2024] Eine umfangreiche Auflistung relevanter Quellen erschien 2021 in: Blum/Heidemeyer/Polzin, Auf der Suche. Das umfangreiche Übergabeprotokoll der von der Tresorverwaltung des MfD am 13.10.1962 bestätigten Übernahme von Wertgegenständen ist überliefert in: BA, MfS HA XVIII 13327.

281 Gieseke, Jens: Die Stasi, 1945–1990, München 2011, S. 74.

282 These von Klaus-Dietmar Henke, Clemens Vollnhals und Roger Engelmann, hier wiedergegeben nach: Gieseke, Die Stasi, S. 73.

operativen Teilen hatte sich „eine gewaltige ‚rückwärtige‘ Bürokratie aus Dienststeinheiten für allgemeine Verwaltung, Finanzen, Kader und Schulung [;] aufgetürmt.“²⁸³ Im letzten Jahr der DDR betrug der Stasi-Etat 1,3% des Staatshaushaltes.²⁸⁴

In der unmittelbar Erich Mielke untergeordneten Finanzabteilung wurden 1974 zunächst in Berlin und sukzessive in der gesamten DDR eine MfS-Betriebssparkasse als „sog. 16. Bankbezirk der DDR“ gegründet.²⁸⁵ Ein Auslöser war die Einführung eines landesweit einheitlichen codierten Zahlungsgrunds bei Banküberweisungen, welcher es ermöglicht hätte, den geheimen Zahlungsverkehr der Stasi aufzudecken.²⁸⁶ Mit dem Aufbau eines eigenen abgekoppelten Systems löste die Stasi nicht nur dieses Problem, sondern schuf sich darüber hinaus parallele Strukturen, die ihre Eigenständigkeit erhöhten. Weitere Vorteile lagen in der Vermeidung der vorher üblichen hohen Bargeldeinzahlungen von MfS-Mitarbeitern bei „zivilen“ Sparkassen, die Rückschlüsse auf Position und Gehalt ermöglicht hatten, in der erleichterten Abwicklung von Rentenzahlungen, in der Verwaltung von Zuwendungen von MfS-Mitarbeitern im Auslandseinsatz bis zu deren Rückkehr sowie in einer verbesserten internen Kontrolle der eigenen Mitarbeiter*innen.²⁸⁷ Im Gegensatz zu der Reichsbahnspar- und Darlehenskassen eGmbH und den Postsparkassen bzw. Postscheckämtern handelte es sich bei der Stasi-Sparkasse offenbar um ein Kreditinstitut mit dem vollen Leistungsangebot der „zivilen“ Sparkassen. Im Herbst 1989 führte sie vermutlich rund 80.000 Gehalts- und Sparkonten unter den Klar- oder Tarnnamen der Stasi-Mitarbeiter*innen sowie bei Operativkontakten zum Teil auch unter der Registriernummer, 7.300 Kreditkonten, Konten für Offiziere im besonderen Einsatz und für Auslandsspione (z.T. auch in DM) sowie Konten für fremde Institutionen, etwa das Innenministerium, das Zentralkomitee der SED sowie die SED-Kreisleitungen.²⁸⁸

Noch um den Jahreswechsel 1989/90 scheint die Existenz der Stasi-Sparkasse wenig bekannt gewesen zu sein.²⁸⁹ Sie ist bislang lediglich Mitte der 1990er Jahre im 2. Untersuchungsausschuss „DDR-Vermögen“ des Deutschen Bundestags eingehender betrachtet worden. Untersucht wurden Unternehmen

283 Deutscher Bundestag, Abschlussbericht, S. 106.

284 Insg. 3,6 Mrd. Mark, verwendet insb. für die 90.000 hauptamtlichen Mitarbeiter, die Operationen sowie das Netz von ca. 174.000 Inoffiziellen Mitarbeiter*innen (IM). Vgl. Mählert, Kleine Geschichte, S. 172.

285 Deutscher Bundestag, Abschlussbericht, S. 184. Laut MfS-Finanzabteilungsleiter Werner Hennig „in Angleichung an andere selbständige Sparkassen wie z.B. im Mdl, beim ZK der SED und bei der Reichsbahn“. Die DDR hatte 14 Bezirke sowie Ost-Berlin als den Bezirken gleichgestellte Verwaltungseinheit

286 Vgl. Schmitt, Digitalisierung, S. 449.

287 Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit, Berlin 2000, S. 368.

288 Deutscher Bundestag, Abschlussbericht, S. 184.

289 U.a. nicht erwähnt in: Ashauer, Günter: Das Bankwesen in der Deutschen Demokratischen Republik: Struktur, Funktionen, Perspektiven, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, 107/1, Januar 1990, S. 8–22.

und Beteiligungen der DDR in der Bundesrepublik, Aktivitäten des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) sowie der Verbleib des Vermögens der SED bzw. der PDS.²⁹⁰ Eine geschichtswissenschaftliche Untersuchung existiert bislang nicht. In der Fachliteratur zur Stasi und jener zum Sparkassenwesen ist die „Betriebssparkasse“ sowie die ihr übergeordnete Finanzabteilung bisher höchstens am Rande erwähnt worden.²⁹¹

Angesichts ihres besonderen Charakters wäre zunächst zu fragen, welche Unterschiede im Leistungsangebot und in der Funktionsweise zwischen der Stasi-Sparkasse und den „zivilen“ Sparkassen bestanden. Interagierten diese während des „Normalbetriebs“ seit Mitte der 1970er Jahre oder während des anschließenden Auflösungsprozesses der Stasi? Was bedeutete das eigenen Sparkassenwesen für das Arbeitsklima und Selbstverständnis der Stasi-Mitarbeiter*innen sowie ihr Verhältnis zu Außenwelt? Welche Rolle spielte die Stasi-Sparkasse bei dem Verbleib des Vermögens der Stasi und seiner Mitarbeiter in den Jahren 1989/90 sowie bei der Verausgabung der letzten Haushaltsmittel? Interessante Fragestellungen können sich auch aus einer vergleichenden Perspektive ergeben. War die Stasi die einzige Geheimpolizei, die ein eigenes Kreditinstitut unterhielt?

Die Quellenlage im Stasi-Unterlagen-Archiv dürfte günstig sein. Aus der Abteilung Finanzen in der Berliner Zentrale sind 1.092 lfm Akten überliefert (52% erschlossen), in den Finanzabteilungen der Bezirke insgesamt 957 lfm (100% erschlossen).²⁹² Erhalten sind unter anderem Gehaltslisten, Akten zu Krediten, Prämien, Giro- und Zahlungsverkehr von Mitarbeiter*innen, Buchungsbelege und -journale sowie Schriftverkehr mit der Staatsbank. Vom erwähnten Untersuchungsausschuss des Bundestags sind unter anderem Zeugenvernehmungen führender Stasi-Offiziere überliefert.²⁹³ Möglicherweise lassen sich in den Archiven der „zivilen“ Sparkassen oder mittels Zeitzeugen-Interviews Hinweise über Interaktionen mit der Stasi-Sparkasse finden. Nach der Wiedervereinigung verweigerten sich die Sparkassen dem Versuch der

290 Die Unterlagen befinden sich im Bestand 3331 im PA-DBT. Deutscher Bundestag, Abschlussbericht.

291 Vgl. Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter. Ders: Die Stasi. Schmitt, Digitalisierung. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 309. Hummel, Kreditwesen.

292 Berlin (90 lfm), Cottbus (87), Dresden (27), Erfurt (53), Frankfurt (70), Gera (26), Halle/Saale (76), Chemnitz (76), Leipzig (65), Magdeburg (132), Neubrandenburg (26), Potsdam (68), Rostock (52), Schwerin (57), Suhl (52). <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/archiv/bestandsuebersichten/> (20.1.2023)

293 Beispielsweise die Vernehmungen des Finanzabteilungsleiters im MfS, Werner Hennig, sowie dem letzten Leiter der HVA, Werner Großmann am 7.3.1995, in: PA-DBT 3331 Nr. UA13/2-Prot. 12

Staatsbank und der MfS/AfNS-Auflöser, ihnen die Spargirokonten der Stasi-Mitarbeiter*innen zu übertragen.²⁹⁴ Auch dieser Vorgang könnte untersucht werden.

3. Sparen und Horten

In der Sammlung der Spareinlagen der Bevölkerung lag die Hauptaufgabe der DDR-Sparkassen.²⁹⁵ Bemerkenswert konstant verwalteten sie rund 75 bis 80% aller Sparguthaben (siehe Abb. 16).²⁹⁶ Vier Aspekte bieten besonders vielversprechende Forschungsperspektiven: Der Umgang mit Ersparnissen aus der Zeit vor 1945, die Sparwerbung und die Stilllegung von Kaufkraft, die sozial-ökonomische Struktur der Spareinlagen sowie das (ausgehöhlte) Bankgeheimnis und Möglichkeiten eines anonymen Sparens.

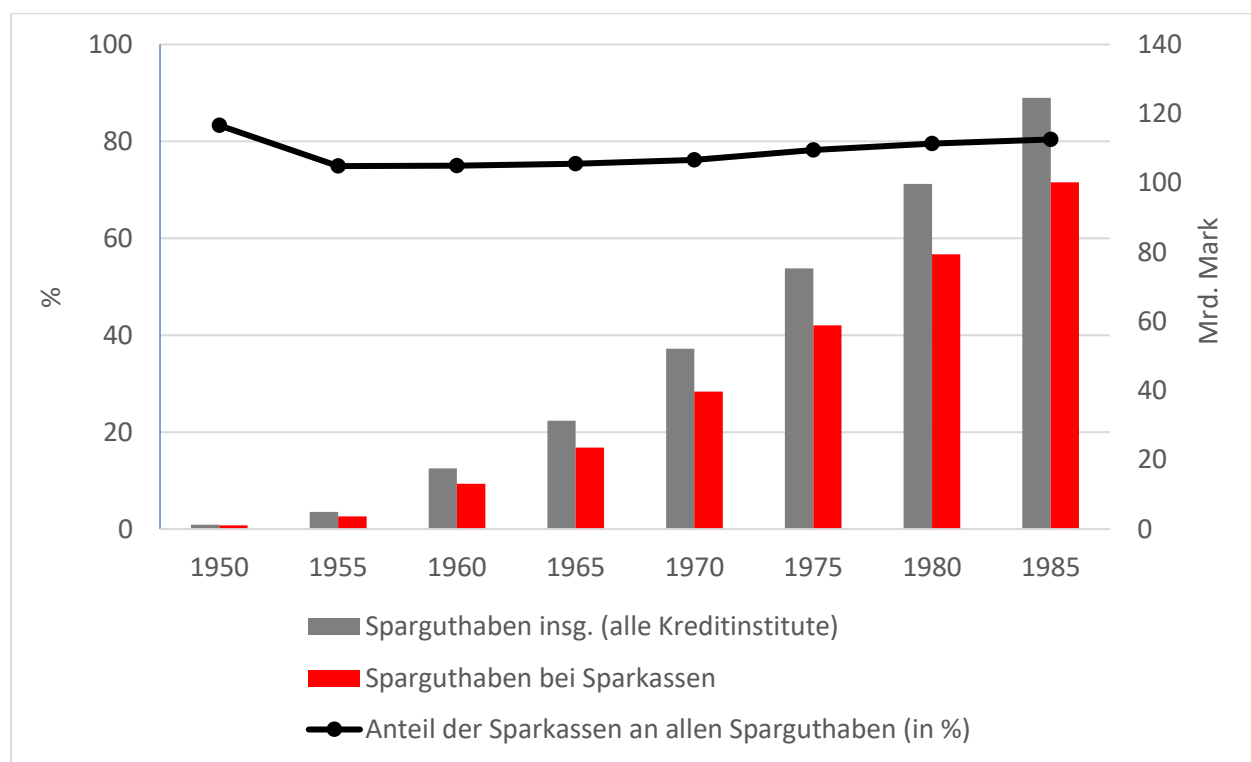


Abbildung 16: Sparguthaben in der DDR und Anteil der Sparkassen (1950-1985)²⁹⁷

294 Die Leitung der Stadt- und Kreissparkasse Erfurt diskutierte am 22. Januar 1990 „die Auflösung der Betriebszweigstelle 4212 [Tarnkennziffer] des ehem. MfS“. Protokoll der Dienstbesprechung des Direktors bei der Stadt- und Kreissparkasse Erfurt, 22.1.1990, in: ASMTh, Erfurt, Nr. 54.

295 Siehe auch Autorenkollektiv, Finanzsystem der DDR, S. 558.

296 Bereits am 31.12.1946 und 31.12.1947 verwalteten die Sparkassen 82% bzw. 80% aller Spareinlagen in der SBZ. Vgl. Deckers, Transformation, S. 66.

297 Ohne X-Bereich. Meier, Bruno (Staatsbank der DDR): Die Banknoten und Münzen der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Herbst] 1989, S. 27; Mura, Zur Geschichte des Sparkassenwesens, S. 11; <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249258/umfrage/sparguthaben-in-der-ddr/> [5.10.2022].

3.1 Sparguthaben aus der Zeit vor 1945

Mit der Schließung aller Banken und Sparkassen in der Sowjetischen Besatzungszone im Frühjahr 1945 wurden auch alle Einlagen zum Kriegsende am 8. Mai eingefroren.²⁹⁸ Das Gesetz über die Währungsreform im Juni 1948 verfügte, diese „Uraltguthaben“ im Verhältnis 10:1 umzuwerten und als sogenannte Altguthaben–Ablösungs–Anleihe (AAA) auszugeben.²⁹⁹ Es galt ein Antragsprinzip. Die Berechtigten und ihre Erben mussten selbst den Nachweis über Guthaben bei Banken erbringen. Für Geflüchtete und Vertriebene war dies oft eine hohe Hürde.

Über diese „Uraltguthaben“ rücken ferner die nach Westen verlagerten und evakuierten Sparkassen aus dem Osten des Deutschen Reiches in den Blick.³⁰⁰ Vielfach nahmen diese Unterlagen und Kassenbestände an ihre neuen Standorte mit und führten dort noch zu Beginn des Jahres 1945 einen improvisierten Geschäftsbetrieb durch.³⁰¹ Zwar waren auch sie im Frühjahr 1945 geschlossen worden, aber die ehemaligen Kund*innen konnten sich an die ab August 1945 neugegründeten Kreditinstitute in der SBZ/DDR wenden und so an der Umwertung partizipieren. Die Beschaffung von Unterlagen für die Anmeldung von „Uraltguthaben“ war für diesen Personenkreis allerdings besonders schwierig.

Für die Kreditinstitute der DDR, insbesondere für die Sparkassen, bedeutete die AAA einen beträchtlichen Arbeitsaufwand. So beschäftigte beispielsweise die Stadtsparkasse Görlitz im zweiten Halbjahr 1949 elf Mitarbeiter*innen ausschließlich mit der Bearbeitung der eingegangenen 23.207 Anträge. Zehn Jahre später waren insgesamt 100.858 Anträge eingegangen.³⁰² Auch die Auszahlung war arbeitsintensiv: Nachdem Kleinstanteile bis zu einer Höhe von 20 Mark recht früh ausgezahlt wurden, erhielten beispielsweise im Herbst 1955 alle ca. 1,4 Millionen über 65–Jährigen eine Sonderauszahlung bis 100 Mark.³⁰³ Offenbar sah sich das ZK der SED zu diesem Schritt gedrängt, weil „zahllose“ Eingaben von

298 1946 waren allerdings bereits 400 Mark freigegeben worden. Vgl. Wysocki, Stadtsparkasse Dresden, S. 168.

299 Ausführlicher zur AAA und den Ausnahmen: Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 368–377.

300 Zur Evakuierung deutscher Kreditinstitute aus Polen: Loose, Ingo: Kredite für NS–Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, München 2007, S. 433–443.

301 Vgl. Bahl, Belastung, S. 103–106.

302 Vgl. Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 231. In Dresden wurden von 1.7.1949 bis 2.1.1951 insgesamt 662.186 Umwertungsanträge bearbeitet. Zschoche: Die Entwicklung der Stadtsparkasse Dresden, 1949–1988, als Ms. gedruckt 1988, S. 6 (unpaginiert), digital im HA OSV.

303 Dies betraf alle bis zum 31.12.1891 Geborenen. Erwartet wurde, dass dieses Geld weitgehend für Kohlenkäufe aufgewandt oder auf Sparbücher eingezahlt würde. Um die Prognose– und Gestaltungskapazität der DDR–Wirtschaftsführung zu prüfen, wäre es interessant zu evaluieren, ob die Erwartungen zutrafen.

Bürger*innen eingegangen waren.³⁰⁴ Der Löwenanteil der AAA mit einem Gesamtumfang von über zwei Mrd. Mark (zuzüglich Zinsen) wurde ab 1959 in jährlichen Raten bis 1971 getilgt und damit zwölf Jahre früher als eigentlich geplant. Es wäre zu fragen, ob der in der Bevölkerung geäußerte Unmut hier seine Wirkung zeigte oder ob andere Faktoren maßgeblich waren.

Nicht alle Personengruppen und Kontenarten wurden bei der Umwertung gleichbehandelt. Beispielsweise waren ehemalige Sudetendeutsche und Oberschlesier, Westdeutsche (inklusive „Republikflüchtlingen“) sowie NS-Belastete von der Umwandlung (weitgehend) ausgeschlossen.³⁰⁵ Während in den Westzonen keine entsprechenden politischen Prüfungen erfolgten, machte die SBZ mithin den Versuch, Vermögen von „Kriegsverbrechern“ und „Naziaktivisten“ einzuziehen. Banken sollten ihre Konten einer entsprechenden Untersuchung unterziehen. Wenige Verdachtsmomente, z.B. „NSDAP-Mitglied seit 1931“, reichten, um eine Prüfung zu veranlassen. Die dahinter liegenden Prozesse sind jedoch noch nicht untersucht worden. Offen ist z.B., ob Banken und Sparkassen eigenverantwortlich prüften oder ob sie von Kommunen oder dritter Seite Weisungen erhielten bzw. kontrolliert wurden. In der Kreissparkasse Nordhausen nahm beispielsweise eine Kommission unter Führung des kommissarischen Sparkassendirektors sowie eines Vertreters der KPD am 11. September 1945 die Überprüfung von Konten vor und schloss bereits eine Woche später die Beschlagnahme ab. In einer 2006 erschienenen Festschrift heißt es: „Die Listen der beschlagnahmten Spar- und Girokonten [NS-] belasteter Institutionen, Organisationen und Privatpersonen liegen noch heute vor. Insgesamt wurden 222.989,98 RM beschlagnahmt und auf das Verwahrkonto der Besatzungsmacht übertragen.“³⁰⁶ Abgesehen von derart knappen Ausführungen in einigen Festschriften und bei Wysocki/Günther findet sich zu diesem Thema wenig in der Literatur. Aber im Kontext des antifaschistischen Anspruchs und vor dem Hintergrund einer differenzierten Betrachtung von NS-Belastung in der jüngeren historischen Literatur bieten diese Unterlagen einen wertvollen Fundus gerade für die Übergangsphase vom „Dritten Reich“ zur DDR.

304 Ferner waren in Westberlin jüngst „Ur-Uralt Guthaben“ (seit 1940 nicht bewegt) freigegeben worden. Beschlussvorlage Politbüro des ZK der SED, nicht behandelt, 27.9.1955, in: DY 30/4573, Bl. 47.

305 Exkludiert waren alle Bürger*innen des Reichs, die in Gebieten gewohnt haben, die nach dem 31.12.1937 zum Reichsgebiet hinzugekommen waren, also auch Österreich. Zum Umgang mit Vertriebenen und sonstigen Immigranten, siehe auch Kap. II.4.5. Bei „Republikflüchtlingen“ wurden auch bereits erworbene Anteilsrechte an der AAA wieder gelöscht. Anweisung 30/58 zur „Anordnung Nr. 2 vom 20.8.1958 über die Behandlung des Vermögens von Personen, die die DDR nach dem 10.6.1953 verlassen“, abgedruckt in: Wettstein, Enteignung, S. 31–42.

306 Kuhlbrodt, Kreissparkasse Nordhausen, S. 110.

Quellen stehen reichlich zur Verfügung, etwa in den Landesarchiven.³⁰⁷ Auch in den historischen Archiven der Sparkassen finden sich Unterlagen zu Uraltguthaben, in Berlin auch zur dortigen „Sonderabteilung Ostgebiete“, sowie zur begleitenden Öffentlichkeitsarbeit.³⁰⁸ Auch das HA des OSV wäre heranzuziehen, insbesondere für Schriftverkehr und Eingaben, und ebenso der Bestand des Ministeriums der Finanzen im Bundesarchiv.³⁰⁹

Ebenfalls von der Umwertung ausgeschlossen waren das Bausparen sowie offenbar auch das 1941 eingeführte „Eiserne Sparen“, das als steuerbegünstigtes, staatlich gefördertes Sparprogramm politisch stark aufgeladen war.³¹⁰ Einen Berliner Sonderfall bildeten die sogenannten „Spanienkämpferkonten“. Dabei handelte es sich um mindestens 2.000 Gehaltskonten, die ab Februar 1937 von der Sparkasse der Stadt Berlin im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums für Angehörige der „Legion Condor“ geführt worden waren. Im Archiv der Berliner Sparkasse ist Schriftverkehr über das strittige Thema überliefert, ob diese Konten als politisch gewertet und eingezogen oder als Guthaben „normaler“ Wehrmachtangehöriger in die Umwertung miteinbezogen werden sollten.³¹¹ Diese Quellen können erhellen, wie das Verständnis von NS-Belastung in der DDR war und zu welchen ‚Integrationsangeboten‘ der seinem Selbstverständnis nach antifaschistische Staat bereit war. Gleichsam als Nebeneffekte hat die Liste einen Quellenwert für die

307 Im Landesarchiv Berlin etwa die Akten „Erfassung von Reichs-, Nazi- und Gewerkschaftsvermögen, 1950“, die auch Unterlagen zur Umwertung der Uraltguthaben enthält, sowie die Akte „Blockierte Konten der Westsektoren- und Westzoneneinwohner aufgrund der Währungsreform, 1950-1952“, beide aus dem Bestand der Abteilung Finanzen des Magistrats von Berlin (Signaturen C Rep. 105 Nr. 43130 und Nr. 4162). Im Findbuch des Bestands „Brandenburgischer Sparkassenverband“ (Rep. 287) im BLHA gibt es einen Abschnitt „Altgeschäft und Währungsreform“, darunter: Übersichten über Ausweichstellen von Sparkassen aus ehemaligen deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße, 1945/46 (Nr. 9), Berichte der Sparkassen über die Umwertung der Spareinlagen (Nr. 132), Nachträgliche Anmeldungen von Uraltguthaben (Nr. 159), Abwicklung der geschlossenen Sparkassen Teltow und Niederbarnim (Nr. 149).

308 HA Sparkassen Berlin, Bestand C 120 Uraltguthaben (enthält u.a. Altguthaben-Ablösungsanleihe, Sonderabteilung Ostgebiete (Altguthaben-Umwertung), Uraltguthaben, Uraltkonten). HA Erzgebirgssparkasse, B-1615, B-1616 Merkblätter über die Auszahlung von Uraltguthaben, 1960; B-0236 Kinowerbung zur Anmeldung von Altguthaben; B-0665, B-0666 DDR Sparbücher Altguthaben-Ablösungs-Anleihe; ferner: Merkblätter, Plakate, Tilgungsscheine, Guthabenbescheinigungen.

309 HA OSV, D/14781/AUG: Aktenkonvolut KSK Zittau, insb. 1947-1952 (Verschlusslisten der KSK Umwertung von Uraltguthaben); D/9700: Eingaben und Gesuche bzgl. Umwertung von Uraltguthaben; D/4804/BUG: Umwertung von Uraltguthaben (1951-1958); D/7156, Bd. 1: Verjährung von Ansprüchen; BA, DN 1/820: Protokolle von MdF-Arbeitstagen (u.a. 1959 zur AAA).

310 Vgl. Bähr, Dein Sparen, S. 102. Bisweilen wird allerdings behauptet, Eiserne Sparguthaben seien ab 1947 wie normale Sparguthaben behandelt worden. Vgl. Geißler, Frank: 175 Jahre Sparkasse Müncheberg, Müncheberg 2022.

311 HA der Sparkasse Berlin, B 537, enthält u.a. Vermerk: Betr. Auslieferung und Abstimmung der im Tresor der Gk. 1 geborgenen und von Abt. 10 sichergestellten Sparkassenbücher von Spanienkämpfern; Handakte: „Liste der Kriegsverbrecher u. Naziaktivisten Spanienkämpfer“; Ebd., Handakte „Kriegsverbrecher u. Naziaktivisten“, enthält u.a. Nachmeldung betr. Uraltguthaben von Kriegs- und Naziverbrechern, 1951.

Geschichte des Spanienkriegs, da biografische Recherchen zu den deutschen Kombattanten aufgrund der fast vollständigen Zerstörung des Archivs der Luftwaffe stark erschwert sind.³¹²

3.2 Fürs Sparen werben und Kaufkraft stilllegen

Die aus der Kriegsinflation herrührende überschüssige Liquidität war ein Dauerproblem der DDR. Weder durch den inkonsequenten Währungsschnitt von 1948 noch durch das zu geringe Warenangebot in den folgenden Jahrzehnten konnte es gelöst werden konnte.³¹³ Stattdessen wurde ein Sammelsurium von anderen Methoden genutzt, um Kaufkraftbildung zu reduzieren oder abzuschöpfen.³¹⁴ Den Sparkassen war dabei vor allem die Rolle zugeordnet, Bargeld in Buchgeld umzuwandeln. Es gehörte zu ihren Kernaufgaben, Kaufkraft stillzulegen und mit Sparwerbung auf die Bürger*innen einzuwirken und sie zum Sparen zu erziehen. Indem Finanzmittel, die unmittelbar zu Zahlungszwecken verwendet werden konnten (bis 1971 mit 3% verzinst), in Spareinlagen mit Kündigungsfristen von einem Jahr (4%) oder drei Jahren (5%) umgewandelt wurden, wurde die Geldmenge M1 zugunsten der Geldmenge M2 verringert.³¹⁵

312 Ich danke für ihre Auskünfte Michael Uhl und Stefanie Schüler-Springorum. Vgl. Schüler-Springorum, Stefanie: Krieg und Fliegen. Die Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg, Paderborn 2010.

313 Während in Westzonen eine Umwertung in Höhe von 13,9:1 erfolgte (Bargeld: 5,1:1), war dies in der SBZ 9,7:1 (Bargeld 6,8:1). Ermer, Reichsmark, S. 137. Nach den Währungsreformen „war die gesamte Geldmenge je Kopf der Bevölkerung im Osten doppelt so groß wie die der Westzonen.“ Steiner, Von Plan zu Plan, S. 62.

314 Dazu gehörte ein geringes Rentenniveau, das durch eine Freiwillige Zusatzversicherung aufgebessert werden konnte. Vgl. Mierzejewski, Alfred C.: A history of the German public pension system: continuity amid change, Lanham 2016, S. 275–296. Ferner: Preisaufläufe auf Konsumgüter jenseits des Grundbedarfs sowie die Übernahme des sowjetischen Instruments „doppelter Preisniveaus“. Vgl. Steiner, Preispolitik, S. 192.

315 Vgl. Moritz, Geldtheorie, S. 80. Zum 1.1.1971 wurde der Einheitszins von 3,25% eingeführt.

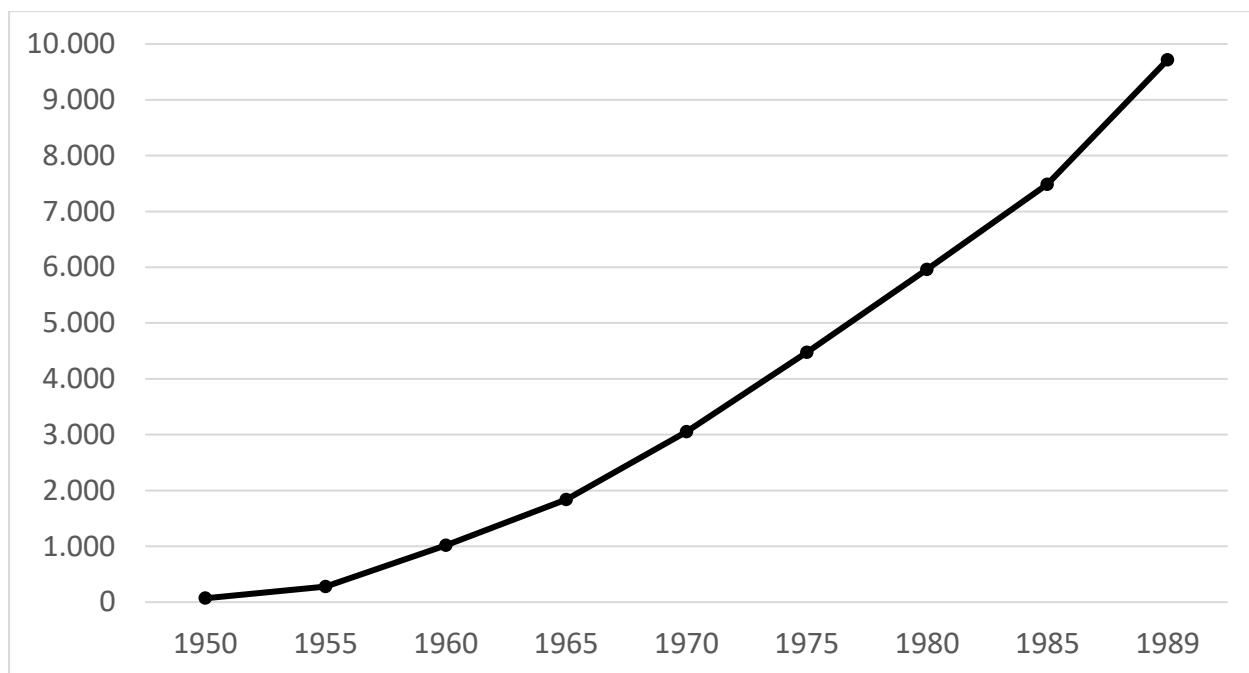


Abbildung 17: Sparguthaben pro Kopf der Bevölkerung der DDR (1950–1989)³¹⁶

Der Auftrag zur Sparerziehung war sozialistisch motiviert, wurde aber historisch und damit letztlich bürgerlich begründet. Seit ihren Ursprüngen im späten 18. bzw. frühen 19. Jahrhundert hatten die Sparkassen die Etablierung des Sparens als gesellschaftliche Institution betrieben und damit auf eine „Verbürgerlichung der Unterschichten“ hingearbeitet.³¹⁷ Daher ist die Sparwerbung auch eines der am intensivsten untersuchten Felder der Sparkassengeschichte,³¹⁸ wobei jedoch die SBZ und die DDR bislang nur Nebenrollen spielten.³¹⁹ Ausnahmen bilden knappe organisationshistorische Ausführungen von

316 Ungewichteter Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (ohne X-Bereich). Meier, Die Banknoten, S. 27. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Heft 3: Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946 bis 1989, Wiesbaden 1993, S. 24.

317 Zitate in: Muschalla, Robert: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Sparen. Geschichte einer deutschen Tugend, Berlin 2018, S. 12. Siehe dort auch den Beitrag von Thorsten Wehber: Die Verbreitung des Spar- und Sparkassengedankens in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert, insb. S. 34. Institutionen werden hier verstanden als „sozial sanktionierbare Erwartungen, die sich auf die Handlungs- oder Verhaltensweisen“ von Individuen oder Mitgliedern von Organisationen beziehen. Dietl, Helmut: Institutionen und Zeit, Tübingen 1993, S. 37.

318 Jüngst etwa betreffend das Marketing der westdeutschen Sparkassen: Engel, Fabian/Köhler, Ingo: Das Marketing der Sparkassen. Die Entdeckung der Produkt- und Kundenkommunikation als Managementstrategie, in: Schulz, Günther (Hg.): Die Entstehung der modernen Sparkasse. Von der ‚Ersparnisanstalt‘ zum marktorientierten Unternehmen (1950er bis 1980er Jahre), Stuttgart 2022, S. 231–257. Muschalla, Sparen (darin im Beitrag von Günther Schulz auch knapp zur DDR, S. 111–114). Mura, Jürgen (Hg.): Die Sparkassenwerbung: historische Entwicklung und Zukunftsperspektiven. Sparkassenhistorisches Symposium 1995, Stuttgart 1996.

319 Zum Teil wird die DDR ignoriert. Emmerich, Geschichte.

Wysocki/Günther sowie deskriptive Passagen in Festschriften.³²⁰ Eine Analyse der Sparwerbung und ihrer Wirksamkeit steht noch aus.³²¹

In der unmittelbaren Nachkriegszeit begannen die neugegründeten SBZ-Sparkassen mit ihrem Spargeschäft bei null und mit dysfunktionalen Geldverhältnissen. Sie agierten unterschiedlich, meist pragmatisch, z.T. bemerkenswert passiv.³²² Unmittelbar nach der Währungsreform Ende Juni 1948 wurde etwa in Sachsen auf Sparwerbung verzichtet. Kurz nach einer faktischen Enteignung schien es kaum möglich, Sparen positiv zu konnotieren.³²³ Gleichwohl begann noch im Sommer 1948 in der SBZ „eine groß angelegte Kampagne, mit der eine Volkssparbewegung ins Leben gerufen werden sollte.“³²⁴ Wie stark diese zentral gelenkt war, ist allerdings offen. So wurde beispielsweise erst für das Jahr 1951 ein Werbeplan durch den Deutschen Sparkassenverlag zur Verfügung gestellt.³²⁵ Mit diesem sollte dokumentiert werden, „daß Werbung ohne Plan überhaupt nicht denkbar ist“. Dies erschien, so der Werbeplan weiter, notwendig, denn „es sind sicher nicht wenige unter uns, die glauben, mit gelegentlichem Aushang von Plakaten oder mit dem gelegentlichen Zeigen eines Diapositives ihre Verpflichtung zur Werbung bereits erfüllt zu haben. So geht es natürlich nicht!“³²⁶

Vielfach wurde unter dem Motto „Hinweg von den Schreibtischen - die Sparkasse muss zum Sparer gehen“ eine ausgesprochen personalintensive Werbung betrieben.³²⁷ Hier scheint vielfach eine ineffiziente ‘Tonnenideologie’, eine auf Masse ausgerichtete Sparwerbung, maßgeblich gewesen zu sein.³²⁸ Mit dem

320 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, insb. S. 277f., 378–385. Festschriften z.B. Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, S. 314–317; Falk/Hauer, Immer mit der Zeit, S. 122–128. Schmitt, Digitalisierung, erwähnt die mit der Einführung von Geldautomaten und Geldkarten Ende der 1980er Jahre einhergehende Werbung.

321 Beleglos formulierte Gries die These: „Die groß angelegte Sparwerbung dieser Jahre blieb fruchtlos.“ Gries, Die Mark der DDR, S. 27.

322 Die Sparkasse Apolda (Mittelthüringen) bekundete 1947, sie hielte die „persönliche Werbung am Schalter bei den augenblicklichen Verhältnissen“ für die wirksamste Sparwerbemethode. Zusammenfassung statistischer Angaben per Ende IV. Quartal 1947, in: ASMTh, Apolda Nr. 158.

323 So formulierte der SSV in einem Rundschreiben vom 29.6.1948, es sei „eine Werbung für das Sparen zur Zeit unerwünscht. Die Landesregierung Sachsen hat daher die Anweisung erteilt, Werbedias für das Spargeschäft zurückzuziehen.“ Zitiert nach Kreissparkasse Bautzen (Hg.): Kreissparkasse Bautzen, die Festschrift zum 175. Jubiläum, Bautzen 2007, S. 12.

324 Pollems, Sebastian T.: Der Bankplatz Berlin zur Nachkriegszeit. Transformation und Rekonstruktion des Ost- und Westberliner Bankwesens zwischen 1945 und 1953, Berlin 2006, S. 278.

325 Im Vergleich mit der Bundesrepublik und ihrem ersten zentralen Werbeplan in der zweiten Jahreshälfte 1950 war die DDR nicht spät dran. Vgl. Emmerich, Geschichte, S. 137.

326 Zentraler Werbeausschuß und Deutscher Sparkassenverlag: Werbeplan 1951, (Dez. 1950), in: ASMTh, Apolda, Nr. 125.

327 Vgl. Deckers, Transformation, S. 102.

328 Tonnenideologie bezeichnet die Orientierung an einfach messbaren Größen unter Vernachlässigung der Qualität. In der Sparwerbung bedeutete dies z.T., dass Sparkassenlehrlinge mit der Vorgabe von fünf neu eingeworbenen Sparverträgen pro Monat

Nationalen Aufbauprogramm Berlin (NAP) begann Ende 1951 unter Federführung der Sparkassen die vermutlich öffentlichkeitswirksamste Sparaktion in der Geschichte der DDR. Daran schloss sich mit Beginn des Jahres 1953 das Vertragssparen an, bei dem sich Sparer*innen zu regelmäßigen Einzahlungen bzw. Überweisungen verpflichteten und dafür eine höhere Verzinsung erhielten.³²⁹

Ab Mitte der 1950er Jahre wurde Sparen vor allem mit Blick auf den späteren Erwerb langlebiger Konsumgüter attraktiver.³³⁰ Die Werbetätigkeit wurde besonders in den Jahren 1954 bis 1965 in sogenannten Sparwochen intensiviert, die in der Regel im Oktober stattfanden.³³¹ Strategien und zu erreichende Normen wurden im Vorhinein abgesprochen. So fasste etwa der Hauptabteilungsleiter Kreditwesen im Finanzministerium eine Tagung von Sparkassen-Hauptreferenten im Vorfeld der zweiten Sparwoche 1955 wenig subtil zusammen: „Kraftvoll auf die Erfolge der Sparwochen konzentrieren. Alles andere beiseite stellen. Das Ergebnis muß erzwungen werden.“³³² Teils wurden zum Auftakt Konferenzen unter Beteiligung von Betrieben, Parteien und Multiplikatoren organisiert, um deren Unterstützung für die Sparkassen zu signalisieren.³³³

Es wäre zu fragen, inwiefern sich die DDR-Sparwochen oder die Maßnahmen anderer Ostblockstaaten wie Rumänien von den seit 1925 bestehenden und 1948 im Westen wiederbelebten Weltspartagen und von den „Nationalen Spartagen“ des „Dritten Reichs“ unterschieden.³³⁴ Gab es in Bezug auf Werbebotschaft und -strategie auch Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West? War die DDR mit der (zumindest angestrebten) breiten Unterstützung der Werbetätigkeit durch den FDGB oder LPGs eine Besonderheit?³³⁵ Begründete das

bei ihren Verwandten bettelten, damit diese einen Sparvertrag in geringfügiger Höhe abschlossen. ZZI A.H., 11.4.2014, S. 4, in: HA OSV (ohne Signatur).

329 Mit der Losung „Jeder Werktätige einen Sparvertrag“ wurde die Werbung in den Betrieben und Einrichtungen intensiviert. Zschoche: Die Entwicklung der Stadtsparkasse Dresden, 1949–1988, als Ms. gedruckt 1988, S. 9 (unpaginiert), liegt im HA OSV digital vor. Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 271f.

330 Vgl. ebd., S. 144; Pohl/Rudolph/Schulz, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 331.

331 Auch später fanden noch Sparwochen statt. HA OSV D/2784/12.022, Bd. 2: Sparwochen 1973.

332 Redebeitrag Kurt Becker (HA Kreditwesen im MdF), in: Protokoll Tagung der Hauptreferenten der Bezirke am 16.9.1955 in Berlin, in: BA, DN 1/820.

333 Siehe z.B. Die Sparkassenarbeit, Heft 22: Konferenz zur Eröffnung der Sparwochen 1956 am 2. Oktober 1956 im Kongreßsaal des Ministeriums der Finanzen, zusammengestellt von Rudolf Müller und Gerhard Ullmann.

334 Vgl. Stifter, Daniel: Rumänien, in: Mura (Hg.): Europäische Sparkassengeschichte II, 1998, S. 229–248, hier 244. Belvederesi-Kochs, Rebecca: Weltspartagsmarketing im „Wirtschaftswunder“: Vom moralischen Sparappell zur Kundenorientierung, in: VSWG 97/3, 2010, S. 283–309.

335 HA Erzgebirgssparkasse, OB 324: Beschluss des Sekretariats des Bundesvorstands des FDGB vom 22.9.1954; ASMTh Weimar, Nr. 144: Freundschaftsvertrag der Stadt- und Kreissparkasse Weimar und der LPG Scherkondenquell-Sachsenhausen, 28.2.1959. Die LPG verspricht, mit der „Förderung des Sparens“ und den „alljährlichen Sparwochen“ zu helfen.

vergleichsweise frühe Ende von Sondersparformen (z.B. Zwecksparen, Prämiensparen) und die baldige Einführung des Einheitszinssatzes eine Vorreiterstellung der DDR unter den sozialistischen Staaten?³³⁶

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wurden in der DDR Sparquoten von 5–6% erreicht. Abgesehen von den beiden Wirtschaftskrisen um 1961/62 und 1981/82 blieben diese auch ohne besondere Werbeanstrengungen weitgehend konstant (siehe Abb. 18). Dies lag wohl im Wesentlichen an fehlenden Konsummöglichkeiten.³³⁷ Der Rückgang der Sparwerbetätigkeit bis zur Mitte der 1960er Jahre („Sparen beim Sparen“³³⁸) und die Streichung von Programmen wie dem Prämiensparen sprechen dafür, eine Untersuchung der Sparwerbung vor allem auf die ersten beiden Jahrzehnte der DDR zu begrenzen und die Einführung des Einheitszinssatzes von 3,25% zum 1. Januar 1971 als weniger maßgebliche Zäsur zu betrachten.³³⁹ Erst mit veränderten Produkten bzw. Prozessen, vor allem den in den 1980er Jahren eingeführten Geldautomaten und Geldkarten, gewann die Informations- und Werbepolitik der Sparkassen wieder etwas an Bedeutung.³⁴⁰

336 In der Sowjetunion, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei gab es z.B. noch Mitte der 1970er Jahre Zwecksparprogramme wie das Schulsparen, Prämiensparen mit Lotterieziehungen sowie unterschiedlich verzinsten Sparkonten mit Mindesthaltfristen. Serbin, Alexander: Sparkassen in der UdSSR - aus sowjetischer Sicht, in: Sparkassen International, 1/1975, März 1975, S. 9–10, 67.

337 Zu den hausgemachten Wirtschaftskrisen: Roesler, Jörg: Jedes Mal existenzgefährdend? Zur Charakteristik der fünf Wirtschaftskrisen, in: Schultz, Helga/Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Die DDR im Rückblick: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007, S. 155–175.

338

339 Zur Ökonomisierung gehörte die Zusammenlegung von Konten. Vgl. Falk/Hauer, Immer mit der Zeit, S. 127. Die Zinsen für Spareinlagen wurden ebenso eingefroren wie Preise für Güter des täglichen Bedarfs. Mitte der 1970er Jahre gab es als Werbemittel noch Kundenbriefe, Informationsprospekte, Kalender sowie Presseveröffentlichungen mit Schwerpunkten auf der Erläuterung neuer Kreditformen und Informierung über die Spareinlagensammlung sowie Rechtsfragen. Bereits 1960 gab es in der DDR mehr Konten als Einwohner*innen, darunter 779 Sparkonten/Sparbücher auf 1.000 Einwohner*innen. Hübner, Einkommen und Ersparnisse. Wegen Kontenzusammenlegungen in den frühen 1970er Jahren war das Verhältnis 1975 ähnlich (17,7 Mio. Spar- und Girokonten). Vgl. Internationales Institut der Sparkassen (Hg.): Internationales Sparkassenhandbuch, Genf 1975, S. 126. In der Bundesrepublik kamen 1970 auf 1.000 Einwohner*innen 915 Sparkassenbücher.

340 Zunächst vor allem in Ostberlin und Dresden. Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 384f. Schmitt, Digitalisierung.

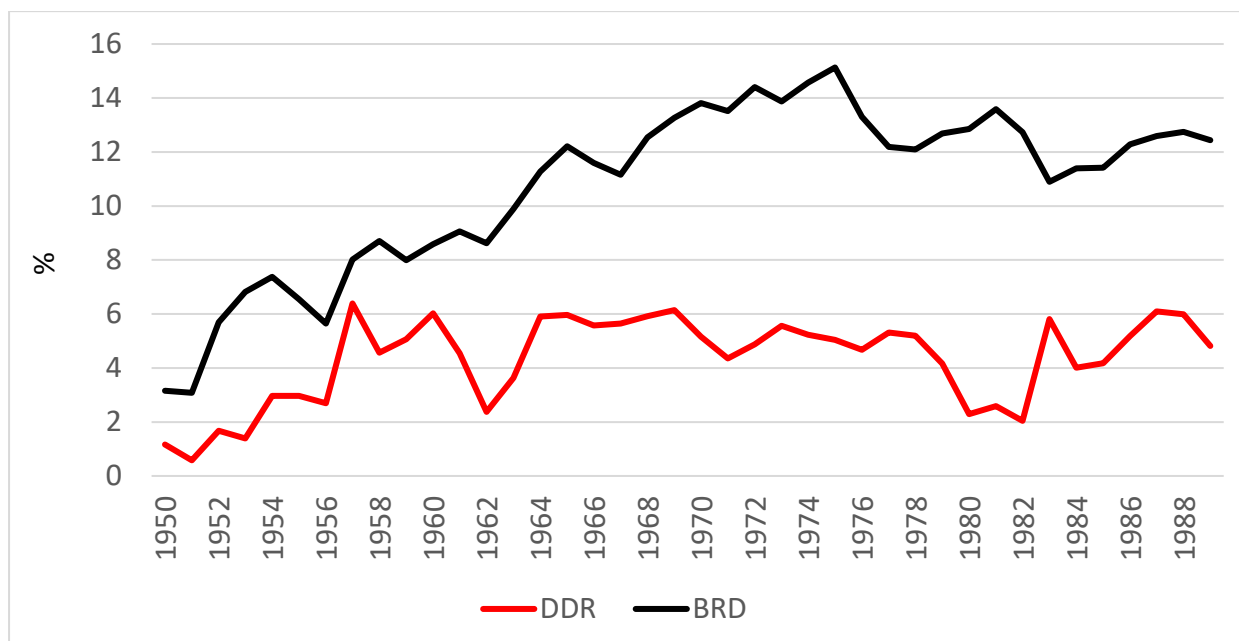


Abbildung 18: Sparquoten in der DDR und in der Bundesrepublik (1950-1989)³⁴¹

Die maßgeblichen Sparformen sind inklusiver ihrer normativen Grundlagen in der Literatur behandelt, aber die Strukturen sind bislang noch nicht eingehend analysiert worden.³⁴² Zwischen 1924 und 1928 verteilten sich die Spareinlagen zu 51% auf das Kontensparen, zu 38% auf das Wertpapiersparen, zu 10% auf Lebensversicherungen sowie zu einem Prozent auf das damals noch junge Bausparen.³⁴³ Inwiefern sich diese Strukturen verändert und inwiefern dies politischen Vorgaben folgte, wäre zu eruieren.

Die Frage, warum in der DDR wie auch in der Bundesrepublik die Sparer*innen nach den Währungsreformen 1948 rasch zurückkehrten, ist noch nicht umfassend geklärt worden. Der mögliche Anteil die Sparwerbung durch die Sparkassen wäre näher zu betrachten - sinnvollerweise im Systemvergleich. Anders als etwa in den USA, wo die hohen Sparquoten seit den 1970er merklich zurückgingen, blieb die Sparneigung in beiden deutschen Staaten trotz Inflationserfahrung, Währungsreformen über politischen Systemwechseln weitgehend intakt.³⁴⁴

341 Ohne X-Bereich. Schwarzer, Oskar: Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945 - 1989, in: JWG 1995/2, S. 119-146; Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Fachserie 18, S. 15. Interne Analysen schätzten die Sparquote deutlich günstiger. O.V.: Analyse zur Entwicklung der Kaufkraft der Bevölkerung, 1982, Anl. 6, in: BA, DN 10/3291.

342 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 101-105, 278-280.

343 Wertpapiersparen war ab 1954 mit Hypothekendarlehen und ab 1958 mit Obligationen der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung wieder möglich. Vgl. Hardach, Gerd: Sparen in der Weimarer Republik: Inflation, Stabilisierung und Krise 1918 bis 1932, in: Muschalla, Sparen, S. 81.

344 Garon, Sheldon: Warum Amerika Geld ausgibt, während Europa und Asien sparen, in: Muschalla, Sparen, S. 188.

Somit rücken auch Kontinuitäten der Sparwerbung in den Blick.³⁴⁵ Die Sondersparinitiativen des NS-Regimes wirkten offenkundig langfristig erzieherisch: das 1934 eingeführte Reisesparen, bei dem die Sparkassen mit der Organisation Kraft durch Freude (KdF) kooperierten, das KdF-Sparen auf einen Volkswagen ab 1938, das kollektive Gefolgschaftssparen und das erstmals steuerlich begünstigte „Eiserne Sparen“ ab November 1941. Kontinuitäten wurden zeitgenössisch problematisiert, aber offenkundig waren Zwecksparformen als Instrument ideologieflexibel.³⁴⁶ Schulentlassungs-, Studiums-, Heirats- und Feriensparen, das die Chance erhöhte, eine Reise zugeteilt zu bekommen, gehörten in der jungen DDR dazu.³⁴⁷

Das Schulsparen reichte bis ins 19. Jahrhundert zurück und war im „Dritten Reich“ intensiviert worden. Mehr als ein Drittel aller Schüler*innen nahm teil. Auch in der DDR kam „dem Sparen [;] eine große erzieherische Bedeutung zu. Daher beginnen die Sparkassen mit ihrer Arbeit bereits in der Schule“.³⁴⁸ Schulsparen war in den ersten Sparkassensatzungen der SBZ angelegt und erwies sich als arbeitsintensiver Aufgabenbereich.³⁴⁹ Bis 1975 wurden 3,4 Mio. Schulsparkonten angelegt.³⁵⁰ Die Schwierigkeiten waren insbesondere zu Beginn vielfältig und die Sparkassen auf die Kooperation der Schulen und als ehrenamtliche Sparhelfer tätige Lehrkräfte angewiesen. Vor der Währungsreform lehnten diese zum Teil eine Beteiligung rundweg ab „so lange nicht geklärt ist, ob für die blockierten Schulsparbücher Auszahlungen erfolgen werden.“³⁵¹ Später wurde auf Zeitmängel verwiesen. 1949 etwa beteiligten sich die Hälfte aller Schulen

345 Vgl. Swett, *Private Life*, S. 135–155. Bähr, Johannes: „Dein Sparen hilft dem Führer.“ Sparen in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Muschalla, *Sparen*, S. 102.

346 „Die Stadtsparkasse Dresden hat das Betriebssparen nach dem Muster der Nazis wiedereingeführt. Diese Einrichtung soll auf alle sächsischen Sparkassen ausgedehnt werden. In den Betrieben werden Sparmarken ausgegeben und Sparbücher ausgestellt, die dann in den Sparkassen eingelöst und gutgeschrieben werden.“ Meldung in der Westberliner Zeitung „Sozialdemokrat“, 12.2.1949.

347 Zur Verteilung gibt die Statistik der Sparkasse Ostberlin im Jahr 1956 einen Hinweis. Sie führte 589 Verträge zum Schulentlassungssparen, zehn zum Studiumssparen und je acht zum Heiratssparen und Feriensparen; Gesamtguthabenhöhe: 106.000 DM. JB 1956 der Sparkasse der Stadt Berlin, S. 15, in: HA der Sparkasse Berlin.

348 Autorenkollektiv, *Finanzsystem der DDR*, S. 558.

349 Die Sparkassenmustersatzung in Thüringen von 1946 formulierte z.B. in § 25: „Um das Ansammeln der kleinen Sparbeträge zu fördern, können von der Sparkasse Heimsparbüchsen, Sparkarten, Spargeschenkkarten, Schulsparen usw. eingeführt werden.“ Zitiert nach: Hildebrand, *Sparkasse in Mittelthüringen*, S. 314.

350 Vgl. Hübner, *Einkommen und Ersparnisse*, S. 23.

351 Städt. Sparkasse Apolda: Zusammenfassung statistischer Angaben per Ende Okt. Quartal 1946, in: ASMTh, Apolda Nr. 158. Auch ein Jahr später war in Apolda nur an einer von 15 Schulen das Schulsparen wieder eingeführt worden, mit einem Gesamtsparebetrag von nur 50 Mark. Zusammenfassung statistischer Angaben per Ende IV. Quartal 1947, in: Ebd.

Mecklenburg–Vorpommerns am Programm, aber selbst in den urbanen Räumen aktivierte dies nur 10% aller Schüler*innen, während das Schulsparen auf dem Land faktisch vollständig brachlag.³⁵²

Immer wieder klagten Sparkassen auch über mangelnde Unterstützung der Parteien und Massenorganisationen bei ihrer Schul- und Zweckspargerwerbung.³⁵³ Offenbar wurde ihre Fixierung auf das Kleinsparwesen nicht allorten geteilt.³⁵⁴ Auch bei der Aktivierung des Residualsparens, also des Sparens überschüssigen Einkommens ohne konkrete Zweckbestimmung, durch Spargeldabholer*innen waren die Sparkassen bzw. ihre auf Provision arbeitenden Abholer*innen auf Kooperationen angewiesen. Dabei begaben sich bemerkenswerte Fälle, deren Repräsentativität noch zu klären wäre: Um die besonders gut verdienenden Beschäftigten des Bergwerks SDAG Wismut zum Betriebssparen mit automatisch vom Lohn abgeführten Sparbeträgen zu überzeugen, fuhren Sparkassenmitarbeiter*innen beispielsweise in die Schächte, und warben unter Tage.³⁵⁵ Die Kreissparkasse Marienberg ging bei ihrer Suche nach gehortetem Bargeld so weit, bei der HO–Kreisverwaltung nachzufragen, wer Motorräder bestellt habe, um dann gezielt diese Haushalte aufzusuchen und zur Abgabe von Spargeldern zu drängen.³⁵⁶

Spartraditionen blieben in der Bevölkerung offenbar wirkmächtig, sodass der Staat hohe Anreize hatte, an diese anzuknüpfen. So schrieb beispielsweise ein Sparwerber am 1. Juli 1953 – also unmittelbar nach dem Volksaufstand – einen Brandbrief an das Ministerium der Finanzen. Es gelänge ihm nun nicht mehr, in den Betrieben Sparverträge abzuschließen, wenn er den Werktätigen nicht gleichzeitig ein

352 Vgl. Rehberg–Credé, Sparbuch, S. 207f. In Ostberlin wurden 1956 nur die Hälfte der verkauften Sparmarken auch eingezahlt, der Rest wieder eingelöst. Die Kopfquote betrug 1,27 Mark. Jahresbericht der Sparkasse der Stadt Berlin 1956, S. 14, in: HA Sparkasse Berlin.

353 Die KSK Sömmerda klagte in ihrem Jahresbericht 1953: „Die politischen Parteien und Organisationen haben uns bis heute in der Massenwerbung für das Vertragssparen nicht oder nicht in genügender Form unterstützt.“ (S. 7), in: ASMTh, Sömmerda, AKS 2. Mangels Unterstützung „durch die zuständigen staatlichen Organe“, darunter auch die SED und Gewerkschaftsfunktionäre, habe man in Berlin einen „regelmäßigen Schulspartag“ noch nicht einführen und eine breite Spargbewegung noch nicht entwickeln können. Jahresbericht 1956 der Sparkasse der Stadt Berlin, S. 14, 16, in: HA Sparkasse Berlin.

354 Auch im bereits erwähnten ersten landesweiten Werbeplan war das Kleinsparen „Schwerpunkt eins“. Zentraler Werbeausschuß und Deutscher Sparkassenverlag: Werbeplan 1951, Dez. 1950, in: ASMTh, Apolda, Nr. 125.

355 Kreissparkasse Aue–Schwarzenberg, 125 Jahre Sparkasse Aue, S. 94.

356 Falk/Hauer, Immer mit der Zeit, S. 127.

vertrauenserweckendes Sparbuch aushändigen könne.³⁵⁷ Es ist fraglich, wann der Scheitelpunkt des Abholsparens lag und wie der Rückbau erfolgte.³⁵⁸

Weitere Forschungsperspektiven zur Sparkassenwerbung liegen in einer genderhistorischen Betrachtung.³⁵⁹ Auch ein Beitrag des Sparwesens zum *nation building* ließe sich untersuchen, etwa mit der Propagierung des „Nationalen Aufbauprogramms“ (NAP) oder mit der Einführung des freizügigen Sparverkehrs.³⁶⁰ Das 1952 aufgelegte NAP mit dem Bau der Stalinallee in Ostberlin als Prunkstück war ein gewaltiges Unterfangen, für das 3% des Lohns bzw. des Gehalts aller Werktätigen der DDR aktiviert werden sollte und das dementsprechend gut dokumentiert ist.³⁶¹

Quellen zur Sparwerbung befinden sich insbesondere in den Archiven des OSV und einzelner Sparkassen.³⁶² Allein im Findbuch der Erzgebirgssparkasse ergibt eine Suche nach dem Begriff „Sparwerbung“ für den Zeitraum 1945 bis 1990 über 60 Treffer.³⁶³ Auch die Jahresberichte der Sparkassen sind ergiebig, da sie nicht nur statistische Übersichten bieten, sondern auch regionale und anderweitige Besonderheiten erläutern oder auf Probleme und Konflikte hinweisen. Im Bundesarchiv befinden sich in den Beständen des MdF (DN 1) Handakten zu verschiedenen Sparformen und Berichte der Sparkassen über ihre Pläne der „Mobilisierung der freien Mittel der Bevölkerung“.³⁶⁴ Auch Memoranden, Auswertungen von Umfragen über

357 Die Werktätigen hätten einen Beschluss herbeigeführt, „wonach sie sich für langfristige Verträge keinen Pfennig mehr abziehen lassen, solange sie nicht im Besitz eines Sparbuches sind.“ Sparwerber Franz Leipold an Willy Rumpf (MdF), 1.7.1953, in: BA, DN 1/2439a. Der Druck der Sparbücher hatte sich monatelang verzögert.

358 Für die KSK Sömmerda war z.B. 1952 nur ein Abholer tätig, der 320 Kunden betreute, 1955 dann fünf Abholer für 600 Kunden und Einzahlungen in Höhe von 174.375 Mark. In Weimar waren 1966 sechs Abholer*innen auf Provisionsbasis beschäftigt. Vgl. Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, S. 314, 316. Die für die personalintensive Sparwerbung und das Abholsparen aufgewandten Mittel waren beträchtlich und sind wohl als Beleg heranzuziehen, dass nicht nur in der Produktion, sondern auch im Dienstleistungssektor die Planerfüllung Priorität vor ressourceneffizienter Mittelverwendung genoss.

359 So gab es z.B. speziell an Frauen gerichtete Werbung. HA Erzgebirgssparkasse, OB 378, "Palette – Ein Heft für die kluge Hausfrau" – Sparwerbung DDR 1962

360 Siehe z.B. Merkblatt für den freizügigen Sparverkehr, o.D. [1951] in: ASMTh, Apolda, Nr. 125

361 Z.B. Erzgebirgssparkasse, B-1963: Sonderausgabe der Kreissparkasse Stollberg zum Aufbausparen; B-0334: Aufbausparen in der DDR - Kinowerbung; B-0900 Fotowerbung Aufbausparen 1952; OB 2999: Aufbausparen KSK Stollberg Zweigstelle Gornsdorf 1956-1958; OB 329: Schriftverkehr Aufbausparen Johanngeorgenstadt 1953/54; OB 478: Kontrolllisten für NAP 1952. HA OSV, 2784/12.022, Bd.2: Pressearbeit 1956 (Aufbausparen, Sparwochen). LAB, C Rep. 105 Nr. 43573: Bericht der Sparkasse Berlin zum NAP. Vgl. Nicolaus, Herbert/Alexander Obeth: Die Stalinallee: Geschichte einer deutschen Straße, Berlin 1997.

362 Z.B. HA OSV, D/5112, Bd. 1-4: Sparwochen 1956 und 1957. In den Zeitzeug*inneninterviews des OSV wurde ebenfalls nach Sparwochen gefragt. ASMTh, Apolda, Nr. 125: enthält u.a. Deutscher Sparkassenverlag/Zentraler Werbeausschuß: Werbeplan 1951. HA Erzgebirgssparkasse OB 576: Vordrucke Kundenanschriften Sparwochen sowie Schriftverkehr der KSK Stollberg 1957.

363 Darunter insbesondere „Sparerzeitungen“ (z.B. HA Erzgebirgssparkasse, OB 6075), Broschüren und Plakate, vielfach mit Bezug zu Sparwochen, Kinowerbung sowie an Kinder gerichtete Werbeobjekte wie Lesezeichen und Stundenpläne.

364 Z.B. BA, DN 1/865: Durchführung des Vertragssparens (1953-1959); DN 1/868: Durchführung des Prämiensparens (1954-1960). DN 1/873: Berichte der Sparkassen zur Abrechnung des Planes der Mobilisierung der freien Mittel der Bevölkerung

die in der Bevölkerung vorherrschenden Sparmotive sowie Evaluationen der Verteilung der Sparguthaben in den Beständen der Staatlichen Plankommission (DE 1) und der Notenbank (DN 10) ermöglichen weiterführenden Forschungen.³⁶⁵

3.3 Sozial-ökonomische Struktur der Sparer*innen

Die ostdeutschen Sparkassen waren bereits in den späten 1940er Jahren angewiesen worden, Übersichten über die Struktur ihrer Spareinlagen anzufertigen.³⁶⁶ Seit 1957 wurde jedem Bankkonto eine sozial-ökonomische Kennziffer zugeordnet. Zunächst lauteten die Kategorien folgendermaßen: Arbeiter und Angestellte einschl. steuerbefreiter Intelligenz, Bauern, Handwerk, Private (Unternehmer, Händler, Gewerbetreibende), Sonstige.³⁶⁷ Später wurde dies feiner aufgeschlüsselt: Arbeiter, Angestellte, Intelligenz (freiberufliche Akademiker), Mitglieder landwirtschaftlicher Genossenschaften, Mitglieder handwerklicher Genossenschaften, Einzelhandwerker, übrige Selbständige (z.B. Einzelhändler), Rentner, Sonstige.³⁶⁸

Es war Aufgabe der Sparkassen, den Bezirken (Referat Geldumlauf und Kredite) auf Basis der Spareinlagen quartalsweise über die sozial-ökonomische Struktur der Sparer*innen zu berichten. Auf diesem Wege erhielt auch das Zentralkomitee der SED zwei Mal im Jahr einen mit hoher Geheimhaltungsstufe versehenen Überblick über die Struktur der Spareinlagen und damit mittelbar über die sozioökonomische Struktur der Sparer:innen.³⁶⁹ Derart avancierten die Sparkassen zu wichtigen Wissensproduzenten innerhalb der DDR. Berichte und darauf basierende Analysen finden sich in großem Umfang im Bundesarchiv, insbesondere in den Akten des Finanzministeriums (DN 1) und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (DE 2), sowie in Landesarchiven.³⁷⁰

(1958/59, 1962/63). DN 6/2387: Sparkassen, enthält u.a. Erfüllungsberichte zum Plan der Mobilisierung der freien Mittel der Bevölkerung (1954-1960). Ferner sind Landesarchive von Interesse, z.B. LAB, C Rep. 105 Nr. 4121: Schriftverkehr zur Sparwerbung mittels kostenloser Vorführung von Diapositiven in Filmtheatern in Berlin 1948/49.

365 Weitere Quellenverweise in: Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999, insb. S. 199-201.

366 BLHA, 287 Sparkasse 120: Zusammenstellungen und Meldungen der Sparkassen über die Spareinlagen und Kredite (1947/48); BA, DN 1/854: Sammelzwischenausweise der Sparkassen in der DDR (1950-1952).

367 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 281.

368 Um 1960 gab es auch folgende Aufschlüsselung: a) Arbeiter und Angestellte, b) LPG-Mitglieder, c) PGH-Mitglieder, d) Priv. Landwirtschaft, e) Priv. Handwerk, f) übrige private Wirtschaft, g) Sonstige. BA, DN 1/875: Berichte über die Aufgliederung der Umsätze auf Sparkonten nach sozial-ökonomischer Struktur (1958-1962).

369 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 281.

370 Z.B. BA, DN 1/39488: Entwicklung der Spareinlagen – Analysen und Berichte (1955-1956), Bd. 1; DN 1/1967: Analysen über die Entwicklung der Spareinlagen der Bevölkerung (1956-1960); DN 1/875: Berichte über die Aufgliederung der Umsätze auf Sparkonten nach sozial-ökonomischer Struktur (1958-1962); DN 1/821: Anfragen zu Spareinlagen der Bevölkerung (1957-

Diese statistische Quelle ermöglicht umfassende Einblicke in die Vermögensverteilung in der DDR. Geldvermögen machten hier einen mutmaßlich beträchtlichen, wenngleich schwer bestimmbareren Anteil aus.³⁷¹ Als Indikator dürften sie eine beträchtliche Bedeutung haben. Seit den 1990er Jahren wird diskutiert, wie homogen die DDR-Gesellschaft war beziehungsweise wie stark sie von „scharfen sozialen Ungleichheiten“ und „von sozialen Differenzen und von Strukturen sozialer Ungleichheit geprägt war“.³⁷² Maßgeblich auf eine Analyse der Geldvermögen stützt Oskar Schwarzer beispielsweise folgende These: „In einem Langfristvergleich ergibt sich, daß die Einkommensverteilung in der DDR einem traditionellen Muster folgte, wie es im 19. Jahrhundert ebenso wie in der Zwischenkriegszeit üblich war. In der alten Bundesrepublik galt es vermutlich bis in die 1960er Jahre hinein, in der DDR während ihrer gesamten Existenz.“³⁷³

Um diesen Fragenkomplex empirisch zu untersuchen schlägt Ronny Grundig vor, Erbschaftssteuerakten heranzuziehen, mit denen sich „sowohl die Vermögensstruktur als auch das Vermögenshandeln einer Person untersuchen“ ließe.³⁷⁴ Derartige qualitativ aussagekräftige, jedoch unter anderem durch Schutz- und Sperrfristen eingeschränkt nutzbare Quellen könnten in Kombination mit den aggregierten und problemlos einsehbaren Übersichten über die sozial-ökonomische Struktur der Sparer*innen analysiert werden, etwa hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Grundeigentum, beweglichem Besitz, (erbschaftssteuerpflichtigen) Bargeldvermögen und Kapitalforderungen sowie (erbschaftssteuerbefreiten) Sparguthaben.

Zunächst ist an die Verteilung der auf Sparkonten liegenden Geldvermögen gemäß der oben aufgeschlüsselten Berufsgruppen zu denken. Hierfür kämen vor allem die Jahre 1958-1973 in Betracht, also nachdem infolge des Währungsumtauschs der Anteil des Bargelds am gesamten Geldfonds schlagartig auf unter 25% gefallen war (siehe Abb. 9) und bevor die westdeutsche Mark in der DDR legalisiert wurde.³⁷⁵

61); BA, DE 2/21835: Spareinlagen DDR (1961); DE 2/62443: Struktur der Spareinlagen in der DDR von Juni 1961 bis Juli 1962, DE 2/21831: Veränderung der Struktur der Spareinlagen (1961-1963); BLHA, 488 Stbk BD Pdm 717: Entwicklung der Spareinlagen der Bevölkerung (1980-1989). Recherchen in den Archiven der Sparkassen selbst ergaben nur Einzelbelege. Z.B. HA Erzgebirgssparkasse, OB 5786 Berichte über Ökonomische Struktur – KSK Stollberg 1957-1961.

371 Mit methodischen Schwierigkeiten behaftete Schätzungen zufolge machten 1972 Geldvermögen 28% aller persönlichen Vermögensbestände aus. Schwarzer, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 189f.

372 Pollack, Detlef: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?, in: Geschichte und Gesellschaft, 24/1, 1998, S. 112f.

373 Schwarzer, Sozialistische Zentralplanwirtschaft, S. 217.

374 Grundig, Ronny: Reiche im Sozialismus? Erbschaftssteuerakten als Schlüssel zur Erforschung von Vermögensverhältnissen in der DDR, in: Sébastien Guex/Gisela Hürlimann/Matthieu Leimgruber (Hg.): Steuern und Ungleichheit, Zürich 2021, S. 115–127, hier 117.

375 Berechnungen nach: Hummel, Kreditwesen, S. 429; Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 625.

Zu fragen wäre etwa, über welche Geldvermögen die verschiedenen Berufsgruppen der DDR-Gesellschaft verfügten und wie sich dies über die Zeiträume hinweg entwickelte. Wie schlugen sich Enteignungen, Kollektivierungen in der Landwirtschaft, Steuerreformen, die „positive Diskriminierung“ von Arbeiter- und Bauernkindern in der Bildungspolitik³⁷⁶ oder die Privilegierung der SED-Klientel in den Strukturen der Spareinlagen nieder? Zu beachten sind allerdings unter anderem die starken Steigerungsraten der Sparguthaben aufgrund des Kaufkraftüberhangs, welche den Nutzwert dieser „Kleinvermögen“ in der späten DDR reduzierten und diese daher, etwa nach Ansicht von Hans-Ulrich Wehler, „keine neue Ungleichheitsdimension zu schaffen“ vermochten.³⁷⁷ Methodisch schwierig könnte die Tatsache sein, dass die Kennziffer eines Kontos in der Regel seit den 1970er/80er Jahren nicht revidiert wurde, auch dann nicht, wenn sich der soziale Status des Inhabers oder der Inhaberin veränderte.³⁷⁸ Ferner sind die zum Teil beträchtlichen Ersparnisse unberücksichtigt, die in Auslandswährungen gehortet wurden. Schätzungen des Anteils der „Nebenwährung“ DM (zum Schwarzmarktkurs) am gesamten Geldvolumen in der DDR gehen von etwas über 1% im Jahr 1974 und von 13% im Jahr 1988 aus.³⁷⁹

Laut der herrschenden Meinung „erwiesen sich räumliche Disparitäten im zweiten deutschen Staat als zählebig, so dass sich auch im Hinblick auf die Siedlungsstruktur keine soziale Egalität herausbildete.“³⁸⁰ Auf die Notwendigkeit, in der zentralisierten DDR regionale Ungleichheiten stärker in den Blick zu nehmen, wies daher etwa Mary Fulbrook hin.³⁸¹ Die nach Geschäftsgebieten aufgegliederten sozial-ökonomischen Strukturen der Spareinlagen bieten die Möglichkeit, die regionale Verteilung der Geldvermögen auf Kreis- und Bezirksebenen zu rekonstruieren. Damit könnte etwa vergleichend die Zunahme der Geldvermögen in unterschiedlich (mono-)strukturierten Regionen mit ungleich verteilten Wachstumsraten verglichen werden oder der Sonderstatus einzelner Gebiete - Ost-Berlin oder Lohnempfänger*innen der Wismut in Westsachsen

376 Zur „gegenprivilegierenden Bildungspolitik“ vgl. Miethe, Ingrid: Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR: Möglichkeiten und Grenzen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik, Leverkusen 2007.

377 Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 234.

378 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 281.

379 Vgl. Rüden, Bodo von: Die Rolle der D-Mark in der DDR: von der Nebenwährung zur Währungsunion, Baden-Baden 1991. Schätzungen zufolge könnte der Anteil der DM am gesamten in der DDR umlaufenden Bargeld im Jahr 1988 bis zu 62% betragen haben. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 251. Seit 1974 war der Besitz von DM für DDR-Bürger*innen nicht mehr verboten, hätte aber nach Gesetz von „1979 bei der Staatsbank in Forumschecks für die Intershops“ eingetauscht werden müssen“. Wieke, Thomas: Das DDR-Mark Gedenkbuch: Geschichten und Anekdoten rund um den Alu-Chip, München 2013, S. 7. In Polen betrug die Ersparnisse in Devisen, d.h. vor allem in US-Dollar, 1976 ca. 8% des in Zloty Ersparten, 1980 17%, 1986 79% und 1988 angeblich sogar 319%. Vgl. Kochanowski, Jerzy: Jenseits der Planwirtschaft. Der Schwarzmarkt in Polen 1944–1989, Göttingen 2013, S. 354.

380 Bauerkämper, Sozialgeschichte, S. 95.

381 Vgl. Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben: Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, S. 80–83.

und Ostthüringen - näher betrachtet werden. Für Ostberlin („Schaufenster des Sozialismus“) könnte sich die vergleichsweise gute Versorgung mit Konsumgütern in niedrigeren Sparguthaben oder größeren Kontenschwankungen niedergeschlagen haben.

Relevant erscheint die Frage, welche Schlüsse die Politik aus dem ihr zugeliferten Herrschaftswissen zog. So soll die Einführung des Einheitszinssatzes 1971 von der Erkenntnis motiviert worden sei, dass Einzelhandwerker und „übrige Selbständige“ stärker von höheren Zinsen profitierten als Arbeiter.³⁸² Wurden die Daten mit anderen quantitativen oder qualitativen Quellen (geheime MfS-Berichte usw.) in Beziehung gesetzt? Nachdem Rentner*innen beispielsweise im Geldumtausch überraschend große Bargeldbeträge abgeliefert hatten, könnte die Höhe ihrer Sparguthaben die Rentenpolitik beeinflusst haben.³⁸³

3.4 Bankgeheimnis und anonyme Konten

Kund*innen der Banken und Sparkassen liefen permanent Gefahr, Eingriffe in ihre verfassungsmäßig geschützten Rechte wie das Postgeheimnis (Art. 8), die Gewährleistung des Eigentums (Art. 22-24) oder das gesetzlich garantierte Bankgeheimnis zu erfahren.³⁸⁴ Ein Anruf der Stasi bei einer Sparkasse genügte, um Auskunft über Kontostände und -bewegungen zu erhalten und Konten zu sperren.³⁸⁵ Anhand eines vertraulichen Rundschreibens der Sparkassendirektoren Ostberlins an die Kassen- und Abteilungsleiter lässt sich exemplarisch aufzeigen, dass das Bankgeheimnis bereits 1950 nicht als schützenswertes Gut galt. Vielmehr wurde es zur „Vertrauensillusion“ genutzt, „an dem weitgehend festzuhalten notwendig ist, um den Zufluss neuer Mittel und damit die gewünschte Zunahme der Einlagen, vornehmlich der Spargelder, nicht zu unterbinden.“³⁸⁶

Vor diesem Hintergrund ist das „Inhabersparen“ bemerkenswert, das von allen in der DDR eingerichteten Kontoarten am wenigsten zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu passen schien. Es handelte sich um eine Kontogattung, die anonym eingerichtet und über das allein per Vorlage einer Sicherungskarte oder

382 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 280.

383 Analyse „Geldumtausch“ im Stadtbezirk Prenzlauer Berg, o.D. [Mitte Nov. 1957], in: BA, DN 1/1847; Instrukteurseinsatz am 13. und 14.11.1957 beim Rat des Kreises Wittenberg, 14.11.1957, in: Ebd.

384 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 157, weisen auf eine Pflicht zur Vorlage einer „staatsanwaltlichen Anordnung“ für den Bruch des Bankgeheimnisses hin. Diese Vorgabe wurde systematisch unterlaufen.

385 Sparkasse der Stadt Berlin: Vertrauliches Rundschreiben Nr. 2, 20.11.1950, in: LAB, C Rep. 748, Nr. 29. Vgl. Schulze, 1825–2000, 175 Jahre Rostocker Sparkasse, S. 186. Ferner: „Die Stasi hatte [;] in Sparkassen Zugriff auf Einzahlungsbelege – um bei Bedarf Handschriftproben zu sammeln.“ Schaar, Peter: Lehren aus der Stasi-Überwachung Warum der Staat die Privatsphäre achten und in seinem eigenen Handeln transparent sein sollte, 17.1.2017, in: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/stasi/222810/lehren-aus-der-stasi-ueberwachung/> [19.9.2024].

386 Sparkasse der Stadt Berlin: Vertrauliches Rundschreiben Nr. 2, 20.11.1950, in: LAB, C Rep. 748, Nr. 29.

eines Kennworts verfügt werden konnte. Dergleichen ist eher aus westeuropäischen kapitalistischen Ländern bekannt, etwa die Nummernkonten in der Schweiz, die *Libretto di Risparmio Ordinario al Portatore* (Überbringersparbücher) in Italien oder die (in abgewandelter Form noch bestehenden) „Lösungswortsparbücher“ in Österreich.

Eingeführt wurden die Inhabersparbücher DDR–weit mit Verordnung vom 4. Februar 1954 für alle Kreditinstitute. Ihr Anteil an allen Spareinlagen blieb auf niedrigem Niveau, wuchs allerdings durchgehend. Deutliche Schübe gab es nach dem Währungsumtausch vom 13. Oktober 1957 und nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Am Ende des Jahres 1961 lagen landesweit auf ca. 85.000 Inhabersparbüchern etwa 460 Mio. Mark.³⁸⁷ Dies entsprach 2,35% aller Sparguthaben. Es gab allerdings beträchtliche Unterschiede zwischen den Regionen sowie zwischen den Kreditinstituten. Die Sparkassen scheinen gegenüber den anderen Banken überproportional hohe Anteile gehabt zu haben. Die Sparkasse Ostberlins erreichte 4,2% unter ihren Sparguthaben (absolute Angaben in Abb. 19).³⁸⁸ Mit Verordnung vom 26. April 1962 konnten keine neuen Konten mehr eingerichtet und auf die bestehenden Konten keine Einzahlungen mehr getätigt werden.³⁸⁹ Es gab es jedoch einen Bestandsschutz. Dieser währte bis zum 1. Juli 1990, als sich im Zuge der Währungsunion jeder Kontoinhaber in der DDR ausweisen musste.³⁹⁰

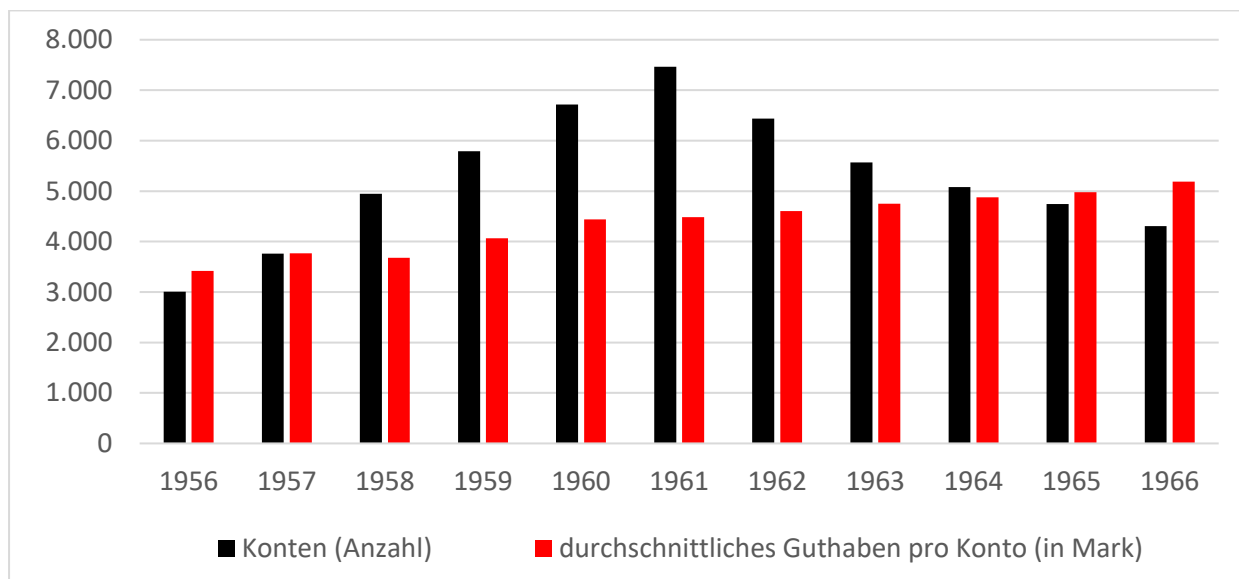


Abbildung 19: Inhabersparen in der Sparkasse Berlin (1956-1966)³⁹¹

387 MdF: Begründung zur zweiten Verordnung über das Inhabersparbuch, 19.3.1962, in: HA OSV, D/7150/AUG, Bd. 1.

388 Jahresbericht der Sparkasse Berlin (Ost), 1962, in: HA Sparkasse Berlin.

389 Verordnung über das Inhabersparen, 26.4.1962, Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 30/62.

390 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 277.

391 Jahres- und Geschäftsberichte der Sparkasse Berlin (Ost), 1956, 1966, in: HA Sparkasse Berlin. Für 1955 liegen keine Zahlen vor, für 1954 nur die Gesamthöhe von 3,4 Mill. Mark (1961: 3,3 Mrd. Mark).

Die Inhabersparbücher unterlagen denselben Verzinsungsmodellen wie normale Sparkonten und waren von Vermögens- und Erbschaftssteuern befreit, wie die Zinsen von der Einkommenssteuer. Inwiefern die Konten Möglichkeiten für Steuerflucht bereithalten sollten und ob sie bei einem Offenbarungseid genannt werden mussten, war anfangs strittig.³⁹² Ihre Einführung ist wohl zu den Reaktionen auf den Juni-Aufstand 1953 zu zählen. Mit der Gewährung größerer Freiräume für privatwirtschaftliche Unternehmen und einer freizügigeren Kreditpolitik wuchs die umlaufende Bargeldmenge stark an (allein im ersten Quartal 1954 um 15%³⁹³). Die Einführung des Inhabersparbuchs ist vermutlich als Teil einer bemerkenswerten Kompromisspolitik zu interpretieren: Der Anspruch staatlicher Wirtschaftsplanung wurde in der Hoffnung zurückgefahren, dafür eine größere Kontrolle über die (Bargeld-)ströme zu erhalten und auf inflationäre Tendenzen reagieren zu können.³⁹⁴ Intern scheint diese Strategie umstritten gewesen zu sein. Der später in die Bundesrepublik übergesiedelte ehemalige Leiter der Planungsabteilung der Staatsbank der DDR Paul Frenzel schrieb etwa, die Konten seien nur von solchen Personen genutzt worden, „welche die von der SED zeitweilig betriebene demagogische Politik des Umwerbens von Privatunternehmern für illegale Geschäfte genutzt hatten.“³⁹⁵ Nach der endgültigen Grenzschießung 1961 waren solche Rücksichtnahmen bzw. ein solches Umwerben dann offenkundig nicht mehr nötig, und das SED-Regime intensivierte die ‚Durchherrschaft‘ aller Bereiche des alltäglichen Lebens auch in der Wirtschaftspolitik.³⁹⁶

Bezüglich der Inhabersparbücher wäre zunächst nach den vom Staat intendierten Nutzern und Nutzungszwecken zu fragen und zu untersuchen, inwiefern diese als erreicht betrachtet wurden. Im Schriftverkehr des Finanzministeriums sind teils enttäuschte Äußerungen dokumentiert. Die anonymen Konten hätten „viele Möglichkeiten der Verschleierung, der Manipulation und der unerwünschten Übertragung von Sparbeträgen auf andere Personen“ gegeben.³⁹⁷ Laut einer Evaluation von 1962 handelte es sich um ein wirksames Übergangsinstrument der Spareinlagensammlung, dessen man nun nicht mehr

392 Auszug aus „Neue Justiz“, 20.5.1954, in: HA OSV, D/7150/AUG, Bd. 1.

393 Eigene Berechnung nach Zahlen in: Kohlmeier, Das Geldsystem.

394 „Der Hintergrund war die Absicht, noch vorhandene ‚Schwarzgelder‘ zu deponieren. Dies konnte nur gelingen, wenn der Einzahler anonym blieb.“ Hoffmann, Als privater Unternehmer in der DDR, S. 46.

395 Frenzel, rote Mark, S. 65.

396 Vgl. Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft.

397 MdF: Begründung zur zweiten Verordnung über das Inhabersparbuch vom ; , Entwurf, 19.3.1962, in: HA OSV, D/7150/AUG, Bd. 1.

bedürfe, weil sich in der Landwirtschaft und bei den Mittelschichten, „für die das Inhabersparen gedacht war, eine neue, positive Einstellung zu unserem sozialistischen Staat entwickelt“ habe.³⁹⁸

In den Jahresberichten der Sparkassen, in internen Arbeitsanweisungen sowie in Tagungsprotokollen und weiteren Quellen finden sich teils detailliertere Schilderungen des Kundenkreises. So scheinen beispielsweise zu Beginn weniger Bauern, Handwerker und Geschäftsleute das Konto genutzt zu haben. Dagegen zählte die aus dem Westen finanziell unterstützte Evangelische Kirche zu den *early adoptern*.³⁹⁹ Das Finanzministerium verdächtigte auch Leiter halbstaatlicher Betriebe, abgezweigte Gelder auf diese Weise deponiert zu haben.⁴⁰⁰ Eine Nutzung durch Ausländer*innen wird durch ein erhöhtes Aufkommen in der Messestadt Leipzig nahegelegt.⁴⁰¹

Ein weiteres Forschungsfeld wäre die Werbung für das Inhabersparen, die sich sehr deutlich von der sonstigen Sparwerbung unterschied. Bei der Einführung gab das Finanzministerium vor, man wolle „vorerst auf eine besondere Propagierung verzichten“, sondern den Adressatenkreis durch Inserate „in einschlägigen Fachzeitschriften der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern“ erreichen.⁴⁰² Auch die Sparkassen selbst sollten zielgerichtet werben, etwa durch Beilage von Handzetteln zu Kontoauszügen „bei den interessierten Personenkreisen“ und durch „diskrete Auskunfterteilung“ am Schalter.⁴⁰³

Dieses *Microtargeting* widersprach der angeblich zugesicherten Anonymität und verweist somit auf etwas, das in den Geschäftsberichten der Sparkassen immer wieder durchscheint, nämlich dass man sich in den Sparkassenfilialen kannte und häufig die Identität jener „anonym“ ihr Geld einzahlenden und abhebenden

398 MdF: Begründung zur zweiten Verordnung über das Inhabersparbuch vom ; , 26.3.1962, in: ebd.

399 Günther-Magdeburg: Redebeitrag zu Tagung der Hauptreferenten Sparkassen und Banken der Bezirke, 3.8.1954, S. 5, in: BA, DN 1/820. „Damit [Inhabersparkonten] wollte man besonders Gewerbetreibende, Handwerker, Unternehmer, Selbständige und wohlhabende Landwirte verlocken, ihre zum Teil hohen Bargeldbestände bei den Sparkassen einzuliefern.“ Wieke, DDR-Mark Gedenkbuch, S. 59.

400 Vgl. Frenzel, rote Mark, S. 64f., 137f.

401 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 277. Angesichts der schwierigen Datenlage wäre die Analyse des Nutzerkreises nur indirekt möglich, indem man den Anteil des Inhabersparens an den Gesamtspareinlagen zwischen Sparkassen vergleicht, etwa zwischen industriell und agrarisch geprägten Regionen oder grenznahen und grenzfernen Standorten.

402 MdF: Sparkassenleiter-Rundschreiben Nr. 8/1954, 5.3.1954, in: HA OSV, D/7150/AUG, Bd. 1.

403 Ebd. Auf den Handzetteln lautete die Begründung: „Es gibt Bürger, die bei der Anlegung eines Sparkontos aus irgendwelchen Gründen ihren Namen nicht nennen möchten. Für diese Sparer wurde das Inhabersparen eingeführt. Bei Anlegung eines Inhabersparkontos und Abhebung von diesem Konto ist die Angabe des Namens oder irgendeine Legitimation nicht erforderlich.“ Werbebroschüre „Sparen hilft dem Aufbau - Sparen nützt auch Dir! Sonderausgabe der Kreissparkasse Stollberg (Sachs)“, o.D. [1956], in: HA der Erzgebirgssparkasse, OB 6075.

Kontoinhaber eben doch kein Geheimnis war.⁴⁰⁴ Gleichwohl scheinen die Inhabersparbücher durchaus von in Graubereichen tätigen Selbständigen genutzt worden zu sein.⁴⁰⁵

4. Kreditgeschäfte

Die Geschichte des Kreditwesens der DDR wird üblicherweise in vier Phasen unterteilt: Eine Übergangsphase in der unmittelbaren Nachkriegszeit, eine Integrationsphase 1948-1963, eine Experimentierphase 1963-1971 und eine Zentralisierungsphase 1971-1989.⁴⁰⁶ Diese Einteilung orientiert sich an übrigen „Geschäftsbanken“ sowie an den Entwicklungen rund um die Notenbank bzw. Staatsbank. Die Anwendbarkeit auf die Sparkassen ist strittig.⁴⁰⁷ Allerdings ist deren Kreditgeschäft bislang kaum untersucht worden.⁴⁰⁸ In den Festschriften der Sparkassen finden sich knappe und oftmals ähnliche Passagen, vor allem zur Wohnungsbaufinanzierung, zu „Personalkrediten“ an physische Personen (insb. Ehekredite) sowie in Bezug auf Kredite an die Privatwirtschaft, besonders an Handwerksbetriebe.

Gedämpft wurde das Forschungsinteresse seit der „Wende“ vermutlich durch den zuletzt sehr niedrigen Anteil der Sparkassen am gesamtwirtschaftlichen Kreditvolumen von nur noch gut 5%, durch die geringen Ausfallraten und durch die Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil der Kredite zinslos gewährt wurde.⁴⁰⁹ In den späten 1980er Jahren waren deshalb auch nur noch etwa 9% der Sparkassenangestellten im Kreditgeschäft tätig. Seitdem die Sparkassen 1971 die Finanzierung des staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsneubaus an die Industrie- und Handelsbank abgegeben hatten, machten Kredite nur noch zwischen 14% und 17% des Aktivgeschäfts aus.⁴¹⁰ In den 1960ern hatte dieser Wert hingegen um 30% gelegen, unmittelbar nach der Währungsreform 1948 sogar bei über 40% (siehe Abb. 20).

404 In Ostberlin war wegen „Agententätigkeiten“ die Einzahlung ohne Vorlage eines Personalausweises zwischenzeitlich 1955 aufgehoben worden. Siehe Kohlmeier, Das Geldsystem, S. 157.

405 Siehe etwa den Erlebnisbericht Hoffmann, Als privater Unternehmer in der DDR, S. 46.

406 Vgl. Hummel, Kreditwesen.

407 So Detlev Hummel selbst, vgl. Hummel, Geschichte der Bankwirtschaft, S. 55. Während der „Experimentierphase“ wurden z.B. die Sparkassenprodukte für Privatkunden vereinheitlicht und vereinfacht. Vgl. Hummel, Kreditwesen, S. 399.

408 Den Forschungsstand bilden auch hier die bereits mehrfach erwähnten Werke von Wysocki/Günther sowie von Hummel aus den Jahren 1996 bzw. 1998 ab. Hummel, Kreditwesen. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 106–129, 330–367. Ferner: Geiger/Günther, Neugestaltung, S. 38–40, 330–345

409 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 145.

410 Vgl. ebd., S. 263. Hummel, Kreditwesen, S. 421.

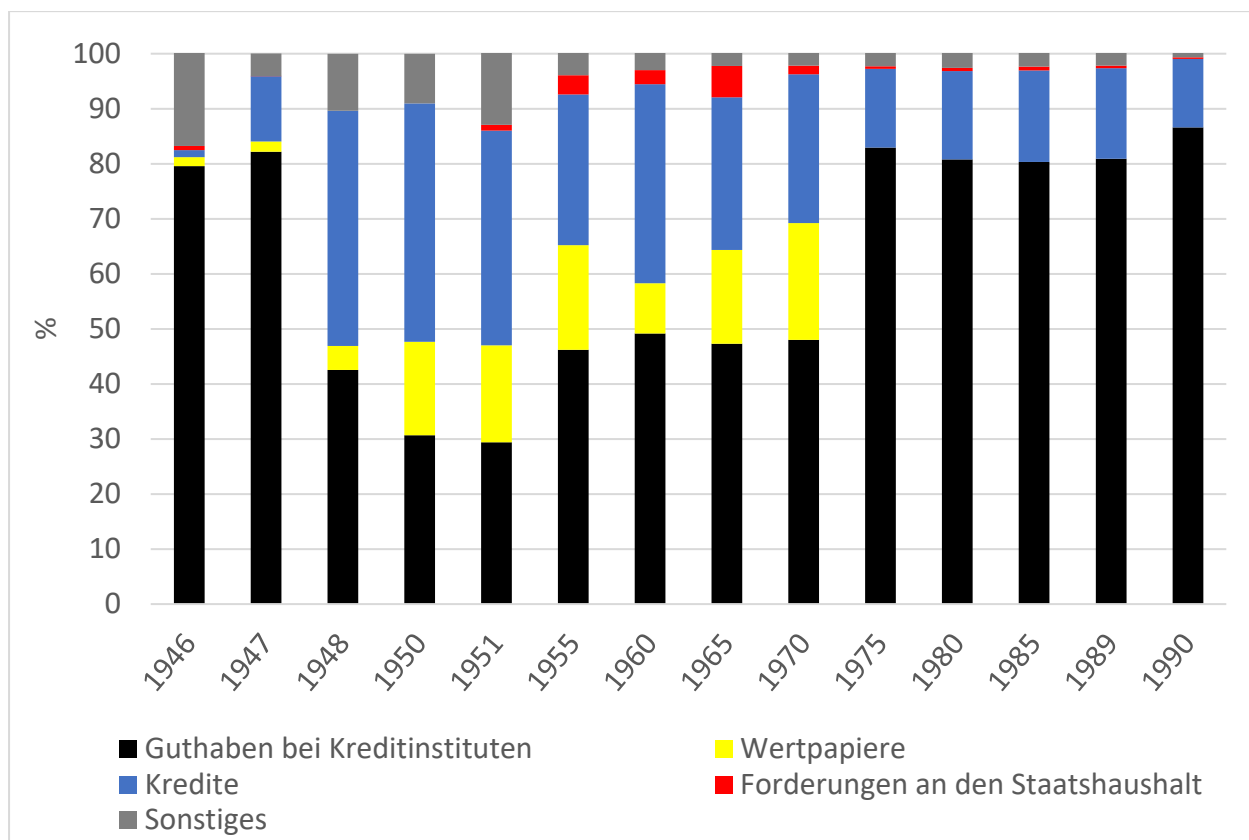


Abbildung 20: Aktiva in den Bilanzen der SBZ/DDR-Sparkassen (1946-1990)⁴¹¹

Die schrumpfende Vielfalt der Aktiva wird exemplarisch durch eine Übersicht der Stadtparkasse Dresden illustriert (siehe Abb. 21). Die Sparkassen spielten in den früheren Phasen eine deutlich größere Rolle im nationalen Kreditwesen, dessen Bedeutung für den Produktions- und Konsumprozess der SBZ/DDR wiederum Teil von Aushandlungsprozessen war und daher schwankte. Besonders während des Neuen Kurses ab 1953 sowie des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) ab 1963 waren Kredite vergleichsweise bedeutend beim „Versuch, durch die selektive Inkraftsetzung von betrieblichen und individuellen Leistungsanreizen intensives Wachstum zu stimulieren.“⁴¹² Dem Argument, Kredite trügen zu einer effizienteren Art des

411 Berechnungen nach Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 416. Sonstiges v.a. Kassenbestand, Gewinnverwendung, Guthaben bei Kreditinstituten insb. Notenbank/Staatsbank. Den Hauptanteil der Kredite machten solche im Rahmen des privaten Wohnungsbaus aus, insb. mit den Ehekrediten kamen ab 1972 Konsumkredite hinzu. Die Wertpapiere waren zunächst Länderanleihen und Schuldverschreibungen, in den 1960er Jahren meist Obligationen.

412 Ahrens, Ralf: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW: Strukturen und handelspolitische Strategien 1963-1976, Köln 2000, S. 136.

Wirtschaftens bei und die Kreditinstitute seien entsprechend hilfreich bei einer effektiven Plankontrolle, wurde in diesen Phasen mehr Gewicht beigemessen.⁴¹³

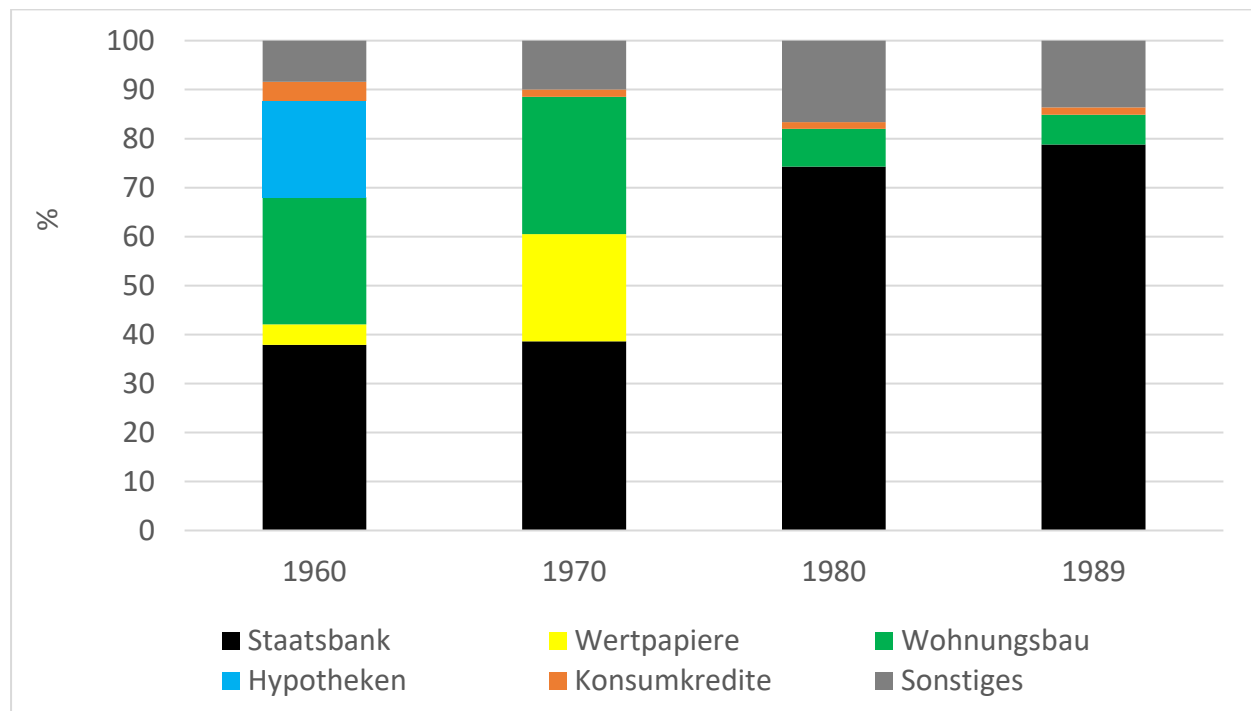


Abbildung 21: Aktiva der Stadtsparkasse Dresden (1960-1989)⁴¹⁴

Detlev Hummel formulierte die These: „Die Sparkassen wurden ansonsten [abgesehen von der Einführung des Spargiroverkehrs] wegen ihres geringeren Kreditengagements kaum mit den wirtschaftspolitischen Veränderungen des ‚neuen ökonomischen Systems‘ konfrontiert.“⁴¹⁵ Dies wäre empirisch zu untersuchen, gerade weil in der DDR die Kreditpolitik als Druckmittel zum sozialistischen Umbau der Wirtschaft genutzt worden ist, so beispielsweise hinsichtlich des Agrarsektors unter Beteiligung der Bauernbank.⁴¹⁶ Interessant wäre daher eine Analyse, wie stark die Sparkassen in diesen Umbau eingebunden waren und ob sie auch umgekehrt mit der Vergabe von Grund- und Umlaufmittelkrediten in Krisenphasen oder in Phasen des

413 So hatte beispielsweise der Neue Kurs es privatwirtschaftlichen Kreditnehmer*innen vorübergehend ermöglicht, Kleinkredite aufzunehmen. Arbeiter*innen und Angestellte erhielten erweiterte Möglichkeiten des kreditfinanzierten Eigenheimbaus (siehe Kap. II.4.2). Auch die Modifikation des NÖS durch das Ökonomische System des Sozialismus ab 1967 beeinflusste die Stellung des Kreditgeschäfts in der Wirtschaft.

414 Wysocki, Stadtsparkasse Dresden, 260f. Die Staatsbank hieß 1960 noch Notenbank. Die Obligationen der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung (Wertpapiere) wurden 1971 der Industrie- und Handelsbank übertragen.

415 Hummel, Geschichte der Bankwirtschaft, S. 55.

416 Vgl. ebd., S. 46f.

Wandels (wie dem NÖS) privatwirtschaftliche Elemente stärken, den sozialistischen Umbau verzögern und das SED-Regime stabilisieren sollten.⁴¹⁷

Der Kreditnachfrage von Konsument*innen und Betrieben stand ein überreiches Angebot an Spargeldern und Bankguthaben gegenüber.⁴¹⁸ Mit dem Aufbau der Planwirtschaft bestimmte der Staat bald detailliert die Konditionen der meisten - aber nicht aller - Kreditarten. Staatliche Limite beschränkten das Kreditpotential von Banken und Sparkassen.⁴¹⁹ Daher ist zu vermuten, dass eine Rekonstruktion der Handlungsspielräume der Sparkassen nur für bestimmte Kredittypen und eher für die frühen Zeiträume relevant ist. Deshalb beschränken sich folgenden Forschungsperspektiven nicht auf die Sparkassen, sondern betten die Kreditgestaltung sowie Vergabepraktiken in größere Kontexte ein.

4.1 Unmittelbare Nachkriegszeit (1945 bis ca. 1952)

Die Nachkriegszeit war geprägt durch eine starke Überliquidität (insb. vor der Währungsreform 1948), Kriegszerstörungen, Demontagen, gewaltige Flüchtlingsströme, Konkurrenzsituationen der Sparkassen mit anderen Banken und uneinheitliche Rechtssetzungen in den Ländern. Gleichzeitig hatten die Sparkasse offenkundig noch Handlungsspielräume gegenüber zentralistischen Lenkungsversuchen.

Anders als bei den Spareinlagen begannen die Sparkassen der SBZ im Kreditgeschäft nicht bei null. Per Befehl der SMAD vom 1. März 1946 waren Kreditforderungen aus der Zeit vor 1945 auf die neuen Sparkassen zu übertragen.⁴²⁰ Aufgrund der Überliquidität blieb die Neuvergabe von Krediten zunächst gering, stieg jedoch infolge der Flucht in Sachwerte vor der Währungsreform 1948 an. Die anschließende Reduktion der Geldmenge bewirkte bei persistentem Nachfrageüberhang ebenfalls eine höhere Kreditnachfrage. Die politische Führung machte dafür vor allem die volkseigenen Betriebe verantwortlich, welche sich mittels Kredite ihren Planvorgaben entzogen.⁴²¹ Wsocki/Günther beschreiben „geradezu anarchischen Verhältnisse“, die durch Anordnungen der Deutschen Wirtschaftskommission ab 1949 und

417 Zu fragen wäre auch nach einem Wandel der Kreditvergabepraxis in den späten 1980er Jahren. Hierzu u.a. BLHA, Rep. 688 Staatsbank der DDR, Bezirksdirektion Frankfurt/Oder, Nr. 206: Unterstützung der privaten Handwerks- und Gewerbebetriebe durch die Gewährung der Grundmittel- und Umlaufmittelkredite durch die Sparkassen (1985-1989)

418 Auch in VEBen fielen Produktionsprozesse und Erlöse zeitlich auseinander. Vgl. Bues, Bankensystem, S. 67.

419 Limite musste es allein schon deshalb geben, um die Ungleichgewichte zwischen Geld- und Warenfonds zu begrenzen. „Aus Sicht der Planungsbehörden stand das auszureichende Kreditvolumen als Vorgriff auf ein zu erzielendes Einkommen in direkter Abhängigkeit mit der auszubringenden Konsumgütermenge und der privaten Ersparnisbildung, welche einen vorläufigen Verzicht auf Konsum darstellte.“ Ebd., S. 83.

420 Vgl. Wachtel, Paul: Die obereichsfeldischen Sparkassen im Sozialismus, in: Kreissparkasse Eichsfeld, Geschichte, S. 157.

421 Vgl. Schmidt, Rolle der Banken, S. 109.

selbst durch die Einführung der „Kontrolle durch die Mark“ mittels „wirtschaftlicher Rechnungsführung“ 1952 nur teilweise überwunden werden konnten.⁴²²

Ein Mittel zur Beschneidung dieser „Anarchie“ war die Herabsetzung des Kreditlimits. Dieses wurde durch die Notenbank beispielsweise für die Sparkasse Berlin (Ost) zu Beginn des Jahres 1949 zunächst auf 700.000 Mark begrenzt, wodurch das Geschäft mit kurzfristigen Krediten laut Geschäftsbericht „stark ~~beeinträchtigt~~ *eingengt*“ wurde und neue Kredite in den ersten vier Monaten „nur in wenigen *drängenden u wichtigen* Ausnahmefällen gewährt werden“ konnten.⁴²³ Für das zweite Quartal konnte die Sparkasse jedoch eine Wiederheraufsetzung des Limits erreichen. Gleichzeitig erfolgte allerdings eine Änderung der Vergaberichtlinien, wodurch „viele bereits vorliegende Kreditanträge abgelehnt und *eine große Anzahl bereits* ausgegebener Kredite zurückgefordert werden mussten. ~~Diese Tatsache hat sich jedoch nicht immer zu Ungunsten unseres Anlagegeschäfts ausgewirkt, weil in vielen Fällen statt des beantragten kurzfristigen Kredits eine Hypothek gewährt werden konnte.~~“⁴²⁴ Die überarbeiteten Formulierungen dieses Geschäftsberichts deuten auf die noch bestehende Profitorientierung des Kreditinstituts sowie den Ehrgeiz zu einem Ausbau der Stellung im Wirtschaftsleben der DDR hin. Es wären die Sparkassen als Akteure zu untersuchen, die über ihre Einbindung in kommunale Netzwerke versuchten, sich Handlungsräume zu erarbeiten und durch die Wellen wechselnder Rahmenbedingungen und zentralstaatlicher Vorgaben hindurchzunavigieren. In Berlin beispielsweise blieb die Zahl vergebener Kredite zwar 1949 stabil (235 gegenüber 236 im Vorjahr), die Summe ging jedoch um über 50% auf nur noch 600.000 Mark zurück. In den folgenden Jahren steigerte sich die Kreditvergabe auf 4.400 Stück 1950 sowie auf 7.400 im Jahr 1951 (nun insg. 14. Mio. Mark).⁴²⁵

Neben Berlin wäre etwa auch Sachsen als Fallbeispiel zu untersuchen. Es war das strukturstärkste Land der SBZ, in dem die SMAD ein Exempel statuierte und besonders früh und umfangreich enteignete.⁴²⁶ In der

422 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 72.

423 Zitate in: Sparkasse der Stadt Berlin (Ost): Bericht über die Geschäftsentwicklung im Jahre 1949, 30.3.1950, Entwurf, S. 5, kursiv als handschriftliche Einfügung i.O., in: HA Sparkasse Berlin. Dies folgte auf die Gründung der Deutschen Investitionsbank gemäß SMAD-Befehl vom 10.9.1948, welche die Vergabe langfristiger Kredite über 10.000 Mark übernahm.

424 Ebd., S. 7, kursiv als handschriftliche Einfügung i.O. Letzter Satz im Original durchgestrichen.

425 1951 waren etwa die Hälfte (6,9 Mio.) Zessionskredite. Geschäftsberichte der Sparkasse Berlin (Ost), in: HA Sparkasse Berlin. Ende des Jahres 1949 waren fast alle kurzfristigen Kredite entweder Kontokorrentkredite oder kurzfristige Überziehungen.

426 Nach einem Volksentscheid wurden von 4.000 sequestrierten Unternehmen 1.861 enteignet. Die anderen Länder zogen mit Enteignungen von je gut 1.000 Unternehmen nach. Ziel war die „Sicherung der geforderten Reparationen durch Entnahme aus der laufenden Produktion.“ Sperk, Entnazifizierung, S. 412.

Folge wanderten tausende Unternehmer*innen aus.⁴²⁷ Für die Planerfüllung war dieser Exodus eine große Belastung. Die Sparkassen und Sparkassenverbänden warben deshalb für eine Ausweitung ihrer Kreditvergabe, indem sie auf deren stabilisierende Wirkungen hinwiesen. In diesem Sinne wandte sich beispielsweise 1950 der Präsident des Sächsischen Sparkassenverbands (SSV) Degner an den Kreisrat Zwickau. Er verwies auf eine Anordnung der Notenbank, laut der „den mit Minuskapital bzw. mit Verlust arbeitenden Produktionsstätten der privaten Wirtschaft, also Unternehmen, die nach alten Erfahrungsgrundsätzen nicht kreditwürdig erscheinen, unter bestimmten Voraussetzungen eine angemessene Kreditunterstützung im Grundsatz nicht zu versagen ist.“⁴²⁸ Damit versuchte Degner (SED) die Widerstände des Landrats wie auch die internen Widerstände der SED-Betriebsgruppe zu überwinden, um einem politisch unliebsamen Geschäftsmann die Möglichkeit zu geben, via Kredit Steuerschulden abzulösen und so sein Unternehmen fortzuführen. Derartige Konflikte wären näher zu untersuchen.⁴²⁹

Mit den Beständen zum SSV sowie den Deposita einiger Sparkassen verfügt das Historische Archiv des OSV über substantielle Quellen, darunter Eingaben von Kreditantragstellern, Anträgen von Sparkassen zur Gewährung von langfristigen Krediten sowie Anordnungen der Deutschen Wirtschaftskommission zum Kreditgeschäft.⁴³⁰ Eine Vielzahl von Kreditakten von kleinen und mittelständischen Firmen sind auch im Archiv der Erzgebirgssparkasse erhalten.⁴³¹ Diese reichen teils bis in die 1930er Jahre zurück und erstrecken sich in einigen Fällen bis in die 1970er Jahre. In den Sparkassenarchiven sind in der Regel zumindest für die unmittelbare Nachkriegszeit auch Listen der Debitoren samt Branche, Name, Kredithöhe und Modalitäten erhalten.⁴³²

427 Allein bis 1953 waren 4.000 Unternehmen in die Bundesrepublik verlagert worden. Vgl. Weber, *Getrennt und doch vereint*, S. 300.

428 Degner (SSV) an Kreisrat Zwickau (Landrat Wiesner), 19.9.1950, in: HA OSV, D/4903/BUG, Bd. 4.

429 Die offenbar vorwiegend auf kurzfristige Stabilisierung der Produktion und damit auf Verlangsamung des Umbaus der Wirtschaft ausgerichteten Sparkassen waren nicht nur externen Einflüssen ausgesetzt, sondern auch einem Druck der SED-Betriebsgruppen. So witterte beispielsweise die SED-Betriebsgruppe der KSK Leipzig bei der „Unsinnigkeit der Kreditpolitik eines [Sparkassen-]Direktors Gruber, ‚alter Bankfachmann‘ und dicker Freund des ehrenwerten ‚Ministers Rohner‘ [Landesminister der Finanzen, CDU]“ sowie beim SSV „einen reaktionären Geist“. SED-Betriebsgruppe KSK Leipzig an SSV-SED-Betriebsgruppe, 24.2.1950, in: HA OSV, D/4900/BUG, Bd. 5.

430 HA OSV, D/6994/BUG, Bd. 2 (1952/53); D/6994/BUG, Bd. 1: Anträge von Sparkassen zur Gewährung von langfristigen Krediten (1949-1952); D/6990/BUG, Bd. 5: Anordnungen der DWK und LRS für das Kreditgeschäft nach der Währungsreform (1947-1950); D/5127/AUG, Bd. 1: Kurzfr. Kredite an die Nahrungsmittelindustrie, SSV (1949-1954); D/5127/AUG, Bd. 2: Prüfung der Kreditabt. der sächsischen Sparkassen durch den SSV im Jahr 1951.

431 Darunter Strumpffabriken, Kohlenhandlungen, Tischlereien. HA Erzgebirgssparkasse, OB 516; OB 526; SG 209.

432 Siehe z.B. Nachweise über die gegebenen und abgedeckten kurz- und mittelfristigen Kredite und Darlehen bei der städtischen Sparkasse Apolda, 31.12.1947, in: ASMTh, Apolda Nr. 156. Relevant sind auch die Geschäfts- bzw. Jahresberichte mit statistischen Angaben sowie Erläuterungen.

Von gewisser Bedeutung war offenbar ebenfalls das Thema Kommunalkredite. Schon bei der Gründung der Sparkassen im frühen 19. Jahrhundert hatte das Kreditbedürfnis der öffentlichen Hand eine Hauptrolle gespielt und die Sparkasse zur „Hausbank der Kommunen“ gemacht.⁴³³ Auch 1945/46 vergaben die Sparkassen der SBZ Kommunalkredite im Umfang von einigen Millionen Mark, bis dies mit wenigen Ausnahmen verboten wurde.⁴³⁴ Im Umfang von einigen hundert Millionen haben die Sparkassen ferner an der Zeichnung von Anleihen der Länder partizipiert.⁴³⁵

4.2 Wohnungsbau (privat, genossenschaftlich, volkseigen)

Die Wohnungssituation war in der SBZ kriegsbedingt verheerend, und die Versorgung mit angemessenem Wohnraum blieb in der DDR ein Dauerproblem. Nach der Staatsgründung fehlten schätzungsweise über eine Million Wohnungen - bei insgesamt rund 6,7 Millionen Haushalten.⁴³⁶ Die Kriegszerstörungen sowie Flucht und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg hatten daran den größten Anteil, aber bereits in der Vorkriegszeit hatte sich ein Bedarf aufgestaut. Der Wohnungsneu- und ausbau war bereits in den 1930er Jahren ein häufiges Sparziel gewesen, das jedoch selten umgesetzt werden konnte.⁴³⁷

Der Wohnungsbau in der DDR fand in drei Trägerschaften statt: privat, genossenschaftlich und volkseigen bzw. staatlich. Die Sparkassen waren in die Finanzierung aller drei Träger involviert, wobei allerdings sehr unterschiedliche Phasen zu unterscheiden sind. Kredite für den Neu- und Umbau von Wohnungen sowie Reparaturen machten zu bestimmten Zeiten einen beträchtlichen Anteil von über 25% am Aktivgeschäft aus, nämlich in der Nachkriegszeit sowie von 1958 bis 1970, als die Sparkassen neben dem privaten auch den genossenschaftlichen und staatlichen Wohnungsbau finanzierten (siehe Abb. 22).

433 Vgl. Ziegler, Dieter: Die Rolle der Spareinlagen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Hochindustrialisierung, in: Muschalla, Sparen, S. 47.

434 Eine Ausnahme bildete Ostberlin. LAB, C Rep. 105 (Magistrat von Berlin, Abt.), Nr. 3347: Aufnahme einer 100-Millionen-Mark-Anleihe zur Förderung der Aufbauarbeiten bei der Sparkasse der Stadt Berlin (1949). Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 331.

435 In den Bilanzen der Sparkassen schlugen Länderanleihen und Schuldverschreibungen 1948 mit 73 Mill. Mark und 1950 mit 332 Mill. zu Buche. Ebd., S. 416. Vgl. Hummel, Geschichte der Bankwirtschaft, S. 8.

436 Vgl. Buck, Hannsjörg: Mit hohem Anspruch gescheitert - die Wohnungspolitik der DDR, Münster 2004, S. 131.

437 Vgl. Swett, Private Life, S. 148f.

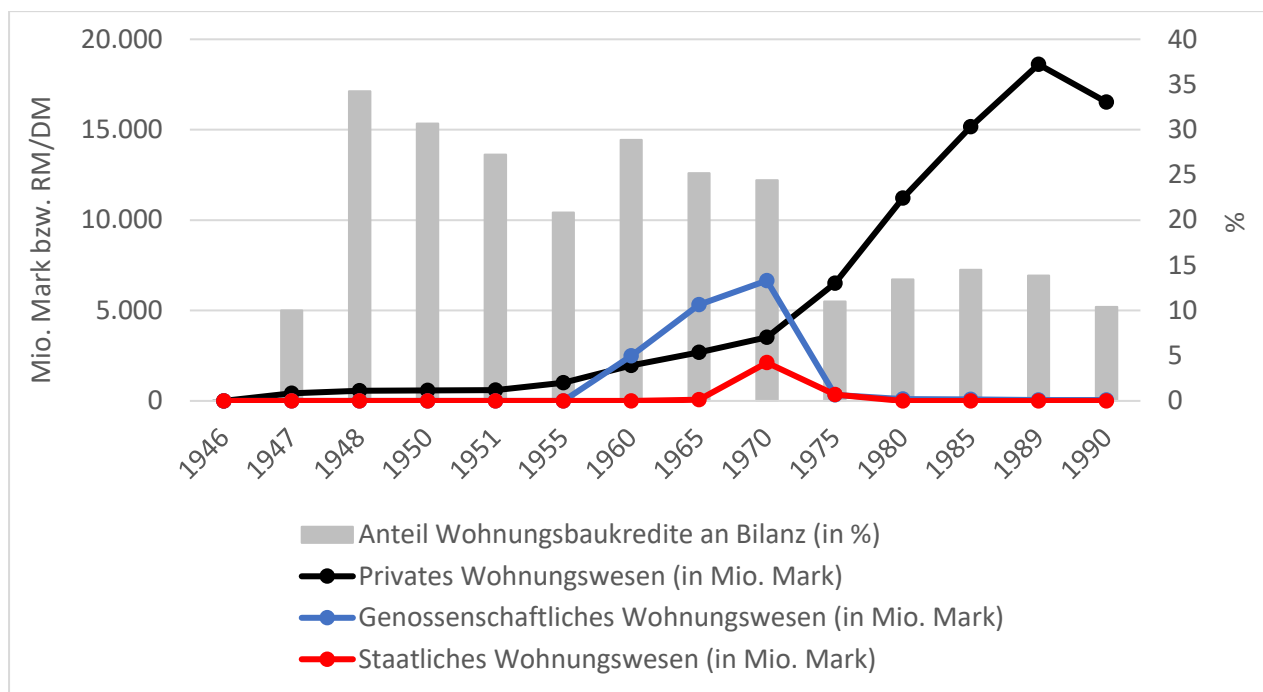


Abbildung 22: Der Wohnungsbau in den Bilanzen der DDR-Sparkassen (1946-1990)⁴³⁸

Hinzu kommen noch Obligationen kommunaler Wohnungsbaugesellschaften.⁴³⁹ Diese sollten offenbar ursprünglich von den Sparkassen nur vertrieben werden, wurden jedoch aufgrund des geringen Absatzes in der Bevölkerung in großem Umfang von ihnen selbst gezeichnet.⁴⁴⁰ Mit rund 5,4 Mrd. Mark im Jahr 1965 und 10,6 Mrd. Mark 1970 kamen die gehaltenen Obligationen in den Sparkassenbilanzen der Summe aller Wohnungsbaukredite jeweils nahe (8,1 Mrd. bzw. 12,3 Mrd. Mark).⁴⁴¹ Nachdem den Sparkassen die Finanzierung des genossenschaftlichen und staatlichen Wohnungsbaus entzogen worden war, stiegen ab 1971 die Baukredite an Private zunächst etwas überproportional zur Gesamtentwicklung der Aktiva, in den späten 1980ern dann unterproportional. Während die Sparkassen von 1958 bis 1970 den Löwenanteil der Kreditfinanzierung des Wohnungsbaus in der DDR abwickelten, lag der Anteil in den 1970er und 1980er Jahren bei etwa 20%.

438 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 416.

439 Die steuerbegünstigten Obligationen wurden durch kommunale Wohnungsbetriebe mit dem Status mündelsicherer Anlagen mit einer zwanzigjährigen Laufzeit und festem Zinssatz emittiert. Vgl. Scholz, Thomas M. Entwicklungsstufen der kommunalen Wohnungswirtschaft in Ostdeutschland, Hamburg 2018, S. 29f.

440 Vgl. Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 265.

441 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 416.

In der Literatur zur Bauwirtschaft und zur Wohnungspolitik der DDR wird Finanzierungsfragen wenig Beachtung geschenkt, und die Sparkassen werden folglich vielfach nicht erwähnt.⁴⁴² Dies gilt auch für Fallstudien zu Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG).⁴⁴³ Überblicksdarstellungen sowie Sparkassenfestschriften enthalten Hinweise zu rechtlichen Vorgaben sowie Einzelfällen, die anhand verfügbarer Quellen vertieft betrachtet werden könnten.⁴⁴⁴

Privater Wohnungsbau

Als Forschungsperspektive wäre zunächst an den individuellen bzw. privaten Wohnungsbau zu denken, an dem die Sparkassen unter allen Kreditinstituten stets einen großen - vielleicht sogar durchweg den größten - Anteil hatten. Bis auf die Jahre 1958 bis 1970 war der private Wohnungsbau das größte Kreditsegment. Die Konditionen der Kreditvergabe waren gesetzlich geregelt und hingen jeweils von den Bauvorhaben sowie vom Status der Kreditnehmer*innen ab. So konnte beispielsweise der Bau von Eigenheimen für Arbeiter*innen und Angestellte ab 1954 in Höhe von 75% zinslos kreditiert werden. Ab 1972 bzw. 1986 erhielten junge Ehepaare unter bestimmten Bedingungen einen unverzinsten Eigenheimbaukredit in Höhe von 5.000 bzw. 7.000 Mark bei geringen Tilgungsraten.⁴⁴⁵ Den Sparkassen wurden die Zinsausfälle sowie die Provision vom Staat erstattet, ähnlich wie bei vielen Personalkrediten (siehe die folgenden Unterkapitel). Sofern ein Eigenheimbau „außerhalb des Planes“ stattfand oder von Ausländer*innen durchgeführt wurden, betrug die Zinsen bis zu 4,5%.

Der Staat gestaltete in den meisten Fällen nicht nur die Konditionen günstig, sondern setzte auch großzügige Limite an, die jedoch in unterschiedlichem Maß ausgeschöpft wurden. Die Sparkasse Berlin erreichte 1955 das Limit bei Eigenheimkrediten in Höhe von 6 Mio. Mark nur zu 28,3%, die Kreissparkasse Sömmerda im Jahr 1957 ihr Limit in Höhe von 812 TDM Mark gar nur zu 7,6%. Letztere

442 Vgl. etwa die Überblicksdarstellung von Buck, Mit hohem Anspruch gescheitert, oder die Lokalstudien von Raschke, Brigitte: Der Wiederaufbau und die städtebauliche Erweiterung von Neubrandenburg in der Zeit zwischen 1945 und 1989, München 2005 und von Rau, Christian: Stadtverwaltung im Staatssozialismus: Kommunalpolitik und Wohnungswesen in der DDR am Beispiel Leipzigs (1957–1989), Stuttgart 2017. Dies gilt auch für Analysen des Großsiedlungsbaus: Meuser, Philipp: Vom seriellen Plattenbau zur komplexen Großsiedlung: industrieller Wohnungsbau in der DDR 1953–1990, T. 1 u. 2., Berlin 2022. Braun, Jascha Philipp: Großsiedlungsbau im geteilten Berlin: das Märkische Viertel und Marzahn als Beispiele des spätmodernen Städtebaus, Berlin 2019.

443 Vgl. Brinckmann, Andrea: Erfurter Wohnungsgeschichte: die Geschichte der Wohnungsbau-Genossenschaft Erfurt eG, Hamburg 2021. Stieffenhofer, Linda/Kamp, Michael: 120 Jahre Magdeburger Wohnungsbaugenossenschaft von 1893 eG, München 2013.

444 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 124–129, 346–351, 361f. Wachtel, Paul: Die obereichsfeldischen Sparkassen im Sozialismus, in: Kreissparkasse Eichsfeld, Geschichte, S. 161–165. Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, 317–322.

445 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 127–129, 357–362.

beschwerte sich in ihrem Jahresbericht, dass ihr die Zielvorgabe „auf unrealer Basis zugeteilt wurde“.⁴⁴⁶ Die in den Geschäfts- und Jahresberichten immer wieder hervorgebrachten Gründe dafür, dass Kredite zwar in beträchtlichem Maße beantragt, jedoch vielfach nicht aufgenommen wurden, waren - wenig überraschend - insbesondere Mängel an Material sowie Arbeitskräften. Die knappen Ressourcen wurden verstärkt in den genossenschaftlichen sowie staatlichen Bausektor gelenkt, was den privaten Wohnungsbau in den 1970er und 1980er Jahren auf ca. 10.000 neue Privatwohnungen pro Jahr begrenzte. Gleichwohl blieb bis zuletzt ein leicht überwiegender Teil des Wohnraums in der DDR in Privatbesitz.⁴⁴⁷

Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, agierte die private Bautätigkeit offenbar an den Rändern oder jenseits der Legalität.⁴⁴⁸ Es wäre zu fragen, wie umfangreich und detailliert die Aufsichtspflichten der Sparkassen geregelt waren, wie sehr sie diesen nachkamen und was ihr Selbstverständnis dabei war. Wie stets ist ferner die Frage nach den Spielräumen der Sparkassen bei der Kreditvergabe relevant und die grundsätzliche Prüfung, welchen Einfluss sie auf das Baugeschehen ausüben konnten. Für die 1970er Jahre wäre auch zu fragen, ob die Sparkassen bei der stark steigenden Kreditvergabe an den privaten Wohnungsbau noch von den Erfahrungen im staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau bis 1971 profitieren konnten bzw. wie stark sich der Übertritt von Sparkassenbeschäftigten zur Industrie- und Handelsbank auswirkte.

Relevante Quellen sind neben den Gesetzen und Verordnungen,⁴⁴⁹ Handakten des Ministeriums der Finanzen betr. Kreditvergaben sowie Eingaben der Bürger*innen⁴⁵⁰ insbesondere Kreditakten der Sparkassen,⁴⁵¹ interne Plananalysen⁴⁵² und Arbeitsanweisungen,⁴⁵³ Brigadetagebücher der Kollektive

446 Kreissparkasse Sömmerda: Jahresbericht 1957, S. 18, in: ASMTh, Sömmerda, AKS 6. Betr. den gesamten Wohnungsbau wurde das Limit zu 36,5% in Anspruch genommen.

447 1971-1988 wurden ca. 196.000 Wohnungen (inkl. Erweiterungen) durch private Bauherren gebaut. Vgl. Buck, Mit hohem Anspruch gescheitert, S. 337. Schätzungen betreffend die 1980er Jahre gehen von jährlich etwa 11.-12.000 Privatwohnungen aus, dagegen zehn Mal mehr Sozialwohnungen. Vgl. Fulbrook, Ein ganz normales Leben, S. 71. Die private Bauwirtschaft erbrachte um 1950 noch knapp die Hälfte aller Bauleistungen der DDR, 1962 nur noch rd. 2,5% (12,2% halbstaatlich).

448 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 129.

449 Die Sparkassenarbeit, Heft 30: Die Sparkassen und der genossenschaftliche Wohnungsbau (Mit einer Zusammenfassung der gesetzlichen und sonstigen Bestimmungen nach dem Stande vom 30. April 1958), 187 S.

450 Siehe z.B. den Frage-Antwort-Katalog betr. Entscheidung des Ministerrats vom 25.6.1953, Kredite in Höhe von 6 Mio. Mark für den Bau und die Instandsetzung von Wohnungen und Straßen bereitzustellen, die auch von Privaten abgerufen werden können, in: BA, DN 1/2439a.

451 HA Erzgebirgssparkasse, OB 762: Akte Kredite zum Bau von Eigenheimen 1973 – KSK Zschopau; OB 4856: Baufinanzierungen ab 1975 – KSK Annaberg

452 HA Sparkasse Berlin, Akte „Kredite Wohnungswesen (Analysen, Eigenheimbau, Werterhaltung, 1973-1989)“.

453 Z.B. HA Erzgebirgssparkasse, OB 5772: Arbeitsanweisungen betr. Kredite zum Eigenheimbau für junge Eheleute – KSK Stollberg 1972-1974, OB 5408: Arbeitsanweisung "Die Finanzierung von Baumaßnahmen für privaten Wohnraum" (1960), OB 4990:

Wohnungsbaufinanzierung⁴⁵⁴ sowie Dokumentationen von Planungssitzungen und Bauausschüssen.⁴⁵⁵ In den Landes- bzw. Staatsarchiven liegen Akten zur Kooperation mit den Bezirksstellen der Sparkassen des Bezirkes.⁴⁵⁶

Genossenschaftlicher und Volkseigener Wohnungsbau

Anfang 1958 wurde den Sparkassen von der Deutschen Investitionsbank die Finanzierung des genossenschaftlichen und volkseigenen Wohnungsbaus übertragen sowie bald darauf auch der Folgeinvestitionen (Schulen, Kindergärten, Läden für den täglichen Bedarf etc.). Damit erhielten sie - freilich mit Ausnahmen - landesweit „die Kontrolle über das Baugeschehen und verwalteten alle dafür eingesetzten finanziellen Mittel, z.B. die Genossenschaftsanteile, die Betriebszuschüsse, die Haushalts- und Lottomittel.“⁴⁵⁷ Die gleichzeitig übernommene Kontrollfunktion war zumindest theoretisch sehr weitreichend, „von der Bauplanung und -vorbereitung bis zur Überwachung der Einhaltung von Flächennormen und Durchschnittskosten“.⁴⁵⁸ Die Sparkassen führten auch die Konten von AWGs, prüften deren Jahresabschlüsse und die vierteljährliche Berichterstattungen über den Erfüllungsstand der Bauvorhaben. Zum 1. Januar 1971 wurden ihnen diese Kompetenzen jedoch abrupt entzogen und gemeinsam mit dem für diese Aufgaben zuständigen Personal der Industrie- und Handelsbank übertragen.

Die Jahre 1958 bis 1970 sind somit eine Phase, in welcher das Aktivgeschäft der DDR-Sparkassenwesen eine stärkere Bedeutung hatte. Zunächst wäre zu fragen, warum ihnen diese Aufgaben übertragen (und wieder entzogen wurden) und wie gut sie diese im Sinne des Regimes meisterten. Laut einer zeitgenössischen Veröffentlichung ging es vor allem um eine Lösung der Anreiz- und Informationsprobleme: Das dichte Filialnetz und die persönlichen Kundenbindungen erleichterten eine flächendeckende Kontrolle

Arbeitsanweisung Bau von Eigenheimen – KSK Stollberg 1980, OB 5769: Arbeitsanweisungen Kredite zum Eigenheimbau für junge Eheleute (1972-1974)

454 Brigadetagebücher des Kollektivs „Wohnungsbaufinanzierung“ der KSK Aue in den 1960er und 1970er Jahren, in: HA Erzgebirgssparkasse, SG 215, SG 216; Brigadetagebuch der Abt. Wohnungsbaufinanzierung und Kredite der Stadt- und Kreissparkasse Weimar, in: ASMTh Weimar, Brigadetagebücher.

455 Mithilfe der Bauausschüsse könnte die Schnittstellenfunktion der Sparkassen beleuchtet werden. In Weimar wurden z.B. 1963 in sechs Wohngebieten Bauausschüsse gegründet. Sparkassenmitarbeiter*innen besuchten diese, um mit privaten Hauseigentümern über Kredite „für Werterhaltungsmaßnahmen“ zu sprechen, verteilten Fragebögen und werteten diese aus. ASMTh Sparkasse Weimar, Nr. 111

456 Z.B. BLHA, 601 RdB Ff0 20105: Zusammenarbeit mit der Bezirksstelle der Sparkassen des Bezirkes Frankfurt/O., enthält u. a.: Eigenheimbau per 31. Dez. 1972; Erfüllung des Investitionsfinanzierungsplanes des komplexen Wohnungsbaues 1969 (1969-1973)

457 Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, S. 317.

458 Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 266.

der Bauvorhaben.⁴⁵⁹ So trugen die Sparkassen auch zum Ziel der AWGs bei, nicht nur die finanziellen Ressourcen der Genossenschaftsmitglieder zu mobilisierten, sondern auch deren Eigenleistungen. In diesem Sinn äußerte sich der Hauptabteilungsleiter der Sparkassenabteilung im Finanzministerium Ende 1957: „Das Bauen ist schwer bei uns. Wir müssen hierfür rüsten, aufmuntern, daß sie [die AWGs] Mut fassen zum Bau im Interesse der Genossenschaft. [;] Wir erwarten von den Menschen eine völlig andere Haltung als sie es bisher im Privatleben gewohnt waren. Das muß kämpferisch durchgesetzt werden. In erster Linie sind die Sparkassen helfende Berater von der Kreditseite her. Die Sparkassen sind nicht Techniker allein.“⁴⁶⁰

Ihre Informationen nutzten die Sparkassen, um sich für Anliegen des Wohnungsbaus und der Bestandspflege zu verwenden. Sie wiesen auf Zielkonflikte hin, etwa wenn Bauprojekte im Industrie- oder Energiesektor Kapazitäten banden, was die Wohnungsbaupläne gefährdete.⁴⁶¹ Hinsichtlich der Kontrolle wäre zunächst die betriebswirtschaftliche Ebene zu untersuchen. Auf der erwähnten Tagung hieß es: „Eine der Hauptaufgaben [der Sparkassen]: AWG davor zu schützen, daß sie über das Ohr gehauen werden durch die Baubetriebe.“⁴⁶² Hierfür wurden die Mitarbeiter*innen weitergebildet bzw. die Ausbildung angepasst, wobei noch unklar ist, wie dies geschah und ob dies ausreichte.⁴⁶³

Auf volkswirtschaftlicher Ebene wäre zu fragen, wie die Sparkassen in die Lenkung von Ressourcen eingebunden waren. Eine Stadtrandbebauung mit standardisierten 55-qm-Einheiten in vier oder fünfgeschossigen Häusern war beispielsweise günstiger als innenstädtische Bauvorhaben (Altbausanierung, Garagen, Schuppen). Die Sparkassen trugen dazu bei, Baukostenrichtwerte durchzusetzen und beispielsweise Kachelungen von Küchen und Bädern zu verhindern.⁴⁶⁴ Diese Fixierung auf einfache Messziffern („Tonnenideologie“) sowie eine kurzfristige Perspektive missachteten Nachhaltigkeitsaspekte (Bausubstanz, Umweltfolgen etc.) sowie die Interessen privater Bauherren oder künftiger Bewohner*innen. Die Sparkassen

459 „Die Konzentration der Kreditierungs- und Finanzierungsaufgaben des Wohnungsbaus bei den Sparkassen soll a) die Mobilisierung der Bevölkerung zur Teilnahme an den großen Aufgaben des Wohnungsbaus und b) die Bestrebungen zur Herbeiführung einer komplexen Bauweise und die Kontrolle über die sparsamste Verwendung der Geldmittel [;] unterstützen.“ Autorenkollektiv, Finanzsystem der DDR, S. 559f.

460 Vortrag Becker (MdF): Tagung der Kreditreferenten am 12.12.1957 in Berlin, 2.1.1958, in: BA, DN 1/820.

461 Jahresbericht der Stadt- und Kreissparkasse Görlitz 1958, S. 7, in: OSV-Archiv.

462 Vortrag Becker (MdF): Tagung der Kreditreferenten am 12.12.1957 in Berlin, 2.1.1958, in: BA, DN 1/820.

463 Die KSK Sömmerda schrieb, mit dem gesamten Wohnungsbau „erhielten die Sparkassen eine weitere wichtige Aufgabe übertragen, die eine weitgehende Qualifizierung der Kreditbearbeiter erforderte.“ 25 Jahre volkseigene Sparkassen, o.D. [1970], S. 12, in: ASMTh Sparkasse Sömmerda, Nr. 44. Zur Ausbildung und Qualifizierung bieten auch die Landesarchive Unterlagen, z.B. BLHA, 601 RdB Ff0 7512: Abschlussarbeiten von Absolventen der Fachschule für Finanzwirtschaft, enthält u.a.: Die Finanzierung und Kontrolle des volkseigenen Wohnungsbaues im Bezirk Frankfurt (O), Laufzeit: 1955/56, 1962.

464 Häufig galt ein Baukostenrichtwert von 22.000 DM pro 38 qm Wohneinheit. „Vollanstrich genügt.“ Vortrag Becker (MdF): Tagung der Kreditreferenten am 12.12.1957 in Berlin, 2.1.1958, in: BA, DN 1/820.

interagierten nicht nur mit kreditnehmenden Bauträgern, Baufirmen und z.B. dem Ministerium der Finanzen, sondern auch mit lokalen staatlichen und parteilichen Organisationen. Dabei gingen sie offenkundig auch ‚graue Koalitionen‘ ein.⁴⁶⁵ Inwiefern die Sparkassen in diesen Kontexten als pragmatische Mediatoren oder als dogmatische Politikinstrumente zu verstehen sind, wäre zu ergründen. Kreditakten und Quellen zu Richtlinien liegen reichlich in den Sparkassenarchiven sowie im Archiv des OSV vor.⁴⁶⁶

1971 wurde die Finanzierung des genossenschaftlichen und staatlichen Wohnungsneubaus den Sparkassen entzogen und auf die Industrie- und Handelsbank (ab 1974 Teil der Staatsbank) übertragen. Auch die Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaus durch die Ausgabe von Obligationen wurde eingestellt. Offenkundig hatten sich die Erwartungen nicht erfüllt, die dezentrale Steuerung und Kontrolle durch Sparkassen könnte ein geeignet wohnungsbaupolitisches Instrument sein. Stattdessen versprach sich die DDR-Führung nunmehr von einer stärkeren Zentralisierung eine „Lösung der Wohnungsfrage“.⁴⁶⁷

4.3 Teilzahlung: Element einer sozialistischen Konsumgesellschaft?

Unter den „Konsumentenkrediten“ (fortan: Konsumkredite) machten die Teilzahlungskredite (Tz-Kredite; z.T. auch Ratenzahlungskredite genannt) für Waren den Löwenanteil aus.⁴⁶⁸ Sie gingen auf das 1950 in Sachsen-Anhalt eingerichtete Möbel-Sparen zurück.⁴⁶⁹ Kund*innen vereinbarten mit den Sparkassen ein Sparziel und erhielten nach dessen Erreichen einen mit 6% verzinsten Kredit in gleicher Höhe zum Kauf von Wohnungseinrichtungen. Während die meisten Sparkassenverbände dem sachsen-anhaltinischen Vorbild

465 Vgl. Pohl/Rudolph/Schulz, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 335. Entsprechend rechtfertigte sich beispielsweise der Direktor der Sparkasse Sömmerda 1959 vor dem Kreistag: „Es geht aber nicht nur um die Finanzierung, das heißt, daß auch im Wohnungsbau darauf geachtet wird, das gute Geld der Werktätigen sparsamst und mit größtem Erfolg ausgegeben wird, [;] auch das Risiko, daß man dadurch etwas unpopulär wird. Man kann z.B. kein Verständnis dafür aufbringen, daß die AWG ‚Aufbau‘ seit längerer Zeit fertiggestellte und bezogene 38 Wohnungseinheiten nicht abrechnet trotz wiederholter Aufforderungen - die Schlußfolgerung hieraus lautet für uns: Sperrung des Kredits.“ Hübl (KSK Sömmerda): Rede auf der Plenartagung des Kreistages Sömmerda, 15.12.1959, in: ASMTh, Sparkasse Sömmerda, Nr. 25.

466 Im ASMTh liegen Kreditakten zu genossenschaftlichen Bauvorhaben vor, etwa zur AWG „Aufbau“, der größten der fünf Wohnungsbaugenossenschaften in Apolda, die etwa 700 Wohnungen errichtete. Z.B. ASMTh Sparkasse Apolda, Nr. 135-136. ASMTh, AKS Sömmerda, Nr. 89: Richtlinien bei der Finanzierung des volkseigenen Bauens (1958-1970). Ebd., Nr. 24, KSK Sömmerda (Abt. III Kredite): Bericht betr. Stand der Maßnahmen des Wohnungsbaues und der Arbeiter- und Wohnungsbaugenossenschaften, 16.6.1958. Im HA der Erzgebirgssparkasse ist exemplarisch die Akte OB 1212 Allg. Schriftverkehr langfristige Kredite 1957 bis 1962 - KSK Aue Zweigstelle Zwönitz zu nennen, die auch den Vorgang AWG „Frohe Zukunft“ enthält.

467 Die Wohnungsfrage war insbesondere für die Legitimation Honeckers zentral. Vgl. Meuser, Vom seriellen Plattenbau, T. 2, S. 43.

468 Daneben gab es die unbedeutenden Tz-Kredite für Dienstleistungen. Vgl. Hildebrand, Rolf: Der Konsumentenkredit im Sozialismus: Unter besonderer Berücksichtigung des Konsumentenkredits in der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1967.

469 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 271, zu den Teilzahlungskrediten: S. 115, 336-341.

folgten und den Einkauf nur in den Konsumfilialen und später bei der Handelsorganisation gestatten, gab die Berliner Sparkasse den Einkauf gänzlich frei und reduzierte auch die Ansparzeit auf nur drei Monate.⁴⁷⁰ Im Zuge des „Neuen Kurses“ wurden im Oktober 1953 die Bedingungen des Teilzahlungskredits vereinheitlicht. Das Zwecksparen (Vor-Sparen) wich fortan in größerem Umfang der Ratenzahlung (Nach-Sparen).⁴⁷¹ Kreditsuchende schlossen mit der örtlichen Sparkasse einen Zweckspar- und Darlehnsvertrag ab, sparten innerhalb von mindestens drei Monaten mindestens 25% des Kaufpreises an und erhielten die restliche Kaufsumme als Kredit. Dieser betrug maximal 2.000 Mark, wurde mit 6% (einschließlich Kreditprovision) verzinst und lief zwei Jahre. Der Zinssatz war im Vergleich zu anderen Staaten des Ostblocks hoch.⁴⁷²

Anders als bei sozialpolitisch motivierten Krediten (siehe Kap. II.4.5) sollten die Sparkassen ausdrücklich die Tilgungsfähigkeit der Kreditnehmer*innen prüfen. Diese Bindung an die Leistungsfähigkeit widersprach der „Sowjetisierung des Konsums“ (Stephan Merl) und erfolgte aufgrund von Protesten aus der Kreditwirtschaft, die eine zu starke Ausweitung der Geldmenge fürchtete.⁴⁷³ Ausgereicht wurde der Kredit, indem die Kreditnehmer*innen einen Kaufvertrag (oder mehrere) über Waren aus einem festgelegten Warenverzeichnis abschlossen, die Rechnung(en) der Sparkasse vorlegten und diese die Beträge an den Verkäufer überwies.⁴⁷⁴ Die Waren gingen dann in den Besitz der Kreditnehmer*innen über, die Sparkassen blieben jedoch Eigentümerinnen bis zur vollständigen Tilgung des Kredits.

Diese Technik ähnelte dem zeitgleich in der Bundesrepublik praktizierten „Königsberger Verfahren“.⁴⁷⁵ Hier erfolgte nach Anzahlung von 20–30% des Kaufpreises eine Direktgutschrift des restlichen Betrags von der Sparkasse an den Verkäufer, welcher zu Zinsen von um 12% innerhalb eines Jahres vom Kreditnehmer zurückgezahlt werden musste. Dieses umständliche und von Kund*innen teils als erniedrigend empfundene Verfahren wurde ab 1958 zugunsten des Barkredits abgeschafft. Wesentliche Änderungen für die

470 Sparkasse Ostberlin: Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1951, 26.2.1952, S. 3, in: HA Sparkasse Berlin.

471 Waren im 4. Quartal 1952 in Berlin 545 Möbelkredite (0,33 Mio. Mark) vergeben worden, waren es im 4. Qu. 1953 bereits rd. 3.900 Teilzahlungskredite (1,66 Mio. Mark). Jb der Sparkasse Berlin, 1953, S. 13, in: Ebd.

472 Mitte der 1960er Jahre lag der Zins in der Sowjetunion bei 1–2%, in der Tschechoslowakei bei 4% und in Polen bei 5% (bei unterschiedliche Berechnungsgrundlagen). Vgl. Frenzel, Paul/Hildebrand, Rolf: Aspekte der planmäßigen Ausnutzung des Sparens der Bevölkerung und des Konsumentenkredits für die Verbesserung der Konsumtionsbedingungen im Sozialismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 15/2, 1966, S. 259–265.

473 Während derartige Positionierungen seitens der Notenbank und der Deutschen Investitionsbank bekannt sind, ist eine mögliche Positionierung der Sparkassen noch unerforscht. Vgl. Landsman, Mark: Dictatorship and Demand: The Politics of Consumerism in East Germany, Cambridge 2005, S. 138.

474 Vgl. Kittel, Kurt: Bedingungen und Technik des Teilzahlungskredites, in: DFW 23/1953, S. 1257f.

475 Ellerbrock, Karl-Peter: Konsumentenkredit und „Soziale Marktwirtschaft“, in: Christian Kleinschmidt/Florian Triebel (Hg.): Marketing. Historische Aspekte der Wettbewerbs- und Absatzpolitik, Essen 2004, S. 105–133, hier 116f.

Konsument*innen in der DDR ergaben sich erst 1964 mit der Einführung eines Kreditkaufbriefs mit Einlösungsabschnitten, „die wie Schecks in Zahlung gegeben werden konnten.“⁴⁷⁶ Diese Technik kam später auch bei den Ehekrediten zur Anwendung.

Die Verfahren des Möbelsparens und die daran anschließenden Teilzahlungskredite in der DDR und in der Bundesrepublik unterschieden sich in Konzeption und Durchführung also zunächst kaum. Es wäre allerdings zu fragen, ob sie beide in Traditionen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg wurzelten oder ob ihre Einführung auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ zeigt, wie unausweichlich die Konsumkredite in der globalen Konsummoderne der Mitte des 20. Jahrhunderts waren.⁴⁷⁷ Vielleicht könnte man sie auch als Bestandteil des Versuchs interpretieren, in der DDR eine eigenständige Konsumkultur zu schaffen – als Reaktion auf die in der Forschung diskutierte These, die Erinnerung an die Konsumkultur der 1930er Jahre habe eine genuin sozialistische Konsumkultur blockiert.⁴⁷⁸ Waren die Konsumkredite mithin Element eines poststalinistischen Wechsels zu einer „sozialistischen Massenkonsumgesellschaft“ (Jörg Roesler) oder eher Überbleibsel einer 1953 begonnenen und bald abgebrochenen „Konsumwende“⁴⁷⁹? Ferner harrt auch Jan Logemanns These, nach der die Ausweitung des Konsumkredits in der DDR 1956 vom Erfolg der Konsumkredite in der bundesrepublikanischen „Referenzgesellschaft“ (André Steiner) motiviert war, einer empirischen Analyse.⁴⁸⁰ Bemerkenswert erscheint es auch, dass die DDR in Bezug auf Teilzahlungskredite der Sowjetunion weit voraus war.⁴⁸¹

Jedenfalls erschien es in der DDR wichtig, öffentlich die Falschbehauptung aufrecht zu erhalten, das eigene System habe mit den „kapitalistischen Ratenzahlungsgeschäften nichts gemeinsam“.⁴⁸² Gleichwohl

476 Wysocki/Günther, *Geschichte der Sparkassen*, S. 339.

477 Konsumentenkreditnehmende waren als „Ratenkäufer zugleich Sparer“ und galten selbst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise nach 1929 als zuverlässige Kund*innen der Sparkassen. Ashauer, Günter: Die Entwicklung des Konsumentenkredits von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: Jürgen Mura (Hg.): *Entwicklungslinien im Personalkreditgeschäft der Sparkassen*. Sparkassenhistorisches Symposium 1988, Stuttgart 1989, S. 62–77, hier 67. Vgl. Logemann, Jan: *Americanization through Credit? Consumer Credit in Germany, 1860s-1960s*, in: *Business history review* 85/3, 2011, S. 529–550, hier 543. Logemann argumentiert gegen die These einer „Amerikanisierung“, also eines Imports eines genuin amerikanischen Modells des Konsumkredits nach Deutschland.

478 Vgl. Rubin, Eli: *Synthetic Socialism: Plastics and Dictatorship in the German Democratic Republic*, Chapel Hill/N.C. 2008, S. 34, 33–42 zum *consumer turn*. Der UdSSR war die DDR in Bezug auf Teilzahlungskredite weit voraus. Vgl. Landsman, *Dictatorship and Demand*, S. 138, 259.

479 Vgl. auch Kleinschmidt, *Konsumgesellschaft*, S. 163–182 (DDR: Mangel- oder Konsumgesellschaft?).

480 Vgl. Logemann, *Americanization through Credit*, S. 542.

481 Vgl. Landsman, *Dictatorship and Demand*, S. 138, 259.

482 Kittel, Kurt: *Teilzahlungskredite auf gesunder Grundlage*, in: DFW 23/1953, 15.11.1953, S. 1209f. Hildebrand, *Konsumentencredit*, S. 37–39, 184–186. „GDR economist Erich Krauss [Krauss: *Der Teilzahlungskauf*, Berlin 1956] explained at

berief man sich nicht auf sozialistische Werte, sondern wiederholte überkommene Werbemantras. Der Teilzahlungskredit „führt an ein planmäßiges Sparen heran [;]. Dieses Verfahren wird mit dazu beitragen, bei großen Teilen unserer Bevölkerung das Interesse an unserer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung zu fördern, die Kauflust zu steigern und den Sinn für das Sparen zu wecken.“⁴⁸³ In dieser Rhetorik wurde explizit auf die „volkseigenen Sparkassen“ verwiesen um zu betonen, dass die Finanzmittel lediglich vorübergehend von einem Teil der Bevölkerung solidarisch einem anderen Teil der Bevölkerung zur Verfügung gestellt würden und nicht - wie angeblich im Westen - die Zweitverwertung kapitalistischer Gewinne darstellte.

Interessant ist der deutsch-deutsche Vergleich auch, weil in der Bundesrepublik ebenfalls mit einem Spannungsverhältnis zwischen dem Sparethos und dem kreditfinanzierten Konsum als „Feind des Spargedankens“ gerungen wurde.⁴⁸⁴ In jedem Fall schiene es lohnend, die Werbung und die Diskurse um die Tz-Kredite im Verlauf seit 1950 Jahren vergleichend in den Blick zu nehmen. So wurde in Berlin beispielsweise erst gar kein ideologisches Motiv konstruiert, sondern die Nachfrage hervorgehoben, welcher die Sparkassen (als angeblich eigenständig handelnde Akteure) nun entsprechen konnten.⁴⁸⁵ Erst später wurde der Konsumkredit als „erzieherischer Faktor“ zur „Herausbildung und Stärkung sozialistischer Verbrauchsgewohnheiten“ umgedeutet.⁴⁸⁶

Die DDR-Regierung bediente sich bei der Einführung dieser Kreditart sehr stark der Sparkassen, um die wirtschaftspolitischen Argumentationsschwierigkeiten zu bewältigen. Daher ist es bemerkenswert, dass die Kreditvergabe zwischen 1956 und 1962 dem volkseigenen und genossenschaftlichen Handel geöffnet wurde. Dies fand parallel zur Einrichtung des HO-Versandhandels und bald darauf des Konsum-Versandhandels statt. Damit könnte das Ziel einhergegangen sein, die Landbevölkerung besser zu versorgen. Auch könnte eine Absicht darin bestanden haben, die Bürger*innen dahingehend zu ‚erziehen‘, nicht aus Resignation Konsumententscheidungen zu treffen, die nicht ihren eigentlichen Präferenzen entsprachen. Dies

great length that any similarities between socialist installment credit and its long-decried Western counterpart were merely ‘superficial.’” Logemann, *Americanization through Credit*, S. 542.

483 Kittel, *Teilzahlungskredite*, S. 1210. Ähnlich: Frenzel/Hildebrand, *Aspekte der planmäßigen Ausnutzung*.

484 Z.B. vertrat Ludwig Erhard eine ähnliche Position wie der zitierte Beitrag von Kurt Kittel in der DDR-Zeitschrift *Deutsche Finanzwirtschaft*. Vgl. Ellerbrock, *Konsumentencredit*, S. 120–126.

485 „Wann können wir auf Abzahlung kaufen? Sie Sparkasse der Stadt Berlin will das Möbelsparen einführen / Höchstbetrag für Kleinkredit 2000 DM, in: *Berliner Zeitung*, 1.6.1950. Die offizielle Begründung der Werbung lag in der Inkenntnissetzung der „Konsumenten von den sich für sie bietenden Vorteilen bei Käufen von Saisonwaren außerhalb der Saison“. Hildebrand, *Der Konsumentencredit im Sozialismus*, S. 180.

486 Ebd., 188.

führte zu weiterer Verknappung, weil die erworbenen Waren im Privaten gehortet wurden.⁴⁸⁷ Die Sparkassen blieben jedoch auch bei den nun extern vergebenen Teilzahlungskrediten involviert und übernahmen im Hintergrund die Refinanzierung.⁴⁸⁸ Insgesamt stieg die Zahl der vergebenen Teilzahlungskredite in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre an, während der Anteil der Sparkassen stark sank.⁴⁸⁹ Auch die implizit beabsichtigte Schädigung des privaten Handels dürfte erreicht worden sein.⁴⁹⁰

Allerdings traten nun gerade im gelenkten Handel in steigendem Maße Zahlungsrückstände auf. Über die Gründe ist bisher nur spekuliert worden. Fehlte es den Mitarbeiter*innen der Handelsorganisation (HO) und des Konsums an Fachwissen oder an Erfahrung, um die Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft von potenziellen Kreditnehmer*innen zu beurteilen? Waren sie stärker an Absatzsteigerung interessiert und daher risikofreudiger in der Kreditvergabe? Es ist der Gedanke naheliegend, dass die Sparkassen besser über die Einkünfte der Kreditnehmer*innen informiert waren und folglich Falschangaben bei Nettoverdiensten besser beurteilen konnten. Daneben wäre auch die These untersuchenswert, dass den Sparkassen ein anderer gesellschaftlicher Nimbus zukam als dem HO und dem Konsum, sodass der soziale Druck zur Rückzahlung hier größer war.

Binnen weniger Jahre wuchsen sich die Rückstände zu einem politischen Problem aus. Die HO strengte seit 1960 eine regelrechte „Klagewelle“ an, um die Außenstände einzutreiben.⁴⁹¹ Damit war auch ein rechtskulturelles Problem verbunden: Darlehensprozesse waren kein gewöhnlicher Teil der Zivilrechtskultur der DDR und sollten dies auch nicht sein.⁴⁹² Der starke Rückgang der Kreditvergabe 1961 und 1962 (siehe Abb. 24) war eine Reaktion auf diese Krise. Mit der Rückverlagerung der Tz-Kredite in den exklusiven Zuständigkeitsbereich der Sparkassen zum 1. März 1963 konnte das Problem rasch gelöst werden. Obwohl die Sparkassen auch laufende Kredite übernahmen, lag die Quote überfälliger Kredite am Jahresende im

487 Zum 1. Mai 1956 der HO-Versandhandel eingerichtet, 1961 begannen die Konsumgenossenschaften eine Versandtätigkeit. Vgl. Kaminsky, Wohlstand, S. 41–48. Betr. Alternativ-, Panik- und Hamsterkäufe, ebd. S. 68f, 72–74.

488 Vgl. Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 258.

489 Nach Öffnung der Kreditvergabe an den Handel zum 1. Okt. 1956 war die Zahl der Konsumkredite in der Berliner Sparkasse am 31.12.1956 auf 17.027 (9,3 Mio. Mark) gefallen, zum 31.12.1957 auf 10.667 (6,7 Mio. Mark) und in den frühen 1960er Jahren auf ca. 7.700 Stück in Höhe von gut 6 Mio. Mark. Jahresberichte der Sparkasse Berlin (Ost), in: HA Sparkasse Berlin.

490 Hierzu war im November 1953 wenig glaubwürdig erklärt worden, durch die freie Wahl des Verkäufers durch den kreditnehmenden Kunden werde „zwischen staatlichem, genossenschaftlichem und privatem Handel [;] ein gesunder Wettbewerb gefördert.“ Kittel, Bedingungen, S. 1257.

491 Vgl. Schröder, Zivilrechtskultur der DDR, S. 251–254.

492 Ebd., S. 255.

niedrigen einstelligen Bereich.⁴⁹³ Der Rechtshistoriker Rainer Schröder schrieb: „Den Sparkassen wurde direkt aufgegeben, aus den Fehlern der HO mit dem Ziel der Verhütung von Zahlungsrückständen und der erzieherischen Einschaltung gesellschaftlicher Kräfte wie Hausgemeinschaftsleitungen, Betriebskollektive oder auch Schiedskommissionen zu lernen.“⁴⁹⁴ Daher wäre zu untersuchen, ob sich die Sparkassen in der Erfüllung dieses Auftrags eines gesellschaftlichen Drucks bedienten und weiter in die Privatsphäre der Kreditnehmer*innen eindrangen.

Schließlich - und dies ist bezüglich der Teilzahlungskredite vermutlich der interessanteste Aspekt - bieten die Warenkataloge Ansatzpunkte für die Forschung. In diesen etwa halbjährlich aktualisierten Katalogen schrieb die Wirtschaftsplanung vor, welche Waren auf Kredit gekauft werden durften. Es handelte sich vor allem um langlebige Konsumgüter.⁴⁹⁵ Im Lauf der Zeit wurden die Warenverzeichnisse immer feiner aufgegliedert und die entsprechenden Artikel in den Warenhäusern gekennzeichnet. „Der gesamte Schriftwechsel zum Warenverzeichnis und seiner Entwicklung ist äußerst umfang- und aufschlußreich und zeigt die Wege der Mangelwirtschaft deutlich.“⁴⁹⁶

Ob es sich bei der Gestaltung der Warenverzeichnisse tatsächlich um ein permanentes Vor und Zurück handelte oder ob sich Trends erkennen lassen, etwa von Möbeln hin zu technisch überholten Konsumgütern, wäre eine dieser Forschungsperspektiven.⁴⁹⁷ Rainer Schröder erkennt in den Praktiken „eine deutliche Parallele zum Versandhandel, bei dem auch versucht wurde, den Absatz bestimmter, verfügbarer Waren zu fördern.“⁴⁹⁸ Noch zu Beginn der 1960er Jahre wurde offen eingestanden, dass Tz-Kredite auch als „Mittel zum forcierten Absatz zeitweilig hoher Bestände an Konsumgütern“ dienten.⁴⁹⁹ Die Aufnahme eines Artikels in den Warenkatalog der Konsumkredite war damit ein Substitut für Preissenkungen bei Ladenhütern - die es im Festpreis-System der DDR ja nicht geben sollte. Preissenkungen für langlebige Konsumgüter waren

493 Überfällige Tz-Kredite hatten in der Sparkasse Berlin 1955 einen Anteil von 0,53%, Ende 1963 von 2,7% des Gesamtbestands. Ende 1964 stand 0,7% der fällig gewordenen Kreditsumme noch aus. Jahresberichte der Sparkasse Berlin 1963, S. 67, und 1964, S. 60, in: HA Sparkasse Berlin.

494 Schröder, Zivilrechtskultur der DDR, S. 254.

495 Laut erstem Warenverzeichnis von 1953: Möbel, Öfen und Herde, Teppiche, Nähmaschinen, Radios, Fernseher, Musiktruhen, Klaviere, Akkordeons, Staubsauger, PKW, Motorräder, Fahrräder, Wasserfahrzeuge, Schreibmaschinen, Foto- und Kinoapparate. Kittel, Bedingungen, S. 1258. Einen Überblick über „[d]ie hauptsächlich hochwertigen Konsumgüter, die in den sozialistischen Ländern zum Kreditkauf zugelassen sind, und die wesentlichen diesbezüglichen Besonderheiten einiger sozialistischer Länder gegenüber der DDR“ für die 1950er und 1960er Jahre bietet: Hildebrand, Konsumentenkredit, Anhang, S. 1–23.

496 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 340.

497 Vgl. Merkel, Ina: Utopia und Bedürfnis: Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln 1999, S. 116–119.

498 Schröder, Zivilrechtskultur der DDR, S. 249.

499 Autorenkollektiv, Finanzsystem der DDR, S. 529.

„umstritten und wurden primär als Verluste für den Staatshaushalt betrachtet oder man fürchtete, daß die Bevölkerung der Meinung sein könne, es werde `Volkseigentum` `verramsch`.“⁵⁰⁰

Es wäre allerdings zu vermuten, dass sich die Motivlage erst mit der Zeit von einer Hilfe für die ärmeren Bevölkerungsschichten hin zu einer Konservierung „unwirtschaftliche(r) Produktionslinien“ verschob.⁵⁰¹ Hierbei spielten Sättigungstendenzen eine Rolle, da die DDR-Haushalte in den späten 1970er Jahren zunehmend mit hochwertigen Konsumgütern ausgestattet waren.⁵⁰² Ferner substituierten die Ehekredite die Konsumkredite zum Teil, da gerade die Erstausrüstung von Haushalten auf diese Weise finanziert wurde.

Es ist zu fragen, a) inwiefern diese permanent angepassten Verzeichnisse tatsächlich individuelle Konsumententscheidungen beeinflussten, b) inwiefern diese Einflussnahme Bestandteil der Erziehung hin zu einem „sozialistischen Kaufverhalten“ war bzw. sein sollte⁵⁰³ und c) inwiefern es ein taugliches Mittel für den Staat war, die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern zu steuern und regionale Diskrepanzen oder die Unterschiede zwischen Einkommensgruppen auszugleichen.⁵⁰⁴ Hierfür müssten beispielsweise die Zahlen der zentralen Planung mit einzelnen Entwicklungen in der Fläche in Beziehung gesetzt werden. So führte beispielsweise im Kreis Weißwasser/Sachsen im IV. Quartal 1962 eine Erweiterung des Warenverzeichnisses um Mopeds zu einer Explosion der abgeschlossenen Teilzahlungsgeschäfte, sodass die Kreditpläne für 1962 und 1963 um mehrere hundert Prozent überschritten wurden.⁵⁰⁵ Zu dieser Zeit konzentrierte sich das Konsumkreditgeschäft der Sparkassen ganz wesentlich auf technisch hochwertige Güter, während Kund*innen ihre Möbel-Teilzahlungsgeschäfte seit 1956 vorwiegend direkt mit den HO und dem Konsum abwickelten.⁵⁰⁶

Während des „Neuen Kurses“ eingeführt, war die bedeutendste Phase der Teilzahlungskredite während des Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung (NÖS). Im Juli 1963 wurden die Beitragsgrenze

500 Steiner, Preispolitik, S. 191.

501 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 340.

502 In den späten 1970er Jahren verfügten 80% aller Haushalte über eine Waschmaschine, 90% über einen Fernseher und nahezu 100% über einen Kühlschrank. Vgl. Mählert, Kleine Geschichte der DDR, S. 133. Die Qualität lag meist deutlich unter jener in der Bundesrepublik. Vgl. Kaminsky, Wohlstand.

503 Gemeint war damit u.a. die vermehrte nachhaltige und kollektive Nutzung und die Reduktion von Geltungskonsum oder „unerwünschtem“ Konsum von Drogen oder Pornografie. Hildebrand, Konsumentenkredit, 180–188. Vgl. auch Kleinschmidt, Konsumgesellschaft, S. 172.

504 Betr. z.B. den unterschiedlichen Ausstattungsgrad mit PKW, siehe Merkel, Utopia, S. 332.

505 Statt geplanten 69.000 Mark wurden 1962 400.000 Mark ausgereicht. 1963 erfolgte wiederum eine Verdreifachung. Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 258.

506 Jahresbericht Sparkasse Berlin 1956, S. 35, und 1957, S. 41, in: HA Sparkasse Berlin.

angehoben und das Warenverzeichnis erweitert, ein Jahr später das Verfahren vereinfacht.⁵⁰⁷ Zusätzlich wurden ab 1964 zinsvergünstigte Konditionen für Familien mit mindestens drei Kindern und für Rentner*innen eingeführt. In der Folge stiegen die laufenden Teilzahlungskredite sprunghaft an und hielten dieses Niveau, bis sie Ende der 1970er Jahre an Bedeutung verloren.⁵⁰⁸ Mit der Einführung des NÖS wandelte sich auch die Struktur der mit Tz-Krediten gekauften Waren zwischen 1963 bis 1965 besonders stark (siehe Abb. 23). Hatte es sich bis dato immer noch de facto um einen Möbelkredit gehandelt, war daraus zwei Jahre später sozusagen ein „Fernsehkredit“ geworden.

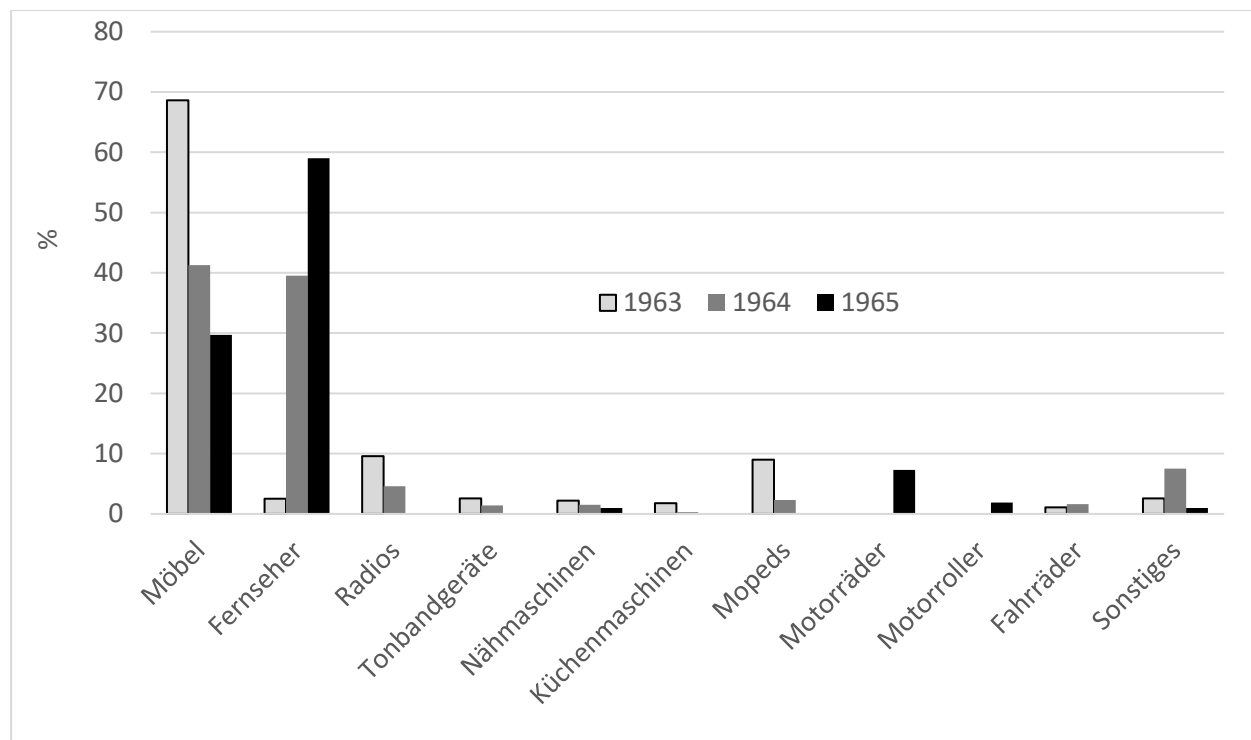


Abbildung 23: Anteil der Waren am Teilzahlungsumsatz in der DDR (1963-1965)⁵⁰⁹

In der bisherigen Forschung sind die Teilzahlungskredite nur am Rande und vor allem unter den Gesichtspunkten der staatlichen Konsumlenkung, Mangelwirtschaft und der Niederlage bei dem von Ulbricht

507 Entsprechende Vorschläge kamen u.a. aus der Sparkasse Berlin. Siehe Strohschein, Horst: Vereinfachte Technik im Teilzahlungsgeschäft, in: Deutsche Finanzwirtschaft 1963, H. 21, S. G13-G15.

508 In der Sparkasse Berlin erfolgte z.B. ein Anstieg von knapp 8.000 Ende 1961 auf 14.700 Ende 1962 - wohl vorwiegend ein Effekt der Übernahme von HO und Konsum - und weiter auf 33.600 Ende 1963 bis auf 74.400 am 31.12.1964. Kreditsummen: 1962: 10,4 Mio. Mark, 1963: 19,5 Mio. Mark, 1964: 50,5 Mio. Mark, 1965: 70,3 Mio. Mark. Jahres- und Geschäftsberichte der Sparkasse Berlin, in: HA Sparkasse Berlin.

509 Quelle: Hildebrand, Konsumentenkredit, Anlage, S. 4. Kühlschränke und Waschmaschinen wurden 1968 in das Verzeichnis aufgenommen.

1958 ausgerufenen Systemwettbewerb mit dem Westen betrachtet worden.⁵¹⁰ Zwar sind die Befunde eines Systemversagens sowie einer staatlich induzierten Übervorteilung einkommensschwächerer Schichten, denen veraltete Produkte oder Reste aus Überproduktionen angeboten wurden, zutreffend.⁵¹¹ Verändert man jedoch die Vergleichsfolie, wären die Teilzahlungskredite auch als Beitrag zu einer im Ostblock führenden Versorgung mit langlebigen Konsumgütern in der DDR zu interpretieren, die eine Erhöhung des Lebensstandards mit Erwerbsanreizen verknüpfte.⁵¹² Es wäre zu untersuchen, ob das daraus erwachsende permanente Spannungsverhältnis zur SED-Ideologie mithilfe der Sparkassen als bürgernahe und gerade nicht genuin sozialistische Organisationen gelindert werden konnte. In diesem Zusammenhang wäre vergleichend den in den übrigen sozialistischen Ländern herrschenden Relationen zwischen Spareinlagen und Konsumkrediten nachzugehen. Dass diese zum Teil sehr unterschiedlich waren, wird exemplarisch an einer Gegenüberstellung der Situation in der DDR, Polen und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) deutlich (siehe Abb. 24).

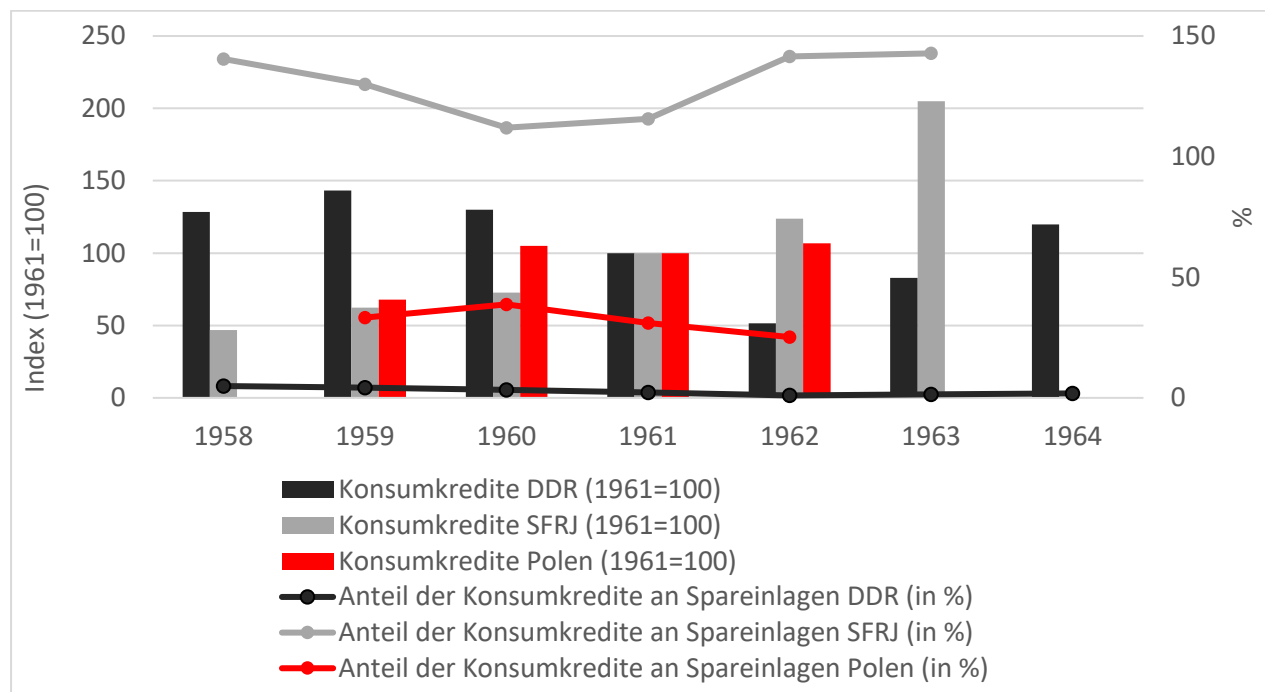


Abbildung 24: Konsumkredite und Spareinlagen in der DDR, Polen und Jugoslawien (1958-1964)⁵¹³

510 Kaminsky, Wohlstand, S. 136. Landsman, Dictatorship and Demand, geht auf Tz-Kredite ein, erwähnt allerdings die Sparkassen nicht. Zu Ulbrichts Plänen: Mählert, Kleine Geschichte, S. 92.

511 Pohl/Rudolph/Schulz, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 401f.

512 In den meisten übrigen Staaten des Ostblocks spielten Konsumkredite wegen des Vorherrschens von Ratenzahlungskäufen zumindest in den 1960er Jahren offenbar nur eine „ergänzende Rolle“. Fox, Ursula: Das Bankwesen der europäischen Volksdemokratien, Wiesbaden 1967, S. 120.

513 Hildebrand, Konsumentenkredit, S. 99, 105. Für Polen nur Daten bis 1962, für SFRJ nur bis 1963. Jugoslawien und die DDR stellten wohl unter allen Ostblockstaaten die Pole des bestehenden Spektrums dar. Ohne X-Bereich.

Im Historischen Archiv des OSV befindet sich Schriftverkehr der Sparkassenlandesverbände sowie der Staatsbank zum Möbelsparen, zu Teilzahlungskrediten und zu übergreifenden Aspekten der Kreditvergabe;⁵¹⁴ ferner Schriftverkehr mit der Bevölkerung, insb. eine große Zahl an Eingaben zu verschiedenen Kreditformen. In den Sparkassenarchiven liegen Berichte zu den Tz-Krediten, interner Schriftverkehr über den Umgang mit Teilzahlungskrediten, Schulungsmaterialien sowie Statistiken und Erläuterungen, u.a. in den in den Jahres- und Geschäftsberichten.⁵¹⁵ In den Landesarchiven befinden sich Handakten zur wirtschaftspolitischen Planung sowie Zeitungsausschnittsammlungen.⁵¹⁶ Im Bundesarchiv enthalten beispielsweise die Bestände der Staatlichen Plankommission (DE 1) und der Staatsbank (DN 10) Analysen und Statistiken.⁵¹⁷

4.4 Kredite als Instrument zur Bewältigung von Zuwanderung

In noch höherem Maße als die westlichen Besatzungszonen war die SBZ eine Zuwanderungsregion, auf deren Gebiet Anfang 1948 rund 2,3 Millionen Menschen mehr lebten als noch 1939.⁵¹⁸ Diese Flüchtlinge, Vertriebene und Übersiedler sonstiger Art besaßen keine Immobilien und in der Regel auch keine nennenswerten Besitztümer, sondern waren in überdurchschnittlichem Maß auf staatliche Unterstützung

514 Z.B. HA OSV, D/4824/BUG: Möbelsparen (1950-1952), D/4825/BUG: Möbelsparen (1951/52), D/5142/BUG, Bd. 1: Möbelsparen. D/7545/AUG: Teilzahlungskredite und Kredite für junge Eheleute (1973-1988), D/7661, Bd. 1: Schriftverkehr mit Bezirksstellen und Sparkassen zu Teilzahlungskrediten (1973-1978), D/7664/AUG, Bd. 2: Entwicklung der Teilzahlungskreditverträge und Kredite für junge Eheleute (1973-1982), D/7665: Teilzahlungskredite, Dresden (1956-1989).

515 In HA Erzgebirgssparkasse u.a. OS 988. Siehe Walter Beetz: Der Konsumentenkredit in der DDR, in: Fachschule für Finanzwirtschaft, Gotha (Hg.): Finanzbeziehungen zur Bevölkerung. Spezialisierung Sparkassen, Thema 46, 15.2.1962, als Ms gedruckt, in: HA der Sparkasse Berlin, Ordner „Kreditwirtschaft“.

516 Z.B. LAB, C Rep. 748 Nr. 62: Arbeitspläne des Sektors Konsumtionskredite (1972-75). Zeitungsausschnitte zum Möbelsparen 1950 in: LAB, C Rep. 105 Nr. 4121.

517 Z.B. BA, DE 1/51769: Analyse über die Entwicklung der Spareinlagen und der Konsumtionskredite 1965. Interessantes Beispiel einer Analyse aus der Staatsbank in Verbindung mit dem Institut für Marktforschung in Leipzig: Sektor Volkswirtschaftliche Grundfragen in der Staatsbank (Stoll, Schmalfuß): Information über die Durchführung des Forschungsauftrages: „Die Entwicklung des Sparens der Bevölkerung und des Konsumentenkredits sowie ihre Auswirkungen auf den Bedarf nach Konsumgütern“, 3.12.1974, in: BA, DN 10/3291.

518 Vgl. Malycha, Andreas: Zur sozioökonomischen Situation in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/ DDR 1945 bis 1950, in: Aleksandr O. Cubar'jan/Andreas Wirsching (Hg.): Deutsche und sowjetische Gesellschaften im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Traumata und Hoffnungen, Berlin 2021, S. 43-57, hier 56. Mit rund 24,1 % machten Vertriebene in der DDR einen noch deutlich höheren Anteil an der Bevölkerung aus als in der Bundesrepublik (15,7%). Vgl. Schwartz, Michael: „Umsiedler“ und Altersarmut: Zur sozialen Notlage vertriebener alter Menschen in der SBZ und frühen DDR, in: Koschyk/Regente, Vertriebene, S. 69-103, hier 71. Etwa 4,3 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene kamen 1945-1952 in die SBZ/DDR an. Donth, Stefan: Die Vertriebenenpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) unter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre, in: Ebd., S. 45-68, hier 45.

angewiesen.⁵¹⁹ In den anschließenden Jahren von 1949 bis zum Mauerbau 1961 registrierte die DDR dann zwar vor allem den Wegzug bzw. die Flucht von 2,7 Millionen Menschen.⁵²⁰ Es gab allerdings auch eine entgegengesetzte Migrationsbewegung von ca. 400.000 Rückkehrenden sowie 200.000 (noch nie in der SBZ/DDR wohnhaft gewesenen) Zuziehenden bzw. Übersiedler*innen.⁵²¹ Deren Situation war ebenfalls oft schwierig, da sie „im Wohn- und Arbeitsbereich benachteiligt“ wurden.⁵²²

Um die Zuwanderung zu bewältigen, wurden neben den staatlichen Transferleistungen ab 1950 auch eine Reihe zielgruppenspezifischer Krediten aufgelegt, insbesondere: Umsiedlerwohnbedarfskredite (meist kurz: Umsiedlerkredite), Umsiedlerhandwerkerkredite, Kredite an Rückkehrer aus der Bundesrepublik bzw. Westberlin sowie Kredite an Neuzuziehende (Übersiedler, die erstmalig ihren Wohnsitz in die DDR verlegen). Diese wurden entweder zinslos oder zinsvergünstigt mit Laufzeiten von mindestens drei bis zu zehn Jahren ausgegeben.⁵²³ Für die Sparkassen der jungen DDR handelte es sich um einen wichtigen Arbeitsbereich. In Grenzgebieten wie etwa dem sächsischen Teils Niederschlesiens machten Umsiedlerkredite zu Beginn der 1950er Jahre sogar „den Hauptteil am Kreditgeschäft der Sparkassen“ aus.⁵²⁴

Von diesen Krediten wurden nur die Umsiedlerkredite bereits detailliert untersucht.⁵²⁵ Michael Schwartz weist darauf hin, dass ein beträchtlicher Anteil von rund 45% aller Vertriebenenhaushalte der DDR bis 1953 einen solchen zinslosen Kredit in Höhe von zumeist 1.000 Mark in Anspruch nahm. Mit insgesamt rund 400 Millionen Mark hatten die Umsiedlerkredite - unter Berücksichtigung der Währungsreform - einen deutlich

519 Als zusätzliche Belastung waren Sudetendeutsche, Oberschlesier, Österreicher sowie alle anderen Bewohnerinnen von Gebieten, die nach dem 31.12.1937 zum Deutschen Reich gehörten, von der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe ausgeschlossen (siehe Kap. II.3.1).

520 Vgl. Borbe, Zahl der Opfer, S. 53f. Andere Schätzungen gehen von über drei Mio. Menschen aus. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/flucht-fluchthilfe-und-freikauf/geschichte> [26.9.2024].

521 „Außer Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Benachteiligung und sozialer Isolierung verursachten familiäre oder persönlich-private Motive die Wanderung in die DDR. An dem Wanderungsprozess waren vor allem Männer [;] im Alter von 15 bis 25 Jahren beteiligt.“ Bauerkämper, Sozialgeschichte, S. 92.

522 Ebd.

523 Eine Übersicht über die Kreditarten und Konditionen geben Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 357–360 (die Rückkehrerkredite fehlen hier allerdings). Eine genauere Aufschlüsselung bietet z.B. Sparkasse Berlin (Ost): Das Kreditgeschäft der Sparkasse, 28.7.1966 (33 S.), in: HA Sparkasse Berlin, Ordner „Kreditwesen“

524 Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 255. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erfolgten dann allerdings kaum noch neue Vergaben. Vgl. Falk/Hauer, Immer mit der Zeit, S. 133.

525 Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945-1961, München 2004, S. 973–1116 (Kap. III/2.3: „Umsiedlerkredit“: Die Subventionen des DDR-Umsiedlergesetzes „zum Erwerb von Gegenständen des Wohnbedarfs“ 1950-1953). Ders., „Umsiedler“ und Altersarmut. Ansonsten kommen Kredite in der Forschung zu Vertriebenen in der DDR kaum vor. Siehe z.B. die ansonsten detailreiche Regionalstudie von Bahl, Belastung.

höheren Umfang als die in den Jahren ab 1946 vergebenen „einmaligen Umsiedlerunterstützungen“ in Höhe von ca. 400 Mio. RM an knapp die Hälfte aller registrierten Vertriebenen.⁵²⁶ Es habe sich aber dabei nur um eine schwache Kompensation des ausgebliebenen Lastenausgleichs gehandelt.⁵²⁷ Außerdem sei die Politik durch den grundsätzlich abschreckenden Kreditcharakter und vergleichsweise hohe Tilgungsraten stark bedürftigen Gruppen, insbesondere Rentner*innen, nicht gerecht geworden.⁵²⁸

Als kreditpolitisches Instrument wären sie genauer zu untersuchen. Inwiefern standen gerade Vertriebene Krediten besonders skeptisch gegenüber? Offenbar waren auch die Sparkassen bei der Vergabe an einen neuen „Kudentypus“ eher zurückhaltend. Recht früh registrierten sie bereits eine schlechte Rückzahlungsquote.⁵²⁹ Im Lauf der Zeit scheint sich dieses Problem sogar noch verschärft zu haben. Die Sparkasse Ostberlins klagte etwa in ihrem Jahresbericht 1956: „Rd. 80% aller Umsiedler-Kredite sind überfällig; [;] Infolge Republikflucht der Schuldner können 300 Kredite mit einer Gesamtsumme von 104.031,95 DM als uneinbringlich angesehen werden.“⁵³⁰ Schwartz weist allerdings auf schichtenspezifische Unterschiede hin. So sei die Zahlungsmoral bei Arbeiter*innen und Rentner*innen am höchsten gewesen, bei eigentlich solventeren Angehörigen der Mittelschicht hingegen deutlich geringer.⁵³¹ Noch schlechter sah die Zahlungsmoral bei Krediten an Rückkehrer beziehungsweise Neuzugezogene aus Westdeutschland aus.⁵³² Es gab häufig (erneute) Wegzüge, und so mussten die Sparkassen ein intensives Mahnwesen betreiben, bis die gesonderte Kreditgewährung an Rückkehrer im Februar 1958 schließlich beendet wurde.⁵³³

Die reichlich in Sparkassenarchiven zur Verfügung stehenden Quellen zu Krediten an Zugewanderte sind bislang noch nicht für die Forschung herangezogen worden. Dies böte einen Weg, um der Forderung nach einer verstärkten „Forschung zum Umgang mit Flucht und Vertreibung in der DDR unterhalb des offiziellen Herrschaftsdiskurses“ gerecht zu werden.⁵³⁴ So befindet sich beispielsweise im Historischen Archiv der Erzgebirgssparkasse Schriftverkehr zu Umsiedlerkrediten, Vordrucke und Listen, Handakten zur

526 Vgl. Schwartz, „Umsiedler“ und Altersarmut, S. 81, 90.

527 Vgl. Schmelz, Andrea: Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Wiesbaden 2002, S. 286.

528 Vgl. Schwartz, „Umsiedler“ und Altersarmut, S. 89–92.

529 „Es hat sich gezeigt, daß die Rückzahlung der aufgenommenen Umsiedlerdarlehen nicht in dem vorgesehenen und erwünschten Ausmaße erfolgt.“ Jahresbericht Sparkasse Berlin (Ost), 1953, S. 12, in: HA Sparkasse Berlin.

530 Jahresbericht Sparkasse Berlin (Ost), 1956, S. 29, in: Ebd.

531 Vgl. Schwartz, „Umsiedler“ und Altersarmut, S. 92.

532 Hierzu: Schmelz, Migration und Politik, S. 283–288 (Kap. Sonderleistungen: Kredite).

533 Vgl. Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 256. Falk/Hauer, Immer mit der Zeit, S. 133.

534 Bauerkämper, Sozialgeschichte, S. 89

Kreditvergabe an West-Ost-Migrant*innen sowie abgelehnte Kreditberechtigungen.⁵³⁵ Da die kommunale Ebene die Kreditberechtigung mit überprüfte und die öffentliche Hand Zinszahlungen übernahm, sind auch Akten in den Stadt- und Landes- bzw. Staatsarchiven von Interesse.⁵³⁶ Auch das Verbandsarchiv des OSV enthält relevante Akten, nicht nur zu den Umsiedlerkrediten, sondern auch zu der später neu geschaffenen Sonderkategorie der Teilzahlungskredite für „Politemigranten“ aus Chile.⁵³⁷

4.5 Besondere Empfänger*innen: Intelligenz und Verfolgte des NS-Regimes

Intelligenzkredite sowie Kredite für Verfolgte des NS-Regimes waren - ebenso wie die 1972 eingeführten Ehe Kredite (siehe Kap. II.4.6) - im Prinzip abgewandelte Formen des Teilzahlungskredits für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Beide sind von der Forschung bisher noch nicht beachtet worden.

Die Intelligenzkredite wurden im März 1950 eingeführt, 1955 stark abgewandelt („Intelligenzkredite neuer Art“) und Ende 1956 de facto abgeschafft.⁵³⁸ Es handelte sich um „Personalkredite zum Ausbau und zur Einrichtung von Wohn- und Arbeitsstätten und in sonstigen vordringlichen Fällen [;], die im Einzelfalle bis zu 5000,- DM betragen.“⁵³⁹ Zur Intelligenz zählten seinerzeit 3-4% der Bevölkerung, also bis zu 300.000 Menschen mit zumeist höherer formaler Qualifikation. Zuständig für ihre Kreditanfragen war ein „Förderungsausschuß für die deutsche Intelligenz beim Ministerpräsidenten der DDR“⁵⁴⁰ sowie regionale

535 Z.B. HA Erzgebirgssparkasse, OB 337: Umsiedlerwohnbedarfskredite Stadtparkasse Johannegeorgenstadt, OB 4083: Allgemeiner Schriftverkehr für Umsiedlerkredite 1952 bis 1955 - KSK Marienberg Zweigstelle Drebach (enthält auch: Abgelehnte Kreditberechtigungen), OB 6143: Vordruck Umsiedler-Wohnbedarfskredit - KSK Chemnitz, OB 4670: Kreditberechtigungsscheine für Umsiedler - KSK Aue Zweigstelle Zwönitz 1950, OB 533: Vergabe von Krediten an Umsiedler von der BRD in die DDR.

536 Z.B.: LAB, C Rep. 105 Nr. 3406: Zinsforderungen für Rückkehrer-Kredite der Sparkasse der Stadt Berlin (1954-1957). Ferner natürlich auch der Bestand des MdF im Bundesarchiv, u.a. DN 1/2053b Kreditvergabe (1957-1960), enthält u.a. Umsiedler-Handwerker-Kredite. Siehe auch den Schriftverkehr der Zentralstelle der Sparkassenverbände, 1951/52, u.a. in: BA, DN 1/39369.

537 Z.B. HA OSV, D/7067/BUG, Bd. 4: Umsiedlerkredite, D/7665: Teilzahlungskredite, Dresden, 1956-1989 (u.a. Politemigranten aus Chile). Die chilemischen Emigranten sollen vergleichsweise hohe Kredite erhalten haben. Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 358.

538 Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz, 16.3.1950, §7 (9), in: GBl. der DDR 23.3.1950, Nr. 28. Entwurf (MdF): Kredite an die hervorragende schaffende Intelligenz, o.D. [1955], in: BA, DN 1/2048. Anweisung Nr. 52/56 über die Aufhebung der Sonderregelung für die Kreditgewährung an die hervorragende Intelligenz, 29.12.1956, in: Ebd.

539 VO zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz, 16.3.1950, §7 (9), GBl. der DDR 23.3.1950.

540 Zu den Mitgliedern und Aufgaben des im Frühjahr 1949 noch unter etwas anderem Namen gegründeten Förderungsausschusses: Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht: Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 365-373.

Förderungsausschüsse, ab 1952 bei den Räten der Bezirke.⁵⁴¹ Die Abwicklung der Kredite wurde ab November 1951 von der Notenbank auf die Sparkassen übertragen. Entgegen der Begleitpropaganda waren sie Bestandteil einer pragmatischen SED-Intelligenzpolitik, die betreffenden Personenkreise auch durch materielle Privilegien am Aufbau der DDR zu interessieren.⁵⁴² Dazu gehörten ferner ein von der Deutschen Investitionsbank verwalteter Kreditfonds für den Eigenheimbau, exklusive Intelligenzwohnhäuser, erhöhte Zuweisungen von Nahrungsmitteln und Brennstoffen usw.

Wer zu den Kreditberechtigten gehörte, wurde per Durchführungsbestimmung geregelt, anfangs insbesondere die „technische Intelligenz“, also Ingenieure, Konstrukteure, Architekten, Werkdirektoren, Fach- und Hochschullehrer, aber auch Künstler.⁵⁴³ Dazu zählten beispielsweise das ZK-SED-Mitglied Robert Rompe sowie Klaus Gysi, Generalsekretär des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und selbst Mitglied des Förderungsausschusses. Gysi bat um Gewährung eines Intelligenzkredits in Höhe von 20.000 Mark „zur Beschaffung von Wohnungseinrichtungsgegenständen“, scheiterte aber am Veto des Notenbankpräsidenten.⁵⁴⁴ Dieser Vorgang vermittelt Einblicke in die Auseinandersetzungen um das „vielgestaffelte Privilegiensystem“.⁵⁴⁵ Bereits Anfang 1952 kam man in einer Konferenz mit Teilnehmern vom Förderungsausschuss, der Notenbank, dem Finanzministerium und der Zentralstelle der Sparkassenverbände zu dem Schluss, dass die „hervorragende“ Intelligenz mittlerweile gut versorgt sei, weshalb nun der „wesentlich größere Kreis der mittleren und unteren Angehörigen der Intelligenz“ Kreditanträge stelle.⁵⁴⁶

541 Vorübergehend verfügte die SDAG Wismut über einen eigenen Förderungsausschuss. Protokoll über die am 22.12.1952 im MdF abgehaltene Besprechung über Kreditgewährung an die Intelligenz, in: BA, DN 1/2048.

542 „Die »Unverbesserlichen« bemühte sie [die SED] sich zu ersetzen, [;] Die Hauptaufmerksamkeit der SED war aber auf die Herausbildung einer neuen, einer sozialistischen Intelligenz gerichtet.“ Kowalczyk, Geist, S. 74. sich jetzt „zum ersten Male in der Geschichte Deutschlands [;] Wissenschaft und Kunst in den Dienst“ eines einigen, friedlichen, demokratischen Deutschlands“ stellten, solle die Intelligenz „weitreichende materielle Hilfe“ erhalten. In der BRD gäbe es dagegen einen „Kulturzerfall und die Verelendung großer Teile der Intelligenz“. VO zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz, 16.3.1950, Präambel, in: Gbl. Der DDR 1950, Nr. 28.

543 Durchführungsbestimmung zu der VO zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz, 24.5.1951, in: Gbl. der DDR 28.5.1951, Nr. 62. Staatsangehörigkeit und Wohnort waren kein Kriterium, sodass beispielsweise die Sparkasse Berlin anfangs auch Kredite an Westberliner vergab. Sparkasse der Stadt Berlin (Ost) an MdF, 28.8.1952, in: BA, DN 1/2048.

544 Berliner Stadtkontor an Notenbank (Willy Huhn), 18.1.1950, in: DN 6/18, Bl. 14. Vgl. Pollems, Bankplatz Berlin, S. 284f.

545 Vgl. Kowalczyk, Geist, S. 367.

546 MdF: Entwurf eines Protokoll über die am 29.1.1952 im MdF abgehaltene Besprechung über die Kreditgewährung an Angehörige der Intelligenz, in: BA, DN 1/2048.

Nicht nur der Kreis der Kreditberechtigten, sondern auch die Konditionen waren Gegenstand von Auseinandersetzungen.⁵⁴⁷ Nationalbank und Sparkassen traten für eine restriktive Kreditvergabe ein. Erstere wollte den Geldüberhang begrenzen, letztere stürten sich am kaum abgesicherten hohen Ausfallrisiko.⁵⁴⁸ Ihr Einfluss war jedoch gering. Die vergebenen Intelligenzkredite stiegen auf rund 4,1 Mio. Mark im Jahr 1953 sowie auf schätzungsweise 7 Mio. Mark im folgenden Jahr. Die regionale Verteilung war sehr ungleich (siehe Abb. 25). Nicht nur Ost-Berlin (wo auch die Zentrale des Förderungsausschusses saß) und der benachbarte Bezirk Potsdam waren Ausreißer, sondern beispielsweise auch Rostock und (gemessen an der geringen Nachkriegsbevölkerung) Dresden.⁵⁴⁹

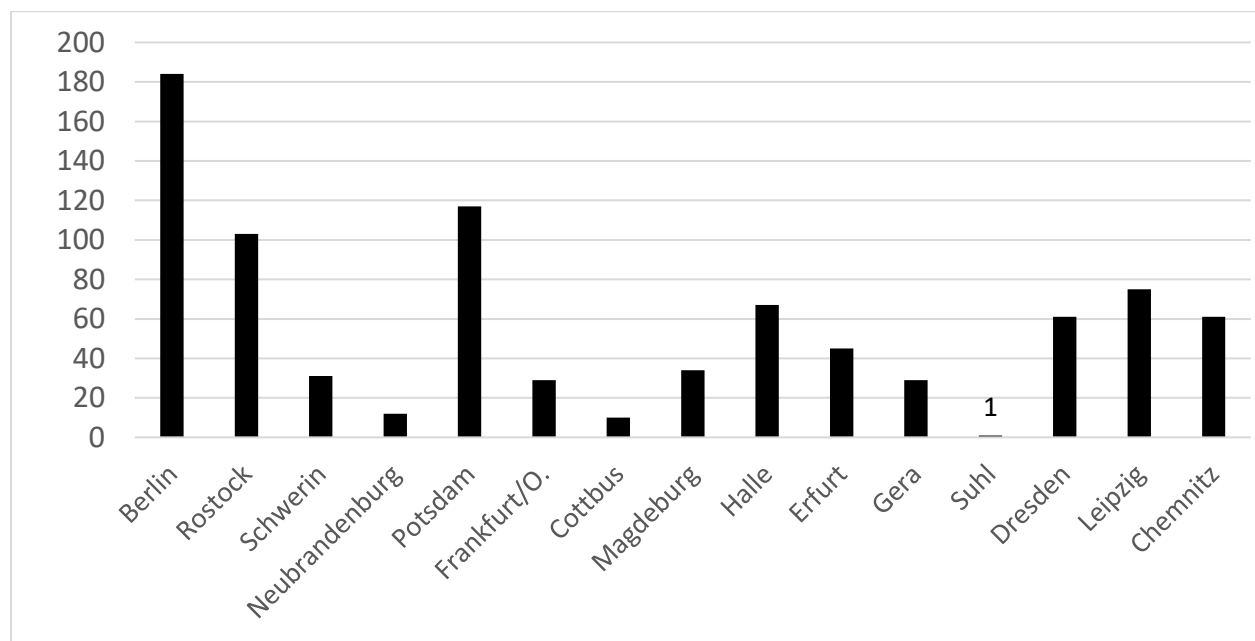


Abbildung 25: Von Sparkassen ausgereichte Intelligenzkredite im 1. Quartal 1953⁵⁵⁰

547 Sollten auch Hauptbuchhalter, Abteilungsleiter, Produktionsleiter dazu gehören? Büro des Förderungsausschusses beim Ministerpräsidenten der DDR an MdF, 28.3.1952, in: BA, DN 1/2048. Vgl. Kowalczyk, Geist, S. 49f.

548 Deutsche Notenbank an MdF, HA 3, 18.2.1952, in: BA, DN 1/2048. Die Sparkassen konnten sich nicht mit ihren Forderungen eines Ausgleichs des Tilgungsrisikos durchsetzen (wurde vom Förderungsausschuss beim Ministerpräsidenten nur in Ausnahmefällen übernommen), sondern nur einen Ausgleich des Zinsrisikos erreichen (die Zinsen in Höhe von 5% Sollzinssatz und 1% Provision wurden zur Hälfte durch den Förderungsausschuss erstattet). Ab 1955 entfiel die Subvention des Zinses und es wurde 25% Eigenmitteleinsatz vorgeschrieben.

549 Die Sparkasse Berlin vergab z.B. 465 Kredite in Höhe von 1,3 Mio. Mark. Jahresbericht der Sparkasse Berlin (Ost) 1954, in: HA Sparkasse Berlin, A 130. Die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung vergebene Kreditsumme lag in Berlin gut 400% über dem Landesdurchschnitt, in Potsdam knapp 200% und in Rostock und Dresden rd. 250%. In Magdeburg und Erfurt erreichte man dagegen nur etwa 50% des Landesdurchschnitts, in Suhl nur 1%. Die Stadt- und Kreissparkasse Rostock beschwerte sich in einem Brief an das Finanzministerium vom 12.12.1952, von der Bezirksstelle des Förderungsausschusses Rostock werde „u.E. jeder dort gestellte Antrag befürwortet ohne jegliche Prüfung der näheren Umstände.“ BA, DN 1/2048

550 Absolut, geordnet nach Bezirken, insg. 859 gewährte Kredite (392 per Einzelvertrag, 467 per Befürwortung durch Förderungsausschuss) in Höhe von 2,1 Mio. Mark. Ebd.

Zu fragen wäre, ob diese regionale Ungleichverteilung Ausdruck eines politischen Willens war oder ob auch die Technik der Kreditvergabe ungeplante Wirkungen erzielte. Auf letzteres wies etwa die Stadt- und Saalkreissparkasse Halle hin. In zwei Fällen der Kreditvergabe hätten „sämtliche“ infrage kommenden Arbeitskollegen der beiden „Intelligenzler“ ebenfalls Anträge gestellt.⁵⁵¹ Ein solches „Schneeballsystem“ konnte aus der speziellen Kreditwerbung resultieren, die ähnlich wie die Werbung für Inhabersparbücher (siehe Kap. II.3.4) offenbar eine besondere gewesen ist, jedenfalls eines näheren Blicks bedürfte. So findet sich in der Literatur die Deutung, dass diese Art der Kreditvergabe an einen elitären Personenkreis „geheim gehalten werden [sollte], um gegebenenfalls Missstimmungen in der Bevölkerung zu vermeiden.“⁵⁵² Dies wird u.a. dadurch belegt, dass bei Intelligenzkrediten - anders als etwa bei Umsiedlerkrediten - kein Kreditberechtigungsschein ausgestellt wurde, damit „[b]ei der besonderen politischen Bedeutung, die den Intelligenzkrediten zukommt, [...] das Kreditverhältnis zur Sparkasse nicht nach außen hin so deutlich in Erscheinung tritt“. ⁵⁵³ Andererseits wurden, zumindest noch 1951, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen regulär in Gesetzblättern sowie Meldungen über Kreditsummen in Zeitung veröffentlicht.⁵⁵⁴

Fraglich ist weiterhin die Zahlungsmoral dieser Kreditklientel. Während Anfang 1952 die Ausfallquote mit nur 1% beziffert wurde,⁵⁵⁵ beklagte die Sparkasse Berlin - die freilich ein Sonderfall gewesen sein kann - im Jahr 1953 beträchtliche Ausfälle durch „Republikflucht“.⁵⁵⁶ Auch zwei Jahre später notierte sie einen großen Arbeitsaufwand, da diese Kredite „häufiger und schärfer gemahnt werden“ müssten.⁵⁵⁷ Einen Blick wert scheint auch das Verhältnis zwischen Intelligenz und Sparkasse in Bezug auf die Verwendung der Kredite. Die Kreditinstitute sollten die Rechnungen kontrollierten und beanstanden, wenn entweder die falschen Waren gekauft oder falsche Verkäufer (insb. Westfirmen) gewählt wurden. Hier erhielten Sparkassen Einblicke in das Privatleben der Führungs- und Funktionsebenen.⁵⁵⁸

551 Stadt- und Saalkreissparkasse Halle: Niederschrift, 9.12.1952, in: Ebd.

552 Pollems, Bankplatz Berlin, S. 285.

553 HA Kreditwesen des MdF an Brandenburgischen Sparkassenverband, 22.10.1952, in: BA, DN 1/2048.

554 Zinslose Darlehen für Intelligenz, in: Neue Zeit, 4.9.1951.

555 MdF: Entwurf eines Protokoll über die am 29.1.1952 - 9.00 - im MdF abgehaltene Besprechung über die Kreditgewährung an Angehörige der Intelligenz, in: BA, DN 1/2048.

556 In 27 Fällen Verluste von insg. rd. 47.000 Mark sowie weitere zu erwartende Verluste aus laufenden Krediten. Jahresbericht Sparkasse Berlin (Ost), 1953, S. 12, in: HA, Sparkasse Berlin.

557 Jahresbericht Sparkasse Berlin (Ost), 1955, S. 22, in: Ebd.

558 Die Sparkassen erhielten weitgehende Einblicke in die Mittelverwendung und meldeten, wenn etwa ein Bauingenieur aus Stralsund den Kredit als eine Art Kreditkarte verwendet und innerhalb eines halben Jahres 29 Einkäufe tätigte, unter anderem für

Quellen zu den Intelligenzkrediten befinden sich vor allem im Bundesarchiv, etwa im Bestand des Finanzministeriums, und in den Landesarchiven.⁵⁵⁹ Im Archiv des OSV sind unter diesem Schlagwort nur wenige Quellen verzeichnet.⁵⁶⁰ Hier müssen allgemeinere Kreditakten eingesehen werden, die zum Teil Kreditvergaben und Kreditverweigerungen an Angehörige der Intelligenz auch zu späteren Zeiträumen enthalten.⁵⁶¹ Ähnlich verhält sich dies bei den historischen Archiven der Sparkassen.

Die sogenannten Kredite an Verfolgte des Naziregimes (VdN-Kredite) wurden per Verordnung im Juni 1950 eingeführt. Ergänzend zu weiteren Unterstützungsleistungen wie etwa bevorzugter Wohnraumzuweisung konnten politisch, religiös und rassistisch Verfolgte sowie deren Hinterbliebene einen zinslosen Kredit in Höhe von bis zu 2.000 Mark „zur Beschaffung eines angemessenen Hausrats“ beantragen.⁵⁶² Entschieden wurden die Anträge im Referat VdN der Bezirke (in Ostberlin im Hauptsozialamt des Magistrats), also ähnlich wie bei den Intelligenzkrediten. Die Sparkassen übernahmen lediglich die Durchführung. Für sie handelte es sich um eine betriebswirtschaftlich unproblematische Kreditkategorie, denn die öffentliche Hand zahlte die Zinsen in Höhe von 6%, übernahm Ausfallbürgschaften und trieb auch Tilgungsrückstände ein.⁵⁶³ Vergeben wurden von 1951 bis 1964 allein in Ostberlin ca. 2.000 Kredite in Höhe von etwa 2,5 Millionen Mark (siehe Abb. 26).⁵⁶⁴ Bei landesweit etwa 30.000 anerkannten Verfolgten dürfte also ein beträchtlicher Anteil der Berechtigten das Kreditangebot in Anspruch genommen haben.⁵⁶⁵

Damennachthemden. Heiser (Referat Sparkassenkredite, Abt. Sparkassen, MdF) aus Leipzig an Abt. Sparkassenwesen, 21.5.1953, in: BA, DN 1/2048.

559 Thema waren Intelligenzkredite beispielsweise bei den Ministerien für Volksbildung (z.B. DR 2/423) und für Hoch- und Fachschulwesen (z.B. DR 3/171). Eine Akte zur Ablösung von Darlehen für Angehörige der Intelligenz durch Sparkassen befindet sich z.B. im Bestand der Deutschen Investitionsbank (DN 3/748). Im Findbuch des Bestands des Förderungsausschusses für die deutsche Intelligenz (BA, DC 3) werden nur Kredite zum Bau von Eigenheimen gelistet. Maßgebliche Akte des MdF: „Kreditgewährung an Angehörige der Intelligenz, 1952–57“, in: BA, DN 1/2048. Landesarchive u.a. LAB, C Rep. 748 Nr. 124–126.

560 HA OSV, D/7644, Bd. 1: Anweisungen und Arbeitsrichtlinien zur Vergabe von Krediten an die Intelligenz der DDR (1950-1957)

561 Z.B. HA OSV, D/3114/12.022, Bd. 3: Genehmigung/Ablehnung von Kreditgesuchen (1980-1989). Hier sind Kreditvergaben an Journalist*innen, Propagandist*innen oder Geheimdienstmitarbeiter*innen dokumentiert.

562 Verordnung zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Naziregimes vom 14. Juni 1950, in: Verordnungsblatt für Groß-Berlin, 6. Jg. T. I Nr. 28, in: LAB, C Rep. 105 Nr. 3356. §1 (1): „Verfolgte des Naziregimes sind: a) Personen, die wegen ihres Glaubens, ihrer Rasse, ihrer früheren politischen Betätigung, wegen Widerstandes gegen das Naziregime oder wegen politischer Unzuverlässigkeit im In- und Ausland verfolgt worden sind.“ b) Hinterbliebene.

563 Allgemeine Darlehensbedingungen für die Darlehen der Sparkasse gemäß § 18, Abs. 1 der VO zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Naziregimes, 14.6.1950, in: LAB, C Rep. 105 Nr. 3356.

564 Im Jahr 1954 betrug der Bilanzbestand der Berliner Sparkasse 561 Stück zu 199.000 DM, landesweit waren es 3.237 Kredite zu 1.981.000 DM. BA, DN 1/2053b.

565 Die Zahl der VdN variierte. Ende 1952 gab es 30.616, zuvor rd. 15% mehr. Vgl. Kessler, Ralf/Peter, Hartmut Rüdiger: Wiedergutmachung im Osten Deutschlands 1945–1953. Grundsätzliche Diskussionen und die Praxis in Sachsen-Anhalt,

Die Kosten waren offenbar trotzdem geringer als erwartet. Die allein für Berlin jährlichen einkalkulierten 1.000 Anträge wurden stets deutlich unterschritten und die Ausfälle lagen nahe Null und nicht, wie angenommen, bei 10%.⁵⁶⁶

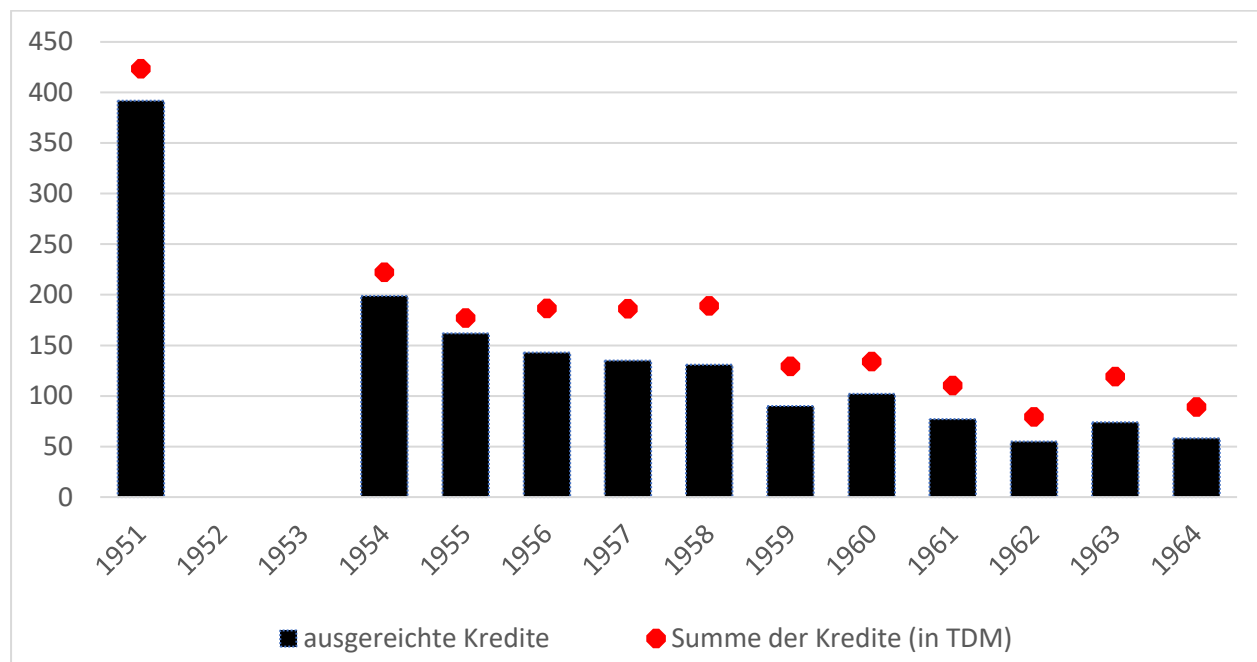


Abbildung 26: Von der Sparkasse Berlin ausgereichte VdN-Kredite (1951-1964)⁵⁶⁷

Die VdN-Kredite sind bisher in der Forschung kaum beachtet worden.⁵⁶⁸ Sie waren ein Bestandteil des DDR-eigenen Verständnisses von Wiedergutmachung, das sich nicht am bürgerlichen Konzept der Rückgabe von Eigentum und der bundesrepublikanischen materiellen Entschädigungen orientierte, sondern auf Sozialfürsorge ausgerichtet war.⁵⁶⁹ Ausdruck des Vorrangs „der gesellschaftlichen Umwälzungen im sozialistischen Sinne“⁵⁷⁰ war die Weigerung, NS-Enteignungen oder „Arisierungen“ rückgängig zu machen.

Frankfurt/Mai 1996, S. 204. Zum 30.3.1957 gab es 28.730 VdN, davon rd. zwei Drittel ehemalige politische Häftlinge und knapp neun Prozent Opfer der Judenverfolgung. 1966 gab es rd. 35.000 anerkannte VdN. Vgl. Goschler, Constantin: Schuld und Schulden: die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005, S. 377, 386.

566 Kämmerer Magistrat von Groß-Berlin (Martin Schmidt) an Referat VdN im Hauptsozialamt (Abt. Arbeit und Gesundheitswesen), 15.7.1950, in: LAB, C Rep. 105 Nr. 3356.

567 Gb bzw. Jb der Sparkasse Berlin (Ost), in: HA Sparkasse Berlin. Für 1952 und 1953 liegen keine Daten vor.

568 Z.B. Keine Erwähnung in: Goschler, Schuld, S. 361–411 (Kap. VI. Wiedergutmachung in der DDR 1949–1989).

569 TDM = 1.000 Mark Vgl. Spannuth, Jan Philipp: Rückerstattung Ost: der Umgang der DDR mit dem "arisierten" Eigentum der Juden und die Rückerstattung im wiedervereinigten Deutschland, Essen 2007, S. 163. Zu den Wiedergutmachungsdebatten in der SBZ: Kessler, Ralf: Interne Wiedergutmachungsdebatten im Osten Deutschlands - die Geschichte eines Mißerfolges, in: Constantin Goschler (Hg.): "Arisierung" und Restitution: die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 197–213.

570 Goschler, Schuld, S. 361.

Insofern dürfte die VdN-Kreditvergabe Vermögensverluste kaum ausgeglichen haben. Jan Philipp Spannuth weist allerdings darauf hin, dass in der DDR die ersatzweisen Versorgungsleistungen an NS-Opfer vergleichsweise weitreichend waren.⁵⁷¹ Insofern wären die VdN-Kredite in einen größeren Wiedergutmachungskontext einzuordnen. Auch differenzierte die DDR zwischen einzelnen Gruppen: Zunächst standen politisch Verfolgte und Widerstandskämpfer*innen im Fokus; rassistisch Verfolgte wurden erst in einem zweiten Schritt einbezogen. Wie die Zusammensetzung der VdN-Kreditnehmer*innen war, mit welcher Haltung diese ihre Anträge stellten und wie die Vergabe ablief, müsste wohl vorwiegend anhand von Quellen aus Landesarchiven untersucht werden.⁵⁷² Die Jahresberichte der Sparkassen sind hierzu unergiebig und auch in den Findbüchern der historischen Archive der Sparkassen sowie im HA OSV gibt es kaum einschlägige Treffer.⁵⁷³

4.6 Ehekredite: Sparkassen in der DDR-Familienpolitik

Mit der Verordnung vom 10. Mai 1972 zur Gewährung von Krediten zu vergünstigten Bedingungen an junge Eheleute wurden in der DDR die sogenannten Ehekredite eingeführt.⁵⁷⁴ Sie ergänzten die Teilzahlungskredite an kinderreiche Familien.⁵⁷⁵ Es handelte sich um zinslose Kredite in Höhe von 5.000 Mark (ab 1986: 7.000 Mark), die für eine Laufzeit von acht Jahren (ab 1986: elf Jahre) gewährt wurden. Die kreditnehmenden Eheleute durften beide nicht älter als 26 Jahre sein (ab 1986: 30 Jahre), mussten bestimmten Berufsgruppen angehören (Arbeiter, Angestellte, Studierende, Armeeingehörige, Mitglieder von Produktionsgenossenschaften) und durften maximal einen gemeinsamen Bruttoverdienst von 1.400 Mark haben. Für jedes Kind, das während der Kreditlaufzeit geboren wurde, reduzierte sich der Kreditbetrag, sodass der Kredit mit drei Geburten vollständig getilgt („abgekindert“) war.

571 Zum Zeitpunkt der Einführung der VdN-Kredite wurde jedoch der Status landesweit überprüft und z.T. aus politischen Motiven revidiert, sodass beispielsweise ein Nichtübertritt aus der SPD in die SED den Verlust des VdN-Status bedeuten konnte. Vgl. Kessler/Peter, Wiedergutmachung, S. 205.

572 Da um 1953 rd. 3.500 der insg. etwa 5.000 in der DDR lebenden Jüdinnen und Juden das Land verlassen hatten, dürfte es sich vorrangig um politisch Verfolgte gehandelt haben. Vgl. Goschler, Schuld, S. 362. Im LAB z.B. C Rep. 105 Nr. 4122: Kreditgewährung an Verfolgte des Naziregimes, C Rep. 105 Nr. 3356: Darlehen der Sparkasse der Stadt Berlin für Verfolgte des Naziregimes (VdN), C Rep. 748 Nr. 124: Entwicklung des kurzfristigen Kreditgeschäftes (u.a. Kredite für die private Wirtschaft, Umsiedlerkredite, Kredite an VdN, Umsiedler-Handwerker-Kredite) (1946-1950).

573 Im HA OSV sind in den Handbüchern der Sparkassenarbeit die Vorschriften zur Handhabung nachlesbar.

574 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 116-119, 344f.

575 Für Familien mit 3-5 Kindern sowie für Alleinstehende mit 3-4 Kindern zu 3% verzinst, für Familien ab 6 Kindern und Alleinstehende ab 5 Kindern unverzinst. Ebd., S. 357.

Aufgewendet wurde der Kredit vor allem für Wohnungsausstattung (80%) gemäß einer eigenen Warenliste sowie für den Eigenheimbau (knapp 20%).⁵⁷⁶ Die Abwicklung erfolgte wie beim Teilzahlungskredit, sodass die Sparkassen über die Mittelverwendung exakt orientiert waren. Die Ehekredite waren so bekannt und die Konditionen so attraktiv, dass nahezu 100% aller Berechtigten sie in Anspruch nahmen.⁵⁷⁷ Bis 1988 waren dies 1,37 Mio. Kredite in Höhe von insg. 9,29 Mrd. Mark. Erlassen worden waren bis 1988 in 1,82 Mio. Fällen insg. 2,22 Mrd. Mark (siehe Abb. 27).

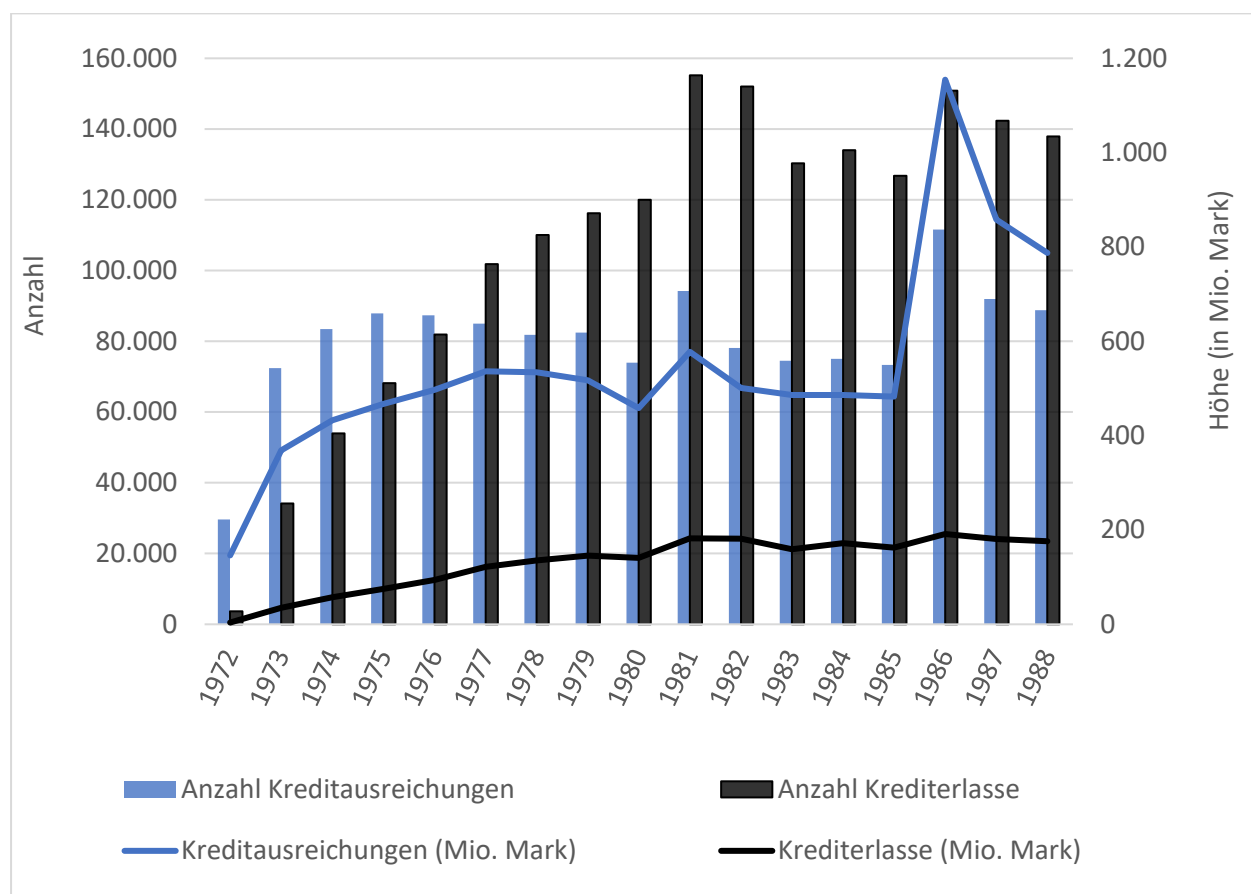


Abbildung 27: Ausreichung und Erlass von Ehekrediten (1972-1988)⁵⁷⁸

576 Zahlen für Zeitraum bis 1986. HA OSV, D/7545/AUG: Teilzahlungskredite und Kredite für junge Eheleute (1973-1988), enthält u.a. Statistiken, ausstehende Forderungen, Meldungen der Sparkassen über abgeschlossene Kreditverträge). Günthers Angabe der Aufwendung von 95% der Summe für Wohnraumausstattung scheint korrekturbedürftig. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 344.

577 So wurde der Ehekredit beispielsweise noch Mitte der 1990er Jahre einem Witzebuch als bekannt vorausgesetzt: „251 + 183 = 1000 Mark. Wieso das? Die Rechnung geht so: Wenn sich 2 Leute 5 Minuten 1-ig sind, so merken sie spätestens nach 1 Monat, daß sie nach 8 Monaten zu 3-t sind. Dann kriegen sie in der DDR vom Staat 1000 Mark.“ Wagner, Reinhard: DDR-Witze: Walter schützt vor Torheit nicht, Erich währt am längsten, Berlin 1995, S. 42.

578 Ohne X-Bereich. Wysocki/ Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 118. Dass 1986 die Höhe der gesamten Kreditausreichungen überproportional zur Steigerung der Anzahl wuchs, erklärt sich aus der Möglichkeit einer Krediterhöhung für Altverträge auf das neue Maximum von 7.000 Mark.

Aus Sicht der Sparkassen verursachten die Ehekredite den größten Arbeitsaufwand, „da Alters- und Einkommensgrenzen sowie die soziale Herkunft zu berücksichtigen waren“. Es galt, teils unzutreffende Einkommensnachweise zu prüfen und viele Grenz- und Streitfälle auszuhandeln.⁵⁷⁹ So entfielen allein auf die Ehekredite ca. 40% aller das Sparkassenwesen betreffenden Eingaben.⁵⁸⁰ Möchte man also die Interaktion von Sparkassenpersonal und Kund*innen untersuchen, so sind die Konflikte um Ehekredite ein vielversprechendes Thema. In den meisten Fällen scheint eine Konfliktlösung in der ersatzweisen Vergabe von Teilzahlungskrediten oder zinsreduzierten Sonderkrediten gelegen zu haben. Da dies jedoch teils langwieriger Aushandlungsprozesse bedurfte, sprachen sich die Sparkassen bereits in den 1970er Jahren für eine Lockerung der Vergabekriterien aus, was jedoch erst 1986 geschah.⁵⁸¹

Die Kommunikation zwischen der Staatsbank und den Sparkassen sowie zwischen den Sparkassen und den Bürger*innen könnte Aufschluss geben über die Praxis der DDR-Familienpolitik, die Realisierung sozialistischer Leitbilder sowie deren Akzeptanz in der Bevölkerung.⁵⁸² Bürger*innen spürten es materiell, wenn sie mit Adoptionen, Zweitehen und anderen von der Verordnung von 1972 ausgeschlossenen Lebensmodellen vom offiziellen Familienideal abwichen.⁵⁸³ Interessant wäre auch, inwiefern sich bei staatlichen Stellen, bei den Banken und bei Kreditinteressierten ausdrückliche Bezüge oder inhaltliche Anknüpfungen an frühere Darlehensarten oder Praktiken im Ausland finden. Im „Dritten Reich“ gab es seit 1933 Ehestandsdarlehen, die in ähnlicher Weise „abgekindert“ werden konnten. Vom nationalsozialistischen Vorgänger unterschied sich die DDR-Variante in mehrfacher Hinsicht. Unter anderem fehlte die arbeitsmarktpolitische Zielvorgabe, berufstätige Frauen aus der Erwerbstätigkeit zu drängen.⁵⁸⁴ In anderen weiteren Ostblockstaaten hatte es das Modell des „Abkinderns“ bereits früher als in der DDR gegeben, so

579 Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, S. 323.

580 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 344.

581 Sparkassenbezirksstellen Berlin und Dresden: Information über die Wirksamkeit der Unterstützung junger Eheleute durch vergünstigte Kredite, 31.5.1977 und 28.5.1977, in: HA OSV, D/7664/AUG.

582 So schrieb die DDR-Familienrechtlerin Anita Grandke: „Der dauernde Verzicht auf Kinder, auch die gewollte Beschränkung auf ein Kind ist moralisch in der Regel nicht gerechtfertigt und allzu oft Ausdruck einer kleinbürgerlichen Haltung.“ Anita Grandke 1972, hier zitiert nach: Helwig, Gisela: Frau und Familie in beiden deutschen Staaten, Köln 1982, S. 9.

583 Zur staatlichen Erwartung an Kinderzeugung in der Ehe: Kaminsky, Frauen, S. 143f.

584 Schumann, Silke: "Die Frau aus dem Erwerbsleben wieder herausnehmen": NS-Propaganda und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen 1933 - 1939, Dresden 2000, S. 36-41. Auch bei den 1937 in Schweden eingeführten, von Deutschland inspirierten Ehestandsdarlehen fehlte die Verdrängungsabsicht von Frauen. Vgl. Neunsinger, Silke: Die Arbeit der Frauen – die Krise der Männer: die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen in Deutschland und Schweden 1919 - 1939, Uppsala 2001, S. 63f.

beispielsweise in der Tschechoslowakei.⁵⁸⁵ In der Bundesrepublik fehlte ein Äquivalent auf Bundesebene, jedoch gab es in den meisten Ländern ähnliche Kreditarten mit variierenden Konditionen.⁵⁸⁶ Interessanter Weise handelte es sich im Westen eher um einen Bestandteil der CDU/CSU-Familienpolitik.⁵⁸⁷

Ab 1972 stieg der Anteil der (ehekreditberechtigten) 18-24jährigen Frauen unter allen Gebärenden sprunghaft an,⁵⁸⁸ sukzessive (und verstärkt ab 1986) auch der Anteil der ab 1986 ebenfalls berechtigten 25-29-jährigen (Abb. 28). Außerdem wichen ab Mitte der 1970er Jahre die vorher parallellaufenden Lebendgeborenen-Ziffern je gebärfähiger Frau in der Bundesrepublik und in der DDR immer stärker voneinander ab und konvergierten erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder (Abb. 29).⁵⁸⁹ Auch das Heiratsalter blieb in West- und Ostdeutschland sehr unterschiedlich. Die Wirkung der Ehekredite auf diese demografische Entwicklung dürfte indes nur schwer zu bestimmen sein, da sie nur ein Bestandteil des im Frühjahr 1972 verabschiedeten umfangreichsten Sozialpakets in der Geschichte der DDR waren.⁵⁹⁰ Einige dieser Maßnahmen wirkten den mit Ehekrediten intendierten Effekten entgegen, andere verstärkten sie, was eine sehr komplexe (ökonometrische) Analyse erfordern würde.⁵⁹¹

585 In der Tschechoslowakei wurde bereits in den 1960er Jahren für jedes Kind ein Sechstel des Kreditbetrages erlassen. Fox, Bankwesen, S. 121.

586 Vgl. Trappe, Heike: Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin 1995, S. 40–46.

587 In den frühen 1980ern war beispielsweise Westberlin das einzige SPD-geführte Bundesland mit einer solchen Darlehensart. Helwig, Frau und Familie, S. 60.

588 Im ersten Jahre der Kreditvergabe war jede zweite kreditnehmende Frau jünger als 20 und nur 14% über 22 Jahre alt. Staatsbank: Information über die Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Verwirklichung der sozialpolitischen Maßnahmen „Kredite für junge Eheleute“ und „Erhöhung der Mindestrenten“ durch das Ministerium für Handel und Versorgung, 27.4.1973, in: Ba, ND 10/3291.

589 Hierzu trug wohl insbesondere das ausgeweitete DDR-Maßnahmenpaket von 1976 bei. Vgl. Helwig, Frau und Familie, S. 71. Die 1987/88 stagnierenden Erlasse trotz zuvor stark gestiegener Kreditausreichungen lassen Mitnahmeeffekte vermuten.

590 Vgl. Pohl/Rudolph/Schulz, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 402. Parallel konnte unter anderem ein zusätzlicher zinsloser und ebenfalls „abkinderbarer“ Kredit für den Eintritt in eine Wohnungsbaugenossenschaft beantragt werden (hier mussten die Kreditnehmer*innen dieselben Kriterien erfüllen wie beim Ehekredit), wurde eine Geburtsbeihilfe in Höhe von 1.000 Mark gewährt, der Schwangerschaftsurlaub verlängert, 1976 eine zusätzliche bezahlte einjährige Freistellung ab Geburt des zweiten Kindes gewährt usw.

591 Negativ u.a.: Legalisierung von Abtreibungen. Positiv u.a.: Benachteiligung unverheirateter Paare bei Wohnungszuweisungen. Vgl. Merkel, Ina: Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: Hartmut Laeble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 359–382, hier 373.

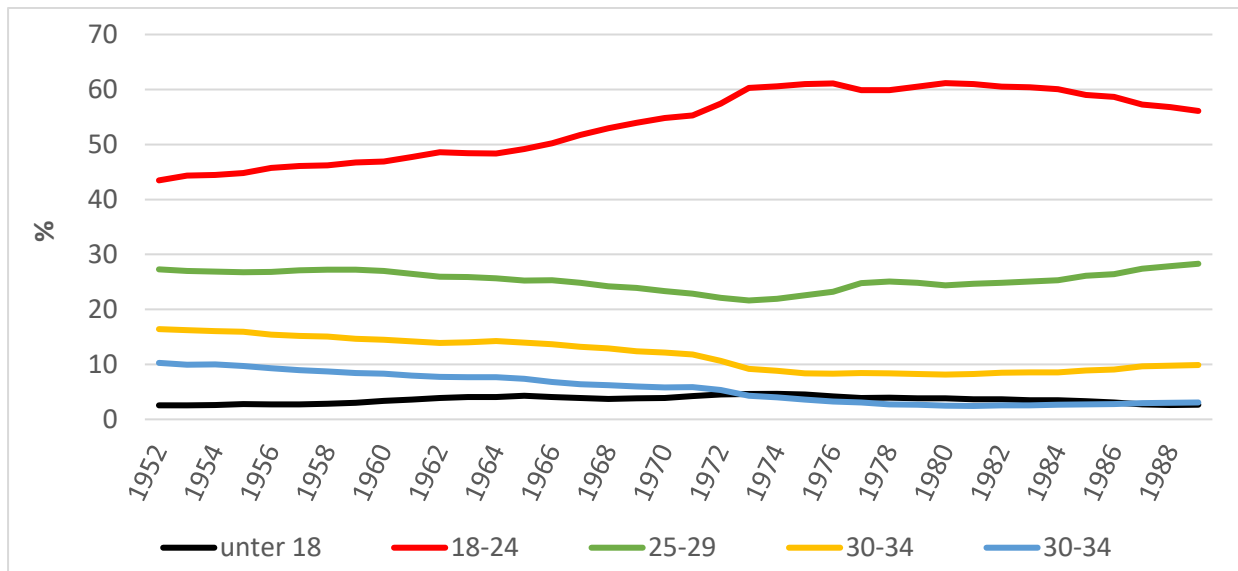


Abbildung 28: Altersverteilung von Gebärenden in der DDR (1951-1989)⁵⁹²

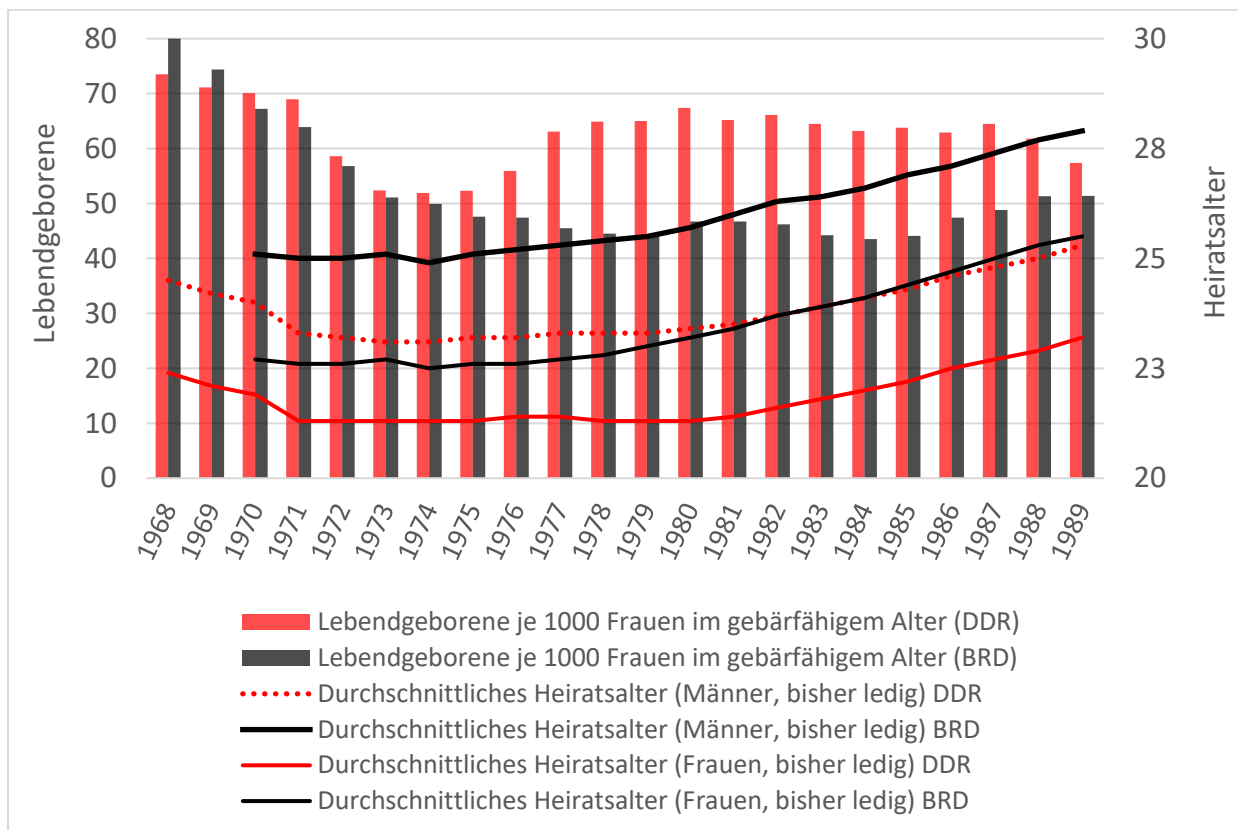


Abbildung 29: Lebendgeborene und Heiratsalter in BRD und DDR (1968-1989)⁵⁹³

592 Statistisches Bundesamt (Hg.): Sonderreihe mit Beiträgen für das ehemalige Gebiet der DDR. Heft 3, Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946-1989. Wiesbaden 1993, Tabelle 25, S. 80.

Zu den Ehekrediten gibt es wertvolle Quellen im Historischen Archiv des OSV. Unter anderem erstatteten die Sparkassen monatsweise Bericht über die Abschlüsse, Eigenschaften die Kreditnehmer*innen (z.B. Berufe, Alter), erworbene Produkte, Anzahl und Summe der Krediterlasse usw.⁵⁹⁴ Der Quellenwert dieser Angaben wird noch dadurch gesteigert, dass die Kategorien und die Art der Erhebung seit 1972 unverändert blieben. Ferner erstellten die Sparkassen bisweilen Wirksamkeitsanalysen für die Staatsbank.⁵⁹⁵ Überliefert sind auch viele Eingaben von Bürger*innen an Sparkassen und die SED, Schriftverkehr zwischen Sparkassen, Bezirksstellen und der Staatsbank zu Einzelfällen der Kreditvergabe sowie Berechnungen und Analysen, die als Informationsgrundlage für die Ausarbeitung von Verordnungen dienten.⁵⁹⁶

4.7 Sonderkredite

Neben den „regulären“ Krediten gab es offenbar zwei Formen von „Sonderkrediten“. Die erste wurde in der jungen DDR anlassbezogen eingesetzt, etwa um nach einer Hochwasserkatastrophe im Juli 1954 den Geschädigten zu helfen. Hier durften beispielsweise die Sparkassen der drei Bezirke Halle, Leipzig und Karl-Marx-Stadt langfristige Sonderkredite von insg. 910 Mio. Mark ausgeben, davon über die Hälfte an die Privatwirtschaft.⁵⁹⁷ Einen weiteren Anlass boten Zwangsumsiedlungen für den Uranbergbau im Raum Johanngeorgenstadt, infolge derer offenbar der „Sonderkommissar für Siedlungsfragen im sächsischen Erzbergbauggebiet“ vom Ministerium der Finanzen entsprechende Anweisungen an die örtliche Stadt- und Kreissparkasse erwirken konnte.⁵⁹⁸ Welche weiteren Einsätze dieses pragmatischen Steuerungselements es gab, wie die Kredite im Rahmen größerer Maßnahmenpakete funktionierten und wann diese Praktik endete, wäre zu untersuchen.

Mit einer „Anweisung über die Kreditgewährung in Sonderfällen“ führte das Finanzministerium zum Jahr 1957 gewissermaßen eine reguläre „Sonderkredit“-Kategorie ein.⁵⁹⁹ Aufgrund vergleichsweise vager Bestimmungen bezüglich des Zwecks und der Konditionen (Laufzeiten meist 1–2 Jahre, Zinssätze 0–4%) hatten die einzelnen Sparkassen auch hier beträchtliche Handlungsspielräume. Dies war für die

593 Quelle: Statistisches Bundesamt.

594 Siehe z.B. HA OSV, D/7545/AUG.

595 Wirksamkeitsanalysen aller Sparkassenbezirksstellen, Ende Mai 1977, in: HA OSV, D/7664/AUG.

596 Z.B. HA OSV, D/7087/BUG: Erarbeitung der 4. "Verordnung über die Gewährung von Krediten zu vergünstigten Bedingungen an jungen Eheleute", Bd. 1, auch: Berechnungen, Sonderregelungen (1977–87), D/2717/15.015: Schriftverkehr zur Kreditvergabe an "junge Eheleute" (1986), D/7838/BUG, Bd. 2: Übersichten über Kreditgewährung an junge Eheleute.

597 Schriftverkehr und Arbeitspläne der Abteilung Sparkassen des MdF, 1954, in: BA, DN 1/2409. Ähnliches galt auch für spätere Hochwasserschäden, z.B. 1957 und 1961, siehe Anweisungen in: BA, DN 1/2054a.

598 Sonderkommissar für Siedlungsfragen im sächs. Erzbergbauggebiet an MdF, 28.8.1953, in: BA, DN 1/2409.

599 Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 341–343.

Mitarbeiter*innen ungewohnt, weswegen sie die Kredite auch als „Nur-Mut-Kredite“ bezeichneten. Diese sollten „die tausend kleinen Sorgen der Bevölkerung überwinden [;] helfen, die in keiner Richtlinie zu erfassen sind, deren Befriedigung durch Kredite jedoch menschlich und ökonomisch richtig erscheint.“⁶⁰⁰ Die Verwendungszwecke wurden später konkretisiert, blieben jedoch in der Praxis sehr divers.⁶⁰¹ Bis zuletzt blieben Sonderkredite in der DDR von geringer volkswirtschaftlicher Bedeutung, erreichten aber 1988 mit 31.500 Krediten in Höhe von durchschnittlich 5.100 Mark (insg. 161 Mio. Mark) immerhin etwa ein Fünftel des Volumens der Ehekredite.⁶⁰² Die Summen unterlagen über die Jahrzehnte sehr starken Schwankungen.⁶⁰³

Die Existenz der Sonderkredite könnte man als Eingeständnis der Zentralverwaltung interpretieren, dass die strikte Reglementierung der einzelnen Kreditarten der Komplexität der Gesellschaftsordnung nicht gerecht wurde. Zumindest in begrenztem Maße glaubte man, auf die Initiative der besser über die regionalen und lokalen Verhältnisse orientierten Mitarbeiter*innen der Kreditinstitute setzen zu müssen.⁶⁰⁴ Gleichzeitig boten diese Kredite aber auch die Möglichkeit des Missbrauchs in dem Sinne, dass Sparkassen die strikten Vorgaben anderer Kreditarten durch das Ausweichen auf Sonderkredite aushebeln konnten.⁶⁰⁵

Die Sonderkredite bieten damit Ansatzpunkte, um (vergleichend) zu analysieren, a) inwiefern Sparkassen in der DDR ihre Handlungsspielräume in der Kreditvergabe nutzten und b) inwiefern sie diese Spielräume im Diskurs mit vorgesetzten Stellen verteidigen wollten. Die Kreissparkasse Weißwasser (Oberlausitz) wehrte sich beispielsweise in ihrem Jahresbericht 1963 deutlich gegen detailliertere

600 Jahresbericht der Sparkasse Berlin 1957, S. 35, in: HA Sparkasse Berlin.

601 Insb. Verfügung 1/79: Beschränkung und stärkere Orientierung am sozialpolitischen Programm der SED, Verfügung 8/87. Verteilung laut Günther: 40% Gartenlauben/Wochenendhäuser, 25% Warenkäufe, 10% Schwergeschädigte, 6% Garagen, 4% Wohnungsmodernisierungen, 4% Finanzierung von Genossenschaftsanteilen, 1% Ablösung priv. Schulden sowie ferner an Ehepaare. Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 343. Vgl. auch Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, S. 323.

602 Vgl. Hummel, Kreditwesen, S. 421.

603 Nachdem die Staatsbank beispielsweise 1979 eine Einschränkung der Vergabepaxis angeordnet hatte, waren 1980 nur 17.200 Kredite (75 Mio. Mark) in Höhe von durchschnittlich 4.400 Mark vergeben worden. Rd. 10.000 Kreditanträge wurden abgelehnt. Abt. Sparkassen der Staatsbank: Information über die Gewährung von Krediten in Sonderfällen, 24.12.1980, in: HA OSV, D/7664/AUG.

604 Es gab auch Fälle, in denen HR Geldumlauf und Kredite eine Sparkasse anwies, bereits abgelehnten Kreditersuchen doch zu entsprechen. Jahresbericht der Sparkasse Berlin 1959, S. 55, in: HA Sparkasse Berlin.

605 Ein klassisches Beispiel war die Kreditvergabe (später insb. an geschiedene Ehepartner) für den Kauf von Möbeln, die nicht im Warenverzeichnis von Konsumkrediten aufgeführt waren. Vgl. Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 261. Die von den Sparkassen in ihren Jahres- und Geschäftsberichten aufgelisteten gekauften Gegenstände deuten nicht darauf hin, dass es sich in wesentlichem Maße um die Bewältigung von Schicksalsschlägen handelte - wie teils in anderen Ostblockländern. Vgl. Fox, Bankwesen, S. 121.

Regelungen und verwies dabei auf die „Kenntnis der örtlichen Bedingungen“.⁶⁰⁶ Sie hatte die Sonderkredite unter anderem dazu genutzt, die regionale medizinische Versorgung zu verbessern und einem Arzt ein Fahrzeug zu finanzieren - offenbar ein typischer Fall.⁶⁰⁷ Auch ein RGW-interner Vergleich wäre interessant.⁶⁰⁸

Eine letzte Erweiterung erfuhren die Sonderkredite während der Ausreisewelle im Herbst 1989. Die Staatsbank verfügte, dass sie nunmehr auch dazu eingesetzt werden durften, um den Erwerb jener (Einrichtungs-)Gegenstände zu finanzieren, welche Ausgereiste bzw. Geflüchtete in ihren Wohnungen zurückgelassenen hatten und die deshalb dem Staat zugefallen waren.⁶⁰⁹ Der ökonomische Effekt dürfte gering gewesen. Es erscheint jedoch einer Untersuchung wert, ob dies Ausdruck eines Bemühens war, die Bürger*innen zu Komplizen und Profiteuren von entschädigungslosen Enteignungen zu machen.

Für statistische Angaben wären die Jahres- und Geschäftsberichte der einzelnen Sparkassen heranzuziehen. Eine Suche unter dem Stichwort „Sonderkredite“ hat in den historischen Archiven der Sparkassen zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt, sondern müsste im Einzelnen in den Handakten zu Kreditvergaben erfolgen. Zu den zentralen Quellen zählen insbesondere die Anweisungen und Analysen der Abteilung Sparkassen des MdF bzw. der Staatsbank, die im Historischen Archiv des OSV sowie im Bundesarchiv Berlin einsehbar sind.⁶¹⁰

5. Internationale Kontaktzonen und Vergleiche

5.1 Vorreiter oder Sonderling? Vergleiche mit anderen sozialistischen Staaten

In den meisten europäischen Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sowie in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) hatten die Sozialisten bei ihren jeweiligen

606 „Den Sparkassendirektoren sollte aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung in der Kreditgewährung, der genauen Kenntnis der örtlichen Bedingungen und einer gründlichen und gewissenhaften Prüfung des Einzelfalles die Entscheidung überlassen werden. Eine Änderung der derzeitigen Bestimmungen wäre angebracht.“ Jahresbericht der KSK Weißwasser 1963, S. 18, hier zitiert nach Falk/Hauer, Mit 12 Talern, S. 257.

607 Vgl. Ebd., S. 256. So zählten 1959 in Berlin beispielsweise Ärzte zu den häufigsten Kreditnehmern und Fahrzeuge zu den häufigsten Käufen. Jb Sparkasse Berlin 1959, S. 55f. in: HA Sparkasse Berlin.

608 Etwa mit Ungarn, wo zinslose Darlehen an private Haushalte gewährt wurden. Vgl. Fox, Bankwesen, S. 121.

609 Teilabdruck der (3? 4.?) Ergänzung zur Verfügung 8/87 über die Gewährung von Krediten an die Bevölkerung in Sonderfällen vom 8. November 1989, in: Schulze, 1825–2000, 175 Jahre Rostocker Sparkasse, S. 186. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 343.

610 Z.B. Abt. Sparkassen der Staatsbank: Information über die Gewährung von Krediten in Sonderfällen, 24.12.1980, in: HA OSV, D/7664/AUG.

Machtübernahmen ein Sparkassenwesen vorgefunden.⁶¹¹ Weder unter den Bolschewisten in der Sowjetunion noch anderswo wurde es abgeschafft, sondern stets in stark abgewandelter Form fortgeführt. Dabei gab es aber kein einheitliches, vom sowjetischen Hegemon oktroyiertes Modell, sondern unterschiedliche Organisationsformen und Einbettungen in den Staatsapparat sowie verschiedene Funktionen im Spar- und Kreditwesen mit mal mehr, mal weniger banktypischen Aufgaben.⁶¹²

Während eine vergleichende Betrachtung der DDR-Sparkassen mit ihren westlichen Gegenparts aufgrund der Einbettung in unterschiedliche Gesellschaftssysteme nur in Einzelfragen sinnvoll erscheint, wäre ein Vergleich mit den Sparkassen anderer sozialistischer Staaten aus grundsätzlichen Erwägungen forschungsrelevant.⁶¹³ Hier sticht zunächst einmal hervor, dass die DDR innerhalb des RGW offenbar das einzige Land mit einem dezentral aufgebauten Sparkassensystem war.⁶¹⁴ Es wäre zu fragen, wie stark diese Sonderstellung ausgeprägt war und ob sie sich in einem anderen Verhältnis zu zentralistischen Institutionen wie den jeweiligen Finanzministerien und Zentralbanken oder den regierenden Parteien niederschlug als anderswo. Können die Funktionsbereiche und die Stellung des Sparkassenwesens in den Machtapparaten unser Verständnis von Geld in den sozialistischen Ökonomien erweitern?⁶¹⁵ Da auch in den übrigen sozialistischen Staaten nicht von statischen Organisationen, sondern von Wandlungsprozessen auszugehen ist, wäre zu untersuchen, inwiefern die DDR mit ihren geerbten Strukturen ein sozialistischer Ausnahmefall war, ob sie nachgeahmt wurde oder ob sie ihrerseits Anleihen nahm.⁶¹⁶

Statistisch recht leicht dürfte sich etwa fassen lassen, ob das nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichsweise schnell wiedererrichtete Netz an Hauptstellen, Zweigstellen und Agenturen bzw.

611 Vgl. Pfisterer, Hans/Bernard Vogler: Einführung, in: Mura, Europäische Sparkassengeschichte II, S. 9–15.

612 Oskar Schwarzer hat die These formuliert, „[d]er formale Ablauf, institutionelle Regeln und in Teilen die inhaltliche Ausgestaltung“ der Sozialisierung des Währungssystems sowie der Banken und Sparkassen hätten sich in allen RGW-Staaten geähnelt, weil diese die jeweiligen Etappen der Sowjetunion nachgeahmt hätten. Seine Gegenüberstellung der Etappen in der UdSSR und der Äquivalente in der DDR überzeugt allerdings nicht. Schwarzer, Währungspolitik, S. 258f.

613 Ohnehin fand die Beschäftigung mit dem Sparkassenwesen der DDR aus dezidiert westlicher Perspektive statt. Siehe z.B. Mura, Zur Geschichte des Sparkassenwesens, S. 19f. Die wesentlichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit den Sparkassen der BRD sind genannt in: Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 147–149.

614 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 449.

615 Gab es beispielsweise in der Nachkriegszeit auch anderswo die in der SBZ/DDR noch zu beobachtende Konkurrenz um Kund*innen aus der „Geschäftswelt“, die sowjetischen Vorbildern widersprach?

616 So ging beispielsweise in der Sowjetunion die Zuständigkeit für die Sparkasse (Sberekassa) 1962 vom Finanzministerium auf die Staatsbank über. In der DDR geschah dies zehn Jahre später. Vgl. Sajdok, Entwicklung, S. 17, 19. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 450–459. Siehe auch nachfolgendes Kapitel II.5.2.

Sparwerber*innen in seiner Dichte einzigartig war oder nicht.⁶¹⁷ Was bedeutete diese Universalität für die Stellung der Sparkassen im gesellschaftlichen Leben und für ihren Beitrag zur Regimestabilität und zum *nation building*? Auch konkrete Einzelfragen ließen sich benennen: War das Leistungsangebot der DDR-Sparkassen im Sparwesen oder im Kreditwesen besonders breit oder fortschrittlich? Gab es womöglich Programme, die erst vergleichsweise spät eingeführt wurden?⁶¹⁸ Inwiefern unterschied sich die Werbung (z.B. die herbstlichen Sparwochen) in ihren Botschaften und Strategien? Gab es Staaten im Ostblock, welche den faktischen Kontenzwang in ähnlicher Konsequenz umsetzen konnten wie die DDR?⁶¹⁹ War die Arbeitsorganisation in DDR-Sparkassen besonders effizient (z.B. Dienstleistungsvorgänge pro Mitarbeiter*in) oder effektiv (z.B. Anteil an Fehlbuchungen)? Wurde die Sparkassenarbeit überall und auch ähnlich schnell „Frauensache“?⁶²⁰

Quellenbasierte vergleichende historiographische Arbeiten sind in deutscher oder englischer Sprache bisher nicht publiziert worden. Es gibt immerhin eine Reihe von Fallstudien, die zumeist allgemein das Bankensystem, die Zentralbanken oder das Währungssystem eines Landes untersuchen und häufig einen Schwerpunkt auf die Transformationsprozesse hin zu Marktwirtschaften legen.⁶²¹ Hervorzuheben ist ein Sammelband aus dem Jahr 1998 mit zumeist etwa 15–20 Seiten langen Beiträgen zur Geschichte des Sparkassenwesens in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien,

617 Für einen Vergleich müsste allerdings jeweils die Funktion von Agenturen, Agenturnebenstellen, Zweigstellen und Hauptstellen miteinander in Beziehung gesetzt werden. Relativ gesehen war 1989 beispielsweise die sowjetische Sberbank mit ihren 240.000 Beschäftigten (1 pro 1.250 Menschen) kleiner als jene der DDR (1 pro 906).

618 Während die Ehekredite in der DDR erst 1972 eingeführt wurden, scheint es ähnliche Kreditformen in der Slowakei bereits ab 1948 bzw. 1966 gegeben zu haben. Vgl. Mráz, Albin: Slowakei, in: Mura, Europäische Sparkassengeschichte II, S. 301–319, hier 309. Auch in Bulgarien wurden offenbar bereits früher Vorzugskredite an „Jungverheiratete“ ausgegeben Karanikolov, Roussi: Bulgarien, in: ebd., S. 17–32, hier 26.

619 Wie lange dauerte es beispielsweise, bis anderswo die Zahl der Bankkonten jene der Einwohner*innen überstieg (was in der DDR bereits 1960 der Fall war)? Wegen Kontenzusammenlegung gab es 1975 in der DDR mit 17,7 Mio. Konten nur etwas mehr als 1960 (ca. 17 Mio.) In der Sowjetunion gab es dagegen 1975 erst 100 Mio. Konten bei etwa 250 Mio. Einwohner*innen, 1989 dann allein bei der Sberbank 210 Mio. Privatkonten sowie 400.000 Konten für verschiedene Organisationen und Einrichtungen. Vgl. Khorkin, Vladimir, Kommentar, in: Internationales Institut der Sparkassen (Hg.): XVI. Weltkongress der Sparkassen: Rom, 9.–11. Mai 1990, Genf 1990, S. 111–113.

620 Der Frauenanteil von 95% in DDR-Sparkassen wurde von der sowjetische Sparkassenorganisation Sberkassa in den späten 1980er Jahren offenbar noch übertroffen. Vgl. Johnson, A fistful of rubles, S. 61.

621 Z.B. Rohmann, Angelika: Marktwirtschaftliche Transformation der Geld- und Währungsordnung: eine vergleichende Analyse der Länder Kroatien und Slowenien, Hamburg 2001. Sajdok, Entwicklung des Bankensystems. Ironside, A Full-Value Ruble. Auf die Transformation ab 1989 konzentriert sich Wagner, Reconstruction. Ebenso Tanzi, Vito: Mobilization of Savings in Eastern European Countries: The Role of the State, IMF Working Paper 91/4, 1991. Johnson, Juliet: Priests of Prosperity: How Central Bankers Transformed the Postcommunist World, Ithaca 2016. Dies, A fistful of rubles. In der quantitativen Analyse der sowjetischen Zentralbank geht Yasushi Nakamura auch auf die Sberkassa (Sparkassen) ein. Nakamura, Yasushi: Soviet Banking, 1922-1987: An Analysis of Gosbank Balance Sheets, in: Comparative Economic Studies 55, 2013, S. 167–197.

Tschechien und Ungarn.⁶²² Ferner findet sich ältere wirtschaftswissenschaftliche Literatur über das sozialistische Bankwesen.⁶²³ Ob in Staaten des ehemaligen RGW und SFRJ Sparkassenarchive vorliegen, war nicht Gegenstand dieser Studie. Stützen müsste man sich hier wohl auf die Bestände der Finanzministerien und der Zentralbanken in Nationalarchiven. Ferner könnten die Bestände zu Internationalen Sparkassenkonferenzen im Historischen Archiv des OSV herangezogen werden (siehe Kap. II.5.2–3).

5.2 Interaktionen mit Sparkassen aus anderen sozialistischen Staaten

Zur Interaktion der DDR–Sparkassen mit dem Sparkassen– und Bankwesen im sozialistischen Ausland liegt kaum Literatur vor.⁶²⁴ Grundsätzlich sind drei Ebenen zu unterscheiden: der unmittelbare dienstliche Kontakt zwischen Kreditinstituten und Verbänden, der bilaterale Austausch auf ministerieller Ebene (Sektor bzw. Abteilung Sparkassen in MfD bzw. Staatsbank) sowie der multilaterale Austausch. Ein unmittelbarer dienstlicher Austausch auf der Arbeitsebene zwischen Sparkassen der DDR und solchen aus Polen und der Sowjetunion soll in den 1950er Jahren angestrebt worden, jedoch im Sande verlaufen sein.⁶²⁵ Quellen hierzu scheinen keine mehr vorhanden zu sein.⁶²⁶ Der bilaterale Austausch auf ministerieller Ebene wurde offenbar seit Mitte der 1950er Jahre gepflegt, vor allem zum Sparkassenwesen der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Polens und Bulgariens, aber auch in weitere Ferne, wie z.B. zur Genossenschaftlichen Sparkasse des Irak und zur kubanischen Nationalbank. Die intensivste Phase scheinen die 1970er Jahre gewesen zu sein.⁶²⁷ In den 1980er Jahren gab es auch einen Austausch mit der Staatsbank Vietnams, der das dortige Sparkassenwesen unterstellt war.⁶²⁸

Quellen hierzu liegen insbesondere im Historischen Archiv des OSV vor, nicht aber in den Archiven der Sparkassen selbst.⁶²⁹ Auch der Bestand der Staatsbank (DN 10) im Bundesarchiv sollte für entsprechende

622 Mura, Europäische Sparkassengeschichte II.

623 Fox, Bankwesen. Hartwig, Monetäre Steuerungsprobleme. Kuschpèta, O.: The banking and credit system of the USSR, Leiden 1978.

624 Mangels Quellenangaben ist nur schwer anzuknüpfen an: Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 453, 468–472.

625 Ebd., S. 469.

626 Beteiligt sollen die Sparkassen Berlin, Grimma und Bitterfeld gewesen sein. Im Historischen Archiv der Berliner Sparkasse sind hierzu keine Quellen erhalten.

627 Wysocki/Günther listen (in ihrer sicher nicht vollständigen Zählung) 17 Besuche für die 1970er Jahre und acht Besuche für die 1980er Jahre auf. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 469.

628 HA OSV, D/3114/12.022, Bd. 1: Arbeitsbesuch einer Delegation der Staatsbank der DDR in der Staatsbank der SRV (1981–1984). Van Nam Nguyen: Analyse der Methodik des Aufbaus des ökonomischen Informationssystems im Bankwesen der DDR und die Anwendung der Erfahrungen der DDR in der SRV, Diss., Ms., Berlin (Ost) 1989.

629 U.a. HA OSV, D/7384–7386: Empfang von Delegationen ausländischer Banken und Sparkassen (1950er bis 1980er Jahre), D/7415/AUG, Bd. 2–4: Betreuung einer Delegation der Landessparkasse der Volksrepublik Ungarn (1974), Gesprächsprotokoll

Fragenherangezogen werden.⁶³⁰ Die Funktion des internationalen Austauschs scheint im Rahmen einer allgemeinen DDR-Geschichte besonders bedeutend. Trifft die Deutung von Wysocki/Günther zu, die Initiative sei in der Regel aus dem Ausland gekommen, weil die DDR-Sparkassen ohnehin nicht glaubten, etwas lernen zu können, und für einen angemessenen Austausch auch keine Mittel bewilligt bekamen? Welche Folgen hatte der Austausch, etwa der Export von DDR-Innovationen in andere sozialistische Länder wie die vergleichsweise fortschrittliche EDV?⁶³¹ Wie wurden Sachfragen verhandelt und mit welchem Ausgang, etwa der Umgang mit erbschaftssteuerpflichtigen Konten von Ausländer*innen oder der Transfer von Löhnen kubanischer Arbeiter*innen aus der DDR in ihre Heimat?⁶³²

Ein multilateraler Austausch zwischen der Sparkassenabteilung in der Staatsbank der DDR mit (Zentral-)Banken der übrigen RGW-Länder sowie Jugoslawiens fand offenbar seit den späten 1960er Jahren und insbesondere in den 1970ern und 1980ern statt.⁶³³ Dieser erfolgte vorwiegend auf internationalen Sparkassen-Konferenzen, u.a. 1970 in Budapest, 1971 in Prag, 1974 in Moskau, 1976 in Sofia, 1977 in Moskau, 1979 in Budapest, 1985 in Havanna, 1987 in Ostberlin, 1988 in Budapest und 1989 in Ulan Bator.⁶³⁴ Initiator war offenbar nicht die Sowjetunion, sondern Ungarn. Die dortige Landessparkasse lud 1969 eine Delegation der DDR zu einem Erfahrungsaustausch ein und wollte diesen Austausch anschließend hochskalieren und verstetigen.⁶³⁵

des Besuchs einer Delegation der Genossenschaftlichen Sparkasse der Republik Irak (1974), Betreuungsplan der Delegation der Banco Nacional de Cuba (1978).

630 Z.B. BA, DN 10/2282: Zusammenarbeit mit Banken sozialistischer Länder, u.a. betr. Sparkassen (1986-1990).

631 So erhielt z.B. das Sparkassenrechenzentrum Bratislava einen Robotron EC-1040-Rechner. Scheiterte eine weitergehende Ausfuhr an Software und Hardware, weil dies im importierenden Land eine zumindest partielle Angleichung an die ostdeutsche Arbeitsorganisation vorausgesetzt hätte? Vgl. Schmitt, Digitalisierung, S. 527.

632 Hierzu u.a. HA OSV, D/7420, Bd. 1-2: Zusammenarbeit mit Sparkassen-Organisationen der RGW-Mitgliedsländer, Arbeitsanweisungen zur Behandlung spezieller Konten (u.a. Erbschaftssteuer für Personen mit Sitz außerhalb der DDR); D/7383, Bd. 1: Staatsbank: Lohntransfer kubanischer Arbeiter in der DDR.

633 Hierzu: HA OSV, D/7423/AUG: Austausch von Hauptkennziffern der Sparkassentätigkeit mit RGW-Ländern (1967-1989); D/7312/AUG, Bd. 2-4: Protokoll der Konferenz der Sparkassen der sozialistischen Länder in Budapest (1970), 3. Konferenz der Sparkassen der Mitgliedsländer des RGW in Moskau (1974), Arbeitskonferenz der Leiter der RGW-Sparkassen in Kuba (1985); D/7325/AUG, Bd. 1-2: Tagung der Leiter der Sparkassen des RGW und der SFRJ 1976 in Sofia, D/7326/AUG, Bd. 1-5: Tagung der Leiter der Sparkassen der Mitgliedsländer des RGW und der SFRJ 1976, Konferenz der Leitungskräfte der Sparkassen-Organisationen des RGW 1987 in der Mongolischen Volksrepublik; D/7374, Bd. 1-4: Vorbereitung der Konferenz der Sparkassen der RGW-Länder 1978 und 1979 (inkl. SFRJ), Arbeitshinweise für die Bezirksstellen der Sparkassen; BA, DN 10/3199: Artikelsammlung der RGW-Arbeitsgruppe "Banken" (1987).

634 Dabei wurde zwischen der Sparkassen-Konferenzreihe der RGW und jener mit Beteiligung Jugoslawiens getrennt. Tagungsakten: HA OSV, D/7313, 7324, 7362, 7363, 7366-7367, 7370, 7418-7419, 7422, Bd. 1.

635 HA OSV, D/7367/AUG, Bd. 5.

Über die oben genannten Fragen zum bilateralen Austausch hinaus könnte in Anlehnung an die jüngere Forschung untersucht werden, ob die UdSSR versuchte, die RGW–Sparkassen–Konferenzen zur Durchsetzung hegemonialer Gestaltungsansprüchen im Sparkassenwesen zu nutzen.⁶³⁶ War mit der organisatorischen und technologischen Leistungsfähigkeit der DDR eine Führungsrolle verknüpft? Wurden einzelne Sparkassen, etwa die „Großstadtparkasse“ Berlin oder die „Vorzeigeparkasse“ Eberswalde, in diesen multilateralen Austauschprozess eingebunden oder verblieb der fachliche Austausch auf den zentralisierten Ebenen?⁶³⁷

5.3 Interaktionen mit dem „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“

Die Interaktionen des DDR–Sparkassenwesens mit dem sogenannten „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW) sind bisher nur am Rande betrachtet worden.⁶³⁸ Größere Aufmerksamkeit erregte allein die Teilung der Sparkasse Berlin 1948 mitsamt Folgefragen sowie ihre Wiedervereinigung 1990.⁶³⁹ Im Historischen Archiv der Sparkasse Berlin lagern hierzu bislang noch nicht herangezogene Unterlagen.⁶⁴⁰ Grenzüberschreitende Kontakte waren aber selbst in der geteilten Stadt selten.⁶⁴¹

Die Sparkassen der DDR, insbesondere die Sparkasse Ostberlin, führten Konten für Ausländer*innen, insbesondere für Westdeutsche. Zunächst hießen diese „Westzonen–, Westsektoren– und Ausländerkonten“, später wurden standardisierte Sperrkonten (H–Konten) geführt.⁶⁴² In der Sparkasse Westberlins gab es ein Pendant, die sogenannten 57b–Konten für DDR–Bürger*innen.⁶⁴³ Die Regelungen für grenzüberschreitenden Überweisungsverkehr waren stark von politischen Fragen beeinflusst. Die Verordnung zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs vom 13.12.1950 erlaubte zwar Bundesbürger*innen, von ihren „Westzonenkonten“ in der DDR Steuerzahlungen, freiwillige Familienunterstützung oder Unterhaltszahlungen zu tätigen. Westberliner*innen durften dies jedoch für letzteren Zweck nicht. Die Sparkasse Ostberlins erreichte jedoch, dass diese Unterscheidung stillschweigend

636 Vgl. Radisch, Erik: Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe als Konsensimperium (1949–1971), Stuttgart 2022.

637 An der Reise nach Ungarn nahm 1969 mit Siegfried Zausch der Direktor der Ostberliner Sparkasse teil. HA OSV, D/7367/AUG, Bd. 5. Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 470f.

638, S. 452, 471 Ebd.

639 Vgl. Wissenschaftsförderung der Sparkassen–Finanzgruppe, Wendezeiten. Pollems, Bankplatz Berlin.

640 HA Sparkasse Berlin, B 536 Berliner Sparkasse Nachkriegszeit. Allgemeiner Schriftwechsel und interne Mitteilungen (1946–1948); C 190 Unterlagen Wendezeit 1990.

641 Interview Hubertus Moser, in: Wissenschaftsförderung der Sparkassen–Finanzgruppe, Wendezeiten, S. 77.

642 Unklar ist, ob es diese H–Konten ausschließlich in der Ostberliner Sparkasse am Alexanderplatz gab. HA OSV, D/4923/AUG: Westzonen–, Westsektoren– und Ausländerkonten (1949/50).

643 „Leider hat es auch hier [in der Sparkasse Westberlins] Spitzel gegeben, die über diese [57b–]Konten im Osten berichtet haben.“ Interview Hubertus Moser, in: Wissenschaftsförderung der Sparkassen–Finanzgruppe, Wendezeiten, S. 81.

fallengelassen wurde.⁶⁴⁴ Bei „illegalem Verzug“ wurden Kontenfreigaben grundsätzlich restriktiver gehandhabt.⁶⁴⁵

Der grenzüberschreitende Zahlungsverkehr und Kontenzugriff änderte sich insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren, und die Praxis konnte von den formellen Vorgaben abweichen, was auf Handlungsspielräume für Sparkassen hinweist. Akten zum innerdeutschen Zahlungsverkehr, zu Verfügungen über Westzonen- und Westsektorenkonten sowie zu auftretenden Konflikten liegen u.a. in den Historischen Archiven des OSV und der Sparkasse Berlin, in großer Zahl im Landesarchiv Berlin sowie im Bestand des Ministeriums der Finanzen im Bundesarchiv vor.⁶⁴⁶ Ferner gibt es noch einige wenige Unterlagen des von 1955 bis 1959 existierenden DSGVO-Arbeitsausschusses für gesamtdeutsche Fragen.⁶⁴⁷

Sozialhistorisch bedeutend waren vor allem grenzüberschreitende Erbsprüche sowie deren steuerliche Behandlung.⁶⁴⁸ Damit gerät auch die Interaktion zwischen der Westberliner Sparkasse und dem 1967 in Ostberlin gegründeten „Rechtsanwaltsbüro für Internationale Zivilrechtsvertretungen“ in den Blick. Das Anwaltsbüro sollte für das SED-Regime Vermögenswerte sichern und drängte sich DDR-Bürger*innen mit Erbsprüchen in der Bundesrepublik als Rechtsvertretung auf.⁶⁴⁹ Der Leiter des Büros war offenbar Dr. Rolf Rabe, zeitweise Richter am Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte und später stellvertretender Leiter der Desinformationsabteilung X der HV A, also in der Auslandsabteilung der Stasi. 1977 fiel der Westberliner

644 Sparkasse Berlin (Ost): Freigabe von Westzonen- und Westsektorenkonten, o.D. (1968?), in: HA Sparkasse Berlin, C 293: Ordner „Innerdeutscher Wirtschafts- und Zahlungsverkehr (1949-1990)“.

645 Hiervon waren jedoch wiederum Ausnahmen möglich, z.B. für Grabpflege. Sparkasse Berlin (Ost): Aktennotiz, 3.10.1968, in: HA Sparkasse Berlin, Ordner „Innerdeutscher Wirtschafts- und Zahlungsverkehr (1949-1990)“.

646 Z.B. HA OSV, D/4843: Zahlungsverkehr mit der Westzone, SSV (1945-1947), HA Sparkasse Berlin, C 293: Innerdeutscher Wirtschafts- und Zahlungsverkehr, Sperrkonten für DDR-Bewohner im Westen (1972-1988), Geschäfts- und Jahresberichte der Sparkasse Berlin (Ost), u.a. zu Westvermögen; LAB, C Rep. 105 Nr. 21178-21300: Innerdeutscher Zahlungsverkehr (1950-1964), C Rep. 105 Nr. 43444: Meldungen des Berliner Stadtkontors zu Verfügungen über Westzonen-/Westsektoren-Konten (1959-1973). Zu den Konfliktfällen zählte etwa ein Vorfall aus dem Jahr 1961: Ein Südamerikaner, der in Ostberlin Geld umtauschen wollte, war schlecht behandelt worden. Obwohl es sich augenscheinlich um eine Petitesse handelte, wurde das Thema unter Beteiligung der Sparkassendirektorin Cäcilie Hentschke und dem MdF besprochen. MdF: Vermerk über die Aussprache mit Kollegen der Sparkasse; Betrifft: Schlechte Behandlung von Ausländern in der Sparkasse 52, 3.3.1961, in: BA, DN 1/820.

647 Auskunft von Thorsten Wehber, 29.3.2023. Gegenwärtig läuft eine Suche nach Sitzungsniederschriften.

648 Quellen auch hierzu u.a. im HA OSV, D/7420, Bd. 2: Arbeitsanweisungen zur Behandlung spezieller Konten (u.a. Erbschaftssteuer für Personen mit Sitz außerhalb der DDR); D/7550: Kontoangelegenheiten sogenannter Devisenausländer und von Personen mit ständigem Wohnsitz außerhalb der DDR (Erbfälle, Schenkungen, Sparkonten und Kredite für Ausländer). Ronny Grundig wies auf die Forschungspotenziale und ungenutzten Quellenbestände zu diesem Themenbereich hin. Grundig, Reiche im Sozialismus, insb. S. 122-125.

649 Der Leiter des Büros war offenbar Dr. Rolf Rabe, zeitweise Richter am Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte und später stellvertretender Leiter der Desinformationsabteilung X der HV A. Zu Rechtsfragen der innerdeutschen Nachlassspaltung und der Anwendung des eigenen Erbrechts durch die DDR „unabhängig vom letzten Aufenthaltsort oder von der Staatsangehörigkeit“: Bachler, Frauke: Situs-Regel, innerdeutsche und inneramerikanische Nachlassspaltung, Berlin 2007, Zitat S. 76.

Sparkasse auf, dass Rabe jahrelang widerrechtlich über ein Konto verfügt und darüber einen Teil seiner Geschäfte abgewickelt hatte.⁶⁵⁰ Dies berührt die Frage, wie und wozu ostdeutsche Organisationen und Personen sich westdeutschen Banken bedienten.

Auch internationale Konferenzen führten zu Kontakten mit Instituten aus dem Westen. Diese fanden vor allem 1972 bis 1974 statt, also während einer deutsch-deutschen Entspannungsphase, die in der DDR mit dem Wechsel der Abteilung Sparkassen aus dem Ministerium der Finanzen in die Staatsbank zusammenfiel. Die bis April 1974 amtierende Staatsbankpräsidentin Margarete Wittkowski war es, welche die Abteilungsleiterin Rosemarie Hübner 1973 zu einer Teilnahme an einer Automationstagung des Internationalen Institut der Sparkassen (IIS) in New York abordnete.⁶⁵¹

Derartige Interaktionen, insbesondere mit dem IIS unter dem zeitweisen Vorsitz des (westdeutschen) DSGVO-Präsidenten Helmut Geiger, waren jedoch stets Gegenstand politischer Abwägungen. Sofern bei Tagungen etwaige Verknüpfungen mit politischen Anlässen oder eine zu große Präsenz von Teilnehmer*innen aus dem NSW zu vermuten war, wurden Einladungen ausgeschlagen. Dies scheint unter dem von 1974 bis 1990 amtierenden Staatsbank-Präsidenten Horst Kaminsky mehrheitlich der Fall gewesen zu sein.⁶⁵² Angesichts der im Historischen Archiv des OSV und im Bundesarchiv zur Verfügung stehenden Handakten zum IIS und zum Erfahrungsaustausch mit (auch westeuropäischen) Großsparkassen wäre allerdings zu fragen, ob die Kontakte zum NSW wirklich so geringfügig blieben.⁶⁵³ Hingen Sie am persönlichen Engagement

650 Rabe hatte seine Staatsangehörigkeit verschleiert und unter Verletzung devisenrechtlicher Bestimmungen Kontovollmachten ausgeübt. Dazu zählten Barabhebungen in Höhe von teils 84.000 DM. Sparkasse Berlin (West), Sparabteilung F 1: Bericht über Aktivitäten des Rechtsanwaltsbüros für Internationale Zivilrechtsvertretungen, DDR, 11.10.1977, in: HA Sparkasse Berlin (ohne Signatur). In Rabes Auftrag unterhielt der Rechtsanwalt Lothar Dittmar „diverse Mündel- und Pfllegschaftskonten sowie Konten für Grundstückszwangsverwaltungen.“

651 BA, DN 10/3173: Ergebnisse diverser Studienreisen (u.a. Notizen über 6. Internationale Automationskonferenz des IIS in New York am 10.–14.9.1973). Hübner, Rosemarie: Die Anwendung der EDV in den Sparkassen der DDR, in: Internationales Institut der Sparkassen (Hg.): Automation und Zahlungsverkehr. Berichte und Stellungnahmen anlässlich der 6. Internationalen Automationstagung. Port-Chester, N.Y., USA, 10.–14. September 1973, Genf 1974, S. 217–221. Eberhardt Geißler/Hübner: Bericht über die Ergebnisse der Teilnahme an der 6. Internationalen Automationstagung des IIS in New York, USA, 25.9.1973, in: BA, DN 10/383. Hübner, Einkommen und Ersparnisse. Die Sparkassenabteilung der Staatsbank stellte dem IIS Angaben für den Eintrag „Deutsche Demokratische Republik. Volkseigene Sparkassen“ im Internationalen Sparkassenhandbuch 1975 zur Verfügung (S. 119–126).

652 Abgelehnt wurden u.a. Teilnahmen an dem mit dem Weltspartag verbundenen Weltkongress der Sparkassen 1975 in Bogota. Das 1979 in Ungarn veranstaltete Internationale Kolloquium der Sparkassen habe ebenfalls zu viele westdeutsche Teilnehmer*innen gehabt. HA OSV, D/7312/AUG, Bd. 1: Schriftverkehr der Abt. Sparkassen der Staatsbank mit dem IIS sowie interne Vermerke (1971–1982)

653 HA OSV, D/7312/AUG, Bd. 1: Schriftverkehr der Abt. Sparkassen der Staatsbank mit dem Internationalen Institut der Sparkassen (1971–1982), D/7322, Bd. 1–6: Internationales Institut der Sparkassen (1966, 1970–1974), D/7323: Internationaler Erfahrungsaustausch europäischer Großsparkassen in Lyon (ab 1966); BA, DN 10/3219: Studienreise zu EDV-Problemen in

einzelner Akteur*innen oder waren sie Teil des Versuchs einer - kurzlebigen - selbstbewussten Öffnung in den frühen 1970er Jahren?

Ähnliche Fragen betreffen den offenbar einzigen offiziellen Besuch westdeutscher Sparkassenmitarbeiter*innen in der DDR vom 20. bis 23. Mai 1986. 55 Teilnehmer*innen des 48. Lehrgang des Bonner Lehrinstituts für das kommunale Sparkassen- und Kreditwesen unter der Leitung von Prof. Günter Ashauer war es gestattet worden, zu einer Studienreise in die DDR zu kommen.⁶⁵⁴ Die westdeutsche Delegation besuchte die Sparkasse Ostberlin, die Staatsbank sowie Vertreter*innen der Stadt- und Kreissparkasse Potsdam. Für die dortigen Verantwortlichen handelte es sich um ein Ereignis höchster Wichtigkeit.⁶⁵⁵ Es ging vor allem um „praktische Fragen der Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung, des Sortiments, der Kundenberatung und des Selbstverständnisses der Institute der DDR und der Bundesrepublik Deutschland.“⁶⁵⁶ Neben knappen Berichten von Ashauer und Hübner existiert eine Handakte der Gastgebenden zu diesem Besuch.⁶⁵⁷ Im Sparkassenhistorischen Dokumentationszentrum des DSGV sind zu dieser Exkursion hingegen keine Unterlagen überliefert.

Hinsichtlich der nicht veröffentlichten Vorträge wäre zu fragen, wie sich das DDR-Sparkassenwesen inhaltlich und rhetorisch präsentierte. Wie evaluierten Gastgeber*innen und Gäste den Besuch? Offenbar war diese Reise kein Teil einer etwaigen Öffnungsbewegung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, denn zu dauerhaften Kontakten kam es nicht.⁶⁵⁸

6. Selbstdarstellung und Devianz

6.1 Selbstdarstellung und Selbstverständnisse

Selbstdarstellungen und Selbstverständnis der Sparkassen in der DDR bzw. in den ostdeutschen Bundesländern können über eine Vielzahl an Quellen erschlossen werden. Neben zeitgenössischen

Banken und Sparkassen im NSW (1968-1974). Wie bei allen Themen mit Kontakten aus der DDR zum Westen wäre auch hier das Stasi-Unterlagen-Archiv zu konsultieren.

654 Vgl. Ashauer, Günther: Deutsch-deutsche Begegnungen - Besuch bei Sparkassen und Banken in der DDR, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 8/1986, S. 344-346; Hübner, Rosemarie: Die Struktur des Banksystems und die Sparkassen in der DDR, in: Ebd., S. 347-351.

655 Erich Honecker selbst hatte den Besuch abgesegnet. Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 472. Zu den Vortragenden zählten der Direktor der Ostberliner Sparkasse Siegfried Zausch, der Generaldirektor bei der Staatsbank Wolfrid Stoll sowie die Leiterin der Sparkassenabteilung Rosemarie Hübner.

656 Ashauer, Deutsch-deutsche Begegnungen, S. 346.

657 HA OSV, D/3116/12.022: Unterlagen zum Besuch des Lehrinstituts des DSGV Bonn im Mai 1986 (1985-87).

658 Vgl. Haasis, Sparkassen, S. 144. Holtmann/Morales, Ostdeutsche Sparkassen, S. 163-165.

Dokumenten, Schriftverkehr (etwa zu Jubiläumsfeiern) und Zeitzeugeninterviews geben insbesondere die Festschriften einen Einblick in das Selbstbild.⁶⁵⁹

Deutsche Sparkassen waren (und sind immer noch) traditionell fleißige Produzenten bzw. Auftraggeberinnen von Festschriften. Schon aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind für Ostdeutschland ungefähr fünfzig Festschriften in der Bibliothek des OSV vorhanden, der größte Teil davon 75- oder 100-Jahrschriften aus den 1930er Jahren.⁶⁶⁰ Während in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin Festschriften veröffentlicht wurden, führte diese Form der Traditionspflege in der DDR lediglich ein Schattendasein. Es wurden kaum Festschriften und Chroniken gedruckt, aber es sind etliche Chroniken, Manuskripte von Festreden sowie vergleichbare Zeugnisse der Selbstdarstellung überliefert.⁶⁶¹ Mit der Integration in die Bundesrepublik nahmen die ostdeutschen Sparkassen ihr Festschriftenwesen wieder auf. Insbesondere von der Mitte der 1990er Jahre bis zur Mitte der 2000er Jahre kam diese nachholende Entwicklung mit über 100 Titeln eindrücklich zum Vorschein (Liste in Kap. III.3).⁶⁶²

Sowohl für die Selbstdarstellung der SBZ/DDR im In- und Ausland als auch für die Zeit ab 1990 lassen sich interessante Fragestellungen entwickeln.⁶⁶³ Naheliegender ist beispielsweise die Frage, inwiefern in den

659 Bei den im HA OSV verschriftlichten Zeitzeug*inneninterviews ist in der Regel nach entsprechenden Themen gefragt worden, etwa nach der Stellung gegenüber dem Regierungssystem, der politische Einfluss, Motivation für die Sparkasse zu arbeiten, Pressearbeit usw. Auskunft Britta Weschke, 7.9.2022. Im HA OSV sind auch Akten betr. Jubiläumsfeiern vorhanden, z.B. HA OSV, D/7074/BUG. Auch Stadt- und Kreisarchive sind diesbezüglich relevant, z.B. das Stadtarchiv Rostock, Bestand 2.2.7: Stadt- und Kreissparkasse Rostock, Nr. 8: Jubiläumsfeier 30.06.1975 anlässlich der Gründung der Sparkasse 1825 (1974/75).

660 Ich danke Claudia Wöhl und Lukas Kirmse für die Zusammenstellung der in der Bibliothek des OSV befindlichen Festschriften.

661 Funde in HA OSV, HA Erzgebirgssparkasse, HA Sparkasse Oder-Spree, HA Sparkasse Berlin und ASMTh: Kummer, Kurt: Hundert Jahre Waldheimer Sparkasse, ein Überblick über die Geschichte und die wirtschaftliche Entwicklung der Sparkasse zu Waldheim anlässlich des hundertjährigen Bestehens am 31.12.1846, Waldheim 1947; Stadtparkasse Wurzen (Hg.): Hundert Jahre Sparkassentätigkeit in Wurzen, 1947. O.V.: 15 Jahre Deutsche Demokratische Republik; 15 Jahre Sparkasse Görlitz, Görlitz 1964; Kreissparkasse Großenhain: 1839–1964. 125 Jahre Sparkasse Großenhain, Großenhain 1964; O.V.: 20 Jahre DDR - 20 Jahre kontinuierliche Entwicklung der Stadt- und Kreissparkassen des Bezirkes Frankfurt (Oder) (1969); O.V.: 25 Jahre im Dienste der Bevölkerung für Frieden und Sozialismus. Stadt- und Kreissparkassen des Bezirkes Frankfurt (Oder), 1974; Kreissparkasse Sömmerda: 25 Jahre volkseigene Sparkassen, o.D. [1970]; Remke, Arno: Chronik der Kreissparkasse Marienberg, Manuskript, Marienberg 1970; Hammerschmidt, Bernhard: Geschichte der Stadtparkasse Magdeburg 1945–1984, unter den Bedingungen des Arbeiter- und Bauern-Staates in der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg 1986; Sparkasse Berlin: Entwicklung der Sparkasse der Stadt Berlin als Chronik zur 750-Jahr-Feier Berlins, Berlin (Ost) 1987; Zschoche: Die Entwicklung der Stadtparkasse Dresden, 1949–1988, als Ms. gedruckt 1988. Flach, Heiko, 125 Jahre Sparkasse Köthen, Köthen 1989.; Rat des Kreises Großenhain (Hg.): 150 Jahre Sparkasse Großenhain, 1839 - 1989, Großenhain Mai 1989.

662 In jüngerer Zeit ist das Festschriftenwesen mit Festausstellungen, Blogs usw. diversifiziert worden. Siehe z.B. die Aktionspalette der Sparkasse Mittelsachsen anlässlich des 200. Jubiläums am 28.7.2023: <https://www.sparkasse-mittelsachsen.de/200> [10.8.2023]

663 Siehe z.B. den auf Angaben von Rosemarie Hübner (Leiterin der Abteilung Sparkassen in der Staatsbank) basierenden Eintrag „Deutsche Demokratische Republik. Volkseigene Sparkassen“, in: IIS (Hg.): Internationales Sparkassenhandbuch, Genf 1975, S. 119–126.

Sparkassen ein „bürgerliches“ oder sparkassenspezifisches Traditionsbewusstsein vorlag, ob dies in der Selbstdarstellung oder internen Kommunikation genutzt wurde und wie übergeordnete Ebenen darauf reagierten. Interessant ist beispielsweise, dass die formelle Schließung und Wiedegründung der Sparkassen im Jahr 1945 nicht durchgängig als institutioneller Bruch kommuniziert wurde. Dies scheint vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie in der späten DDR der Fall gewesen zu sein. So feierten beispielsweise die Stadtparkasse Wurzen 1947 ihr hundertjähriges Jubiläum, die Stadtparkasse Müncheberg 1987 ihr 140. und die Sparkasse Großenhain 1989 ihr 150-Jähriges.⁶⁶⁴

Als hingegen die Stadtparkasse Leipzig im Jahr 1948 eine Jubiläumsfeier vorbereiten wollte, untersagte dies der Sparkassenverband. Es gäbe die Leipziger Sparkasse doch erst seit dem 14. August 1945: „Sie können daher keine Jubiläen feiern“.⁶⁶⁵ Ähnlich wie bei Stadtjubiläen kollidierten in der SBZ/DDR also „lokaler Inszenierungswille und staatliche Doktrin“.⁶⁶⁶ Genehmigte beziehungsweise verordnete Anlässe für Jubiläumsfeiern bildeten im weiteren Verlauf zumeist entweder die Staatsgründung der DDR, z.B. der 15. Jahrestag 1964, oder die Wiedegründung der Sparkassen im Jahr 1945, insbesondere zu den 25. Jahrestagen 1970.⁶⁶⁷

Im Verlauf der 1970er Jahre sind die erinnerungspolitischen Spielräume offenkundig gewachsen. Es fanden vermehrt Jubiläumsfeiern statt, die sich auf die Gründungen im 19. Jahrhundert beriefen.⁶⁶⁸ Wurden die Sparkassen als staatliche Organisationen nach der weltweiten Anerkennung der DDR in den frühen 1970er Jahren souveräner im Umgang mit ihren Vergangenheiten?⁶⁶⁹ Wuchs in der fortschreitenden

664 Stadtparkasse Wurzen (Hg.): Hundert Jahre Sparkassentätigkeit in Wurzen, 1947. Rat des Kreises Großenhain (Hg.): 150 Jahre Sparkasse Großenhain, 1839 - 1989, Mai 1989, in: HA SOV, A/575/E 221, 42/2002. Artikel zum 140. Jubiläum der Sparkasse Müncheberg „Alte Geldscheine und Sparen heute“, 6.6.1987, abgedruckt in: Geißler, Sparkasse Müncheberg, S. 44. Allerdings konnte die KSK Großenhain 1964 ihr 125-Jähriges feiern.

665 SSV an Stadtparkasse Leipzig, 24.7.1948, in: HA OSV, D/7074/BUG.

666 Fischer, Daniel: Stadtbürgerlicher Eigensinn in der DDR?: DDR-Stadtjubiläen zwischen parteipolitischer Intention und kommunaler Selbstdarstellung, Leipzig 2022, S. 14.

667 Z.B. O.V.: 15 Jahre Deutsche Demokratische Republik. 15 Jahre Sparkasse Görlitz, Görlitz 1964; KSK Sömmerda: 25 Jahre volkseigene Sparkassen, o.D. [1970], S. 2, in: ASMTh, Sömmerda, Nr. 44; Remke, Arno: Chronik der Kreissparkasse Marienberg, Ms., 1970, in: HA Erzgebirgssparkasse.

668 Z.B. Stadtarchiv Rostock, Bestand 2.2.7: Stadt- und Kreissparkasse Rostock, Nr. 8: Jubiläumsfeier 30.06.1975 anlässlich der Gründung der Sparkasse 1825 (Laufzeit: 1974/-75).

669 Auf eine steigende Souveränität deutet auch ein erster Vergleich der Ausgaben des Lehrbuchs „Geld und Kredit in der DDR“ aus den Jahren 1957 und 1985 hin. In der älteren Ausgabe wird die Neugründung der Sparkassen im Jahr 1945 sowie mehrfach auf einen grundlegenden Unterschied zu den Westsparkassen hingewiesen, wo „die Werktätigen mit ihren eigenen Spargroschen ausgebeutet werden“. Beides fehlt in der Ausgabe von 1985. Zimmermann, Horst/Günther Fraas/Manfred Rätzer (Hg.): Geld und Kredit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1957, S. 97-100, Zitat S. 99. Ehlert, Willi/Diethelm Hunstock/Karlheinz Tannert (Hg.): Geld und Kredit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1985, S. 95f.

Systemkonkurrenz mit dem Westen die Bedeutung von Traditionen als institutionalisiertem Kulturkapital (Pierre Bourdieu)? Oder liefen die von der übergeordneten Staatsbank und dem übrigen Kreditwesen gering geschätzten „Banken der kleinen Leute“ nach dem Ende der Experimentierphase und dem Beginn der Zentralisierungsphase im DDR-Bankensystem ab 1971 schlicht unter dem Radar, sodass derartige Erinnerungsarbeit geduldet wurde?⁶⁷⁰

Die regelrechte Flut von Festschriften nach der Integration der DDR in die Bundesrepublik ab den frühen 1990er Jahren hatte vermutlich zwei Ursachen: Erstens einen Aufholeffekt nach den verpassten Jubiläen vergangener Jahrzehnte und zweitens ein hohes Bedürfnis nach Selbstdarstellung und Selbstvergewisserung in Zeiten des Wandels. Durch Fusionen sank die Zahl der Sparkassen von 196 im Jahr 1989 auf 97 im Jahr 1996 (2024: 60).⁶⁷¹ Die Bedeutung von Kommunikation und weichen Faktoren für das Gelingen von - z.T. sehr umstrittenen - Sparkassen-Fusionen ist jüngst noch einmal betont worden.⁶⁷² In enger Taktung erscheinende Festschriften, deren Titel vielfach den Bezug zur Region hervorheben, deuten auf einen Bedarf hin, das historische Erbe jener Sparkassen zu bewahren, deren Namen fortgefallen sind. Selbst „unrunde“ Jubiläen (160., 165., 190.) wurden als Anlass genutzt, Festschriften zu publizieren.⁶⁷³ Man wollte sich offenbar eigener institutioneller und ideeller Traditionen ungeachtet aller Systembrüche versichern bzw. solche vermarkten.⁶⁷⁴ Besonders aktiv war man im Geschäftsgebiet der heutigen Erzgebirgssparkasse, wo

670 Zu den vier Phasen des DDR-Kreditwesens: Hummel, Kreditwesen, insb. S. 399.

671 1997–2012 verschwand im Schnitt eine Sparkasse pro Jahr. Vgl. Tegeder, Patrick: Entwicklungen der ostdeutschen Regionalbanken nach der Wende – eine kritische Analyse, in: Stefan Kirmße/Stephan Schüller (Hg.): Aktuelle Entwicklungslinien in der Finanzwirtschaft - Teil 1, Frankfurt/Main 2017, S. 69–83, hier 71f. In Westdeutschland sank die Zahl der Sparkassen von 575 (1990) auf 361 (2012).

672 Vgl. Hille, Vanessa: Erfolgsfaktoren des kulturellen Veränderungsprozesses bei Fusionen: eine empirische Untersuchung von Sparkassen und Kreditgenossenschaften, Siegen 2022. In Sachsen wurde 1995 der Vorstandsvorsitzende der KSK Hainichen, Kurt Fischer, verhaftet und zu einer Haftstrafe verurteilt, weil er geplant hatte, den Landrat von Mittweida entführen zu lassen. Dieser strebte als Sparkassenverwaltungsrat eine Fusionierung an (später: Sparkasse Mittelsachsen). „Sparkassen-Chef wollte Landrat entführen“, in: Süddeutsche Zeitung, 11./12.11.1995, S. 16. „Ex-Sparkassenchef hält sich weiter für unschuldig“, Sächsische Zeitung, 27.11.2001.

673 Kuhlbrodt, Kreissparkasse Nordhausen; Rehberg-Credé, Christine/Anna Christine Karsten: Chronik – 190 Jahre Sparkasse Mecklenburg-Schwerin, gut für die Region seit 1821, Schwerin 2011. Sparkasse Uckermark (Hg.): Festschrift 1842–2002, 160 Jahre Sparkasse Uckermark, Prenzlau 2002; Nur 20 Jahre nach dem 160. feierte die Sparkasse Uckermark bereits den 200. Geburtstag. Sparkasse Uckermark (Hg.): Seit 200 Jahren stark für unsere Uckermark, Prenzlau 2022.

674 Ein interessanter Sonderfall ist die Stadtparkasse Magdeburg, die 1986 und 1988 Festschriften zu ihrer Geschichte in den Jahren 1945–1984 sowie 1823–1945 erstellen ließ. Darauf folgte 1994 eine erneute Festschrift vom selben Autor, Bernhard Hammerschmidt (*1919). Hammerschmidt: Geschichte der Stadtparkasse Magdeburg 1945–1984, unter den Bedingungen des Arbeiter- und Bauern-Staates in der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg 1986; Ders.: Geschichte der Stadtparkasse Magdeburg 1823 - 1945. Magdeburg, 1988; Ders.: Geschichte der Stadtparkasse Magdeburg 1823–1992, Magdeburg o.D. [1994]; Ders.: Anlageband zur Chronik der Stadtparkasse Magdeburg 1988–1992, Magdeburg 1994.

zwischen 1994 und 2015 insgesamt acht Festschriften erschienen.⁶⁷⁵ Dies begleitete einen Prozess, in dem sechs Kreissparkassen (Annaberg, Aue, Marienberg, Schwarzenberg, Stollberg und Zschopau) in insgesamt vier Fusionen schließlich zu einer Sparkasse vereinigt wurden.

Die DDR-Zeit wird in diesen Festschriften unterschiedlich behandelt, sodass nach Mustern und Narrativen gefragt werden kann. Einige jüngere Festschriften gehen über die Zeit zwischen den beiden Währungsreformen 1948 und 1990 rasch hinweg.⁶⁷⁶ Andere distanzieren sich ausdrücklich vom Regierungs- und Wirtschaftssystem der SED-Diktatur, das als Zumutung dargestellt wird. Gleichwohl transportieren sie aber auch einen Stolz über die Erfüllung hoher Arbeitslasten sowie Dienstleistungen gegenüber den Kund*innen.⁶⁷⁷ Dass die Sparkassenmitarbeiter*innen durch die tatsächliche oder angebliche Selbstausbeutung und hohe Motivation zu Überstunden bei schlechter Bezahlung halfen, das System zu stabilisieren, wird ersten Stichproben zufolge nicht problematisiert. Eher werden die angeblich sicheren und universell verfügbaren Sparkassendienstleistungen, ein enger Kundenkontakt sowie eine kollegiale Zusammenarbeit der Mitarbeiter*innen hervorgehoben - und damit Elemente jener „Geborgenheit“, welche die DDR selbst besonders in den 1980er Jahren propagiert hatte.⁶⁷⁸

675 Chronologisch: Müller, Gotthold: Chronik der Kreissparkasse Schwarzenberg, von der Währungsunion 1990 bis zur Vereinigung mit der Kreissparkasse Aue 1994, Schwarzenberg, 1994. Schreiter, Lothar: Eine Chronik – 100 Jahre Sparkasse Flöha, Flöha 1995. Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg (Hg.): 150 Jahre "Sparkasse Löbnitz" 1852 - 2002, Löbnitz 2002. Falk, Beatrice/Friedrich Hauer, Immer mit der Zeit. Sparkasse Stollberg (Hg.): 150 Jahre Sparkasse Stollberg, 1855 - 2005, Stollberg 2005. Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg (Hg.): 1881–2006. Am Anfang standen ein einzelner Beamter und die Hoffnung. 125 Jahre Sparkasse Aue, 2006. Sparkasse Annaberg (Hg.): 150 Jahre Sparkasse Annaberg 1957 - 2007, Annaberg-Buchholz 2007. Erzgebirgssparkasse (Hg.): Der Sparkassenbote, Sonderausgabe zum 175-jährigen Jubiläum der Erzgebirgssparkasse im Jahr 2015, Schwarzenberg 2015.

676 Z.B. Sparkasse Uckermark (Hg.): Seit 200 Jahren stark für unsere Uckermark, Prenzlau 2022.

677 Schreiter, Eine Chronik, erwähnt, die Sparkasse „sei bei der Einführung des bargeldlosen Sparens siebenmal Republiksieger“ geworden (S. 114). Formulierungen wie „Die Summe der Aufgaben lässt das Geleistete erahnen“ erscheinen typisch. Falk/Hauer, Immer mit der Zeit, S. 103.

678 Vgl. Ambrosius, Gerold: „Sozialistische Planwirtschaft“ als Alternative und Variante in der Industriegesellschaft - die Wirtschaftsordnung, in: André Steiner (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? Berlin 2006, S. 11–31, hier 28. Universalität, Unmittelbarkeit, Sicherheit und in gewissem Maße auch Gleichheit waren Versprechen, welche die Sparkassen für Sparer*innen auch nach der Währungsreform und der Konfrontation mit der westlichen Ellenbogengesellschaft aufrechterhalten konnten.

6.2 Deviantes Verhalten von Angestellten und Kund*innen

Bislang vertritt die Forschung die Auffassung, die Vorgaben zu Sicherheit und Arbeitsabläufen seien in den Sparkassen der SBZ/DDR „alles in allem“ befolgt worden.⁶⁷⁹ Nicht nur aufgrund der systematischen Verletzung des Bankgeheimnisses und der Enteignungen im Rahmen der „Aktion Licht“ (siehe Kap. II.2.3, II.3.4) erscheint dies zweifelhaft. Auch die Quellen weisen auf abweichendes Verhalten bei den DDR-Sparkassen hin. Dies betrifft vor allem (siehe Tabelle 3): Störungen durch Angestellte (1) und Kund*innen (2) sowie „produktive Devianzen“ von Angestellten (3). Eine produktive Devianz von Kund*innen (4) ist zwar ebenfalls anzunehmen, aber in den gesichteten Quellen nicht dokumentiert.

Tabelle 3: Matrix abweichenden Verhaltens

	Angestellte	Kund*innen
Störung	1	2
produktive Devianz	3	4

Unter Störungen sind Beeinträchtigungen der sparkasseninternen Abläufe durch innere oder äußere Faktoren zu verstehen, etwa die Missachtung von Vorschriften, Arbeitsverweigerung, Diebstahl usw. Die Sparkassen mussten reagieren, um die organisationale Ordnung wiederherzustellen. Als Ergebnis solcher Störungen blieb entweder ein Schaden oder dieser wurde erfolgreich neutralisiert oder es traten sogar Verbesserungen ein, etwa indem Risiken oder dysfunktionale Elemente entdeckt und beseitigt wurden.

Produktive Devianzen stellen ebenfalls Regelverletzungen dar. Sie lösen jedoch keine Krise aus, sondern dienen - im Gegenteil - dem Erreichen des Organisationszwecks. Sie werden daher in der Regel nicht sanktioniert. Dazu gehören etwa Verstöße gegen Sicherheitsvorgaben, wenn dafür die Arbeitsaufgaben effizienter innerhalb vorgegebener Zeiträume abgeschlossen werden können. Es gilt daher gilt die soziologische Beobachtung, dass es für Organisationen häufig funktional sein kann, Regelverletzungen zu dulden, wenn die „Vorgaben einer Organisation so rigide [sind], dass offiziell genannte Ziele nur unter

⁶⁷⁹ „Alles in allem kann gerade in der Arbeit auf dem Gebiet der Revision und Kontrolle den Sparkassen ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. So konnten die Sparkassen in den 45 Jahren [1945–90] auch öffentlich ein hohes Ansehen an Akkuratessse bewahren.“ Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 430.

Ignorierung einer ganzen Reihe von formalen Vorgaben erreicht werden können.“⁶⁸⁰ Diese „Informalität“ wird auch als „brauchbare Illegalität“ bezeichnet.⁶⁸¹

Störungen durch Angestellte und Kund*innen waren im Bankwesen der DDR häufig. Deshalb liegen hierzu in den historischen Archiven der Sparkassen und des OSV zahlreiche Akten vor. Sie erlauben die Rekonstruktion von Einzelfällen und ermöglichen darüber hinaus diachrone Überblicke über einzelne Bezirke.⁶⁸² Über die Berichterstattung an die Bezirksstellen der Sparkassen lassen sich die Wege und Methoden der Aufklärung sowie die Zuweisung von Verantwortlichkeiten gut recherchieren.⁶⁸³ Die Jahres- und Geschäftsberichte der Sparkassen enthielten ferner ab Mitte der 1950er Jahre eigene Abschnitte zu „Betriebsorganisation und Überwachung“ bzw. später zu „Ordnung und Sicherheit“.

(1) Störungen durch Mitarbeiter*innen verursachten vor allem materielle Schäden. Dabei wandten die Sparkassenangestellten unterschiedliche Methoden an: Welche wurden zur eigenen Bereicherung angewandt, welche Summen wurden auf welchen Wegen unterschlagen und lassen sich Muster identifizieren? War beispielsweise das Jahre 1989 repräsentativ, in dem unberechtigte Auszahlungen bzw. Entnahmen aus Kassen am häufigsten vorkamen (siehe Abb. 30)?⁶⁸⁴ Wie sähen Manipulationsstatistiken aus, wenn man nicht die Anzahl der Fälle, sondern die Schadenssummen anteilig darstellen würde?

680 Kühl, Stefan: Ganz normale Organisationen. Zur Soziologie des Holocaust, Berlin 2014, S. 193.

681 „Von Informalität wird in der systemtheoretischen Organisationsforschung deswegen nur dann gesprochen, wenn - bei kritischer Nachfrage - die Regelabweichung als »brauchbar« dargestellt werden kann“ Kühl, Ganz normale Organisationen, S. 194. Zu den unterschiedlichen Formen der Informalität: Kühl, Stefan: Organisationen. Eine sehr kurze Einführung, Wiesbaden 2011, S. 120-123.

682 Siehe z.B. HA, Erzgebirgssparkasse, ohne Signatur: Akte zu „Fall H.“, die 1960-1962 in der Sparkasse Beierfeld 41.000 Mark veruntreut haben soll; HA Sparkasse Berlin, Akten „0+S Vorfälle und „0+S Informationen; D/8627-8629/AUG: Unterschlagungen durch Mitarbeiter der Sparkassen, Akten des Sektors Sparkassen im MdF, enthält Gutachten, Berichte, Meldungen, Revisionsprotokolle (1966-1970); D/8630/AUG: Unterschlagungen durch Mitarbeiter der Sparkassen, Akte aus dem Bestand des Rats des Bezirks Dresden, Abt. Finanzen (1956-1967); D/8634, Bd. 1: Unterschlagungen durch Mitarbeiter der Sparkassen im Bezirk Dresden (1956-1967, diese Akte erscheint besonders wertvoll, da sie eine offenbar vollständige Sammlung aller gemeldeten Fälle enthält); D/8634, Bd. 3: Analyse über Unregelmäßigkeiten von Sparkassenmitarbeitern in den Jahren 1966-1968; D/7376/AUG: Meldungen der Sparkassen des Bezirks Dresden über Betrugs- und Schadensfälle (1977-1990).

683 Siehe z.B. HA OSV, D/8634, Bd. 2: Unterschlagungsfall Gisela H., Stadtparkasse Dresden (1971); D/8649/AUG, Bd. 4: Unterschlagungsfall Christa L. in der KSK Freital (1977).

684 Offenbar kam es in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren vor, dass Sparkassenmitarbeiter eine offensichtliche Betrugsmethode (u.a. Griff in die Kasse) anwandten und unmittelbar flüchteten. HA OSV, D/5070/AUG, Bd. 1: Unterschlagung, Fälschung, Veruntreuung von Geldern durch Sparkassen-Angestellte, enthält Schriftverkehr des SSV mit Sparkassen, MdF, Volkspolizei (1946-1952).

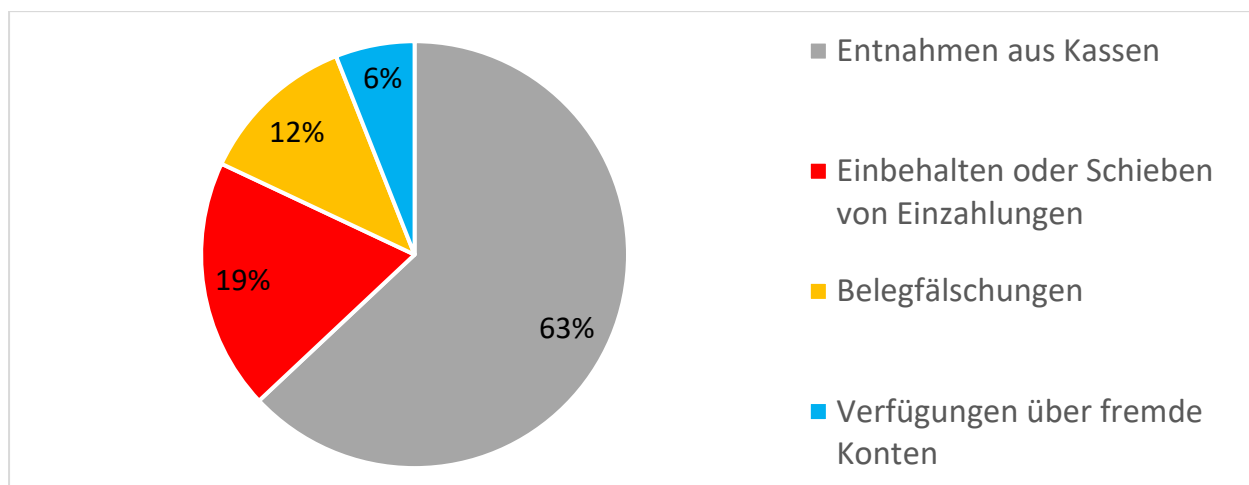


Abbildung 30: Aufgedeckte Manipulationen im DDR-Sparkassenwesen (1989)⁶⁸⁵

Die Unterschlagungen durch Mitarbeiter*innen der Sparkasse Berlin (Ost) in den Jahren 1972 bis 1989 (Abb. 31) lassen vermuten, dass die Anzahl aufgedeckter Fälle und die Summe der von Angestellten hervorgerufenen Schäden nicht korrelierten. Der Großteil der Schäden war geringfügig. In drei Viertel aller Fälle wurden weniger als 10.000 Mark unterschlagen. Die Median-Schadenssumme lag bei lediglich 1.430 Mark. Die höchsten Beträge wurden von fremden Konten gestohlen. Solche Fälle kamen zwar vergleichsweise selten vor, doch auf diese Weise konnte beispielsweise Antje S., Organisatorin für Kundenbedienung, im Zeitraum 1979 bis 1988 insgesamt über 130.000 Mark entwenden.⁶⁸⁶ Im bedeutendsten Ostberliner Fall nahm die Kassiererin Gabriele v. M. unberechtigte Auszahlungen aus der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe vor und bereicherte sich so 1970–1978 um mindestens 203.000 Mark. Die Quellen vermitteln den Eindruck, dass insbesondere Zweigstellenleiter*innen hohe Schadenssummen verursachten.⁶⁸⁷ Dies wäre nicht vorrangig aufgrund ihrer leitenden Position plausibel, sondern es war vor allem ihre vergleichsweise lange Betriebszugehörigkeit (siehe Abb. 8) sowie die Kenntnis von Betriebsabläufen, die sie in die Lage versetzten, Betrugsmaßnahmen langfristig zu planen. Auch Revisor*innen hatten Zugänge zu besonderen Betrugsmethoden: So sollen etwa der Oberrevisor der Sparkasse Karl-Marx-Stadt und der Innenrevisor der

685 Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 429.

686 HA Sparkasse Berlin, Akte O+S Vorfälle [Ordnung und Sicherheit].

687 Die Zweigstellenleiterin Ingrid P. (KSK Schönebeck/Elbe) unterschlug rd. 500.000 Mark. HA OSV, D/7407/AUG, Bd. 2. Zu den Unterschlagungen des Leiters der Hauptzweigstelle Jonsdorf, KSK Zittau, Heinz H.: HA OSV, D/15186/AUG: Personalakte, D/7870/BUG, Bd. 1: Beibuch und Anzahlungslisten (1956-1983), D/8626/AUG: Unterschlagungsfall Heinz H. (Laufzeit: 1966-1970), D/8652/AUG: Prozessunterlagen aus dem Bestand der Bezirksstelle der Sparkassen beim Rat des Bezirkes Dresden, D/15175/AUG (2 Bde.): Prozessunterlagen, (Bd. 2b enthält auch Gutachten und Beweismittelstellung zum Betrugsfall des Schneidermeisters Franz C.).

Sparkasse Flöha nicht aufgerechnete Sparmarken in fünfstelliger Höhe abgezweigt und eingelöst haben, statt sie ordnungsgemäß zu verbrennen.⁶⁸⁸

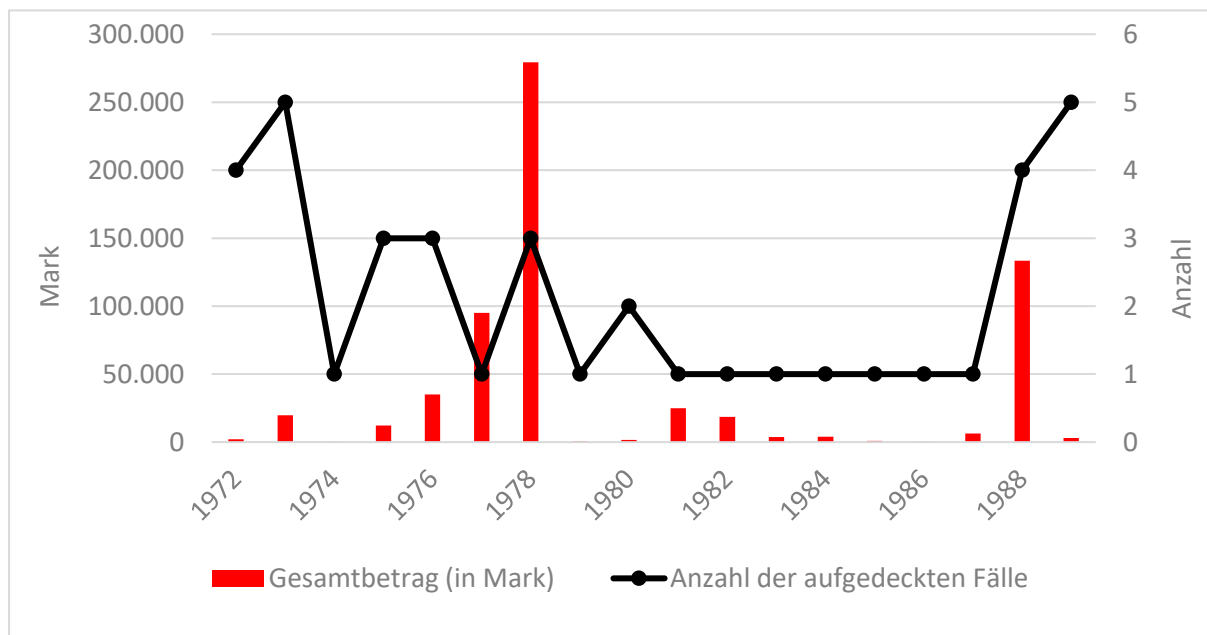


Abbildung 31: Unterschlagungen in der Sparkasse Berlin (1972-1989)⁶⁸⁹

Die Berliner Fallbeispiele gewähren Einblicke in Strukturen und Muster. Beispielsweise handelte es sich in 38 von 39 Fällen um Einzeltäterinnen.⁶⁹⁰ Lediglich die einzig nachgewiesene gemeinschaftliche Unterschlagung wurde durch zwei Männer vorgenommen. Der Anteil von fünf Prozent männlichen Tätern entsprach in etwa der Geschlechterstruktur der Gesamtbelegschaft war. Ein zeitliches Muster lässt sich nur schwer herausarbeiten, da viele Unterschlagungen - besonders jene mit hohen Schadensummen - zumeist über mehrere Jahre hinweg begangen wurden. So unterschlug beispielsweise die Zweigstellenleiterin Ingrid P. über 19 Jahre (1970-1989) insgesamt etwa 500.000 Mark von Konten älterer Menschen.⁶⁹¹

Die genannten Antje S., Gabriele v. M. und Ingrid P. waren alle verheiratet, hatten Kinder, waren Mitglied in einer Partei und seit langem in der Sparkasse beschäftigt. Derart aus der Mitte der DDR-Gesellschaft heraus stammende Täter*innen werfen Fragen auf - vor allem nach ihren Motiven und nach der (gedachten) Verwendung des Geldes. Woher kam die kriminelle Energie und warum gingen die

688 ZZI E.R., 29.3.2012, in: HA OSV (ohne Signatur). ZZI A.H., 11.4.2014, S. 35f., in: Ebd.

689 o.V.: Liste „Unterschlagungen durch eigene Mitarbeiter“, o.D., in: HA Sparkasse Berlin, Akte O+S Vorfälle.

690 Betroffen waren insgesamt 27 Zweigstellen, am häufigsten die Zweigstelle 181 (4x) im Zeitraum 1973-1988 mit Schadenssummen in Höhe von je 50 Mark, 500 Mark, 3.814 Mark und 95.145 Mark.

691 In den Schadensstatistiken tauchen die gestohlenen Werte nur als Summe im Jahr der Aufdeckung auf. Handakte zum Fall Ingrid P. (KSK Schönebeck/Elbe), in: HA OSV, D/7407/AUG, Bd. 2.

Sparkassenmitarbeiter*innen das Risiko einer mehrjährigen Haftstrafe ein? Wie gaben sie das Geld in einer zunehmend überliquiden Mangelgesellschaft aus? Schließlich: Wie wurden die Taten aufgedeckt, wie reagierte die Leitungsebene und wie wurde das Fehlverhalten von Angestellten in der Öffentlichkeit und den Kund*innen gegenüber kommuniziert?

(2) In einer internen Umfrage der Sparkasse Berlin erklärte 1974 mehr als die Hälfte der Mitarbeiter*innen, dass die Kund*innen selbst für die Ursachen ihrer Beschwerden verantwortlich seien. Das Kund*innenverhalten sorgte also offenkundig regelmäßig für Störungen des Betriebs. Interessanterweise urteilten Zweigstellenleiter*innen härter als subalterne Mitarbeiter*innen, die eher eine Schuld bei sich selbst oder ihren Kolleg*innen sahen.⁶⁹² Es wäre zu fragen, wie sich dies über die Zeit veränderte, ob beispielsweise die Produktpalette der Sparkassen einfacher und damit störungsresistenter wurde und inwiefern angespannte Personalsituationen und Wartezeiten wiederum Störungen hervorriefen.

Ähnlich wie bei Störungen durch Mitarbeiter*innen wäre näher zu untersuchen, wie häufig Geld- und Sparbuchfälschung, Bankraub und anderweitige Diebstähle (oder Versuche) durch Externe verübt wurden. Wie schnell und in welchem Maße wurden Neuerungen, etwa die Ausweitung des Scheckverkehrs oder die Einführung von Geldabhebeautomaten, Gegenstand neuer Betrugsmethoden?⁶⁹³

Soweit ersichtlich konnte die Kreditwirtschaft aufkommende Probleme meist lösen oder zumindest beherrschen. Die Umlaufmenge von Falschgeld sowie die Zahl der Banküberfälle und Einbrüche wies jedenfalls eine sinkende Tendenz auf.⁶⁹⁴ Für andere Formen der Geldentwendung wäre dies noch zu prüfen. Falls sich dort der Trend bestätigte, könnte dies zum einen mit dem sinkenden Gebrauchswert von Geld erklärt werden. Zum anderen ließe sich ein solcher Befund aber auch in den gesamtgesellschaftlichen Trend der sogenannten Befriedung der DDR einordnen. Sinnvoll erscheint eine Betrachtung über die Wendezeit hinaus, denn gerade in der Transformationsphase um 1989/90 stieg die Zahl der Delikte - Unterschlagung, Scheckbetrug, Bankraub - deutlich an.⁶⁹⁵

692 Frage: „Es gibt Beschwerden von Kunden, die nicht auf Buchungsfehler zurückgeführt werden können. Wo liegen Ihrer Ansicht nach die Ursachen?“ Zweigstellenleiter*innen antworteten: 71% überwiegend oder immer bei Kund*innen. Mitarbeiter*innen nur zu 31%. Information über die soziologische Befragung in den Berliner Sparkassen, 10.6.1974, S. 6, in: HA Sparkasse Berlin, Ordner „Soziologische Befragung 1974“.

693 HA OSV, D/8642: Betrugshandlungen und Unregelmäßigkeiten 1972; D/7407/AUG, Bd. 4: Dokumentation Geldkarten-Betrugsfall "Zimmermann" (1988-1990).

694 Vgl. Leisering, Falschgeld. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 429. Einert, Thomas: Alarm in Eckartsberga, in: <https://www.sparkassengeschichtsblog.de/alarm-in-eckartsberga/#start> [18.9.2024].

695 Vgl. Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen, S. 395f. „Eine Welle von Raubüberfällen brach mit der Einführung der Deutschen Mark über die im Sparkassenverband der DDR/ Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband organisierten Institute herein.“ Einert,

Die Quellenlage ist auch hier günstig. Im Historischen Archiv des OSV liegen Handakten der Sparkassen sowie Sammelakten der Sparkassenabteilung der Staatsbank. Räumlich liegt dabei der Fokus auf Sachsen.⁶⁹⁶ Zeitlich betreffen die Akten vor allem die 1970er und 1980er Jahre, aber auch Betrugsfälle im Zusammenhang mit den Währungsreformen 1948 und 1990 sind umfassend dokumentiert.⁶⁹⁷ Zum Abgleich der Befunde wären Gerichtsakten in den Landesarchiven hinzuzuziehen.⁶⁹⁸

(3) Desgleichen sind viele Fälle „produktiver Devianzen“ von Angestellten gut dokumentiert. Gerade angesichts der DDR-Mangelwirtschaft und rigider, zentral gelenkter Planvorgaben wären Sparkassen - wie andere Organisationen auch - ohne ein gewisses Maß an „brauchbarer Illegalität“ nicht funktionsfähig gewesen.⁶⁹⁹ So hatte beispielsweise die Kreissparkasse Neuruppin 1982 ein Gebäude erweitert, obwohl die Genehmigung hierzu verweigert worden war.⁷⁰⁰ Der errichtete Schwarzbau diente dazu, die dringend benötigte EDV unterzubringen, war also unmittelbar zweckdienlich. Der Rat des Kreises reagierte eigenwillig: Die beiden verantwortlichen Sparkassenmitarbeiter wurden mit Rügen und Geldstrafen belegt. Als Kompensation erhielten sie aber später eine Geldprämie und wurden als „Aktivisten der sozialistischen Arbeit“ ausgezeichnet.

Oberste Leitungsebenen verlangten bisweilen explizit, von Vorgaben abzuweichen, wenn dies z.B. aus parteipolitischen Gründen notwendig schien. So erhielt beispielsweise die Journalistin Ingeborg Kretzschmar

Thomas: Werbung in eigener Sache, in: <https://www.sparkassengeschichtsblog.de/werbung-in-eigener-sache/#start> [18.9.2024]. Vgl. Heinrichs, Carola: Die Währungsumstellung von M/DDR auf DM – aus polizeilicher Sicht, Berlin 2000.

696 HA OSV, D/14233: Währungsreform der KSK Meißen, u.a. Schriftwechsel und Gerichtsurteile zu Manipulationen anlässlich der Währungsreform (1949-1952); D/7406: Betrugshandlungen von Sparkassenkunden im Bezirk Dresden (1988-1990); Die Akten D/8639/AUG, D/8640/AUG, Bd. 1-4, D/8649/AUG, Bd. 2 stammen aus dem Bestand der Sparkassenbezirksstelle Dresden und enthalten Meldungen, Strafanzeigen und Abschlussberichte zu Unregelmäßigkeiten und Betrugshandlungen (1969-1974); D/7433/AUG, D/7434/AUG, Bd. 1 sowie D/7440/AUG: Meldungen der Sparkassen zu Betrugs- und Schadensfällen an die Staatsbank der DDR (1985-1989); D/7434/AUG, Bd. 2: Jahresberichte über den Stand der Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit und die Entwicklung von Rechtsverletzungen in den Sparkassen des Bezirks Dresden (1979-1988).

697 HA OSV, D/8650: Sparbuchfälschungen, Scheckfälschungen, Fälschung im Freizügigkeitsverkehr (1963/64); D/2952/12.022: Staatsbank – Einzelvorgänge 1969-1990; enthält u.a. Straftaten, Strafverfahren, Anzeigen (1973-89), Scheckverkehr, Scheckbetrug, Scheckvordrucke, Schecksperrungen (1974-1989); D/7838/AUG, Bd. 1: Statistiken zu Kassendifferenzen, Einbrüchen und Überfällen, Scheckbetrug (1979-1985); D/3116/12.022, Bd. 1: Sammlung von Einzelvorgängen, u.a. „größter Betrugsfall der DDR“ (1987/88).

698 Auch im HA OSV sind Urteile von Kreis- und Bezirksgerichten überliefert, z.B. HA OSV, D/8628/AUG, Bd. 3. Teils befassten sich auch das MdF oder das ZK der SED mit Fällen und erhielten entsprechende Berichte. Diese finden sich im Bundesarchiv, u.a. DY 30/6491 Berichte, Vorlagen an den Sekretär für Wirtschaft des ZK der SED, Mai 1983: Einbruch in der Sparkasse Nordhausen.

699 So wurden in den 1980er Jahren z.B. Briefumschläge als Vordrucke deklariert, um Budgetrestriktionen bei Büromaterial zu umgehen. ZZI W.K., 8.3.2012, in: HA OSV (ohne Signatur).

700 Vgl. Günther, Hans-Georg: Betriebswirtschaft und Technik in den Sparkassen der DDR, in: Klaus Wilsberg (Hg.): Technik und Management in der Sparkassen-Finanzgruppe, Stuttgart 2001, S. 85-94, hier 89f.

1977 auf Wunsch der SED-Kreisleitung von der Ostberliner Sparkasse einen Kredit in Höhe von 5.000 Mark „zur Vorfinanzierung literarischer Arbeiten“. ⁷⁰¹ Kretzschmar tilgte diesen Kredit aber nicht und reagierte nicht auf Anfragen des Sparkassendirektors. Die Angelegenheit erreichte den Staatsbankpräsidenten, der schließlich 1982 mit dem Leiter der Abteilung Planung und Finanzen im ZK der SED vereinbarte, die durch Zinsen mittlerweile auf über 6.000 Mark angewachsene Kreditsumme zu Lasten des Ergebnisses „ausbuchen“ zu lassen. Die säumige Kreditnehmerin sollte von dieser Entscheidung jedoch nicht in Kenntnis gesetzt werden, sondern weiterhin Mahnungen erhalten, damit der Kredit nicht verjährte. Allerdings enthielten diese Mahnungen ausdrücklich keine Androhung von Konsequenzen, um Kretzschmar zu signalisieren, dass sie diese weiterhin ignorieren konnte. ⁷⁰² Die Kombination aus von oben verordnetem Lavieren und gleichzeitigem Agieren entlang formaler Regelungen gewährt faszinierende Einblicke in die Funktionsweise der DDR-Kreditwirtschaft.

Die Existenz produktiver Devianzen wirft Fragen nach dem systemischen Charakter der Informalität und ihrer Entwicklung im Lauf der Zeit auf. Wurde sie etwa durch Computerisierung, Formalisierung und Materialmängel begrenzt oder verstärkt? Mit Blick auf die Transformation (Kap. II.1.5) ließe sich analysieren, ob die Improvisationserfahrungen und die Flexibilität im Umgang mit formellen Vorgaben für die rasche Integration in die Marktwirtschaft seit 1990 hilfreich waren.

Insgesamt bietet die Überlieferung der ostdeutschen Sparkassen in Kombination mit weiteren Archiven einen reichen Fundus an Quellen, die auch über den engeren Fokus des Sparkassenbetriebs hinaus unternehmens-, wirtschafts-, sozial-, politik- und kulturhistorisch relevant sind. Die thematischen Anknüpfungspunkte sind überaus vielfältig und gehen selbstverständlich über jene hinaus, die in dieser Studie vorgestellt werden konnten. Mit ihr liegt aber nunmehr eine erste Quellen- und Themensammlung zur DDR-Sparkassengeschichte vor, deren Wert sich gleichwohl nicht nur auf diese beschränkt.

701 Horst Kaminsky (Staatsbank-Präsident) an Günter Ehrensperger (Leiter der Abt. Planung und Finanzen im ZK der SED), 16.2.1982, in: HA OSV, D/3114/12.022, Bd. 3.

702 Rosemarie Hübner (Leiterin Abt. Sparkassen in der Staatsbank) an Siegfried Zausch (Direktor der Sparkasse Berlin-Ost), 24.2.1982, in: Ebd.

III. Quellen und Literatur

1. Bestandsaufnahme der Archive

1.1 Archive der Sparkassenverbände

1.1.1 Ostdeutscher Sparkassenverband

Der Ostdeutsche Sparkassenverband (OSV) wurde am 20. März 1990 als Sparkassenverband der DDR gegründet.⁷⁰³ Seit dem Wechsel der thüringischen Sparkassen in den neu gegründeten Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen 1992 gehören ihm heute 43 Sparkassen aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt an. Das Historische Archiv des OSV wurde 2000 gegründet und seither von Britta Weschke geleitet.⁷⁰⁴ Die Bestände - über 300 lfm - sind gut erschlossen. Eine Einsicht in das digitale Findbuch ist nur vor Ort möglich. Ein nutzerorientierter schrittweiser Aufbau eines E-Archivs mit einer Digitalisierung eingesehener Bestände ist in Vorbereitung.

Neben einer Fachbibliothek⁷⁰⁵ sowie einem umfangreichen Bestand an 3D-Objekten und Fotos enthält das Archiv vor allem Schriftgut aus vier Quellen: Bestände der Abteilung (bzw. des Sektors) Sparkassen in der Staatsbank bzw. im MdF (45 lfm), Unterlagen der Sparkassenverbände aus den Jahren 1906-1952 mit einem Schwerpunkt auf Sachsen (insg. 85 lfm), Depositalebestände von Sparkassen (z.B. der Sparkassen Burgenlandkreis, Meißen, Oberlausitz-Niederschlesien, Zwickau und der Ostsächsischen Sparkasse Dresden (120 lfm)) sowie Akten des OSGV/OSV (40 lfm). Zudem führten Mitarbeiter*innen des OSV-Archivs Interviews mit Zeitzeug*innen. Die bisher 28 ausführlichen und die acht kürzeren Protokolle dieser Gespräche können nur nach vorheriger Freigabe eingesehen werden. Der OSV betreut auch das Historische Archiv der Berliner Sparkasse.

Zum Archivgut zählen Geschäftsberichte, Jahresabschlüsse, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Sitzungsprotokolle von Leitungsgremien, Verträge, Satzungen, Statuten, Korrespondenzen und (Verbands-)Rundschreiben, Anweisungen und Arbeitsrichtlinien (insb. zur Kreditvergabe), Brigadetagebücher,

703 Am 20.9.1990 erfolgte eine Umbenennung in Ostdeutsche Sparkassen- und Giroverband (OSGV), 2005 dann die Umbenennung in OSV. Kontakt: Britta Weschke, E-Mail: britta.weschke@osv-online.de; Die Bestände befinden sich Am Luftschiffhafen 1, 14471 Potsdam. Vgl. Weschke, Britta: Das Historische Archiv des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, in: Wissenschaft für die Praxis. Mitteilungen der Wissenschaftsförderung der Sparkassenfinanzgruppe E.V., H. 65, Mai 2008, S. 24f.

704 Zur Öffentlichkeitsarbeit des OSV gehören Ausstellungen, Vorträge und der Sparkassengeschichtsblog. <https://www.sparkassengeschichtsblog.de/das-historische-archiv-des-osv-der-bestand-in-zahlen/> [18.9.2024]

705 Die Bibliothek enthält viele Festschriften und Chroniken (Graue Literatur), die in staatlichen Bibliotheken nicht erhältlich sind.

Projektunterlagen, Handakten zur Teilnahme an internationalen Konferenzen, Pressemeldungen sowie Handakten zur Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung Sparkassen der Staatsbank, Eingaben, Zeitungen, Zeitschriften, die personenbezogenen Akten des SSV, Personalakten, Entnazifizierungsunterlagen, Vor- und Nachlässe sowie Erinnerungen.

Zeitzeug*inneninterviews (ZZI) wurden mit ehemaligen und noch aktiven Sparkassendirektor*innen bzw. –vorständ*innen, mit Bezirksstellenmitarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen der Abteilung Sparkassen der DDR bei der Staatsbank, mit OSV-Präsidenten und –Mitarbeiter*innen sowie weiteren Sparkassenmitarbeiter*innen geführt.⁷⁰⁶ Zu den behandelten Themen zählen in der Regel Werdegang, Ausbildung, Qualifikation, Motivation zur Arbeit in den Sparkassen, besondere Erlebnisse, Erinnerungen an Direktoren- und Vorstandsarbeit, an die größten Herausforderungen und Erfolge, Erinnerungen rund um das Aufgabengebiet im Kredit- und Revisionsbereich, Erlebnisse rund um Sparwochen, Schulsparen, Werbung, Kreditvergabe, Einheitszinssatz, Konsumtionskredite, einschneidende Veränderungen, die Währungsstellung 1990 und allgemein die Transformation seit 1990.

1.1.2 Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen

Seit 1992 gehören die mittlerweile 16 thüringischen Sparkassen dem am 1. Juli 1992 gegründeten Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) an. Es existieren Archivbestände, die unter anderem für eine 2018 erschienene Jubiläumsschrift ausgewertet worden sind.⁷⁰⁷ Sie sind jedoch auf die Standorte Erfurt und Frankfurt verstreut, ungeordnet und nicht erschlossen.⁷⁰⁸ Einzelne Bestände sind noch nicht archiviert, so etwa die bei der Verbandsleitung aufbewahrten Vorstandsprotokolle aus der „Wendezeit“.

1.1.3 Sparkassenhistorisches Dokumentationszentrum des DSGV

Das Sparkassenhistorische Dokumentationszentrum des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. (DSGV) wurde 1977 gegründet.⁷⁰⁹ Das vom ihm verwaltete Archivgut umfasst unter anderem Unterlagen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen bzw. des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V. (Laufzeit: ab 1947, über 100 lfm) und des DSGV (öffentliche

706 Schwerpunktmäßig waren die Interviewpartner*innen in Berlin, Brandenburg und Sachsen tätig gewesen. Auskunft Britta Weschke, 7.9.2022 und 5.1.2023.

707 Vgl. Reuss/Grandke, 125 Jahre Sparkassen- und Giroverband.

708 Auskunft von Matthias Haupt, Abteilungsleiter Information und Kommunikation, 11.7.2023.

709 Kontakt: Dr. Thorsten Wehber (thorsten.wehber@dsgv.de), Simrockstraße 4, 53113 Bonn; <https://www.dsgv.de/verband/einrichtungen/sparkassenhistorisches-dokumentationszentrum.html> [18.9.2024].

Körperschaft) und seiner Vorgänger (Laufzeit: ca. 1916-2000, ca. 20 lfm) sowie einen umfangreichen Bestand an Bildern und 3D-Objekten.⁷¹⁰ Darüber hinaus gibt es eine Fachbibliothek mit über 120.000 Medieneinheiten.

Originäres Material zu den DDR-Sparkassen gehört mithin nicht zum Sammelschwerpunkt, aber die Rezeption des DDR-Sparkassenwesens fand auch im DSGV ihren Niederschlag. Allerdings hat beispielsweise der von 1955 bis 1959 bestehende DSGV-Arbeitsausschuss für gesamtdeutsche Fragen nur wenige Unterlagen hinterlassen.⁷¹¹ Für die Zeit der Wende ist die Überlieferung weit dichter. Ab Herbst 1989 etablierten sich schrittweise Beziehungen zwischen West- und Ost-Sparkassen bzw. der Abteilung Sparkassen der Staatsbank. In der Realisierungsphase der Deutschen Einheit 1990 vertiefte sich insbesondere die Kooperation zwischen einzelnen Sparkassen. Für diesen Zeitraum liegen sämtliche Protokolle der DSGV-Gremien und zusätzlich mehrere Akten mit Korrespondenzen und Vermerken vor.

1.2 Historische Archive der Sparkassen

Die Bestandsaufnahme bestehender historischer Archive der Sparkassen erfolgt für jedes Bundesland alphabetisch.⁷¹² Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da nicht alle kontaktierten Sparkassen Auskunft über ihre Überlieferung gaben. Aufgeführt sind jeweils Ort und Ansprechpartner*innen sowie - nach Möglichkeit - der Umfang der Bestände, die Erschließungssituation sowie Besonderheiten des Sammlungsguts. Die Sparkasse Berlin und die Erzgebirgssparkasse verfügen über die beiden größten Archive. Die Bestände der Sparkasse Mittelthüringens sind bislang vergleichsweise umfassend wissenschaftlich ausgewertet worden.⁷¹³

Grundsätzlich gilt: Historische Unterlagen und Objekte sind in jeder Sparkasse vorhanden, doch über „historische Archive“ im engeren Sinne verfügen nur wenige Institute. Dementsprechend sind Aufbewahrung und Kassation selten formalisiert. Einige Sparkassen lassen ihre Akten auch durch Verbands-, Kommunal- oder Wirtschaftsarchive endarchivieren. Findmittel sind häufig nur rudimentär vorhanden. Die Betreuung

710 <https://www.wirtschaftsarchivportal.de/archiv/details/id/10> [18.9.2024].

711 Auskunft von Thorsten Wehber am 29.3.2023. Gegenwärtig läuft eine Prüfung ob Sitzungsniederschriften überliefert wurden. Über die Exkursion des 48. Lehrgang des Lehrinstituts für das kommunale Sparkassen- und Kreditwesen unter der Leitung von Prof. Dr. Günter Ashauer zu DDR-Sparkassen und die Staatsbank in Ostberlin und Potsdam im Mai 1986 sind offenbar keine Unterlagen überliefert (siehe Kap. I.5.3).

712 Zugrunde liegen eine eigene Recherche, eine Abfrage des OSV sowie eine Liste der Stiftung Wissenschaft. Ich danke Britta Weschke (HA OSV) für die Einsicht in die Ergebnisse Ihrer Abfrage aus dem Jahr 2021. <https://www.stiftung-wissenschaft.de/xpage/s-wissenschaft.nsf/xpSparkassengeschichteArchiv.xsp> [7.3.2023].

713 Vgl. Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen.

wird häufig von Mitarbeiter*innen der Öffentlichkeitsarbeit oder des Vorstandsstabs (mit-)übernommen oder erfolgt in Teilzeit durch ehemalige Mitarbeiter*innen. Die Archive sind nicht öffentlich, aber häufig auf Anfrage zugänglich. Vorhanden sind in der Regel:

- Geschäfts- und Jahresberichte (Die Sammlungen sind allerdings selten vollständig.⁷¹⁴)
- Vordrucke, Arbeitsanweisungen, Gesetzestexte, Verordnungen, Rundschreiben
- Interner Schriftverkehr mit Zweigstellen; Arbeitspläne, Rechenschaftsberichte
- Werbematerial
- Schriftverkehr zu Eingaben von Kund*innen; teils Beschwerdebücher
- Brigadebücher (teils aus den 1960er, meist aus den 1970er und 1980er Jahren)
- Schriftverkehr mit Sparkassenverbänden (bis 1952) sowie mit der Notenbank/Staatsbank und dem Ministerium der Finanzen
- Handakten zur Kreditvergabe
- Zum Sammlungsgut gehören ferner zumeist eine kleine Bibliothek sowie Objekte.

Die Bestände sind daher zwangsläufig redundant. Vielfach werden identische Dokumente (insb. Rundschreiben, Anweisungen, Graue Literatur) aufbewahrt. Aus der zentralisierten Leitung und dem eng abgesteckten Aufgabenfeld zur Zeit der DDR ergibt sich außerdem, dass viele Quellen sich formal, aber häufig auch inhaltlich sehr ähnlich sind. Bei diesen seriellen Quellen dürfte ein statistikorientierter Zugriff besonders vielversprechend sein, doch auch vergleichend qualitative Forschungsansätze sind denkbar. Lücken in der Überlieferung gibt es vor allem bei Konten- und Personalakten.

1.2.1 Berlin

Das vom Historischen Archiv des OSV betreute Archiv der Berliner Sparkasse zog 2024 nach Berlin-Johannisthal. Der Bestand der Sparkasse Ostberlin (C 100) umfasst rund 400 lfm, die nur grob und unvollständig in einem Findbuch verzeichnet sind. Hervorzuheben sind:

- eine umfangreiche Sammlung von DDR-Gesetzen und Verordnungen, welche die Tätigkeitsgebiete der DDR-Sparkassen, Personal- und Tarifrecht usw. betreffen,

⁷¹⁴ So fehlen beispielsweise selbst im vergleichsweise gut ausgestatteten Historischen Archiv der Berliner Sparkasse die Jahresberichte 1967-1973 für die Ostberliner Sparkasse. Wegen der fortschreitenden ‚Ritualisierung‘ sind seit den späten 1960er Jahren die Jahresberichte in ihren Formulierungen standardisierter und weniger aussagekräftig geworden. Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 454f.

- vergleichsweise umfangreiche Schulungsunterlagen sowie Arbeitsanweisungen und Richtlinien zur Durchführung für die Arbeitsgebiete Bargeld, Einzahlung, Kredite, Scheckverkehr und Zahlungsverkehr (C 132, 133),
- Handakten zu „Ordnung und Sicherheit Vorfälle“, insbesondere Unterschlagungen und Betrugsfälle von Mitarbeiter*innen, schwerpunktmäßig für die 1970er Jahre und die Zeit seit 1988 (C 147),
- Handakten zum „Erfahrungsaustausch Großstadtparkassen“ Berlin, Dresden und Leipzig im Zeitraum 1977-1990 sowie vereinzelt früher (C 139),⁷¹⁵
- „Soziologische Befragung in den Berliner Sparkassen“ 1974,
- Akten zum innerdeutschen Wirtschafts- und Zahlungsverkehr (C 192),
- Bestände, die sich aus der früheren Funktion Berlins als Reichshauptstadt ergaben. Hierzu gehören Listen und Handakten zu den vom Reichsluftfahrtministerium eingerichteten „Spanienkämpferkonten“; ferner umfangreiche Listen mit Konten von Personen, Betrieben und Gesellschaften, die in Ostberlin von der Währungsreform 1948 ausgeschlossen wurden,
- Bestände, die sich aus der Teilung der Stadt Berlin und der Sparkasse Berlin ergaben. Hierzu gehört Schriftverkehr über Konflikte in der Nachkriegszeit und zur Teilung im Jahr 1948, Handakten über die in Ostberlin geführten Konten für Westdeutsche und Westberliner (H-Konten) sowie Konten von DDR-Bürger*innen in Westberlin (57(b)-Konten),
- Bestände, die mit dem Status von Ostberlin als Hauptstadt der DDR zusammenhängen, etwa Unterlagen zur landesweiten Vorreiterrolle betr. EDV-Einführungen (C 137) und der „Sonderabteilung Ostgebiete“ betr. die Altguthaben-Umwertung (C 120),
- Unterlagen zur Wendezeit 1989, insb. Erfahrungsaustausch mit der Berliner Sparkasse (West) und Zusammenführung der Sparkassen (C 190),
- Bestände der Sparkasse Berlin-West, etwa zur Trennung 1948 und Wiedervereinigung 1990, zum innerdeutschen Zahlungsverkehr und zu Sperrkonten für DDR-Bewohner*innen im Westen (1972-1988) (C 293).

1.2.2 Brandenburg

Sparkasse Elbe-Elster, Finsterwalde

Nach Auskunft des OSV führt die Sparkasse ein Historisches Archiv mit Akten, Werbematerial und Objekten.

⁷¹⁵ Die Handakten zum Zeitraum 1959-1975 befinden sich in: LAB, C Rep. 748 Nr. 110-114.

Sparkasse Oder-Spree, Frankfurt/Oder

Im 2018/19 aufgebauten Historischen Archiv in der Geschäftsstelle Beeskow lagern über 120 Regalmeter Schrift- und Sammlungsgut zur Geschichte der Sparkasse Oder-Spree und ihrer Vorgängerinstitute: der Kreissparkassen Beeskow und Fürstenwalde, der Stadt- und Kreissparkasse Eisenhüttenstadt (zuvor Kreissparkasse Fürstenberg/O.) und der Stadtparkasse Frankfurt/O. 2020 wurde ein 60 S. umfassendes Findbuch erstellt, das auf Anfrage eingesehen werden kann.⁷¹⁶ Weiteres Archivgut wird in der Hauptstelle in Frankfurt und in der Geschäftsstelle Fürstenberg (Eisenhüttenstadt) aufbewahrt. In der Hauptstelle in handelt es sich um Unterlagen der Bauabteilung.

Mittelbrandenburgische Sparkasse, Potsdam-Plötzin

Das historische Archiv der Mittelbrandenburgischen Sparkasse (MBS) enthält Bestände der 1991 fusionierten Vorgängerinstitute in Potsdam, Brandenburg, Belzig, Oranienburg und Nauen; später kamen noch die Sparkassen Gransee, Rathenow, Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald hinzu. Die meisten Bestände befinden sich im Archiv in Plötzin (Landkreis Potsdam-Mittelmark).⁷¹⁷ Eine Bestandsübersicht besteht nicht. 2016 wurde mit Unterstützung der Universität Potsdam und des OSV ein erster Versuch gestartet, die Exponate und Unterlagen zu katalogisieren und systematisch zu erfassen. Aufgrund begrenzter Ressourcen konnte das Projekt nicht abgeschlossen werden.

Sparkasse Uckermark

Die Sparkasse führt ein historisches Archiv mit Akten, Werbematerial und Objekten.⁷¹⁸

Stadtparkasse Schwedt

Die Sparkasse führt kein historisches Archiv, hat aber offenbar neben Objekten auch einen geringen Bestand an alten Sparurkunden und Dokumenten.

Sparkasse Spree-Neiße

Die Sparkasse führt nach Auskunft des OSV ein Historisches Archiv mit Akten, Werbematerial und Objekten in Verbindung mit einem Museum.

716 Falk, Beatrice/Hauer, Friedrich: Historisches Archiv der Sparkasse Oder-Spree. Findbuch, Berlin und Beeskow 2020 (nicht veröffentlicht). Kontakt: Steffen Deckert (s.deckert@s-os.de).

717 Auskunft von Daniela Toppel (Daniela.Toppel@mbs.de), Vorstandsstab/Kommunikation Mittelbrandenburgische Sparkasse, Saarmunder Str. 61, 14478 Potsdam.

718 Vgl. Sparkasse Uckermark (Hg.): Seit 200 Jahren stark für unsere Uckermark, Prenzlau 2022.

Keine historischen Archive führen die Sparkassen Prignitz, Ostprignitz–Ruppin, Barnim, Märkisch–Oderland und Niederlausitz.

1.2.3 Mecklenburg–Vorpommern

Sparkasse Neubrandenburg–Demmin

Die Sparkasse führt nach Auskunft des OSV ein historisches Archiv, der Bestand ist teilweise erschlossen.

Sparkasse Mecklenburg–Nordwest

Nach Auskunft des OSV führt die Sparkasse ein historisches Archiv.

Sparkasse Mecklenburg–Schwerin

Die Sparkasse führt ein Hausarchiv (ca. 20 lfm) mit Jahres- und Geschäftsberichten sowie weiteren Dokumenten wie Pressemappen, Urkunden und Inventurbüchern.⁷¹⁹ Ein Verzeichnis wird gegenwärtig von einem externen Historiker erstellt. Vor der Fusion im Jahr 2021 übergab die Sparkasse Parchim–Lübz alle historischen Unterlagen und Gegenstände dem Museum der Stadt Parchim.⁷²⁰

Sparkasse Mecklenburg–Strelitz

Die Sparkasse führt nach Auskunft des OSV ein historisches Archiv.

OstseeSparkasse Rostock

Die Sparkasse führt nach Auskunft des OSV ein historisches Archiv.

Sparkasse Vorpommern

Die Sparkasse führt nach Auskunft des OSV ein historisches Archiv.

Kein Historisches Archiv führen die Sparkassen Uecker–Randow und Müritzt.

1.2.4 Sachsen

Sachsen ist ein Sonderfall unter den ostdeutschen Bundesländern, da hier fast alle Sparkassen entweder ein Archiv führen oder ihre Bestände als Depositum ins HA OSV gegeben haben.

719 Auskunft von Claudia Kampe (claudia.kampe@spk-m-sn.de), Sparkasse Mecklenburg–Schwerin, Vorstandsstab, Marienplatz 9, 19053 Schwerin. Die Bestände wurden bereits für die 1999 und 2011 erschienenen Festschriften durch Christine Rehberg–Credé herangezogen.

720 Kontakt: Benjamin Kryl (museum@parchim.de), Museum Parchim, Lindenstraße 38, 19370 Parchim.

Sparkasse Bautzen

Die Sparkasse führt ein historisches Archiv mit Akten, Werbematerial und Objekten.⁷²¹

Sparkasse Chemnitz

Die Unterlagen der 1839 gegründeten Sparkasse Chemnitz und ihrer Vorgängerinstitute haben einen Umfang von etwa 28 lfm und sind teilverzeichnet.⁷²²

Kreissparkasse Döbeln

Die Sparkasse führt nach Auskunft des OSV ein historisches Archiv mit Akten, Team-Büchern und Objekten.

Ostsächsische Sparkasse, Dresden

Die Bestände des historischen Archivs wurden an das OSV-Archiv abgegeben. Der Umfang beträgt 140 lfm, 20 lfm Bücher und Graue Literatur sowie 80 lfm Objekte. Gemäß einer Vorerfassung des OSV enthält das Material Chroniken einzelner Teilsparkassen, die heute zur Ostsächsischen Sparkasse Dresden gehören, Sparkassenbücher/Sparbücher, Arbeitsanweisungen und Vordrucke. Ferner gibt es ein Fotoarchiv, einen kleinen Buchbestand zur Sparkassengeschichte, gebundene Jahrgänge der Deutschen Sparkassenzeitung, Exponate zur Entwicklung der Schreib-, Rechen- und Handhabungstechnik im Bankwesen sowie Exponate zur Geldgeschichte, zum Sparwesen, Schulsparen und Sparkassenwesen.

Erzgebirgssparkasse, Schwarzenberg (Erzg.)

Das Historische Archiv der Erzgebirgssparkasse in Schwarzenberg wird in Verbindung mit einem Sparkassenmuseum geführt.⁷²³ Das Archiv enthält die größte sparkassenhistorische Sammlung in Deutschland. 1.030 der insgesamt 1.530 lfm sind bisher erschlossen. Der Bestand enthält auch viele Quellen, die außerhalb der Sparkassen entstanden sind, insb. Anordnungen und Rundschreiben der Notenbank/Staatsbank und des Ministeriums der Finanzen, Gesetzestexte und Verordnungen usw. Interessant ist das Archiv auch wegen Besonderheiten der Geschäftsgebiete der Vorgängerinstitute, teils geprägt durch das Bergbauunternehmen SDAG Wismut, teils durch kleinbetriebliche Strukturen im Osterzgebirge. Hervorzuheben sind:

- ein Bestand mit 1.191 Personalakten und 609 Personalkarten, überwiegend aus den Jahren 1945 bis 1989,

721 Vgl. Kreissparkasse Bautzen (Hg.): Kreissparkasse Bautzen, die Festschrift zum 175. Jubiläum, Bautzen 2007.

722 Auskunft von Peggy Wolf (peggy.wolf@spk-chemnitz.de), 2.5.2023.

723 Kontakt: Horst Möckel (horst.moeckel@erzgebirgssparkasse.de), Grünhainer Str. 10, 08340 Schwarzenberg.

- ein großer, namentlich nach Empfänger verzeichneter Bestand an Kreditakten von Privatunternehmen, der nicht selten mehrere Jahrzehnte umfasst (z.T. 1920er bis 1970er Jahre),
- ein großer Bestand an Kreditakten des Wohnungsbaus,
- Schriftverkehr und Kreditakten zu Personenkrediten, etwa Umsiedlerkrediten. Umfangreiche Handakten zu „republikflüchtigen“ Kund*innen und Mitarbeiter*innen sowie entsprechender Schriftverkehr mit Räten der Gemeinden und Kreisen,
- Unterlagen zu (staats-)politischen Schulungen,
- z.T. digitalisierte Dokumente zu Sparwerbung, Kundeninformationen und -anschriften sowie Werbeblätter.

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Im Historischen Archiv der ehemals zweitgrößten Sparkasse der DDR liegen auch Unterlagen der nach 1990 übernommenen Sparkassen. Das Archiv umfasst ca. 30.000 Dokumente, die in einer internen Datenbank verzeichnet sind. Betreut wird der Bestand von Mitarbeiter*innen des Sparkassenmuseums Leipzig.⁷²⁴

Sparkasse Mittelsachsen

Das historische Archiv mit rund 500 Akteneinheiten ist auf Anfrage nutzbar.⁷²⁵

Sparkasse Muldentäl

Vom „Sparkassenmuseum Muldentäl e.V.“ wird ein Archiv mit 157 lfm sowie ein Museum mit 275 lfm Material geführt.⁷²⁶

Sparkasse Vogtland

Die Sparkasse verfügt über einige Quellenbestände, nicht jedoch über ein historisches Archiv.

Folgende Sparkassen haben ihre Archivbestände als Depositum an das HA OSV abgegeben: Meißen, Oberlausitz-Niederschlesien, Zwickau.

724 Kontakt: Eveline Lamm (eveline.lamm@gmx.de), Mitarbeiterin des Sparkassenmuseums Leipzig.

725 Kontakt: Dr. Indra Frey (Indra.Frey@sparkasse-mittelsachsen.de), Abteilungsleiterin Unternehmenskommunikation, Pressesprecherin, Sparkasse Mittelsachsen. <https://mittelsachsen.sparkasseblog.de/2023/12/19/broschuere-zum-200-jaehrigen-jubilaem-der-sparkasse/> [18.9.2024]

726 „Sparkassenmuseum Muldentäl e.V.“ (Vorsitz: Angela Elsner) in Grimma; Kontakt: muldentael@spk-museum.de; <https://sparkassenmuseum.grimma-sachsen.de/kontakt/> [3.4.2023]

1.2.5 Sachsen-Anhalt

Stadtsparkasse Magdeburg

Die Sparkasse führt ein historisches Archiv, dessen Bestände teilweise erfasst sind und den Zeitraum 1820 bis 2015 abdecken.⁷²⁷

Saalesparkasse

Die Sparkasse führt nach Auskunft des OSV ein historisches Archiv mit Akten, Werbematerial und Objekten.

Die Sparkasse Burgenlandkreis hat ihre Archivbestände als Depositum an das HA OSV abgegeben.

Keine historischen Archive haben folgende Sparkassen: Sparkasse Altmark West,⁷²⁸ Kreissparkasse Börde, Kreissparkasse Stendal, Harzsparkasse, Salzlandsparkasse, Sparkasse Mansfeld-Südharz, Kreissparkasse Anhalt-Bitterfeld, Stadtsparkasse Dessau, Sparkasse Wittenberg.⁷²⁹

1.2.6 Thüringen

Kreissparkasse Eichsfeld

Die Sparkasse verfügte über einen nicht verzeichneten Aktenbestand. Seit einer 2002 entstandenen Festschrift sind die Bestände wenig beachtet worden, sodass unklar ist, was in „diversen Kisten“ noch vorhanden ist.⁷³⁰

Sparkasse Jena-Saale-Holzland

Die Sparkasse hat ein historisches Archiv mit ca. 80 AE.⁷³¹ Eine Einsichtnahme ist nach vorheriger Anmeldung möglich.

Sparkasse Mittelthüringen (ASMTh), Apolda

Das historische Archiv der Sparkasse in Mittelthüringen (ASMTh) befindet sich in Apolda.⁷³² Die Bestände umfassen ca. 150 Regalmeter mit rund 2.500 Verzeichnungseinheiten zu den Sparkassen Apolda, Weimar, Sömmerda und Erfurt, die 2003 zur Sparkasse Mittelthüringen fusionierten. Für die 2021 erschienene

727 Kontakt: Mathias Gerdly (m.gerdly@sparkasse-magdeburg.de), Lübecker Straße 126, 39124 Magdeburg.

728 Auskunft von Kristin Köhne (kristin.koehne@spk-altmark-west.de), 30.3.2023

729 Nach Auskunft von Björn Kieselstein (bjoern.kieselstein@sparkasse-wittenberg.de) vom 30.3.2023 führt die Sparkasse Wittenberg kein Historisches Archiv.

730 Telefonische Auskunft am 25.4.2023.; Kontakt: e-mail@kreissparkasse-eichsfeld.de

731 Kontakt: Astrid Bartsch (astrid.bartsch@s-jena.de).

732 Kontakt: Hartmut Kruse (hartmut.kruse@sparkasse-mittelthueringen.de), Sparkassen-Regional Center, Am Brückenborn 5, 99510 Apolda.

Festschrift zum 200-jährigen Bestehen wurden die Bestände ebenso genutzt wie Quellen aus Kommunalarchiven.⁷³³

Der Bestand an Geschäfts- und Jahresberichten der ehemaligen Sparkassen des Geschäftsgebiets ist vergleichsweise vollständig. Personalakten sind insbesondere aus der NS-Zeit vorhanden, in geringerem Umfang auch für die SBZ/DDR (hier v.a. KSK Apolda und KSK Sömmerda). Hervorzuheben ist die Überlieferung der Sparkasse Weimar zur Entnazifizierung (ASMTh, Weimar, Nr. 483–494). Umfangreich sind auch die Bestände zu Ausbildungsplänen, innerbetrieblichen Weiterbildungen und staatspolitischen Schulungen sowie Unterrichtsbücher für Lehrlinge und Lehrpläne für den außerschulischen Fachunterricht. Hervorzuheben sind die Protokolle der Dienstbesprechungen des Direktors bei der Stadt- und Kreissparkasse Erfurt im Zeitraum von 1981 bis Juni 1990 (ASMTh, Erfurt Nr. 54).

Rhön-Rennsteig-Sparkasse

Die 1995 aus einer Fusion der Kreissparkassen Meiningen, Schmalkalden und Suhl hervorgegangene Rhön-Rennsteig-Sparkasse führt kein historisches Archiv. Ehemalige sowie langjährige Beschäftigte bewahren jedoch vereinzelt privat Unterlagen auf. Hierzu gehören etwa die Brigadetagebücher der Kreditabteilung der Kreissparkasse Schmalkalden aus den Jahren 1974 bis 1986.⁷³⁴

Wartburg-Sparkasse, Eisenach

Die 1995 aus einer Fusion der Kreissparkassen Eisenach und Bad Salzungen hervorgegangene Wartburg-Sparkasse unterhielt bis 2021 ein Sparkassenmuseum in Eisenach.⁷³⁵ Parallel dazu war ein historisches Archiv aufgebaut worden, das fortbesteht. Es enthält Objekte, Fotos und Kino-Dias sowie internen Schriftverkehr, Beschlussbücher und Protokolle des Verwaltungsrats, Rundschreiben, Verbesserungsvorschläge, Handakten zur Uraltguthaben-Umwertung und zu Westkonten/Ausländerkonten, Gesetzestexte und Verordnungen, Vordrucke, Lehr- und Handbücher, Brigadetagebücher, Sparbücher, Werbematerialien, einige Personalakten sowie Briefverkehr aus der „Wendezeit“, der auch die Fusion mit dem Hessischen Sparkassenverband betrifft.⁷³⁶

733 Hildebrand, Sparkasse in Mittelthüringen.

734 Auskunft von Nicole Mallon (nicole.mallon@rhoen-rennsteig-sparkasse.de), Abteilungsleiterin Vertriebsmanagement/Kommunikation, 13.7.2023.

735 Aufgrund einer Aufgabe des Standorts wurde das Sparkassenmuseum aufgelöst. Auskunft vom ehem. Kurator Volker Weber (volker.weber@wartburg-sparkasse.de), 30.3.2023.

736 Schriftverkehr mit dem Hessischer Sparkassen- und Giroverband sowie Gegendarstellungen zu Presseberichterstattungen, Archiv-Nr. V9/500-506 (1991).

Noch ungeklärt ist die Archivsituation bei folgenden Instituten: Kreissparkasse Nordhausen, Kyffhäuser Sparkasse Artern–Sondershausen, Sparkasse Unstrut–Hainich, Kreissparkasse Gotha, Sparkasse Arnstadt–Ilmenau, Kreissparkasse Hildburghausen, Sparkasse Sonneberg, Kreissparkasse Saalfeld–Rudolstadt, Sparkasse Gera–Greiz und Sparkasse Altenburger Land.

1.3 Bundesarchiv

1.3.1 Berlin–Lichterfelde

Für viele der in Kap. II vorgestellten Forschungsperspektiven ist eine Recherche im Bundesarchiv Berlin–Lichterfelde unerlässlich. Die dortigen Fußnoten verweisen bereits auf viele Signaturen. Deshalb werden im Folgenden vor allem die aus Sicht der Sparkassen–Geschichte wichtigsten Bestände des Ministeriums der Finanzen (DN 1) sowie der Zentralbank (zunächst Notenbank, DN 6, anschließend Staatsbank, DN 10) erläutert. Ferner für einzelne Fragen folgende Bestände besonders relevant: R 9361: Personenbezogene Unterlagen von NS–Institutionen, DC 20: Ministerrat, DE 1: Staatliche Plankommission, DE 2: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, DN 3: Deutsche Investitionsbank, DN 9: Industrie– und Handelsbank, DN 100: Finanzökonomisches Forschungsinstitut beim Ministerium der Finanzen; Nachlässe.

DN 1: Ministerium der Finanzen (1441 lfm, Laufzeit: 1945–1990)

Im Ministerium der Finanzen (MdF) sind insbesondere die Akten der 1952 gegründeten und 1972 in die Staatsbank überführten Abteilung Sparkassen (später: Sparwesen und Sparkassen) in der Hauptabteilung Kreditwesen (später HA Geldumlauf und Kredite) von Interesse. Diese beinhalten unter anderem Quellen zu:

- Stellenpolitik,
- Arbeitsanweisungen und Richtlinien, Planvorgaben,
- Handakten zu Sparformen und Kreditprogrammen,
- Bargeldplanungen und Demonetarisierungen (insb. Geldumtausch 1957),
- Sparwerbung und Durchführung der Sparwochen, Strategien der Mobilisierung der freien Geldmittel der Bevölkerung,
- Eingaben sowie Schriftwechsel mit Staatsbürger*innen sowie zentralen und örtlichen Staatsorganen (etwa den Bezirksstellen, den Abteilungen Finanzen in den Kreisen und in den Bezirken),
- Protokolle von Arbeitstagen (u.a. jeweils der Hauptreferenten Sparkassen und Banken der Bezirke, der Betriebswirtschaftler der Sparkassenverbände, der Kreditreferenten und der Sparkassendirektoren),

- statistische (aggregierte und Einzel-)Meldungen der Sparkassen betr. gewährte Kredite und Spareinlagen (insb. Übersichten zur sozial-ökonomischen Struktur),
- Finanzierung und Kontrolle des Wohnungsbaus,
- Führung von Staatshaushaltskonten in den Sparkassen,
- Wirtschaftspläne der Sparkassen.

DN 6: Deutsche Notenbank (162,5 lfm, Laufzeit: 1945-1967)

Aus der Notenbank sind vorrangig Akten der Abteilung Geldumlauf relevant, die z.B. den Zahlungsverkehr der Sparkassen, die Abwicklung des Geldumtauschs 1957, die Kontrolle der Kaufkraftentwicklung und des Geldumlaufs sowie Refinanzierungskredite an Banken und Sparkassen (z.B. BA, DN 6/1492, Laufzeit 1949-1953) betreffen. Handakten einzelner Direktoren, etwa von Charles Dewey mit Beschlussvorlagen und Protokollen von Direktoriumssitzungen, die teils Sparkassen betreffen, oder von Hermann Fürst zur Steigerung der Spareinlagen, ergänzen das Bild ebenso wie die Akten zur „Behandlung der Bankguthaben von illegal die DDR verlassenden Personen“ (BA, DN 6/3321, Laufzeit 1963-1966).

DN 10: Staatsbank der DDR (148 lfm, Laufzeit: 1968-1990)

Die Abteilung Sparkassen wurde 1972 vom MfD in die Staatsbank übertragen, dort 1974 dem Stellvertreterbereich „Grundsätze und Planung“ zugeordnet und 1983 in den Stellvertreterbereich Zahlungsverkehr eingegliedert.⁷³⁷ Deshalb ähnelt der Quellenbestand dem des MfD: Arbeitsrichtlinien, Stellenpläne, personalpolitische Maßnahmen (z.B. leistungsstimulierende Maßnahmen), von den Sparkassen erstattete statistische Übersichten über die Entwicklung des Geldumlaufes der Bevölkerung, Kreditbilanzen. Hervorzuheben sind Unterlagen zur Kooperation mit anderen Banken sozialistischer Länder und im Rahmen der RGW Arbeitsgruppe „Banken“⁷³⁸ sowie Studienreisen ins „Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“ und Teilnahmen an Konferenzen des Internationalen Instituts der Sparkassen in New York.⁷³⁹

R 9361: Personenbezogene Unterlagen von NS-Institutionen

Dieser Bestand (ehemals: Sammlung Berlin Document Center) enthält u.a. die NSDAP-Mitgliedergliederkartei. Er ist aus (personal-)politischer Sicht interessant, da sich mit ihm beispielsweise Falschangaben in

⁷³⁷ Vgl. Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 450–459.

⁷³⁸ Z.B. BA, DN 10/3199: Artikelsammlung der RGW Arbeitsgruppe "Banken" (1987), enthält: Automatisierung und Mechanisierung der Arbeit der Banken und Sparkassen; DN 10/2282: Zusammenarbeit mit Banken sozialistischer Länder (1986-1990), enthält u.a.: Unterlagen betreffend die Sparkassen, RGW-Unterlagen.

⁷³⁹ Z.B. BA, DN 10/3219: Studienreise zu EDV-Problemen in Banken und Sparkassen im NSW (1968-1974); DN 10/3173: Ergebnisse diverser Studienreisen (u.a. Notizen zur Konferenz des IIS in New York, 10.-14.9.1973)

Entnazifizierungsverfahren aufdecken und der Umgang mit erklärter oder aufgedeckter NS-Belastung in der DDR untersuchen lassen.

1.3.2 Stasi-Unterlagen-Archiv

Das ins Bundesarchiv überführte Stasi-Unterlagen-Archiv „sorgt für die sichere Aufbewahrung, Nutzbarmachung und Bereitstellung aller Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (1950-1989).“⁷⁴⁰ Eine Recherche in den Beständen ist teilweise über veröffentlichte Bestandsübersichten und Findbücher möglich, teilweise - aufgrund der Sensibilität vieler Daten - erfolgt sie auf Antrag durch Mitarbeiter*innen des Archivs, die auch über Freigaben und Akteneinsichten entscheiden. Hinsichtlich der Sparkassen der DDR sind die MfS-Bestände insbesondere für fünf Themenbereiche relevant:

1. Geldumtausch vom 13.10.1957 (siehe Kap. II.2.2)
2. Aktion „Licht“ 1962 (siehe Kap. II.2.3)
3. Stasi-„Betriebssparkasse“ (siehe Kap. II.2.4): Für die ab 1974 eingerichtete Stasi-„Betriebssparkasse“ waren die Abteilungen Finanzen in der Berliner Zentrale (insg. 1.092 lfm Akten, Erschließungszustand: 52%) und in den Bezirken (insgesamt 957 lfm, Erschließungszustand: 100%) zuständig.⁷⁴¹ Relevant sind hier u.a. Kreditvergaben⁷⁴² oder Prozesse rund um die Auflösung der Sparkassen seit 1989.⁷⁴³
4. Ausspionierung von Sparkassenkund*innen, Bruch des Bankgeheimnisses (siehe Kap. II.3.4)
5. IM-Tätigkeiten von Sparkassenmitarbeiter*innen: Bei insgesamt schätzungsweise über 600.000 inoffiziellen Mitarbeiter*innen (IM)⁷⁴⁴ ist es sehr wahrscheinlich, dass die Stasi an eine nennenswerte Zahl von Sparkassenmitarbeiter*innen herantrat und viele von ihnen als IM gewann.

740 <https://www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/aufgaben-und-struktur/> [31.3.2023].

741 Nach den einzelnen Angaben in: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/archiv/findmittel/> [27.2.2023]. Erhalten sind unter anderem Gehaltslisten von Mitarbeiter*innen und Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter*innen, Akten betreffend Kreditvergaben an Mitarbeiter*innen, Prämienunterlagen, Giro- und Zahlungsverkehr von Mitarbeiter*innen, Buchungsbelege und -journale der Sparkasse sowie Schriftverkehr mit der Staatsbank.

742 Z.B. BA, MfS BV Rst Abt Fin/404: Kreditverträge der Stadt- und Kreissparkasse Rostock (enthält: Kreditanträge der Mitarbeiter und IM des MfS) (1984-1990); Ebd./907: Bargeldkredite für IM von Konten der Sparkasse 134200-134216 (1983-1988).

743 Z.B. BA, MfS BV Rst Abt Fin/737: Buchungsjournale für Konten der Sparkasse (1990/91); Ebd./887, Schriftwechsel zwecks Kontoklä rung und Kontoauflösung bei der Sparkassenzweigstelle 1152 (1990/91).

744 Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Die inoffiziellen Mitarbeiter (MfS-Handbuch), Unterlagen, Berlin 2008, S. 37.

1.4 Landes- und Staatsarchive

Für die Zeit bis zur Verwaltungsreform 1952 enthalten die ostdeutschen Landes- und Staatsarchive die Bestände der Landesministerien. Davon sind die Ministerien für Finanzen (und Kredite) bzw. die bis 1990 bestehende Abteilung Finanzen des Ostberliner Magistrats themenrelevant. Teilweise in diese Bestände integriert, teilweise separat vorhanden, sind die Bestände der Sparkassenverbände der Länder (bis 1952) ebenfalls überliefert. Sie enthalten Geschäftsberichte von Sparkassen und Quellen zu Personalangelegenheiten - vor allem zur Entnazifizierung -, ferner zu Geschäftsorganisation, Sparverkehr, Kreditgeschäft⁷⁴⁵, politische Kredite (z.B. zinslose Darlehen an NS-Verfolgte), Eingaben von Bürger*innen und zur Zusammenarbeit mit Kommunalverwaltungen und Sparkassenaufsicht. Die Bestände der Innenministerien umfassen Schriftverkehr mit den Sparkassenverbänden zu Themen wie Personalpolitik, Verstaatlichungen von Sparkasseneigentum sowie zu Umsiedler- und weiteren Krediten.

Die Bestände der SED-Kreisleitungen enthalten Berichte zu Sparkassenthemen und dokumentieren z.T. auch Konflikte bei verweigerten Krediten.⁷⁴⁶ Die Akten der Justizorgane behandeln ebenfalls Streitigkeiten zwischen Sparkassenangestellten und Kommunalbehörden oder zwischen Staatsbürger*innen und Sparkassen. Zur Vertiefung im Einzelfall sind auch die Bestände der Bezirksdirektionen der Staatsbank einschlägig.⁷⁴⁷

Im Folgenden werden die wichtigsten sparkassenbezogenen Bestände der Landes- bzw. Staatsarchive gelistet sowie anhand exemplarischer Vertiefungen einzelner Signaturen weitergehende Einblicke vermittelt bzw. Besonderheiten aufgezeigt:

1.4.1 Berlin

Für die Sparkasse Berlin ist nicht ersichtlich, warum manche Akten im Landesarchiv (LAB) und manche im Historischen Archiv der Sparkasse archiviert sind. Im Archiv der Sparkasse befinden sich etliche Akten, die im

745 Der weit überwiegende Teil der DDR-Betriebsarchive wurde in den frühen 1990er Jahren von öffentlichen Archiven reklamiert, sodass er sich nun in Landes- bzw. Staatsarchiven sowie zu einem geringen Teil in Kommunalarchiven befindet. Die Kreditvergabe an private, genossenschaftliche oder volkseigene Betriebe in der SBZ/DDR betreffend, spielen die Landes- bzw. Staatsarchive eine viel größere Rolle als in Westdeutschland. Vgl. Ludwig, Jörg: Zur Geschichte und Struktur der Wirtschaftsüberlieferung in den sächsischen Staatsarchiven, in: Rudolf Boch (Hg.): Unternehmensgeschichte heute: Theorieangebote, Quellen, Forschungstrends; Beiträge des 4. unternehmensgeschichtlichen Kolloquiums, Leipzig 2005, S. 77f.

746 Sächsisches Staatsarchiv, StA Leipzig, 21124 SED-Kreisleitung Altenburg, Nr. 1124: Nichtgewährung eines Sparkassenkredits (Eingabe an SED 1987).

747 Z.B. BLHA, Rep. 688 Staatsbank der DDR, Bezirksdirektion Frankfurt/Oder, Nr. 206: Unterstützung der privaten Handwerks- und Gewerbebetriebe durch die Gewährung der Grundmittel- und Umlaufmittelkredite durch die Sparkassen (1985-1989).

LAB-Findbuch zum Bestand „Sparkasse der Stadt Berlin“ (C Rep. 748) aufgeführt sind (siehe Kap. III.1.2.1).
Folgende Bestände sind hervorzuheben:⁷⁴⁸

A Rep. 219: Sparkasse der Stadt Berlin (Laufzeit: 1876-1948)

Unterlagen zu den Währungsreformen 1948 und Krediten in der Nachkriegszeit⁷⁴⁹

C Rep. 105: Magistrat von Berlin, Abteilung Finanzen (34.000 AE, 671 lfm, Laufzeit: 1945-1990)⁷⁵⁰

Relevant sind vor allem die Akten des Hauptamts für Allgemeine Finanzfragen bzw. des Hauptamts für Finanzaufsicht. Hier sind beispielsweise Übersichten, Berichte sowie Schriftverkehr überliefert, der Darlehensbedingungen und Kreditfälle betrifft, etwa „Rückkehrer-Kredite“, solche an anerkannte Verfolgte des NS-Regimes oder an kinderreiche Familien.⁷⁵¹ Ferner gibt es einige Akten zu „Westsektoren-Sparkonten“ bei der Sparkasse.⁷⁵² Die Überlieferung der Verwaltungsstelle für Sondervermögen und die Kriegsschäden und Besatzungskosten (1949-1955) umfasst u. a. Listen zu „Zahlung von Hypothekenzinsen von Treuhändern der Nazivermögen“ (1944-48), Guthaben von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“ bei Banken und Sparkassen 1949 und „Erfassung von Reichs-, Nazi- und Gewerkschaftsvermögen“.⁷⁵³

C Rep. 106-02.02: Pfandleihanstalt Berlin (10 AE, Laufzeit 1945-1981)

Die Pfandleihanstalt war von 1952 bis 1956 der Sparkasse Berlin als selbständige Abteilung angegliedert. Davor und danach unterstand sie der Abteilung Finanzen des Magistrats.

748 Die Findbücher sind online einsehbar: <http://www.content.landesarchiv-berlin.de/php-bestand/> [3.4.2023]

749 Z.B. LAB, A Rep. 219 Nr. 205: Winterfestmachung von Wohnungen mit Mitteln aus dem Gebäudeinstandsetzungsfonds (1945-1949).

750 Vereinzelt sind auch Akten aus dem 19. Jhd. sowie frühen 20. Jhd. überliefert. Die beträchtliche Größe des Bestands schlägt sich in einem 2.600 S. umfassenden Findbuch nieder.

751 Einlagenbewegung bei der Sparkasse Berlin seit Beginn des Geschäftsverkehrs am 15. Mai 1945 – Zwischenausweis per 31.5.1946 und Übersicht über die Entwicklung der Spar- und Spargiroeinlagen in der Zeit nach der Währungsreform bis zum 31.12.1948, in: LAB, C Rep. 105 Nr. 3687. Ebd. Nr. 3406, 3356, 4122, 6312 (hier betr. eine neunköpfige Familie, die 40 Monatsmieten im Rückstand war und gleichwohl einen Kredit erhielt).

752 Überprüfung und Führung der Westsektoren-Sparkonten bei der Sparkasse der Stadt Berlin, in: LAB, C Rep. 105 Nr. 4122 (1950); Meldungen des Berliner Stadtkontors zu Verfügungen über Westzonen-/Westsektoren-Konten (1959-1973), in: Ebd. Nr. 43444; Blockierte Konten der Westsektoren- und Westzoneneinwohner aufgrund der Währungsreform (1950-1952), in: Ebd. Nr. 4162.

753 Ebd. Nr. 3687, Nr. 6959, Nr. 43130.

C Rep. 748: Sparkasse der Stadt Berlin (Bezirksstelle Berlin der Sparkasse der DDR) (233 AE, 6,75 lfm, Laufzeit: 1945-1987)

In diesem Bestand sind Akten der Direktion, der Abt. Sparwesen und Zweigstellen, der Abt. Zahlungsverkehr und Rechnungswesen, der Abt. Kredite und Wohnungsbaufinanzierung, der „Kaderabteilung“⁷⁵⁴ sowie der Hauptbuchhaltung und der Innenrevision enthalten. Hervorzuheben sind u.a.: Arbeitspläne, Handakten sowie Einzelfallregelungen betr. Kreditvergaben,⁷⁵⁵ Analysen und Berichte zum privaten, genossenschaftlichen und volkseigenen Wohnungsbau, interne Rundschreiben, Vorlagen und Protokolle von Leitungs- und Abteilungssitzungen, Leistungsvergleiche der Großstadt-Sparkassen,⁷⁵⁶ Bildung der Treuhandabteilung der Sparkasse der Stadt Berlin (1950-1954)⁷⁵⁷ sowie Patenschaften mit LPGs.

C Rep. 903-01-17: Kreisleitung der SED – Zentrale Finanz- und Bankorgane (402 AE, 10,2 lfm, Laufzeit: 1968-1989)

Der Bestand ist per Kartei erschlossen und benutzungsbeschränkt. Innerhalb der Bezirksleitung Berlin der SED wurde im Mai 1968 die Kreisleitung der SED – Zentrale Finanz- und Bankorgane gebildet, die sich auch mit den Sparkassen befasste. Forschungsrelevante Bestände könnten etwa die Leitung und Abteilungen Agitation und Propaganda sowie Wirtschaft gebildet haben, ferner die Abteilung Sicherheit, da auch die Sparkasse Berlin eine Kampfgruppe unterhielt.

1.4.2 Brandenburg

Die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (BLHA) sind online recherchierbar.⁷⁵⁸ Für die Nachkriegszeit sind Unterlagen zum Dienst- und Geschäftsbetrieb der Sparkassen in den Beständen der Landratsämter überliefert.⁷⁵⁹

754 Z.B. LAB, C Rep. 748 Nr. 231: Stellenpläne (1949-1966), C Rep. 748 Nr. 48: Stellenplanunterlagen (1966-1975)

755 Z.B. Ebd. Nr. 62: Arbeitspläne des Sektors Konsumtionskredite (1972-1975); Ebd. Nr. 124-126 Entwicklung des kurzfristigen Kreditgeschäftes in Ost-Berlin sowie Kredite für Bürger der BRD und Berlin (West), die ihren Wohnsitz in den demokratischen Sektor verlegen (1946-1954).

756 Ebd. Nr. 110-114 (1959-1973, betr. Berlin-Dresden-Leipzig), enthält auch Leistungsvergleiche weiterer Sparkassen.

757 LAB, C Rep. 748 Nr. 131.

758 <http://blha-recherche.brandenburg.de/suchinfo.aspx> [16.12.2024]

759 Z.B. Dienst- und Geschäftsbetrieb der Sparkasse des Kreises (Laufzeit 1945-1947), in: BLHA, Rep. 250 Landratsämter, 250 Westhavelland 157.

Rep. 55G: Brandenburgischer Sparkassen- und Giroverband Personalia (193 AE, 2,86 lfm, Laufzeit: 1914-1950)

Enthält Personalakten.

Rep. 204A: Mf Brandenburg (3834 AE, 52,8 lfm, Laufzeit: 1927-1961)

Enthält u .a. Berichte über unvermutete Prüfungen der Sparkassen durch den Brandenburgischen Sparkassenverband (1946-52).⁷⁶⁰

Rep. 287: Brandenburgischer Sparkassenverband (8 lfm, Laufzeit: 1936-1953)

Ähnlich wie der Bestand der Sparkassenverbände anderer Länder sind u. a. Unterlagen enthalten zu: Personalpolitik,⁷⁶¹ Westzonen-, Westsektoren- und Ausländerkonten,⁷⁶² Kreditgewährung,⁷⁶³ Beteiligung an Propagandaaktionen,⁷⁶⁴ Wettbewerb der Sparkassen (1949/50),⁷⁶⁵ Liquidation geschlossener Sparkassen,⁷⁶⁶ Übersichten über Ausweichstellen,⁷⁶⁷ Unterschlagungen⁷⁶⁸ sowie Verbesserungsvorschläge von Mitarbeiter*innen.⁷⁶⁹

760 BLHA, 204A Mf 3222–3229.

761 Z.B. BLHA, 287 Sparkasse 397: Kündigung aller in den Westsektoren Berlins wohnenden Angestellten des Sparkassenverbandes (1949/50); 287 Sparkasse 386: Arbeit der Betriebsfriedenskomitees der Sparkassen (1950-1952); 287 Sparkasse 396: Bestätigungen des Ministeriums des Innern für Neueinstellungen von Mitarbeitern in den Sparkassen sowie einzelne Personalunterlagen (1949/50); 287 Sparkasse 156: Zusammenstellung und Meldungen der Sparkassen über gezahlte Gehälter (1952); 287 Sparkasse 393: Stellenplan, Einstellungen und Personalunterlagen von Mitarbeitern der Stadt- bzw. Kreissparkasse Fürstenwalde/Spree (1945-1952).

762 BLHA, 287 Sparkasse 143: Anordnungen und Meldungen der Sparkassen zum Umgang mit West- und Westsektorenkonten (1945-1952); 287 Sparkasse 191: Meldungen der Sparkassen über Westzonen-, Westsektoren- und Ausländerkonten (1948-1950).

763 BLHA, 287 Sparkasse 148: Anträge der Sparkassen auf Kreditgewährungen über 10.000 RM (1946/47); 287 Sparkasse 311: Zulassung von Kreditausschüssen bei den Sparkassenverwaltungen der Sparkassen auf Anordnung der SMAD (1946/47); 287 Sparkasse 219: Anträge von Sparkassen auf Bewilligung von Krediten (1947); 287 Sparkasse 120: Zusammenstellungen und Meldungen der Sparkassen über Spareinlagen und Kredite (1947/48).

764 BLHA, 287 Sparkasse 124: Unterstützung der 3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten durch den Sparkassenverband und die Sparkassen (1951); 287 Sparkasse 125: Mitarbeit der Sparkassen bei der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung vom 3.-5.6.1951.

765 BLHA, 287 Sparkasse 121: Wettbewerbsstand der Sparkassen (auch: Jahresabschluss 1948 der Sparkassen) (1949/50); 287 Sparkasse 140: Wettbewerb der Sparkassen im Rahmen des 2-Jahr-Planes (1949/50).

766 BLHA, 287 Sparkasse 300: Liquidation der geschlossenen Sparkassen (1945-1947).

767 BLHA, 287 Sparkasse 9: Übersichten über Ausweichstellen von Sparkassen aus ehemaligem deutschen Gebiet östlich von Oder und Neiße (1945/46).

768 BLHA, 287 Sparkasse 28: Feststellung von Unregelmäßigkeiten und Unterschlagungen in verschiedenen Sparkassen und beim Umgang mit Kundenkonten (1947-1952).

769 BLHA, 287 Sparkasse 265: Verbesserungsvorschläge von Mitarbeitern der Sparkassen (1949-1952).

Rep. 601: Bezirkstag und Rat des Bezirkes Frankfurt/O. (893 lfm, Laufzeit: 1861-1995)

Dieser Bestand enthält u.a. Abschlussarbeiten von Absolventen der Fachschule für Finanzwirtschaft,⁷⁷⁰ Unterlagen zur Zusammenarbeit mit der Bezirksstelle⁷⁷¹ sowie Quellen zu Personalangelegenheiten der Sparkassen und der Abteilung Finanzen.⁷⁷²

1.4.3 Mecklenburg-Vorpommern

Zusätzlich zur Recherchedatenbank des Landeshauptarchivs Schwerin (LHAS)⁷⁷³ existiert der Online-Service der Archive in Mecklenburg-Vorpommern ARIADNE,⁷⁷⁴ mit dem eine Suche im Landesarchiv Greifswald sowie in Stadt-, Kreis-, Landes-, Universitäts- und Kirchenarchiven möglich ist.

6.23-1: Sparkassenverband Mecklenburg (110 AE, Laufzeit: 1945-1952)

Der Bestand enthält u.a. Rundschreiben des Verbands (A-, W- und K-Rundschreiben), der Notenbank und des MdF, Protokolle von Verbandsversammlungen, Berichte über unvermutete Prüfungen der Sparkassen, Jahresabschlüsse einzelner Sparkassen, Geschäftsverteilungs- und Stellenpläne der Sparkassen und des Verbands, Richtlinien zur Kreditgewährung sowie zum (Klein-)Spargeschäft, Auslands- bzw. Westzonenkorrespondenz u.v.m.⁷⁷⁵

770 BLHA, 601 RdB Ff0 7512: Abschlussarbeiten von Absolventen der Fachschule für Finanzwirtschaft, Themen u.a.: Die Finanzierung und Kontrolle des volkseigenen Wohnungsbaues im Bezirk Frankfurt (O).– Kampf um die Erfüllung des Planes der Sammlung von Spareinlagen in der Kreissparkasse Seelow.– Volkswirtschaftliche Bedeutung der Spareinlagen und die Möglichkeiten zur Einlagensteigerung im Stadtkreis StalinStadt (1955/56, 1962).

771 BLHA, 601 RdB Ff0 20105: Zusammenarbeit mit der Bezirksstelle der Sparkassen des Bezirkes Frankfurt/O (insb. Personal- und Kreditangelegenheiten 1972/73). Rep. 601 RdB Ff0 22332: Bericht der Bezirksstelle über die Ausreichung von Krediten an junge Eheleute (1979).

772 BLHA, 601 RdB Ff0 36149, enthält u.a.: Beschwerde über die Leitung der Stadtparkasse Frankfurt(O., Bewerbungen, Republikflucht, Verunzierung eines Stalin-Bildnisses durch eine Kollegin der KSK Fürstenberg (1953-1962); 601 RdB Ff0 36180, enthält u.a.: Beurteilungen, Einschätzungen des Verhaltens von Kollegen am 13.8.1961, Charakteristiken der Mitarbeiter des Hauptreferates Sparkassen und Banken, Untersuchungsergebnisse zur Kaderqualifizierung (1950-1963).

773 <https://archivdatenbank.landeshauptarchiv-schwerin.de/> [18.9.2024].

774 <https://ariadne-portal.uni-greifswald.de/> [22.3.2023].

775 Interessant erscheinen u.a.: LHAS, 6.23-1, 3: Nichtgenehmigte Konten von Gebietskörperschaften und sonstige Haushaltsorganisationen (1952), 6.23-1, 20: Die Konten der Westzonenbewohner und Konten der im Ausland ansässigen Personen und Organisationen bei den mecklenburgischen Sparkassen (Stand 31.12.1949), 6.23-1, 38: Sparkassenweise Zusammenstellung der Bank- und Sparguthaben aufgelöster Vereine (1949), 6.23-1, 39: Nach dem 8.5.1945 aufgenommene Bankschulden enteigneter Betriebe (1948), 6.23-1, 74: Lehrplanvorschläge für die Fachklasse der Banklehrlinge (1951/52).

Justizangelegenheiten

Einzelne Gerichtsakten können von Interesse sein.⁷⁷⁶

6.11-2: Ministerpräsident

Der Ministerpräsident interagierte mit dem Landessparkassenverband.⁷⁷⁷

6.11-11: Ministerium des Innern

Das Ministerium des Innern war unter anderem mit Enteignungen und Kreditvergaben befasst.⁷⁷⁸

6.11-18: Ministerium der Finanzen

Beim Landesfinanzministerium kommen eine große Zahl an Signaturen infrage:

- (6.11-18) 40: Verzeichnis der in den Städten und Landkreisen neu errichteten Stadt- und Kreisbanken, Steuerkassen und Sparkassen II (1945)
- (6.11-18) 1225: Kreisweise Aufstellung über die Uraltguthaben enteigneter Großgrundbesitzer u.a. Landwirtschaftsbetriebe, die unter die Bodenreform fielen, bei Kreditinstituten, Banken und Sparkassen (1950)
- (6.11-18) 1153: Vermögen der geschlossenen Banken und Sparkassen (1946-1951)
- (6.11-18) 1463-1469: Grundstücke der Sparkassen Anklam, Greifswald, Parchim, Pasewalk, Rügen, Usedom, Waren-Müritz (meist 1947-1951)
- (6.11-18) 1657: Besprechungen mit Sparkassenleitern (1952)
- (6.11-18) 1658: Arbeitstagungen der Kreditsachbearbeiter der Sparkassen Mecklenburgs (1952)
- (6.11-18) 1676-1678, 4108-4111: Rundschreiben des Sparkassenverbandes Mecklenburg bzw. der Zentralstelle der Sparkassenverbände (1952 bzw. 1947-1951)
- (6.11-18) 1686: Prüfungen bei Sparkassen- und Genossenschaftsverbänden durch Revisoren der Deutschen Notenbank (1951-1952)

⁷⁷⁶ Z.B. 5.12-6/6, 509 (Bestand: Landgericht Rostock und Staatsanwaltschaft): Witwe Ella Guth gegen Sparkasse der Stadt Rostock wegen Herausgabe eines Hypothekenbriefs (1946), 6.11-12, 85 (Bestand: Verwaltungsgerichtshof Mecklenburg): Klage des Sparkassenangestellten Erich Brückmann gegen Rat der Stadt Rostock (1950/51).

⁷⁷⁷ Siehe u.a. 6.11-2, 343: Sparkassenverband Mecklenburg (1947-1950), 6.11-2, 1042: Berichte, Statistiken und Aufstellungen über das mecklenburgische Bank- und Sparkassenwesen und die Landesbank (1946)

⁷⁷⁸ Siehe u.a. 6.11-11, 3704 Überführung des Sachvermögens der Sparkassen in Volkseigentum (1951), 6.11-11, 2707: Aufteilung der Umsiedlerhandwerkerkredite auf die Kreise in Zusammenarbeit mit der Landeshandwerkskammer und dem Sparkassenverband (1950/51).

- (6.11-18) 1695-1708: Allgemeines zu Sparkassen (Entwicklung, Aufsicht, Wirtschaftspläne, Statistische Meldungen, Satzungen, Sparkassenverband Mecklenburg) (1947-1952)
- (6.11-18) 1709-1800: allgemeine Akten zu einzelnen Sparkassen (alphabetisch) von Altentreptow bis Wolgast (meist 1945-50)

Ferner befinden sich im Bestand Dutzende verstreute Aktenbestände betr. Einziehung alter Forderungen und Beitreibung von Darlehens- und Hypothekenforderungen geschlossener Banken und Sparkassen gemäß SMAD-Befehl 66/1946 (meist 1946-1950).

1.4.4 Sachsen

Im Sächsischen Staatsarchiv ist das Hauptstaatsarchiv Dresden für die Überlieferung der Ministerien sowie der öffentlichen Stellen im ehemaligen Direktionsbezirk Dresden bzw. den Vorgängern zuständig.⁷⁷⁹ Die Bestände der Finanzabteilungen der Räte der Bezirke enthalten diverse sparkassenbezogene Unterlagen, etwa zu Enteignungen oder zu Konferenzen,⁷⁸⁰ jene der Kreisräte teils auch zur Personalpolitik.⁷⁸¹

11381: Landesregierung Sachsen, Ministerium der Finanzen (94 lfm, Laufzeit: 1945-52)

Der Bestand ist nicht online recherchierbar.⁷⁸²

11816: Sächsischer Sparkassen- und Giroverband (69 lfm, Laufzeit: 1917-47)

Die als Zentralbank der sächsischen Spar- und Girokassen fungierende Girozentrale Sachsen wurde per Verordnung vom 14.8.1945 aufgelöst.

11817: Sächsischer Sparkassenverband (0,5 lfm, Laufzeit: 1945-1952)

Der Bestand enthält nur: Rundschreiben des SSV, Jahresabschlüsse, Niederschriften über Verbandsversammlungen (1946-1950), Jahresberichte der Sparkassenverbände in Berlin, Brandenburg,

779 Eine Recherche ist möglich unter: <https://www.archiv.sachsen.de/unsere-bestande-4000.html>. Die Staatsarchiv Leipzig und Chemnitz sind für die Überlieferungen in den jeweiligen Direktionsbezirken bzw. deren Vorgängern zuständig. <https://www.archiv.sachsen.de/unsere-standorte-4013.html> [3.4.2023].

780 Z.B. StA Leipzig, 20237 Bezirkstag / Rat des Bezirkes Leipzig, Nr. 21479: Abschlussprotokolle aus den Kreisen zur Erfassung privater Vermögenswerte (Grund und Boden) und zur Überprüfung von Sparkassenkonten (1971-1973); 20237 Bezirkstag / Rat des Bezirkes Leipzig, Nr. 21889: Sicherheitskonferenz der Sparkassen (1974-1977).

781 Z.B. StA Leipzig, 20232 Kreistag / Kreisrat Döbeln, Nr. 1513: Personalangelegenheiten der Kreissparkasse Döbeln und ihrer Zweigstellen (1945-1951); StA Leipzig, 20234 Kreistag/Kreisrat Leipzig, Nr. 0121: Personeller Neuaufbau der Sparkassen, 1946-1952.

782 https://www.archiv.sachsen.de/archiv/bestand.jsp?oid=03.03.03&bestandid=11381&syg_id= [3.4.2023]

Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen (1949), Revisionsunterlagen der Sparkasse Hoyerswerda (1946-1952). Die Hauptüberlieferung des SSV befindet sich im HA OSV.

1.4.5 Sachsen-Anhalt

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt (LASA) besteht aus den Abteilungen Magdeburg, Merseburg und Dessau.⁷⁸³ Über das Online-Findbuch sind zahlreiche Akten der Bezirksverwaltungen zu einzelnen Sparkassen (um 1944-1947) auffindbar.⁷⁸⁴

K 28: Sparkassenverband Sachsen-Anhalt, Halle/Saale (10,35 lfm, Laufzeit v.a.: 1945-52)

Der Verband ging am 1.5.1946 aus dem Mitteldeutschen Sparkassen- und Giroverband hervor.⁷⁸⁵ „Der Bestand enthält u.a. die Rundschreiben und Jahresabschlüsse des Verbandes sowie die Niederschriften der Vorstandssitzungen und Verbandsversammlungen. Über die Organisation und Rechtsstellung des Sparkassenwesens und die Zusammenarbeit mit den Mitgliedssparkassen liegen zahlreiche Akten vor.“⁷⁸⁶

1.4.6 Thüringen

Von den sechs Standorten des Landesarchivs Thüringen (LATH) sind insbesondere das Hauptstaatsarchiv Weimar⁷⁸⁷ sowie die Staatsarchive Rudolstadt (ehem. Bezirk Gera) und Meiningen (Suhl) von Interesse.⁷⁸⁸ Per Onlinesuche sind u. a. Akten zu Kreditvergabe und Darlehensrückzahlung, etwa von VEBs oder im Rahmen der Bodenreform zu finden.⁷⁸⁹

783 <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/kontakt/kontakte/> [3.4.2023].

784 Eine Online-Recherche ist möglich: <http://recherche.landesarchiv.sachsen-anhalt.de/Query/suchinfo.aspx> [3.4.2023]. Z.B. Landesarchiv Sachsen-Anhalt, K 12 Dessau, Nr. 348 Städtische Sparkasse in Gernrode (1945-47); K 12 Dessau, Nr. 349 Städtische Sparkasse zu Leopoldshall (1945-46); K 12 Dessau, Nr. 1131 Sparkassen der Stadt Raguhn und Roßlau (1944-1947); K 13 Salzwedel, Nr. 61, Kreisverwaltung Salzwedel-Kreissparkasse: enthält u.a. Neubesetzung der Stelle des Innenleiters bei der Kreissparkasse, Stellungnahme der Betriebsgruppe der SED zur Neubesetzung der Stelle des Innenleiters (1952); K 13 Bitterfeld, Nr. 94 Einheitliche Neuregelung des Sparkassenwesens (1945-1951); K 13 Salzwedel, Nr. 173 Neuwahl der Sparkassenverwaltung (1951); K 13 Salzwedel, Nr. 447, Kreissitzung (Salzwedel) über die Stadt- und Kreissparkasse (1951).

785 LASA, C 95 II: Mitteldeutscher Sparkassen- und Giroverband, Magdeburg (5,3 lfm, 1915-1946).

786 <http://recherche.landesarchiv.sachsen-anhalt.de/Query/detail.aspx?ID=6605> [18.9.2024].

787 Kontakt: Katrin Weiß, Katrin.Weiss@staatsarchive.thueringen.de.

788 <https://www.archive-in-thueringen.de/de/archivartgruppe/view/id/1> [3.4.2023].

789 LATH, StA Rudolstadt, 5-94-2580 (VEB Chemiefaserkombinat Schwarza), 5981: Aufgliederung der Darlehensrückzahlungen an die Sparkasse Rudolstadt (1953-61). LATH, 6-32-0170 (Ministerium für Land- und Forstwirtschaft), 1441: Gewährung von Neubauernkrediten im Zug der Bodenreform durch die Sparkassen (1947-1951) .

6-32-0110: Ministerium der Finanzen (79 lfm, Laufzeit: 1875-1965)

Im Findbuch des Bestands des von 1946-1952 bestehenden Landesministeriums für Finanzen sind Akten zur Aufsicht über Sparkassen ausgewiesen.

Thüringer Sparkassenverband (ohne Signatur) (12 lfm, Laufzeit: 1946-52)

Im Hauptstaatsarchiv Weimar befindet sich ein Findbuch.

1.5 Kommunalarchive

Die Überlieferungen der Landkreise aus der Zeit vor 1952 werden in den Landes- bzw. Staatsarchiven aufbewahrt, die Überlieferungen der Räte der Kreise und der ihnen unterstellten Betriebe und Einrichtungen nach 1952 in den Kreisarchiven.⁷⁹⁰ Die Stadt- und Kreisarchive in Mecklenburg-Vorpommern sind zentral über den Service ARIADNE recherchierbar.⁷⁹¹ Für die Recherche in Thüringer Archiven steht ebenfalls ein Archivportal zur Verfügung.⁷⁹² Die Recherche in den Kommunalarchiven der anderen Bundesländer ist mühselig, da eine zentrale Anlaufstelle für eine online Recherche fehlt und auch auf den Internetpräsenzen der einzelnen Archive i.d.R. höchstens Bestandsübersichten vorhanden sind.⁷⁹³

In den Kreis- und Stadtarchiven auf dem Gebiet der früheren DDR sind die Bestände der Abteilungen Finanzen der Rate der Städte bzw. der Kreise vorrangig von Interesse. Diese beinhalten zumeist Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte der jeweiligen Sparkassen, statistische Spareinlagen- und Kreditübersichten, etwa Jahresabrechnungen oder themenbezogene Einzelmeldungen (z.B. Ehekredite), Organisationsangelegenheiten (z.B. Fusionen von Stadt- und Kreissparkassen), Protokolle über Dienstberatungen der Sparkassen, Unterlagen zur berufspraktischen Ausbildungen und Protokolle von Ratssitzungen, der Sitzungen der Stadtvertretungen und der Räte der Kreise, die sich mit Sparkassen beschäftigen. Vertiefte Recherchen in Kommunalarchiven dürften arbeitsaufwendig sein und sollten daher zweckmäßigerweise nur zielgerichtet erfolgen.

790 Vgl. <https://www.archive-in-thueringen.de/de/archivartgruppe/view/id/2> [22.3.2023].

791 <https://ariadne-portal.uni-greifswald.de/> [22.3.2023].

792 <https://www.archive-in-thueringen.de/de/> [22.3.2023].

793 Die kommunalen Archive Brandenburgs und Sachsens sind gelistet in:

<https://blha.brandenburg.de/index.php/service/brandenburgisches-archivportal/>. https://www.archivportal-d.de/struktur?offset=0&%3BfilterValues=sector_sec_10&%3BfilterValues=state_Sachsen&filterValues=sector_sec_10&filterValues=state_Sachsen&lang=de [19.12.2024].

1.5.1 Stadtarchiv Rostock, Mecklenburg–Vorpommern

Der Bestand zur Stadt- und Kreissparkasse Rostock (82 AE, Laufzeit: 1947-1983) enthält u.a.: Arbeitspläne (1954-1980, 12 VE), Sitzungsprotokolle, Kollektivverträge und Arbeitsordnungen (1965-1983, 3 VE), Neuererbewegung, Wettbewerbe (1964-1980, 11 VE), Arbeitsberatungen (1947-1980, 12 VE), Finanzplanung (1955-1980, 20 VE), Bilanzen und Analysen (1954-1980, 7 VE), Eingaben und Innenrevision (1954-1980, 7 VE), Werbung, Öffentlichkeitsarbeit (1966-1978, 8 VE), Währungsreform und Geldumtausch (1948-1957, 2 VE).

1.5.2 Stadtarchiv Stralsund, Mecklenburg–Vorpommern

Der Bestand Rep. 62: Rat der Stadt Stralsund, Finanzen, enthält u.a.: Nr. 1172: Verschiedene Finanzangelegenheiten der Stadt- und Kreissparkasse (1970-1974), u.a. Plan zur Förderung der Initiative der Jugend der Stadt- und Kreissparkasse für das Jahr 1972; Nr. 1174: Verschiedene Angelegenheiten der Sparkasse (1975-76), u.a. Stellenplan, Berichte der Sparkasse über die Initiativbewegung zum 30. Jahrestag der Befreiung, die Auswirkungen der lohnpolitischen Maßnahmen und die Kreditgewährung für den privaten Wohnungsbau, Strukturplan der Sparkasse, Bericht der Bezirksstelle der Sparkassen des Bezirkes Rostock über die Spartätigkeit der Bevölkerung.

1.5.3 Kreisarchiv Mittelsachsen in Freiberg, Sachsen⁷⁹⁴

Das Kreisarchiv hat die Finanzamtsunterlagen aus dem Zeitraum 1952-1990 noch nicht erschlossen. Auf Anfrage teilt das Kreisarchiv mit, es seien „keine Sparkassen-bezogenen Akten vorhanden.“⁷⁹⁵

1.5.4 Kreisarchiv Sömmerda, Thüringen

Bestand Kindelbrück, Signatur 3803: Sparkasse (1947-1966).

1.6 Regionale Wirtschaftsarchive

Sparkassen haben in Ostdeutschland kaum Bestände an regionale Wirtschaftsarchive abgegeben. Von Interesse können deren Sammlungen aber hinsichtlich der Kreditvergabe an private, volkseigene und genossenschaftliche Betriebe sein. Die Aufbewahrung von Wirtschaftsunterlagen war in der DDR einerseits

794 Kontakt: Frauensteiner Straße 43, 09599 Freiberg; kreisarchiv@landkreis-mittelsachsen.de;
<https://www.landkreis-mittelsachsen.de/das-amt/behoerdenaufbau/kreisarchiv-mittelsachsen.html> [22.03.2022].

795 Auskunft des Kreisarchivs Mittelsachsen, 28.3.2023.

geprägt von intensiven Archivierungsbemühungen (um 1952 bestanden offenbar rund 5.000 Betriebsarchive), andererseits von vielfach willkürlichen Kassationen in den frühen 1990er Jahren. Im Ergebnis sind aus der Zeit 1945-1990 im Vergleich zu Westdeutschland zwar viele Bestände überliefert, diese jedoch vorwiegend in Staatsarchiven sowie Kommunalarchiven endarchiviert worden.⁷⁹⁶ Dementsprechend gering ist die Bedeutung der regionalen Wirtschaftsarchive.

1.6.1 Berlin-Brandenburgisches Wirtschaftsarchiv e. V.

Das Berlin-Brandenburgische Wirtschaftsarchiv e.V. wurde 2005 mit dem Ziel der Archivierung von Beständen und Sammlungen privatwirtschaftlicher Provenienz gegründet.⁷⁹⁷ Auf Anfrage nach Beständen zu DDR-Sparkassen wurde nur die Zeitungsausschnittsammlung des Deutschen Wirtschaftsinstituts (DWI) in Ost-Berlin genannt (S6/07/18 und 141).⁷⁹⁸ Ferner wurde auf den Bestand der Berliner Börse verwiesen, der sich allerdings ganz überwiegend auf die Zeit ab 1990 bezieht.

1.6.2 Mecklenburgisch-Vorpommersches Gewerbe- und Wirtschaftsarchiv

Das Mecklenburgisch-Vorpommersche Gewerbe- und Wirtschaftsarchiv wurde 2000 gegründet, „um wertvolles Archiv- und Schriftgut aus der Wirtschaft vor der Vernichtung zu bewahren“.⁷⁹⁹ Ein Bestandsverzeichnis war nicht zu finden.

1.6.3 Sächsisches Wirtschaftsarchiv e. V.

Die Bestände des 1993 gegründeten Sächsischen Wirtschaftsarchiv e.V. umfassen vorwiegend Unterlagen insolventer oder aufgegebener Firmen sowie ferner Unterlagen von Verbänden und Vereinen sowie Nachlässen usw. mit rund 3.500 lfm.⁸⁰⁰ Für die Zeit der SBZ/DDR sind Bestände privater und genossenschaftlicher Betriebe vorhanden. Nur geringfügig ist der Bestand S16: Sammlung sächsische Sparkassen, Geld- und Kreditinstitute, Umfang: 0,2 lfm, Laufzeit: 1920-1990.

796 In Sachsen wurde beispielsweise das gesamte archiwürdige Schriftgut der Betriebe aus der Zeit der SBZ und DDR für staatliche Betriebe reklamiert und es wurden vielfach auch entsprechende Vereinbarungen mit privatisierten Treuhand-Unternehmen getroffen. Vgl. Ludwig, Zur Geschichte, S. 77f.

797 <https://bb-wa.de> [23.3.2023].

798 Ich danke Herrn Björn Berghausen für die Auskunft, 22.3.2023.

799 <https://www.augias.net/2006/03/06/onet4957/> [22.3.2023].

800 Ludwig, Quellen und Methoden der Unternehmenshistoriographie, S. 77. <https://www.swa-leipzig.de/best%C3%A4nde.html> [22.3.2023].

1.6.4 Sachsen-Anhalt

Im Land Sachsen-Anhalt existiert kein regionales Wirtschaftsarchiv.

1.6.5 Thüringer Wirtschaftsarchiv für Nord- und Mittelthüringen e. V.

Das 2010 gegründete Thüringer Wirtschaftsarchiv für Nord- und Mittelthüringen e. V. in Erfurt sammelt „Bestände von Thüringer Unternehmen und Verbänden [;] außerdem Nachlässe sowie Dokumentationen.“⁸⁰¹ Dazu zählen folgende Bestände: U 009: Sparkasse Weimar, 36 Akteneinheiten (insb. Geschäftsberichte), per Findbuch erschlossen, Umfang: 0,25 lfm, Laufzeit: 1924-2008;⁸⁰² S 10: Sparbücher (4 AE).

1.7 Sonstige Archive

Im Rahmen der jeweiligen Forschungsperspektiven könnten noch folgende Archive relevant sein:

1.7.1 Medienarchive

Im Deutsches Rundfunkarchiv (DRA), Babelsberg, sind knapp drei Stunden Sendematerial (insb. Radio) zum Geldumtausch vom 13. Oktober 1957 archiviert.⁸⁰³ Weiterhin existiert Radio- und Fernsehberichterstattung zu besonderen Anlässen, etwa der Ausgabe von Begrüßungsgeld im November-Dezember 1989 oder der Währungsunion am 1. Juli 1990.

Das Deutschlandradio, Dokumentation und Archive, Berlin, verfügt über Sendematerial zu besonderen Anlässen, z.B. Sendungen des RIAS zum Geldumtausch.

1.7.2 Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags (PA-DBT)

Hier interessieren beispielsweise die Unterlagen des 2. Untersuchungsausschusses „DDR-Vermögen“ der 13. Wahlperiode (Bestand 3331) zum Thema Umgang mit Geldern der MfS-Sparkassen 1989/90, inkl. Zeugenaussagen von Beteiligten.⁸⁰⁴

801 <https://www.twa-thueringen.de/www/twa/bestaende/> [22.3.2023].

802 <http://www.archive-in-thueringen.de/de/bestand/view/id/28349/bestand/28396> [8.3.2023].

803 DRA, K007043058, K007043059, K007033073, K006894005-K006894008.

804 Deutscher Bundestag, Abschlussbericht; Protokolle der Aussagen der besonders Interessanten Zeugen Werner Hennig und Werner Großmann vom 7.3.1995, in: PA-DBT 3331 Nr. UA13/2-Prot. 12.

2. Handbücher und Periodika

Blätter der Sparkassenpraxis

Von 1949 bis 1963 erschienen zunächst unregelmäßig ca. alle zwei Monate, ab August 1953 dann regelmäßig alle zwei Wochen insgesamt 191 Hefte der Blätter der Sparkassen-praxis. Zunächst als Schulungshefte konzipiert, „entwickelten [sie] sich zu einem Forum des Erfahrungsaustausches und zu sachbezogenem Streit.“

Sparkassen-Archiv

Das Sparkassen-Archiv wurde von 1949 bis 1950 als Loseblattsammlung herausgegeben und mit insgesamt 24 Nachträgen bis 1959 gepflegt. Es enthielt „alle für die Sparkassenarbeit in der SBZ und DDR bedeutenden Gesetze, Befehle, Verordnungen, Anweisungen und Richtlinien“.⁸⁰⁵

Literaturverzeichnis der Sparkassen

Im Zeitraum 1950 bis 1971 in mehreren Abschnitten ausgeliefert, listet das Verzeichnis (ähnlich wie später das Handbuch der Sparkassenarbeit, s.u.) in Anlehnung an den Strukturplan der Sparkassen geordnet Quellen zu Einzelthemen der Sparkassenpraxis.

Die Sparkassenarbeit

Von 1952 bis 1962 erschienen 39 Hefte. Die Themen der Hefte, die „den Charakter von Grundsatzunterlagen“⁸⁰⁶ haben, sind aufgelistet in Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 496f.

Handbuch der Sparkassenarbeit

Seit Ende der 1960er Jahre wurden die Handbücher als Ergänzung - und seit 1977 anstelle - der Rundschreiben der Abteilung Sparkassen im MdF bzw. in der Staatsbank eingeführt. Insgesamt gab es rund 30 Nummern zu Einzelthemen, die sich am Strukturplan der Sparkassen (siehe Abb. 4) orientierten.⁸⁰⁷ Als Loseblattsammlung wurden sie bis 1990 laufend aktualisiert.

805 Ebd.

806 Ebd. Die Herausgeberschaft wechselte vom deutschen Sparkassenverlag zur Zentralstelle der Sparkassenverbände zum VEB Deutscher Zentralverlag - Abt. Sparkassen (H. 8-35) und zuletzt zur DEWAG Werbung - Gruppe Sparkassen.

807 Die Nummern der Handbücher sind aufgelistet in: Wysocki/Günther, Geschichte der Sparkassen, S. 498f.

Deutsche Finanzwirtschaft. Zeitschrift für das gesamte Finanzwesen mit amtlichen Nachrichten des Ministeriums der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik

Die Zeitschrift erschien in den Jahren 1947-1969 vierzehntägig im Verlag Die Wirtschaft in Berlin (Ost). Im Sachverzeichnis wurden Sparkassen selten genannt. Behandelt wurden Sparkassen v.a. in Abschnitten zum Sparwesen und zur Kreditvergabe.

Sozialistische Finanzwirtschaft. Zeitschrift für das Finanz- und Kreditwesen der DDR

Der Nachfolger der Zeitschrift Deutsche Finanzwirtschaft erschien in den Jahren 1969-1989 ebenfalls vierzehntägig. Jede Ausgabe hatte ein Hauptthema mit ca. 20-25 Beiträgen, von denen zumeist mindestens einer das Sparkassenwesen behandelte und meist auch von einer/m Sparkassenmitarbeiter*in verfasst wurde.

3. Festschriften

Die folgende Liste enthält Festschriften, Chroniken sowie (Rede-)Manuskripte, die anlässlich von Jubiläen von Sparkassen und Sparkassenverbänden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR seit den frühen 1990ern (in ganz wenigen Fällen auch früher) gedruckt und teils auch veröffentlicht worden sind. Die Zusammenstellung beruht auf einer Recherche in öffentlichen Bibliotheken, in Beständen der Sparkassenarchive sowie vor allem auf einer Zusammenstellung des OSV über die Bestände in der eigenen Verbandsbibliothek⁸⁰⁸

Althaus, Gerhard: 175 Jahre Sparkasse Weimar. Weimar, 1996.

Benecke, Otto/Rüdiger Franzke: Aken, Elbe: ein historischer Abriss; herausgegeben zur Neueröffnung der Sparkasse Aken am 6. Februar 1995, Köthen 1995.

Brunner, Reinhold: ... die dem Armen hilft, das Wenige, was er besitzt, zu Rathe zu halten.... Die Geschichte der Sparkasse Wartburgkreis 1822 bis 1997, Stuttgart 1997.

Elmer, Eva: Zeitreise, 175 Jahre Sparkassengeschichte in der Niederlausitz, Senftenberg 1999.

Engewald, Gisela-Ruth/Erich Rentzschke/Lothar Schreiter: 175 Jahre Sparkasse in Freiberg. Eine Chronik, hg. von der Kreissparkasse Freiberg, Freiberg 1998.

Engler, Harald: Von der Hauptsparkasse der Niederlausitz zur Sparkasse Dahme-Spreewald, in der Region für die Region seit 1824, Potsdam 2003.

808 Ich danke Claudia Wöhl und Lukas Kirmse für die Liste der im HA OSV befindlichen Festschriften.

Erzgebirgssparkasse (Hg.): Der Sparkassenbote, Sonderausgabe zum 175-jährigen Jubiläum der Erzgebirgssparkasse im Jahr 2015, Schwarzenberg 2015.

Falk, Beatrice/Friedrich Hauer: Tradition und Moderne; Geschichte der Sparkasse im Landkreis Ostprignitz-Ruppin, o.O. 1998.

Falk, Beatrice/Friedrich Hauer: Mit 12 Talern fing alles an. Zur Geschichte der Niederschlesischen Sparkasse, Leipzig 2001.

Falk, Beatrice/Friedrich Hauer: Immer mit der Zeit gegangen. Die Geschichte der Sparkasse Mittleres Erzgebirge, Marienberg 2003.

Falk, Beatrice/Friedrich Hauer: Immer vor Ort, 150 Jahre kommunale Sparkasse im Kreis Prignitz, Pritzwalk 2004.

Falk, Beatrice/Friedrich Hauer: In der Region – für die Region, die Kreissparkasse Quedlinburg und ihre Geschichte, Quedlinburg 2004.

Falk, Beatrice/Friedrich Hauer: 200 Jahre Sparkasse Oder-Spree, 1822 - 2022, Frankfurt/Oder 2022.

Flach, Heiko: 125 Jahre Sparkasse Köthen, Köthen 1989.

Föhrenbach, Alfons/Hans Funk/Thomas Kaminsky (Hg.): Sparkasse Delitzsch-Eilenburg. Eineinhalb Jahrhunderte im Dienste der Kunden, o.O. 1998.

Geißler, Frank: 175 Jahre Sparkasse Müncheberg (Müncheberger Geschichtskaleidoskop, Heft 10), Müncheberg 2022.

Gerlich, Heinz-Georg/Norbert Portmann: Sparkasse Westlausitz, Beiträge zur Geschichte der Sparkasse, Bautzen 2003.

Görner, Jürgen: Die Entwicklung der Sparkasse in Löbau, Dresden 2001.

Hammerschmidt, Bernhard: Anlageband zur Chronik der Stadtparkasse Magdeburg 1988-1992, Magdeburg 1994.

Hammerschmidt, Bernhard: Geschichte der Stadtparkasse Magdeburg 1945-1984, unter den Bedingungen des Arbeiter- und Bauern-Staates in der Deutschen Demokratischen Republik, Magdeburg 1986.

Hammerschmidt, Bernhard: Geschichte der Stadtparkasse Magdeburg 1823 - 1992, Magdeburg o.D. [1994].

Hey, Annekatriin: 175 Jahre Kreissparkasse Bernburg, Tradition und Fortschritt: Sie und Wir – ein starkes Team!, Bernburg 1998.

Hildebrand, Thomas: Die Geschichte der Sparkassen im Landkreis Sömmerda: anlässlich des Jubiläums 150 Jahre Sparkasse in Sömmerda, Sömmerda 1999.

Hildebrand, Thomas: Sparkasse in Mittelthüringen 1821–2021: 200 Jahre, Erfurt 2021.

Hiller, Günther: ... mit guten Karten – aus der Altenburger Sparkassengeschichte, Altenburg 1996.

Historischer Heimatverein e.V. (Hg.): 170 Jahre Sparkasse in Cottbus, Cottbus 1998.

Jankofsky, Jürgen: 165 Jahre Kreissparkasse Merseburg–Querfurt, Daten, Fakten, Anekdoten, Halle 2000.

Klahre, Wolfgang/Dieter Kühnel: 175 Jahre Sparkasse in Zittau, ein Sparkassenmann erzählt, Löbau 2000.

Klahre, Wolfgang: 150 Jahre Sparkasse in Löbau, ein Sparkassenmann erzählt, Löbau 2000.

Klamke, Wolfgang: Chronik der Sparkasse Oder–Spree [1952 – 2003], Frankfurt/Oder 2004.

Kreissparkasse Aue–Schwarzenberg (Hg.): 150 Jahre "Sparkasse Löbnitz" 1852 - 2002, eine Chronologie der Geschichte der Sparkasse Löbnitz, Löbnitz 2002.

Kreissparkasse Aue–Schwarzenberg (Hg.): 1881–2006. Am Anfang standen ein einzelner Beamter und die Hoffnung. 125 Jahre Sparkasse Aue. Tradition + Innovation = Erfolg, Aue 2006.

Kreissparkasse Bautzen (Hg.): Kreissparkasse Bautzen, die Festschrift zum 175. Jubiläum, Bautzen 2007.

Kreissparkasse Bitterfeld (Hg.): 160 Jahre Kreissparkasse Bitterfeld, Bitterfeld 2003.

Kreissparkasse Döbeln (Hg.): 150 Jahre Kreissparkasse Döbeln, 1846–1996, Döbeln 1996.

Kreissparkasse Eichsfeld (Hg.): Die Geschichte der Kreissparkasse Eichsfeld, Stuttgart 2002.

Kreissparkasse Freital (Hg.): In 150 Jahren von der Sparkasse des Plauenschen Grundes Freital zur Kreissparkasse Freital, Freital 1993.

Kreissparkasse Gotha (Hg.): Kreissparkasse Gotha, 1830–1998: eine Unternehmensgeschichte, Gotha 1998.

Kreissparkasse Großenhain: 1839–1964. 125 Jahre Sparkasse Großenhain, Großenhain 1964.

Kreissparkasse Hohenstein–Ernstthal (Hg.): 125 Jahre [Kreissparkasse Hohenstein–Ernstthal] – Unsere Heimat, Ihre Bank, Hohenstein–Ernstthal 1993.

Kreissparkasse Meißen (Hg.): Festschrift anlässlich des Jubiläums (1823-2003). 175 Jahre für eine starke Region, Meißen 2003.

Kreissparkasse Meißen (Hg.): Festschrift der Kreissparkasse Meißen anlässlich des Jubiläums (1828–2003); 175 Jahre für eine starke Region, Meißen 2003.

Kreissparkasse Sangerhausen (Hg.): 150 Jahre Sparkasse in Allstedt, Kreissparkasse Sangerhausen 1848 - 1998, Sangerhausen 1999.

Kreissparkasse Torgau–Oschatz (Hg.): 150 Jahre Kreissparkasse Torgau–Oschatz, Torgau 1997.

Kreissparkasse Torgau–Oschatz, Zweigstelle Mügeln (Hg.): Chronik der Sparkasse Mügeln, Mügeln 1996.

Kreissparkasse Zeulenroda: Chronik der Kreissparkasse Zeulenroda, Zeulenroda 2002.

Kuhlbrodt, Peter: 165 Jahre Kreissparkasse Nordhausen: Sparkasse mit Tradition: 1841–2006, Nordhausen 2006.

Kummer, Kurt: Hundert Jahre Waldheimer Sparkasse, ein Überblick über die Geschichte und die wirtschaftliche Entwicklung der Sparkasse zu Waldheim anlässlich des hundertjährigen Bestehens am 31.12.1846, Waldheim 1947.

Liebert, Tobias: Geschichte der Kreissparkasse Weißenfels, historische Studie, Weißenfels 2004.

Listewnik, Petra: "In Leipzig liegt schon alles hell und klar", 175 Jahre Sparkasse Leipzig; 175 Jahre Wirken in der Stadt und für die Region, Leipzig 2001.

Lohan, Günter: Chronik der Kreissparkasse Kalbe–Milde 1952–1987, Kalbe (Milde) 1993.

Menzel, Ruth/Eberhard Menzel: Sparkasse Erfurt. 1823–1988. Die Geschichte, Erfurt 1998.

Müller, Gotthold: Chronik der Kreissparkasse Schwarzenberg, von der Währungsunion 1990 bis zur Vereinigung mit der Kreissparkasse Aue 1994, Schwarzenberg 1994.

Müritz–Sparkasse (Hg.): 160 Jahre Sparkassen in Waren, 1839 - 1999, Waren (Müritz) 1999.

O.V. (Kreissparkasse Sömmerda): 25 Jahre volkseigene Sparkassen, o.D. [1970].

o.V.: "Mit uns geht's voran...", 170 Jahre Sparkasse Frankfurt (Oder), Frankfurt/Oder 1992.

O.V.: 15 Jahre Deutsche Demokratische Republik. 15 Jahre Sparkasse Görlitz, Görlitz 1964.

o.V.: 1857 - 1900: Wie entsteht eine Sparkasse? Chronik der Sparkasse Rügen; Dokumentation anlässlich einer Sonderausstellung zum 150. Jubiläum der Sparkasse; erarbeitet von Auszubildenden, Bergen 2007.

o.V.: 20 Jahre DDR - 20 Jahre kontinuierliche Entwicklung der Stadt- und Kreissparkassen des Bezirkes Frankfurt (Oder), o.O. 1969.

o.V.: 25 Jahre im Dienste der Bevölkerung für Frieden und Sozialismus. Stadt- und Kreissparkassen des Bezirkes Frankfurt (Oder), o.O. 1974.

o.V.: Chronik der Sparkassen Müllrose, Fürstenberg/Oder, Stalinstadt, Eisenhüttenstadt, 1854-1994, darin auch Geschichte der Sparkasse in Neuzelle 1824 bis ca. 1994/1995, o.O. o. D.

o.V.: Festschrift anlässlich des 175-jährigen Bestehens der Sparkasse Wittenberg am 10. März 1999, Wittenberg 1999.

o.V.: Sparkassenhaus Güntzplatz 1914-1997, Dresden 1997.

Paczulla, Dagmar: Einhundert Jahre – kommunale Sparkasse Gera 1904-2004, Gera 2004.

Peschke, Norbert: 150 Jahre Sparkasse Zwickau, eine Chronik, Zwickau 1995.

Rat des Kreises Großenhain (Hg.): 150 Jahre Sparkasse Großenhain, 1839 - 1989, Großenhain 1989.

Rehberg-Credé, Christine/Anna Christine Karsten: Chronik – 190 Jahre Sparkasse Mecklenburg-Schwerin, gut für die Region seit 1821, Schwerin 2011.

Rehberg-Credé, Christine: Sparbuch statt Sparstrumpf, die Geschichte der Schweriner Sparkasse, Schwerin 1999.

Remke, Arno: Chronik der Kreissparkasse Marienberg, Manuskript, Marienberg 1970.

Reuss, Stefan/Gerhard Grandke: 125 Jahre Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, Frankfurt/Main, Erfurt 2018.

Römer, Erhard: Geschichte der Sparkasse Barnim, 1851 - 2001, Barnim 2001.

Sagray, Marianne/Gerhard Schulz/Walter Mahling: Chronik der Sparkasse Märkisch-Oderland, 1847 - 1997, Eggersdorf 1997.

Schnurrbusch, Hermann: Die Sparkasse Oberfrohna, Limbach-Oberfrohna 2011.

Schreiter, Lothar: Eine Chronik – 100 Jahre Sparkasse Flöha, Flöha 1995.

Schulze, Jan Peter: 1825-2000, 175 Jahre Rostocker Sparkasse – 175 Jahre Sparkasse in der Region, ... höchst wohlthätig..., Armuth verhütet, die Vergnügungssucht eingeschränkt und Sittlichkeit mehr befestigt, Rostock 2000.

Schulze, Jan Peter: 175 Jahre Sparkasse Rostock – 175 Jahre Sparkasse in der Region, die Institute der Ostseesparkasse Rostock in Kröpelin, Neubukow, Krakow am See, Schwaan und in Laage im 19. Jahrhundert, Rostock 2002.

Schumann, R.: 150 Jahre "Neustädter Sparkasse", von einer Sparkasse zu einem modernen, leistungsfähigen Kreditinstitut: aus der Geschichte eines Unternehmens mit Tradition!, Aue 1997.

Sparkasse Altmark West (Hg.): Die Geschichte der Sparkasse Salzwedel, Salzwedel 2003.

Sparkasse Annaberg (Hg.): 150 Jahre Sparkasse Annaberg 1957 - 2007, o.O o.D.

Sparkasse Berlin: Entwicklung der Sparkasse der Stadt Berlin als Chronik zur 750-Jahr-Feier Berlins, Berlin (Ost) 1987.

Sparkasse Berlin: Gut für Berlin seit 1818 - unsere Geschichte, Berlin 2018.

Sparkasse Chemnitz (Hg.): Festschrift zur Gründung der Sparkasse Chemnitz vor 160 Jahren am 1. Juli 1839, Chemnitz 1999.

Sparkasse Delitzsch-Eilenburg (Hg.): Eineinhalb Jahrhunderte im Dienste der Kunden, die Geschichte der Sparkassen im Landkreis Delitzsch 1848-1998, Delitzsch 1998.

Sparkasse Erfurt: Die Geschichte der Sparkasse Erfurt 1823-1998, Erfurt o.D.

Sparkasse Mecklenburg-Nordwest (Hg.): Die Entwicklung der Sparkassen in Wismar und Nordwestmecklenburg, Stuttgart 1999.

Sparkasse Mecklenburg-Schwerin (Hg.): Chronik der Sparkasse Mecklenburg-Schwerin, gut für die Region seit 1821 - 190 Jahre Sparkasse Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 2011.

Sparkasse Mecklenburg-Strelitz (Hg.): Wir sind hier zu Hause. In Mecklenburg-Strelitz. Seit 170 Jahren, Neustrelitz 1996.

Sparkasse Oder-Spree: Chronik der Sparkasse Oder-Spree 1952-2007. Die Jahre von 1952 bis 1990 in den Sparkassen Beeskow, Eisenhüttenstadt, Fürstenwalde und Frankfurt (Oder), gedrucktes Manuskript, o.O. 2007.

Sparkasse Prenzlau (Hg.): Seit 150 Jahren hier Zuhause, Prenzlau 1992.

Sparkasse Stollberg (Hg.): 150 Jahre Sparkasse Stollberg, 1855 - 2005, Stollberg 2005.

Sparkasse Uckermark (Hg.): Festschrift 1842-2002, 160 Jahre Sparkasse Uckermark, Prenzlau 2002.

Sparkasse Uckermark (Hg.): Seit 200 Jahren stark für unsere Uckermark, Prenzlau 2022.

Sparkasse Wanzleben (Hg.): 125 Jahre Sparkasse Wanzleben 1869 - 1994, Wanzleben 1994.

Sparkasse Westlausitz (Hg.): 150 Jahre Sparkasse in Radeberg, 1859 - 2000, Radeberg 2000.

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (Hg.): 100 Jahre Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen: erfahren, initiativ, gemeinsam stark; 1893-1993, Frankfurt/Main 1993.

Stadt- und Heimatverein Rötha e.V. (Hg.): 150 Jahre Sparkasse Rötha, Rötha 2003.

Stadtsparkasse Wurzen (Hg.): Hundert Jahre Sparkassentätigkeit in Wurzen, Wurzen 1947.

Strube, Hans-Heinrich: Die Sparkasse Pasewalk, eine geschichtliche Betrachtung von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992.

Viehweg, Volkmar: 1891-1991: 100 Jahre Sparkasse Zwönitz, o.O. o.D.

Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e. V. (Hg.): Wendezeiten - Sparkassen in historischen Umbrüchen am Beispiel Berlins (Sparkassenhistorischer Workshop 2018), Stuttgart 2019.

Wolf, Hasso: Chronik der Sparkasse in Plauen, Plauen 1997.

Wolf, Jörg: Von der Spar- und Girokasse Bretinig zur Sparkasse Westlausitz 1921 - 1998, ein kurzer Abriß über 77 Jahre Girokasse und 70 Jahre Sparkasse in Arnsdorf, Großenhain 1998.

Wysocki, Josef: Sicher und zinsbringend, wie die Sparkasse Leipzig entstand, Leipzig 1996.

Wysocki, Josef: Stadtsparkasse Dresden 1821-1996, Stuttgart 1996.

Zschoche: Die Entwicklung der Stadtsparkasse Dresden, 1949-1988, als Ms. gedruckt 1988.

4. Literatur

Abeken, Gerhard: Das Geld- und Bankwesen in der sowjetischen Besatzungszone und im Sowjetsektor Berlins von 1945 bis 1954, Bonn 1955.

Ahbe, Thomas/Rainer Gries, Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte, in: Annegret Schüle/Dies. (Hg.), Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006, S. 475-571.

Ahrens, Ralf: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW: Strukturen und handelspolitische Strategien 1963-1976, Köln 2000.

Allerkamp, Jürgen: Chancen und Risiken einer ostdeutschen Großsparkasse [Dresden], in: Franz-Josef Eichhorn: (Hg.): Die Sparkassenorganisation im Umbruch, Stuttgart 1996, S. 27-49.

Ambrosius, Gerold: „Sozialistische Planwirtschaft“ als Alternative und Variante in der Industriegesellschaft - die Wirtschaftsordnung, in: André Steiner (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? Berlin 2006, S. 11-31.

Arnim-Rosenthal, Anna von: Flucht und Ausreise aus der DDR, Erfurt 2016.

Ashauer, Günther: Deutsch-deutsche Begegnungen - Besuch bei Sparkassen und Banken in der DDR. Eine Exkursion des Lehrinstituts, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 8/1986, S. 344-346.

Ashauer, Günther: Personalentwicklung und Personalstruktur in Sparkassen. Rückblick und Ausblick, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 11/1986, S. 498-501.

Ashauer, Günter: Die Entwicklung des Konsumentenkredits von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: Jürgen Mura (Hg.): Entwicklungslinien im Personalkreditgeschäft der Sparkassen. Sparkassenhistorisches Symposium 1988, Stuttgart 1989, S. 62-77.

Ashauer, Günter: Das Bankwesen in der Deutschen Demokratischen Republik: Struktur, Funktionen, Perspektiven, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, 107/1, Januar 1990, S. 8-22.

Ashauer, Günther: Personalpolitische Weichenstellung in den ostdeutschen Sparkassen: Vorstandsbestellung, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, 107/11, November 1990, S. 491-493.

Autorenkollektiv: Das Finanzsystem der DDR, Ostberlin 1962.

Autorenkollektiv unter Leitung von Erwin König: Das sozialistische Finanzwesen der DDR. Fachschullehrbuch, 2. erw. Aufl., Berlin 1980.

Axel, Frank: Die Sicherung perspektivischer Anforderungen an die geldwirtschaftlichen Dienstleistungen der Sparkassen der DDR mithilfe von Geldautomaten und die Maßnahmen für die Erzielung einer hohen Effektivität ihres Einsatzes, Berlin (Ost) 1987.

Baar, Lothar/Dietmar Petzina: Deutsch-deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990: Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich, St. Katharinen 1999.

Bachler, Frauke: Situs-Regel, innerdeutsche und inneramerikanische Nachlassspaltung, Berlin 2007.

Backhaus, Dieter: Der Umbau einer Ost-Sparkasse in eine West-Sparkasse, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 45/4, Februar 1992, S. 150-156.

Bahl, Peter: Belastung und Bereicherung: Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945, Berlin 2020.

Bähr, Johannes: „Dein Sparen hilft dem Führer.“ Sparen in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Robert Muschalla (Hg.): Sparen. Geschichte einer deutschen Tugend, Berlin 2018, S. 91-108.

Bartha, Eszter: Workers against technocrats: The failed economic reform and the rise of consumer socialism in the German Democratic Republic, in: Business History, 9.1.2023, DOI: 10.1080/00076791.2022.2157403.

Bauerkämper, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005.

Beer, Mathias/Melanie Güttler/Jan Ruhkopf: Behördenforschung und NS-Belastung. Vermessung eines Forschungsfeldes, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 68, 7/8, 2020, S. 632–651.

Behling, Klaus: Auf den Spuren der alten Meister: Kunsthandel und Kunstraub in der DDR, Berlin 2018.

Belvederesi-Kochs, Rebecca: Weltspartagsmarketing im „Wirtschaftswunder“: Vom moralischen Sparappell zur Kundenorientierung, in: VSWG 97/3, 2010, S. 283–309.

Berghoff, Hartmut/Uta Andreas Balbier (Hg.): The East German Economy, 1945-2010. Falling behind or catching up?, Washington 2013.

Betts, Paul: Within Walls: Private Life in the German Democratic Republic, Oxford 2010.

Bischof, Ulf: Die Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung, Berlin 2003.

Blum, Ralf/Helge Heidemeyer/Arno Polzin: Auf der Suche nach Kulturgutverlusten. Ein Spezialinventar zu den Stasi-Unterlagen, Berlin 2021.

Boldorf, Marcel: Austausch der wirtschaftlichen Führungskräfte in der SBZ/DDR nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2010/2, S. 47–70.

Borbe, Ansgar: Die Zahl der Opfer des SED-Regimes, Erfurt 2010.

Braun, Jascha Philipp: Großsiedlungsbau im geteilten Berlin: das Märkische Viertel und Marzahn als Beispiele des spätmodernen Städtebaus, Berlin 2019.

Brendel, Marvin: Zweifache Anpassung. Kreditgenossenschaften in der DDR und in den fünf neuen Bundesländern, in: BankInformation (Fachmagazin der Volksbanken Raiffeisenbanken), 2009/5, S. 42–45.

Brinckmann, Andrea: Erfurter Wohnungsgeschichte: die Geschichte der Wohnungsbau-Genossenschaft Erfurt eG, Hamburg 2021.

Broosch, Karsten: Die Währungsreform 1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands: eine Untersuchung zur Rolle des Geldes beim Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft in der SBZ/DDR, Herdecke 1998.

Buck, Hannsjörg: Mit hohem Anspruch gescheitert - die Wohnungspolitik der DDR, Münster 2004.

Bues, Rüdiger: Das Bankensystem der ehemaligen DDR bis 1990: seine Organisation und Wirksamkeit innerhalb des zentralgeplanten Wirtschaftssystems, Berlin 1996.

Büschgen, Hans E.: Währungsunion und Wiedervereinigung, in: Hans Pohl (Hg.): Geschichte der deutschen Kreditwirtschaft seit 1945, Frankfurt a.M. 1998, S. 431–461.

Christians, Uwe: Der Erfolg ostdeutscher Kreditinstitute: Region und Profitabilität am Beispiel der Sparkassen und Kreditgenossenschaften in den neuen Bundesländern, Berlin 2010.

Dalinghaus, Ursula M.: Between Memorialization and Monetary Revaluation. The 1990 Currency Union as a Site of Post-Unification Memory Work, in: Mary Lindemann/Jared Poley (Hg.): Money in German-speaking Lands, New York 2017, S. 283–302.

Dauderstädt, Manfred: Das Geld des Ostens: über die Zahlungsmittel auf dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Querfurt 2007.

Deckers, Josef: Die Transformation des Bankensystems in der sowjetischen Besatzungszone /DDR von 1945 bis 1952, Berlin (West) 1974.

Deutscher Bundestag: Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses „DDR-Vermögen“, 28.5.1998, Ds. 13/10900, Bd. 1.

Dewey, Charles: Die Planung und Regulierung des Bargeldumlaufs in der DDR, Berlin (Ost) 1956.

Dietl, Helmut: Institutionen und Zeit, Tübingen 1993.

Dobrinski, Reinhard: Raubzug gegen das eigene Volk, in: Horch und Guck H. 43/3, 2003, S. 55–60.

Donth, Stefan: Die Vertriebenenpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) unter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre, in: Hartmut Koschyk/Vincent Regente (Hg.): Vertriebene in SBZ und DDR - Zum Umgang mit einem Tabu, Berlin 2021, S. 45–68.

Drees, Ingrid: Aufarbeitung von SBZ-DDR-Enteignungen im wiedervereinigten Deutschland, Darmstadt 1995.

Ehlert, Willi/Diethelm Hunstock/Karlheinz Tannert (Hg.): Geld und Kredit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1985.

Einert, Thomas: Die Sparkasse der Stadt Berlin (Ost-Berlin) 1948 bis 1989/90, in: Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e. V. (Hg.): Wendezeiten - Sparkassen in historischen Umbrüchen am Beispiel Berlins (Sparkassenhistorischer Workshop 2018), Stuttgart 2019, S. 51–70.

Ellerbrock, Karl-Peter: Konsumentenkredit und „Soziale Marktwirtschaft“, in: Christian Kleinschmidt/Florian Triebel (Hg.): Marketing. Historische Aspekte der Wettbewerbs- und Absatzpolitik, Essen 2004, S. 105–133.

Emmerich, Norbert-Christian: Geschichte der deutschen Sparkassenwerbung: 1750–1995, Stuttgart 1995.

Engel, Fabian/Ingo Köhler: Das Marketing der Sparkassen. Die Entdeckung der Produkt- und Kundenkommunikation als Managementstrategie, in: Günther Schulz (Hg.): Die Entstehung der modernen Sparkasse. Von der ‚Ersparnisanstalt‘ zum marktorientierten Unternehmen (1950er bis 1980er Jahre), Stuttgart 2022, S. 231–257.

Ermer, Matthias: Von der Reichsmark zur Deutschen Mark der Deutschen Notenbank: zum Binnenwährungsumtausch in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (Juni/Juli 1948), Stuttgart 2000.

Ernst, Dieter: Die Besteuerung privater Industriebetriebe in Mitteldeutschland, Köln 1967.

Fischer, Daniel: Stadtbürgerlicher Eigensinn in der DDR?: DDR-Stadtjubiläen zwischen parteipolitischer Intention und kommunaler Selbstdarstellung, Leipzig 2022.

Förster, Andreas: Schatzräuber: die Suche der Staatssicherheit nach dem Nazigold, Berlin 2016 [2000].

Fox, Ursula: Das Bankwesen der europäischen Volksdemokratien, Wiesbaden 1967.

Frenzel, Paul/Rolf Hildebrand: Aspekte der planmäßigen Ausnutzung des Sparens der Bevölkerung und des Konsumentenkredits für die Verbesserung der Konsumtionsbedingungen im Sozialismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 15/2, 1966, S. 259–265.

Frenzel, Paul: Volkswirtschaftliche Probleme des Optimalen Sparens der Bevölkerung im Sozialismus, Leipzig 1966.

Frenzel, Paul: Die rote Mark: Perestroika für die DDR, Herford 1989.

Fricke, Weddig/Klaus Märker: Enteignetes Vermögen in der Ex-DDR, München 1996.

Fukuyama, Francis: State Building. Governance and World Order in the Twenty-First Century, Ithaca 2004.

Fulbrook, Mary: Die fehlende Mitte. Die DDR als postnazistischer Staat, in: Ulrich Mählert (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016, S. 89–97.

Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben: Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008.

Gehlen, Boris/Ralph Rappoldt: Sparkassengeschichte der DDR im Stuttgarter Forscherfokus. Dem Sozialismus dienen, in: Wissenschaft für die Praxis. Mitteilungen der Stiftung für die Wissenschaft, H. 7, Juni 2023, S. 21–23.

Gehlen, Boris/Christian Marx: Das Führungspersonal der Reichsbank und das NS-Regime, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/2025, im Erscheinen.

Geiger, Walter/Hans-Georg Günther: Neugestaltung des ostdeutschen Sparkassenwesens 1990 bis 1995, Stuttgart 1998.

Geisler, Herbert: Restitution nach der Wiedervereinigung: vom Unrecht zur Ungerechtigkeit? Regensburg 2000.

Geißler, Eberhardt: Die Entwicklung der Deutschen Notenbank zum Hauptinstrument des Finanzsystems für die unmittelbare operative Finanzkontrolle gegenüber den Betrieben der Industrie, des Handels und des Verkehrs, Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 1960.

Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt (1950–1989/90), Berlin 2000.

Gieseke, Jens: Die Stasi, 1945–1990, München 2011.

Goschler, Constantin: Schuld und Schulden: die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005.

Gries, Rainer: Die Mark der DDR: eine Kommunikationsgeschichte der sozialistischen deutschen Währung, Erfurt 2003.

Grub, Frank Thomas: „Wende“ und „Einheit“ im Spiegel der deutschsprachigen Literatur. Band 1: Untersuchungen, Berlin 2003.

Grundig, Ronny: Reiche im Sozialismus? Erbschaftssteuerakten als Schlüssel zur Erforschung von Vermögensverhältnissen in der DDR, in: Sébastien Guex/Gisela Hürlimann/Matthieu Leimgruber (Hg.): Steuern und Ungleichheit, Zürich 2021, S. 115–127.

Günther, Hans-Georg: Sparkassen in der DDR und Zahlungsverkehr von 1945 bis 1990, in: Jürgen Mura (Hg.): Der Zahlungsverkehr der Sparkassenorganisation: historische Entwicklung und Zukunftsperspektiven; Sparkassenhistorisches Symposium 1994, am 29./30. September in Dresden, Stuttgart 1995, S. 79–91.

Günther, Hans-Georg: Betriebswirtschaft und Technik in den Sparkassen der DDR, in: Klaus Wilsberg (Hg.): Technik und Management in der Sparkassen-Finanzgruppe, Stuttgart 2001, S. 85–94.

Haasis, Heinrich: Sparkassen als Motor der inneren Einheit Deutschlands, in: Frank Keuper/Dieter Puchta (Hg.): Deutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall. Rückblick und Ausblick, 2010, S. 141–159.

Hartwig, Karl-Hans: Monetäre Steuerungsprobleme in sozialistischen Planwirtschaften, Stuttgart 1987.

Hatt, Henry: Die Stasi und die Aktion Licht - Raubzüge im Bezirk Gera, Norderstedt 2013.

Heinrichs, Carola: Die Währungsumstellung von M/DDR auf DM – aus polizeilicher Sicht, Berlin 2000.

Helwig, Gisela: Frau und Familie in beiden deutschen Staaten, Köln 1982.

Hildebrand, Rolf: Der Konsumentenkredit im Sozialismus: Unter besonderer Berücksichtigung des Konsumentenkredits in der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1967.

Hille, Vanessa: Erfolgsfaktoren des kulturellen Veränderungsprozesses bei Fusionen: eine empirische Untersuchung von Sparkassen und Kreditgenossenschaften, Siegen 2022.

Hoffmann, Dierk: Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963. Veröffentlichungen zur SBZ/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte, München 2002.

Hoffmann, Dierk (Hg.), Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917-1990, Bd. 3: Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis, Berlin 2016.

Hoffmann, Heinz: Als privater Unternehmer in der DDR: eine Dresdner Firmengeschichte, Beucha 2003.

Hoffmann, Heinz: Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung im planwirtschaftlichen System der DDR 1956–1972, Stuttgart 1999.

Hoffmann, Kristin: Regional finance and growth. Empirical evidence on the relationship between financial and economic development on the local level, Diss. Universität Siegen 2018, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:467-13441> [16.12.2024].

Holtmann, Claus Friedrich/ Wolfram Morales: Ostdeutsche Sparkassen im Wandel der Zeit, in: Frank Keuper und Dieter Puchta (Hg.): Deutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall. Rückblick und Ausblick, Wiesbaden 2010, S. 161–178.

Hübner, Rosemarie: »Die Anwendung der EDV in den Sparkassen der DDR«, in: Internationales Institut der Sparkassen (Hg.): Automation und Zahlungsverkehr. Berichte und Stellungnahmen anlässlich der 6. Internationalen Automationstagung. Port-Chester, N. Y., USA, 10.–14. September 1973, Genf 1974, S. 217–221.

Hübner, Rosemarie: Einkommen und Ersparnisse wachsen stetig in der DDR. Steigende Ersparnisse in der DDR sind das Ergebnis sozialer Stabilität, in: Sparkassen International, H. 1/1975, März 1975, S. 23f.

Hübner, Rosemarie: Die Struktur des Banksystems und die Sparkassen in der DDR, in: Sparkasse. Zeitschrift des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, 8/1986, S. 347–351.

Hummel, Detlev: Das Kreditwesen in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Hans Pohl (Hg.): Geschichte der deutschen Kreditwirtschaft seit 1945, Frankfurt a.M. 1998, S. 355–430.

Hummel, Detlev: Geschichte der Bankwirtschaft der DDR von 1945–1989 (Universität Potsdam, Finanzierung und Banken, Diskussionsbeitrag Nr. 2), Potsdam 1997.

Hüning, Hasko/Friederike Maier/Hildegard M. Nickel: Berliner Sparkasse: Unternehmen in der Vereinigung: zur Transformation des Dienstleistungssektors 1990 – 1992; Projekt: Dienstleistungsbeschäftigung im Umbruch – betriebliche und individuelle Anpassungsstrategien, Berlin 1993.

Hüning, Hasko/Hildegard M. Nickel (Hg.): Finanzmetropole Berlin. Strategien betrieblicher Transformation, Opladen 1998.

Internationales Institut der Sparkassen (Hg.): Internationales Sparkassenhandbuch, Genf 1975.

Internationales Institut der Sparkassen (Hg.): XVI. Weltkongress der Sparkassen: Rom, 9.–11. Mai 1990, Genf 1990.

Ironside, Kristy: A Full-Value Ruble: The Promise of Prosperity in the Postwar Soviet Union, Cambridge/MA 2021.

Ivanova, Anna: Money, Property and Labor: Notions of Personal Wealth and Social Justice in the Soviet Union after Stalin, 1956–1991, im Erscheinen.

Jähn, Siegfried/Kurt Sinnig/Günther Weißbach: Elektronische Datenverarbeitung für die Sparkassen der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1 und 2, Ost-Berlin 1967 und 1969.

Johnson, Juliet: A fistful of rubles: the rise and fall of the Russian banking system, Ithaca 2000.

Johnson, Juliet: Priests of Prosperity: How Central Bankers Transformed the Postcommunist World, Ithaca 2016.

Kaminsky, Anna: Frauen in der DDR, Berlin 2016.

Kaminsky, Annette: Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001.

Kessler, Ralf/Hartmut Rüdiger Peter: Wiedergutmachung im Osten Deutschlands 1945–1953. Grundsätzliche Diskussionen und die Praxis in Sachsen-Anhalt, Frankfurt/Mai 1996.

Kessler, Ralf: Interne Wiedergutmachungsdebatten im Osten Deutschlands - die Geschichte eines Mißerfolges, in: Constantin Goschler (Hg.): "Arisierung" und Restitution: die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 197–213.

Kittel, Kurt: Bedingungen und Technik des Teilzahlungskredites, in: DFW 23/1953, S. 1257f.

Kittel, Kurt: Teilzahlungskredite auf gesunder Grundlage, in: DFW 23/1953, S. 1209f.

Kleedehn, Bärbel: Öffentlich–rechtliches Bankwesen im Umbruch - Vom Aschenputtel zu DDR–Zeiten zum kompetenten Wettbewerber am Beispiel von Mecklenburg–Vorpommern, in: Manfred Bodin (Hg.): Banken in gesamtwirtschaftlicher Verantwortung, Stuttgart 1994, S. 276–288.

Kleinschmidt, Christian: Konsumgesellschaft, Göttingen 2008.

Kochanowski, Jerzy: Jenseits der Planwirtschaft. Der Schwarzmarkt in Polen 1944–1989, Göttingen 2013.

Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553.

Kohlmeier, Gunther: Das Geldsystem der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1956.

Koop, Volker: Armee oder Freizeitclub? Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR, Bonn 1997.

Kopper, Christopher: Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus: Bankenpolitik im "Dritten Reich" 1933–1939, Bonn 1995.

Koschyk, Hartmut/Vincent Regente (Hg.): Vertriebene in SBZ und DDR - Zum Umgang mit einem Tabu, Berlin 2021.

Kowalczyk, Ilko–Sascha: Geist im Dienste der Macht: Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003.

Kronrod, Jakov A.: Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft. Theoretischer Grundriß, Berlin (Ost) 1963.

Kühl, Stefan: Organisationen. Eine sehr kurze Einführung. Wiesbaden 2011.

Kühl, Stefan: Ganz normale Organisationen. Zur Soziologie des Holocaust, Berlin 2014.

Kunze, Christian: Änderungen in Bankpolitik und Bankwesen als Teil der Wirtschaftsreformen der DDR, Berlin (West) 1972.

Kuschpèta, O.: The banking and credit system of the USSR, Leiden 1978.

Landsman, Mark: Dictatorship and Demand: The Politics of Consumerism in East Germany, Cambridge 2005.

Leisering, Peter: Falschgeld in der DDR, Berlin 2014.

Leisering, Peter: Geldgeschichten aus der DDR, Regenstauf 2012.

Lemnitz, Alfred: Das Geld und die Funktionen des Geldes im Sozialismus und in der der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin (Ost) 1955.

Lepsius, Rainer M.: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 17–30.

Logemann, Jan: Americanization through Credit? Consumer Credit in Germany, 1860s-1960s, in: Business history review 85/3, 2011, S. 529–550.

Loose, Ingo: Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939-1945, München 2007.

Lorenz, Sabine: Kommunalen Elitenwandel: Rekrutierung, Zusammensetzung und Qualifikationsprofil des lokalen administrativen Führungspersonals in Ostdeutschland, in: Stefan Hornborstel (Hg.): Sozialistische Eliten - Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen 1999, S. 85–103.

Ludwig, Jörg: Quellen und Methoden der Unternehmenshistoriographie, in: Rudolf Boch/Petra Listewnik/Eva Pietsch/Michael Schäfer (Hg.): Unternehmensgeschichte heute: Theorieangebote, Quellen, Forschungstrends, Leipzig 2005, S. 67–87.

Ludwig, Jörg: Zur Geschichte und Struktur der Wirtschaftsüberlieferung in den sächsischen Staatsarchiven, in: Rudolf Boch (Hg.): Unternehmensgeschichte heute: Theorieangebote, Quellen, Forschungstrends; Beiträge des 4. unternehmensgeschichtlichen Kolloquiums, Leipzig 2005, S. 67–88.

Lühr, Merve: »Tagebuch schreiben im Kollektiv: Brigadetagebücher in der DDR zwischen Ideologie und Alltagspraxis«, in: Janosch Steuwer/Rüdiger Graf (Hg.): Selbstreflexionen und Weltdeutungen. Tagebücher in der Geschichte und der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2015, S. 163–185.

Mählert, Ulrich (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016.

Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR, München 6. überarb. Auflage 2009.

Malycha, Andreas: Zur sozioökonomischen Situation in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/ DDR 1945 bis 1950, in: Aleksandr O. Cubar'jan/Andreas Wirsching (Hg.): Deutsche und sowjetische Gesellschaften im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Traumata und Hoffnungen, Berlin 2021, S. 43–57.

Mann, Gerald H.: Die Transformation des Bankensystems in Ostdeutschland, München 1996.

Manske, Alexandra/Hanna Meißner: „Und wer wollte, wer möchte, wer will, hat seine Chance auch gehabt.“ Ehemalige Ostberliner Zweigstellenleiterinnen im betrieblichen Umstrukturierungsprozeß der Landesbank

Berlin, in: Hasko Hüning/Hildegard M. Nickel/Susanne Völker (Hg.): Transformation – Unternehmensreorganisation - Geschlechterforschung, Opladen 1999, S. 155–173.

Marxen, Klaus/Gerhard Werke/Moritz Vormbaum: Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht: eine Bilanz, Berlin 2020.

Meier, Bruno: Die Banknoten und Münzen der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1989.

Melis, Damian van: Entnazifizierung in Mecklenburg–Vorpommern: Herrschaft und Verwaltung 1945–1948, München 1999.

Melis, Damian van: "Republikflucht": Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006.

Merkel, Ina: Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR, in: Hartmut Laeble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 359–382.

Merkel, Ina: Utopia und Bedürfnis: Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln 1999.

Meuser, Philipp: Vom seriellen Plattenbau zur komplexen Großsiedlung: industrieller Wohnungsbau in der DDR 1953–1990, Teil 1: Historischer Kontext, Serientypen und bezirkliche Anpassungen und Teil 2: Neue Städte, Großsiedlungen und Ersatzneubauten, Berlin 2022.

Mierzejewski, Alfred C.: A history of the German public pension system: continuity amid change, Lanham 2016.

Miethe, Ingrid: Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR: Möglichkeiten und Grenzen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik, Leverkusen 2007.

Morales, Wolfram: Grundzüge der Entwicklung der ostdeutschen Sparkassen seit 1990, in: Sächsische Heimatblätter 2019/1, S. 69–75.

Moritz, Karl-Heinz: Geldtheorie und Geldpolitik, München 2012.

Müller, Peter F./Wolfgang Sabath: Peanuts aus Halle: eine Realsatire zur Vereinigungskriminalität, Berlin 1998.

Müller-Enbergs, Helmut: Die inoffiziellen Mitarbeiter (MfS-Handbuch), herausgegeben von Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Berlin 2008.

Mura, Jürgen: Zur Geschichte des Sparkassenwesens in der DDR seit 1945, in: Bankhistorisches Archiv, Zeitschrift zur Bankengeschichte 8/1, Stuttgart 1982, S. 3–27.

Mura, Jürgen (Hg.): Das Personal- und Bildungswesen der Sparkassenorganisation – historische Entwicklung und Zukunftsperspektiven (Sparkassenhistorisches Symposium 1992), Stuttgart 1993.

Mura, Jürgen (Hg.): Europäische Sparkassengeschichte Bd. I, Stuttgart 1995.

Mura, Jürgen (Hg.): Die Sparkassenwerbung: historische Entwicklung und Zukunftsperspektiven. Sparkassenhistorisches Symposium 1995, Stuttgart 1996.

Mura, Jürgen (Hg.): Europäische Sparkassengeschichte Bd. II, Stuttgart 1998.

Muschalla, Robert (Hg.): Sparen. Geschichte einer deutschen Tugend, Berlin 2018.

Nakamura, Yasushi: Soviet Banking, 1922–1987: An Analysis of Gosbank Balance Sheets, in: Comparative Economic Studies 55, 2013, S. 167–197.

Neunsinger, Silke: Die Arbeit der Frauen – die Krise der Männer: die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen in Deutschland und Schweden 1919 - 1939, Uppsala 2001.

Nguyen, Van Nam: Analyse der Methodik des Aufbaus des ökonomischen Informationssystems im Bankwesen der DDR und die Anwendung der Erfahrungen der DDR in der SRV, Diss., als Ms. gedruckt, Berlin (Ost) 1989.

Nicolaus, Herbert/Alexander Obeth: Die Stalinallee: Geschichte einer deutschen Straße, Berlin 1997.

O.V.: Die Banken und Sparkassen in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), in: Sparkasse. Zeitschrift des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes E.V. 1955, H. 13–16, (1.7., 15.7., 1.8., 15.8.), S. 200–202, 217–219, 230–234, 250–253 (Artikelserie).

Pierenkemper, Toni: Vierzig Jahre vergebliches Mühen - die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, in: André Steiner (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? Berlin 2006, S. 45–66.

Pohl, Hans: Universalisierung und Strukturwandel des deutschen Sparkassenwesens nach 1945, in: Wilfried Sehm (Hg.): Die europäischen Sparkassen nach 1945: auf dem Weg zu Universal-Kreditinstituten, Stuttgart 2000, S. 99–123.

Pohl, Hans/Bernd Rudolph/Günther Schulz: Wirtschafts- und Sozialgeschichte der deutschen Sparkassen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005.

Pohl, Rüdiger: Die Einführung der D-Mark in der DDR. Mythos D-Mark - Ernüchterung - Wiedervereinigung, in: Günther Heydemann/Karl-Heinz Paqué (Hg.): Planwirtschaft-Privatisierung-Marktwirtschaft, Göttingen 2017, S. 229–242.

Pollack, Detlef: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?, in: Geschichte und Gesellschaft, 24/1, Universitäten und Eliten im Osten nach 1945, 1998, S. 110–131.

Pollems, Sebastian T.: Der Bankplatz Berlin zur Nachkriegszeit. Transformation und Rekonstruktion des Ost- und Westberliner Bankwesens zwischen 1945 und 1953, Berlin 2006.

Pravilova, Ekaterina: The Ruble: A Political History. New York 2023.

Radi, Szinan: Contesting Money: Challenging Power and Pursuing the Common Good in Postwar Hungary, 1945-1958, im Erscheinen.

Radisch, Erik: Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe als Konsensimperium (1949–1971), Stuttgart 2022.

Raschke, Brigitte: Der Wiederaufbau und die städtebauliche Erweiterung von Neubrandenburg in der Zeit zwischen 1945 und 1989, München 2005.

Rau, Christian: Stadtverwaltung im Staatssozialismus: Kommunalpolitik und Wohnungswesen in der DDR am Beispiel Leipzigs (1957–1989), Stuttgart 2017.

Reinhart, Michael: Moderne Formen der Sparkassenhistoriographie in Bayern, in: Wilfried Feldenkirchen (Hg.): Standortbestimmung: Sparkassengeschichte, Stuttgart 1999, S. 349–364.

Roesler, Jörg: Jedes Mal existenzgefährdend? Zur Charakteristik der fünf Wirtschaftskrisen, in: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Die DDR im Rückblick: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007, S. 155–175.

Rogas, Karsten/Viola Philipp/Friederike Maier: Anpassung an westliche Beschäftigungsstrukturen oder neue Wege der betrieblichen Personalpolitik? - Die Beschäftigungssituation von Frauen bei den Sparkassen im Land Brandenburg. Studie der Stiftung Weiterbildung im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Berlin 1995.

Roggenbuch, Frank: Das Berliner Grenzgängerproblem: Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau, Berlin 2008.

Rohmann, Angelika: Marktwirtschaftliche Transformation der Geld- und Währungsordnung: eine vergleichende Analyse der Länder Kroatien und Slowenien, Hamburg 2001.

Rubin, Eli: Synthetic Socialism: Plastics and Dictatorship in the German Democratic Republic, Chapel Hill/N.C. 2008.

Rüden, Bodo von: Die Rolle der D-Mark in der DDR: von der Nebenwährung zur Währungsunion, Baden-Baden 1991.

Rudersdorf, Markus: Der Wiederbeginn des Bankgeschäfts nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel der Kölner Institute, Köln 1996.

Sajdok, Stanislaw: Die Entwicklung des Bankensystems in der Russischen Föderation: Wirtschaft und Finanzen, Saarbrücken 2007.

Salden, Janina: Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 2019.

Sattler, Friederike: Die Frankfurter Sparkasse von 1945 bis 1970, in: Friederike Sattler/Reinhard H. Schmidt/Harald Wixforth/Dieter Ziegler (Hg.): 200 Jahre Frankfurter Sparkasse, Stuttgart 2023, S. 153–208.

Schaar, Peter: Lehren aus der Stasi-Überwachung Warum der Staat die Privatsphäre achten und in seinem eigenen Handeln transparent sein sollte, 17.1.2017, in: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/stasi/222810/lehren-aus-der-stasi-ueberwachung/> [19.9.2024].

Schaller, Tina: Der Währungsumtausch als Marionettenspiel. Greta Kuckhoff, der Geldumtausch in der DDR und parteiliche Disziplinierung, in: Deutschland Archiv, 19.10.2016, www.bpb.de/235558 [14.4.2023].

Schevardo, Jennifer: Vom Wert des Notwendigen: Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre, Stuttgart 2006.

Schevardo, Jennifer: Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“: Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre, in: André Steiner (Hg.): Preispolitik und Lebensstandard: Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006, S. 87–127.

Schmelz, Andrea: Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren, Wiesbaden 2002.

Schmidt, Georg Andreas: Der Aufbau des Sparkassenwesens in den neuen Bundesländern, in: Thomas Fretter (Hg.): Ordnungspolitik vor neuen Aufgaben, Baden-Baden 1993, S. 97–116.

Schmidt, Peter: Die Rolle der Banken, des Kredits und des Geldes bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR 1948 bis 1952, Diss. oec. Berlin 1979.

Schmidt, Rudi: Die Bedeutung der sozialen Beziehungen für die ostdeutsche Produktionsmodernisierung, in: Berliner Journal für Soziologie 5, 1995, S. 455–462.

Schmitt, Martin: Die Digitalisierung der Kreditwirtschaft. Computereinsatz in den Sparkassen und der Bundesrepublik und der DDR 1957–1991, Göttingen 2021.

Scholz, Thomas M. Entwicklungsstufen der kommunalen Wohnungswirtschaft in Ostdeutschland, Hamburg 2018.

Schöne, Michael H.: 50 Jahre D-Mark in Berlin und im Osten Deutschlands, in: Helmut Kahnt/Michael H. Schöne/Karlheinz Walz (Hg.): 50 Jahre Deutsche Mark 1948–1998. Die Geschichte der deutschen Nachkriegswährungen in Ost und West, Regenstauf 1998, S. 137–212.

Schröder, Rainer: Zivilrechtskultur der DDR, Bd. 4. Vom Inkasso- zum Feierabendprozess. Der DDR-Zivilprozess, Berlin 2008.

Schüler-Springorum, Stefanie: Krieg und Fliegen. Die Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg, Paderborn 2010.

Schultze, Harald: Im Kontext verschärfter Angriffe auf die Kirche: Kurt Grünbaum und der Geldumtauschprozess 1957/58, Leipzig 2009.

Schulz, Günther (Hg.): Die Entstehung der modernen Sparkasse. Von der ‚Ersparnisanstalt‘ zum marktorientierten Unternehmen (1950er bis 1980er Jahre), Stuttgart 2022.

Schumann, Silke: "Die Frau aus dem Erwerbsleben wieder herausnehmen": NS-Propaganda und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen 1933 - 1939, Dresden 2000.

Schwartz, Michael: „Umsiedler“ und Altersarmut: Zur sozialen Notlage vertriebener alter Menschen in der SBZ und frühen DDR, in: Hartmut Koschyk/Vincent Regente (Hg.): Vertriebene in SBZ und DDR - Zum Umgang mit einem Tabu, Berlin 2021, S. 69–103.

Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945-1961, München 2004.

Schwarzer, Oskar: Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945 - 1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2, S. 119–146.

Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945–1989), Stuttgart 1999.

Schwarzer, Oskar: Währungspolitik und die Funktion der Sparkassen in der SBZ, DDR (1945–1989), in: Wilfried Feldenkirchen (Hg.): Standortbestimmung: Sparkassengeschichte, Stuttgart 1999, S. 249–279.

Serbin, Alexander: Sparkassen in der UdSSR - aus sowjetischer Sicht, in: Sparkassen International, H. 1/1975, März 1975, S. 9–10 und 67.

Singh, Shrawan Kumar: Understanding Demonetization in India: A Deft Stroke of Economic Policy, New York 2019.

Sleifer, Jaap: Planning Ahead and Falling Behind: The East German Economy in Comparison with West Germany 1936-2002, Berlin 2006.

Spannuth, Jan Philipp: Rückerstattung Ost: der Umgang der DDR mit dem "arisieren" Eigentum der Juden und die Rückerstattung im wiedervereinigten Deutschland, Essen 2007.

Sperk, Alexander: Entnazifizierung und Personalpolitik in der sowjetischen Besatzungszone Köthen/Anhalt: eine Vergleichsstudie (1945 - 1948), Döbel 2003.

Statistisches Bundesamt (Hg.): Sonderreihe mit Beiträgen für das ehemalige Gebiet der DDR. Heft 3, Bevölkerungsstatistische Übersichten 1946-1989, Wiesbaden 1993.

Steiner, André (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006.

Steiner, André: Preispolitik und Lebensstandard: Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006.

Steiner, André: Von Plan zu Plan: eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, aktualisierte und bearb. Neuausg., Berlin 2007.

Stieffenhofer, Linda/ Michael Kamp: 120 Jahre Magdeburger Wohnungsbaugenossenschaft von 1893 eG, München 2013.

Strohschein, Horst: Vereinfachte Technik im Teilzahlungsgeschäft, in: Deutsche Finanzwirtschaft 1963, H. 21, S. G13–G15 (Ausgabe „Geld und Kredit/Versicherung“).

Struck-Möbbeck, Olaf: Banken, Sparkassen und Versicherungen: Ein eigener Weg der betrieblichen Transformation, in: Hasko Hüning/Hildegard M. Nickel (Hg.): Großbetrieblicher Dienstleistungssektor in den neuen Bundesländern. Finanzdienstleistungen, Einzelhandel, Krankenpflege, Opladen 1996, S. 87–108.

Stütz, Julia: "State-Building" aus theoretischer und praktischer Perspektive, Baden-Baden 2008.

Swett, Pamela E.: Private Life in the People's Economy: Spending and Saving in Nazi Germany, in: Elizabeth Harvey et al. (Hg.): Private life and privacy in Nazi Germany, Cambridge 2019, S. 135–155.

Swett, Pamela E.: Völkisch Banking Capitalism and Stuttgart's Savings Banks, 1933–1945, in: Pamela E. Swett/Moritz Föllmer (Hg.): Reshaping Capitalism in Weimar and Nazi Germany, Cambridge UP 2022, S. 257–277.

Tanzi, Vito: Mobilization of Savings in Eastern European Countries: The Role of the State, IMF Working Paper 91/4, Januar 1991.

Tegeder, Patrick: Entwicklungen der ostdeutschen Regionalbanken nach der Wende – eine kritische Analyse, in: Stefan Kirmße/Stephan Schüller (Hg.): Aktuelle Entwicklungslinien in der Finanzwirtschaft - Teil 1, Frankfurt/Main 2017, S. 69–83.

Trappe, Heike: Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin 1995.

Trappe, Heike: Im Osten was Neues?. Auf den Spuren von 40 Jahren staatssozialistischer Gleichstellungspolitik, in: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Die DDR im Rückblick: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007, S. 244–262.

Wagner, Helmut: Reconstruction of the financial system in East Germany: Description and comparison with Eastern Europe, in: Journal of Banking & Finance 17(5), September 1993, S. 1001–1019.

Wagner, Reinhard: DDR-Witze: Walter schützt vor Torheit nicht, Erich währt am längsten, Berlin 1995.

Weber, Petra: Getrennt und doch vereint: deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin 2020.

Wehber, Thorsten: Die Verbreitung des Spar- und Sparkassengedankens in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert, in: Robert Muschalla (Hg.): Sparen. Geschichte einer deutschen Tugend, Berlin 2018, S. 31–44.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949–1990, Bonn 2009.

Weschke, Britta: Das Historische Archiv des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, in: Wissenschaft für die Praxis. Mitteilungen der Wissenschaftsförderung der Sparkassenfinanzgruppe E.V., H. 65, Mai 2008, S. 24f.

Wessel, Joachim: Haftung der Banken der DDR für ihre Mitarbeiter und für Dritte in den Zivil- und Wirtschaftsrechtsbeziehungen, Köln 1983.

Wettstein, Manfred: Die Enteignung von "Republikflüchtigen": am Beispiel der Familie Eißer in Wechmar (bei Gotha) 1958, Erfurt 2001.

Widera, Thomas: Die MfS-Aktion ‚Licht‘ 1962, in: Provenienz & Forschung 1/2019, S. 12–17.

Wiedenfels, Uta: Das Vermögensgesetz - Restitution im Zeitenwandel: die offenen Vermögensfragen nach der Wiedervereinigung, Berlin 2019.

Wiedmann, Roland: Die Dienststeinheiten des MfS 1950-1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch), Berlin 2012.

Wieke, Thomas: Das DDR-Mark Gedenkbuch: Geschichten und Anekdoten rund um den Alu-Chip, München 2013.

Wilkes, Claudia: Die Berufsausbildung zum „Finanzkaufmann - Spezialisierung Geld und Kredit“ in der ehemaligen DDR und ihre Überleitung zum anerkannten Ausbildungsberuf Bankkaufmann, unveröff. Diplomarbeit, Mannheim 1992/1993.

Wilsberg, Klaus: Quellen zur Geschichte der Sparkassen-Finanzgruppe in öffentlichen Archiven auf Reichs- und Bundesebenen, in: Bankhistorisches Archiv 26/1, 2000, S. 54-61.

Wilsberg, Klaus: Wenn's um Geschichte geht... Sparkasse - Unternehmensgeschichte in der Sparkassen-Finanzgruppe, in: Archiv und Wirtschaft 34/3, 2001, S. 117-122.

Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe (Hg.): Regionalgeschichte der Sparkassen-Finanzgruppe, Bd. 1, Stuttgart 2006.

Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe (Hg.): Regionalgeschichte der Sparkassen-Finanzgruppe, Bd. 2, Stuttgart 2010.

Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e. V. (Hg.): Wendezeiten - Sparkassen in historischen Umbrüchen am Beispiel Berlins (Sparkassenhistorischer Workshop 2018), Stuttgart 2019.

Wixforth, Harald: Bielefeld und seine Sparkassen: 175 Jahre Sparkasse in Bielefeld, Stuttgart 2000.

Wysocki Josef/Günther, Hans-Georg: Geschichte der Sparkassen in der DDR 1945 bis 1990, Stuttgart 1996.

Zatlin, Jonathan: The Currency of Socialism. Money and Political Culture in East Germany. German Historical Institute, Washington/DC 2007.

Zimmermann, Horst/Günther Fraas/Manfred Rätzer (Hg.): Geld und Kredit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1957.

Zschaler, Frank: Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45/2, April 1997, S. 191-223.

Zschaler, Frank: Elitewandel als Indiz für Sowjetisierungsprozesse in Ostdeutschland 1949 - 1958, in: Nikolaus Lobkowitz/Leonid Luks/Alexei Rybakov/Andreas Umland (Hg.): Der Abschied vom Sowjetimperium (Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 13/2), 2009, S. 167-189.

IV. Verzeichnisse

1. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Formale Struktur des Bankwesens der DDR (1951/52).....	8
Abbildung 2: Strukturentwicklung der DDR-Sparkassen (1945-1972)	8
Abbildung 3: Formale Struktur des Bankwesens der DDR (1975-1990)	10
Abbildung 4: Übliche Organisation einer DDR-Sparkasse ab Mitte der 1970er Jahre	12
Abbildung 5: Entnazifizierung des Sparkassenwesens in Sachsen (1945-1949)	24
Abbildung 6: Parteizugehörigkeit des Leitungspersonals sächsischer Sparkassen (1947)	27
Abbildung 7: Parteizugehörigkeit in Aufsicht und Direktion sächsischer Sparkassen (1948)	28
Abbildung 8: Beschäftigungsdauer in den Zweigstellen der Sparkasse Berlin (1974).....	35
Abbildung 9: Mitarbeiter*innen und Frauenanteil deutscher Sparkassen (1948-1992).....	40
Abbildung 10: Motive für Teilzeitarbeit der Sparkasse Berlin (1974)	42
Abbildung 11: Kooperation und Bedienung in einer Sparkasse (Zeichnung, 1984).....	43
Abbildung 12: Angestrengtheit von Mitarbeiter*innen der Berliner Sparkasse (1974).....	45
Abbildung 13: Geldmenge pro Kopf in der DDR (1950-1957)	61
Abbildung 14: Anteil des Bargelds am Geldfonds in der DDR (1950-1989)	63
Abbildung 15: Abweichung vom Spareinlagenplan bei der Sparkasse Berlin (1951-1966).....	65
Abbildung 16: Sparguthaben in der DDR und Anteil der Sparkassen (1950-1985)	71
Abbildung 17: Sparguthaben pro Kopf der Bevölkerung der DDR (1950-1989)	76
Abbildung 18: Sparquoten in der DDR und in der Bundesrepublik (1950-1989)	80
Abbildung 19: Inhabersparen in der Sparkasse Berlin (1956-1966)	88
Abbildung 20: Aktiva in den Bilanzen der SBZ/DDR-Sparkassen (1946-1990)	92
Abbildung 21: Aktiva der Stadtparkasse Dresden (1960-1989)	93
Abbildung 22: Der Wohnungsbau in den Bilanzen der DDR-Sparkassen (1946-1990).....	98
Abbildung 23: Anteil der Waren am Teilzahlungsumsatz in der DDR (1963-1965)	110
Abbildung 24: Konsumkredite und Spareinlagen in der DDR, Polen und Jugoslawien (1958-1964)	111
Abbildung 25: Von Sparkassen ausgereichte Intelligenzkredite im 1. Quartal 1953	117
Abbildung 26: Von der Sparkasse Berlin ausgereichte VdN-Kredite (1951-1964)	120
Abbildung 27: Ausreichung und Erlass von Ehekrediten (1972-1988)	122
Abbildung 28: Altersverteilung von Gebärenden in der DDR (1951-1989).....	125
Abbildung 29: Lebendgeborene und Heiratsalter in BRD und DDR (1968-1989)	125
Abbildung 30: Aufgedeckte Manipulationen im DDR-Sparkassenwesen (1989).....	143
Abbildung 31: Unterschlagungen in der Sparkasse Berlin (1972-1989)	144

2. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Neuererwesen der Sparkasse Berlin (1974-1989)	38
Tabelle 2: Demonetarisierungen in der SBZ/DDR (1945-1990)	59
Tabelle 3: Matrix abweichenden Verhaltens	141

3. Abkürzungsverzeichnis

AAA	Altguthaben–Ablösungs–Anleihe
AE	Akteneinheiten
ASMTh	Historisches Archiv der Sparkasse in Mittelthüringen
AWG	Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft
BA	Bundesarchiv
BA–MA	Bundesarchiv–Militärarchiv
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BPO	Betriebsparteiorganisationen
CDU	Christlich–Demokratische Union Deutschlands
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DSF	Gesellschaft für Deutsch–Sowjetische Freundschaft
DSGV	Deutscher Sparkassen– und Giroverband
DZfV	Deutsche Zentralfinanzverwaltung
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
eGmbH	eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
FDGB	Freie Deutschen Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutschen Jugend
Gb	Geschäftsbericht
HA	Historisches Archiv
IIS	Internationales Institut der Sparkassen
Jb	Jahresbericht
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSK	Kreissparkasse

LAB	Landesarchiv Berlin
LDP	Liberal–Demokratische Partei Deutschlands
LHAS	Landeshauptarchiv Schwerin
Ifm	laufende Meter (\cong zwölf DIN–A4–Aktenordnern)
IM	inoffizielle/r Mitarbeiter*in
LpB	Landeszentrale für politische Bildung
MdF	Ministerium der Finanzen
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NAP	Nationales Aufbauprogramm
NÖS	Neues Ökonomisches System
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NV	Neuerervertrag
OSV	Ostdeutscher Sparkassenverband
PA–DBT	Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAG	Sowjetisch–Deutsche Aktiengesellschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SGVHT	Sparkassen– und Giroverband Hessen–Thüringen
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Sparkasse
SRV	Sozialistische Republik Vietnam
StA	Staatsarchiv
SSV	Sächsischer Sparkassenverband
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VO	Verordnung
ZZI	Zeitzeug*inneninterviews